

Rechtspflege

Zivilgerichte



2015

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen am 25.10.2016
Artikelnummer: 2100210157004

Ihr Kontakt zu uns:
www.destatis.de/kontakt
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Qualitätsbericht	5
Vorbemerkung	10
Schaubild	11

Tabellenteil

1	Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Amtsgericht	
1.1	Geschäftsentwicklung 2002 bis 2015	12
1.2	Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015	14
2	Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG-Bezirken 2015	
2.1	Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozesserfolg, Zulässigkeit der Berufung	
2.1.1	Grundzahlen	18
2.1.2	Anteilswerte in Prozent	22
2.2	Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe	26
2.3	Einleitungsform, Parteien, Termine, Anwaltliche Vertretung	30
2.4	Verfahren vor dem Güterichter	34
3	Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Sachgebieten 2015 sowie nach Art der Erledigung, Verfahrensart, Einleitungsform, anwaltlicher Vertretung, Prozesserfolg, Dauer des Verfahrens, Verfahren vor dem Güterichter	38
4	Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Landgericht	
4.1	Geschäftsentwicklung 2002 bis 2015	42
4.2	Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015	44
5	Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG-Bezirken 2015	
5.1	Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart	
5.1.1	Grundzahlen	48
5.1.2	Anteilswerte in Prozent	52
5.2	Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe	56
5.3	Einleitungsform, Parteien, Prozesserfolg, Zulässigkeit der Berufung, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter/ Kammer)	60
5.4	Verfahren vor dem Güterichter	64
6	Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG-Bezirken 2015	
6.1	Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Zulässigkeit der Revision	
6.1.1	Grundzahlen	68
6.1.2	Anteilswerte in Prozent	72
6.2	Prozesserfolg, Dauer des Verfahrens, Streitwert	76
6.3	Prozesskostenhilfe, Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter/ Kammer), Prozesserfolg	80
6.4	Verfahren vor dem Güterichter	84
7	Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Oberlandesgericht	
7.1	Geschäftsentwicklung 2002 bis 2015	88
7.2	Geschäftsentwicklung nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015	90
8	Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015	
8.1	Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozesserfolg, Zulässigkeit der Revision	
8.1.1	Grundzahlen	94
8.1.2	Anteilswerte in Prozent	98
8.2	Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe	102
8.3	Angefochtene Entscheidung, Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter/ Senat), Prozesserfolg	106
8.4	Verfahren vor dem Güterichter	110

Anhang

1. Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Bundesgerichtshof	114
2. Katalog der Sachgebietschlüssel	115
3. Auszug aus dem Wortlaut der in den Tabellen erwähnten Gesetzestexte	119

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt
- x = Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl

Auf- und Ausgliederung

Die vollständige Aufgliederung einer Summe ist durch das Wort **davon** kenntlich gemacht. Auf das Wort **davon** ist verzichtet worden, wenn aus Aufbau und Wortlaut von Tabellenkopf und Vorspalte unmissverständlich hervorgeht, dass es sich um eine Aufgliederung handelt. Die teilweise Ausgliederung einer Summe ist durch das Wort **darunter** gekennzeichnet. Bei teilweiser Ausgliederung nach verschiedenen nicht summierbaren Merkmalen sind die Worte **und zwar** gebraucht worden.

Gebietsstand

Die Angaben für **Deutschland** beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Abkürzungen

AVAG	= Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen und Abkommen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen
Abs.	= Absatz
BauGB	= Baugesetzbuch
BEG	= Bundesentschädigungsgesetz
BWKAusl	= Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland
EGGVG	= Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGZPO	= Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
EntlG	= Gesetz zur Entlastung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
EnWG	= Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung
GVG	= Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	= Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
InsO	= Insolvenzordnung
InsVV	= Insolvensrechtliche Vergütungsverordnung
JVEG	= Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
KapMuG	= Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
KostO	= Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Kostenordnung)
OLG	= Oberlandesgericht
PKH	= Prozesskostenhilfe
SpruchG	= Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren
ThUG	= Therapieunterbringungsgesetz
UrhG	= Urheberrechtsgesetz
VBVG	= Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz
WEG	= Wohnungseigentumsgesetz
ZPO	= Zivilprozessordnung
ZwVwV	= Zwangsverwalterverordnung

Qualitätsbericht

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

1.1 Grundgesamtheit

Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte in Zivilsachen (institutionelle Ebene); Verfahren in Zivilsachen (Merkmalsträger).

1.2 Statistische Einheiten (Darstellungs- und Erhebungseinheiten)

Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte in Zivilsachen (institutionelle Ebene); Verfahren in Zivilsachen (Merkmalsträger).

1.3 Räumliche Abdeckung

Deutschland nach Ländern, Oberlandesgerichts-, Landgerichts-, und Amtsgerichtsbezirken.

1.4 Berichtszeitraum/-zeitpunkt

Kalenderjahr.

1.5 Periodizität

Die ZP-Statistik wurde 1968 im früheren Bundesgebiet eingeführt. Seit 1992 wurde die Statistik sukzessive auch in den neuen Ländern eingeführt, seit 1995 liegen vollständige Ergebnisse für Deutschland vor. Die Aufbereitung und Veröffentlichung im Bund erfolgt jährlich. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig Ergebnisse seit 1975, seit 1990 in vergleichbarer Form.

1.6 Rechtsgrundlagen und andere Vereinbarungen

Für die ZP-Statistik gibt es keine Rechtsgrundlage auf EU- und Bundesebene. Die Ein- und Durchführung der ZP-Statistik basiert auf bundeseinheitlichen Verwaltungsanordnungen der Länder. Das Statistische Bundesamt stellt auf der Grundlage von § 3 Abs. 3 BStatG vom 22.01.1987 (BGBl. I S. 462) die Länderergebnisse aus der ZP-Statistik zu einem Bundesergebnis zusammen.

1.7 Geheimhaltung

1.7.1 Geheimhaltungsvorschriften

Ergebnisse werden in der Regel von den Ländern auf Ebene einzelner Landgerichtsbezirke, vom Statistischen Bundesamt auf Ebene der Oberlandesgerichtsbezirke veröffentlicht.

1.7.2 Geheimhaltungsverfahren

Für Forschungszwecke können bei Zustimmung der jeweiligen Landesjustizverwaltung Wissenschaftlern projektbezogen anonymisierte Einzeldaten zur Verfügung gestellt werden. Die Ergebnisse werden als Verwaltungsdaten betrachtet.

1.8 Qualitätsmanagement

1.8.1 Qualitätssicherung

Die Maßnahmen zur Qualitätssicherung, die an einzelnen Punkten der Statistikerstellung ansetzen, werden bei Bedarf angepasst und um standardisierte Methoden der Qualitätsbewertung und -sicherung ergänzt. Die für diese Statistik gewonnenen Daten werden für die Verwaltungs- und Controllingzwecke erhoben und werden daher von den zuständigen Stellen in der Justiz regelmäßig kritisch geprüft. Zudem sind die Daten dieser Statistik in den Ländern automatischen Prüfroutinen unterworfen; die Angaben zu den erledigten Verfahren in Zivilsachen werden aufwendig intern plausibilisiert und mit externen Daten abgeglichen. Die Möglichkeit der internen Plausibilisierung ist für die Angaben zum Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren vor den Zivilgerichten stärker eingeschränkt. Eventuelle Unstimmigkeiten in den Daten werden durch Rückfragen der Statistischen Ämter der Länder bei den Berichtsstellen geklärt.

1.8.2 Qualitätsbewertung

Bei der ZP-Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung, in der die vollständige Datenerhebung der Berichtsstellen erfolgt. Es müssen daher keine Schätzungen von fehlenden Daten – bzw. Berichtsstellen - vorgenommen werden. Durch die ständige Nutzung der Daten für Controllingzwecke durch die zuständigen Stellen der Justiz unterliegen die Statistikergebnisse der permanenten Kontrolle der Datenproduzenten.

2 Inhalte und Nutzerbedarf

2.1 Inhalte der Statistik

2.1.1 Inhaltliche Schwerpunkte der Statistik

Für Zivilprozesse: Art der Einleitung, Art des Verfahrens/ Sachgebiet, Art der Erledigung, Streitwert, Parteien, Prozesserfolg, Termine, Verfahrensdauer, Prozesskostenhilfe, anwaltliche Vertretung. Für sonstige Zivilsachen: Art des Verfahrens, Geschäftsanfall.

2.1.2 Klassifikationssysteme

Die statistische Erhebung wird von den Justizverwaltungen der Länder für die Berichtsstellen angeordnet. Die Erhebungsgrundlage der Statistik bilden sog. Verfahrenserhebungen bzw. Monatserhebungen, welche die Erhebungsmerkmale beinhalten. Gegenstand der Erhebungsgrundlage ist auch die Sachgebietsgliederung der ZP-Statistik.

2.1.3 Statistische Konzepte und Definitionen

Für Zivilprozesse: Art der Einleitung, Art des Verfahrens/ Sachgebiet, Art der Erledigung, Streitwert, Parteien, Prozesserfolg, Termine, Verfahrensdauer, Prozesskostenhilfe, anwaltliche Vertretung.

Für sonstige Zivilsachen: Art des Verfahrens, Geschäftsanfall.

2.2 Nutzerbedarf

Mit den Ergebnissen der ZP-Statistik sollen Geschäftsanfall und -erledigung bei den Zivilgerichten abgebildet werden. Damit liefert die Statistik Informationen einerseits für die Kapazitätsplanung durch die Justizverwaltungen, andererseits für die Bewertung und Weiterentwicklung des zivilrechtlichen Instrumentariums sowie für die Evaluation der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zivil- und Zivilprozessrechts. Zu den Hauptnutzern der Statistik zählen die Organe der Justizverwaltungen sowie die Rechtspolitik auf Länder- und Bundesebene. Weitere Hauptnutzer der Daten sind die justizielle Praxis, die wissenschaftliche Forschung und Lehre sowie – in begrenztem Umfang – die Informationsdienstleister und Medien.

2.3 Nutzerkonsultation

Die Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer erfolgt insbesondere durch den Ausschuss Justizstatistik, der den organisatorischen und inhaltlichen Rahmen für die ZP-Statistik vorgibt und die aktuellen Entwicklungen und Bedürfnisse der Justizverwaltung und Rechtspolitik an die amtliche Statistik transportiert. Im Ausschuss Justizstatistik vertreten sind die Justizministerien der Länder sowie (als Gäste) das Bundesministerium der Justiz, das Statistische Bundesamt sowie die in den einzelnen Justizstatistiken für die Programmierung zuständigen Statistischen Ämter der Länder.

3 Methodik

3.1 Konzept der Datengewinnung

Die Datenerhebung zur ZP-Statistik erfolgt für administrative Zwecke, und zwar i.d.R. elektronisch aus den Geschäftsstellenautomationsprogrammen der Zivilgerichte, die im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Justizverwaltung gepflegt werden. Die ZP-Statistik ist eine Sekundärerhebung auf der Basis dieser Verwaltungsdaten in den Geschäftsstellen. Bei der ZP-Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung; aus diesem Grund werden keine Stichprobenverfahren eingesetzt.

3.2 Vorbereitung und Durchführung der Datengewinnung

Der Geschäftsanfall an Zivilsachen insgesamt wird bei den Geschäftsstellen der Gerichte über sogenannte Monatserhebungen summarisch erfasst. Er ergibt sich im Wesentlichen als Differenz aus Anfangs- und Endbestand des jeweiligen Berichtszeitraums für die einzelne Geschäftsart. Für Zivilprozesse werden darüber hinaus nach Eingang des Verfahrens bei Gericht eigene Papierbelege (sog. Zählkarten) bzw. Datensätze angelegt. Nach der Erledigung des Verfahrens in der Instanz werden die für die Statistik erforderlichen weiteren Angaben aus der Vorgangsverwaltung in der Regel automatisiert herausgelesen. Nach Ende des Berichtszeitraums werden einerseits die summarischen Monatserhebungen zum Geschäftsanfall sowie die verfahrensbezogenen Angaben abgeschlossenen Zivilprozessen in der Regel in elektronischer Form an das zuständige Statistische Landesamt übermittelt.

3.3 Datenaufbereitung (einschl. Hochrechnung)

Grundlage für die Erstellung von statistischen Übersichten sind die von den Statistischen Ämtern der Länder plausibilisierten Einzeldaten der Gerichte, welche mit IT-Werkzeugen und -Programmen einheitlich aufbereitet werden. Nach Vorgaben der Justizministerien der Länder werden für die Statistikergebnisse Tabellen konzipiert, die mit denen im statistischen Verbund standardisierten IT-Werkzeugen von den Statistischen Ämtern der Länder erstellt werden. Die statistischen Ergebnisse der Länder werden als Text-Tabellen oder auswertbare Excel-Daten ausgegeben und den Justizverwaltungen sowie dem Statistischen Bundesamt übersandt. Zusätzlich werden plausibilisierte Einzeldaten dem Statistischen Bundesamt übermittelt, welche als Grundlage für Sonder-Auswertungszwecke dienen. Da die Statistik eine Vollerhebung ist erfolgen keine Hochrechnungen.

3.4 Preis- und Saisonbereinigung; andere Analyseverfahren

Entfällt

3.5 Beantwortungsaufwand

Auskunftspflichtig sind die Geschäftsstellen der Zivilgerichte, aus deren Verwaltungsunterlagen die für die ZP-Statistik relevanten Daten bereitgestellt werden. Deren Belastung durch die Datenübersendung an die Statistischen Ämter der Länder geht mit dem steigenden Automatisierungsgrad der Geschäftsstellen zurück.

4 Genauigkeit und Zuverlässigkeit

4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der ZP-Statistik zum Geschäftsanfall an Zivilsachen insgesamt von guter, die verfahrensbezogenen Ergebnisse über Zivilprozesse von sehr guter Qualität. Zunächst werden die Informationen für die Statistik aus Daten gewonnen, die für Verwaltungs- und Controllingzwecke erhoben wurden und daher von den zuständigen Stellen in der Justiz regelmäßig kritisch geprüft werden. Zudem sind die Statistikdaten in den Ländern automatischen Prüfroutinen unterworfen; die Angaben zu Zivilprozessen werden aufwendig intern plausibilisiert und mit externen Daten abgeglichen. Die Möglichkeiten der internen Plausibilisierung sind für die Angaben zum Geschäftsanfall an sonstigen Zivilsachen stärker eingeschränkt. Eventuelle Unstimmigkeiten in den Daten werden durch Rückfragen der Statistischen Ämter der Länder bei den Berichtsstellen geklärt. Trotzdem können einzelne fehlende oder falsche Angaben in den Statistikdaten nicht ausgeschlossen werden (siehe auch Punkt 4.3.3).

4.2 Stichprobenbedingte Fehler

Bei der ZP-Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung. Aus diesem Grund werden keine Stichprobenverfahren eingesetzt und somit können keine stichprobenbedingten Fehler auftreten.

4.3 Nicht-Stichprobenbedingte Fehler

4.3.1 Fehler durch die Erfassungsgrundlage

Siehe Punkt 4.1

4.3.2 Antwortausfälle auf Ebene der Einheiten (Unit-Non-Response)

Siehe Punkt 4.1.

4.3.3 Antwortausfälle auf Ebene wichtiger Merkmale (Item-Non-Response)

Bei Änderungen im Erhebungskatalog kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass neue bzw. geänderte Merkmale in einer Übergangszeit nicht ganz vollständig und adäquat erfasst und ausgewiesen werden. Fehler könnten sich ebenso bei der Erhebung des Daten selbst wie beim Datenexport aus den justizeigenen Verwaltungsprogrammen an die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ereignen. Bekannt gewordene Fehler oder Ausfälle bei der Erfassung werden aber in den jeweiligen Veröffentlichungen über Vorbemerkungen oder Hinweise in den Tabellen benannt.

4.4 Revisionen

4.4.1 Revisionsgrundsätze

In der ZP-Statistik gibt es keine laufenden Revisionen, weil in der Statistik die Verfahrenserledigung eines abgeschlossenen Berichtszeitraums dargestellt wird. Sollte sich nachträglich der Verfahrensbestand einer Erhebungseinheit als nicht ganz zutreffend herausstellen, wird die Bestandskorrektur im laufenden Berichtszeitraum durchgeführt und entsprechend ausgewiesen. Bei nachträglich festgestellten gravierenden Fehlern der in der Statistik abgebildeten Sachverhalte erfolgt eine Neuaufbereitung der Statistik. Waren die nachträglich als falsch erkannten Bundesergebnisse bereits veröffentlicht, publiziert das Statistische Bundesamt eine Ergebniskorrektur.

4.4.2 Revisionsverfahren

Siehe Punkt 4.4.1

4.4.3 Revisionsanalysen

Siehe Punkt 4.4.1

5 Aktualität und Pünktlichkeit

5.1 Aktualität

Zur ZP-Statistik werden keine vorläufigen Ergebnisse aufbereitet und veröffentlicht.

5.2 Pünktlichkeit

Nach Abschluss des Berichtsjahres in den Geschäftsstellen der Gerichte werden bis Mitte Januar des folgenden Kalenderjahres die Statistikdaten an das zuständige Statistische Landesamt übermittelt, wo sie sorgfältig auf Plausibilität überprüft, aufbereitet und tabelliert werden. Die aufbereiteten Länderergebnisse werden dem Statistischem Bundesamt übersandt. Sobald die dort vollständig vorliegen, wird das Bundesergebnis zusammengestellt. Die Ergebnisse der Länder zur ZP-Statistik stehen – soweit diese vom zuständigen Statistischen Landesamt veröffentlicht werden – ab dem 2. Quartal des Folgejahres zur Verfügung. Die Veröffentlichung des Bundesergebnisses zu den erledigten Zivilprozessen im abgelaufenen Berichtsjahr erfolgt in der Regel 10 Monate nach Ende des Berichtsjahres in der Fachserie 10, Reihe 2.1 des Statistischen Bundesamts.

6 Vergleichbarkeit

6.1 Räumliche Vergleichbarkeit

Die Erhebungsmerkmale und -richtlinien sowie die Aufbereitungsverfahren sind in allen Bundesländern einheitlich. Die Daten sind somit räumlich vergleichbar. Bei der Interpretation der Daten aus der ZP-Statistik sowie bei einem Vergleich mit

anderen Datenquellen ist immer zu bedenken, dass die der Statistik zugrunde liegenden Daten für Verwaltungszwecke erhoben wurden. Die Daten werden in erster Linie gesammelt, um den Geschäftsanfall bzw. den Kapazitätsbedarf des einzelnen Gerichts instanzbezogen messen und bewerten zu können. Das bedingt etwa, dass Rechtsmittelverfahren gegen ein amtsgerichtliches Verfahren bei der dann zuständigen Instanz separat gezählt werden. Gegenüber der Sicht der Beteiligten, für die derselbe Rechtsstreit fortgesetzt wird, ergibt die instanzbezogene Zählung der ZP-Statistik in der Summe höhere Verfahrenszahlen. Dies gilt bereits für die Verfahrenszählung in einer Instanz, weil in der ZP-Statistik neben den gerichtlichen Entscheidungen auch eher verfahrenstechnische Erledigungen wie die Verbindung mit einem anderen Verfahren oder die Abgabe an ein anderes Gericht gezählt werden. Ein durch Abgabe an ein anderes Gericht erledigtes Verfahren wird dort nach Verfahrenseingang ebenfalls zum Geschäftsanfall gezählt; es taucht in der Gesamtstatistik doppelt auf, sofern das für zuständig erklärte Gericht das Verfahren noch im selben Berichtszeitraum abschließt wie das abgebende Gericht. Der Umfang dieser „Mehrfachzählungen“ lässt sich aber exakt bestimmen, weil in der ZP-Statistik alle Erledigungsarten differenziert ausgewiesen werden.

6.2 Zeitliche Vergleichbarkeit

Bezüglich der statistisch abgebildeten Geschäftsentwicklung der Zivilprozesse ist seit 1978 (nach der Einrichtung von separaten Familiengerichten) in denjenigen Ländern, die ununterbrochen die Erhebung durchgeführt haben, die Vergleichbarkeit der Ergebnisse über die Zeit grundsätzlich gegeben. Lediglich auf unterer regionaler Ebene kann die zeitliche Vergleichbarkeit infolge kommunaler Änderungen des Gebietsstands bzw. der Gerichtsbezirke beeinträchtigt sein. Änderungen im Erhebungsumfang mit Auswirkungen auf die zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse gab es aber bezüglich des Geschäftsanfalls an sonstigen Zivilsachen. So haben sich mit Inkrafttreten der neuen Insolvenzordnung zum 1.1.1999 die Art und der Umfang der in der Statistik nachgewiesenen Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichssachen verändert. Die Angaben zum Geschäftsanfall an diesen Verfahren seit 1999 sind mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar. Bedingt durch die 2. Zwangsvollstreckungsnovelle, mit der u.a. die Zuständigkeit für die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung auf die Gerichtsvollzieher übertragen wurde, ist zudem der Geschäftsanfall an Vollstreckungssachen seit dem Berichtsjahr 1999 nur noch eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar. Zum Berichtsjahr 2004 wurde ein neuer, differenzierterer Sachgebetskatalog eingeführt. Die Abgrenzung dieser Sachgebiete ist nicht ganz deckungsgleich mit der für die Vorjahre. Auf der Sachgebietsebene sind die Ergebnisse seit 2004 mit denen der Vorjahre daher nur eingeschränkt vergleichbar. Mit dem Gerichtsauflösungsgesetz vom 25.10.2004 wurden die Aufgaben und Funktionen des Bayerischen Obersten Landesgerichts auf die Oberlandesgerichte übertragen. Der gesonderte Nachweis des Geschäftsanfalls beim Bayerischen Obersten Landesgericht in der Fachserie 10, Reihe 2.1 ist daher seit 2005 entfallen. Infolge der Einführung länderübergreifender zentraler Mahngerichte lässt sich seit 2006 der Geschäftsanfall an Mahnsachen nur noch teilweise einzelnen Ländern zuordnen.

7 Kohärenz

7.1 Statistikübergreifende Kohärenz

Während die ZP-Statistik u.a. über den Geschäftsanfall der Zivilgerichte an Insolvenzverfahren bzw. die Arbeitsbelastung der Gerichte berichtet, fokussiert die Insolvenzstatistik das Insolvenzgeschehen aus konjunktureller Sicht und beschreibt die Insolvenzen nach Höhe der Forderungen, Art der Schuldner sowie (bei Unternehmensinsolvenzen) nach dem Alter der Unternehmen und deren Rechtsform.

7.2 Statistikinterne Kohärenz

Entfällt

7.3 Input für andere Statistiken

Entfällt.

8 Verbreitung und Kommunikation

8.1 Verbreitungswege

Pressemitteilungen

Bisher keine Angabe.

Veröffentlichungen

Die ausführlichen Bundesergebnisse erscheinen jährlich als elektronische Fachserie 10 Reihe 2.1 „Zivilgerichte“; in ihr sind auch ausgewählte Ergebnisse der entsprechenden Jahresstatistik des Bundesgerichtshofs für die Zivilkammern nachgewiesen. Die Reihe 2.1 der Fachserie 10 kann aus dem kostenlosen Downloadangebot des Statistischen Bundesamts unter www.destatis.de heruntergeladen werden.

Online-Datenbank

Bisher keine Angabe.

Zugang zu Mikrodaten

Bisher keine Angabe.

Sonstige Verbreitungswege

- Statistisches Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes
- Statistische Berichte der Statistischen Ämter der Länder, Kennziffer: B VI 2

8.2 Methodenpapiere/Dokumentation der Methodik

„Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Zivilgerichtsbarkeit (ZP-Statistik).“

(Beispiel Anordnung des Landes Berlin):

www.berlin.de

- "Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik)".
- „Justizstatistik“, 10. Auflage, Autoren: Manfred Stamm / Yvonne Stadelmann, Juristischer Verlag Pegnit GmbH, Pegnitz.

8.3 Richtlinien der Verbreitung

Veröffentlichungskalender

Bisher keine Angabe.

Zugriff auf den Veröffentlichungskalender

Bisher keine Angabe.

Zugangsmöglichkeiten der Nutzer/-innen

Die Veröffentlichung kann nach Erscheinen durch einen Internetzugang permanent online abgerufen werden. Der Nutzerkreis erstreckt sich auf die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Ministerien des Bundes und der Länder, Justizverwaltungen, die Wissenschaft sowie die Öffentlichkeit und ausgewählte Nutzerinnen und Nutzer. Letztere können auf Wunsch registriert und über das Erscheinen per Email informiert werden.

9 Sonstige fachstatistische Hinweise

Keine.

Vorbemerkung

Mit der vorliegenden Ausgabe der Reihe 2.1 „Zivilgerichte“ innerhalb der Fachserie 10 „Rechtspflege“ des Statistischen Bundesamts werden die Ergebnisse zum Berichtsjahr 2015 aus der seit 1986 durchgeführten Verfahrenserhebung in Zivilprozesssachen (ohne Familiensachen) nachgewiesen. Die Jahresergebnisse dieser Statistik wurden vom Statistischen Bundesamt zunächst als „Arbeitsunterlage Zivilgerichte“ veröffentlicht; seit 2002 erscheinen sie in ähnlichem Aufbau als Fachserie.

Diese Fachserie erscheint ausschließlich in elektronischer Form. Sie kann – in Form einer PDF-Datei oder einer XLSX-Datei – kostenlos aus dem Internet-Angebot des Statistischen Bundesamts unter

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/GerichtePersonal/Zivilgerichte.html>

herunter geladen werden. Ältere Ausgaben dieser Publikationen finden Sie unter

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/AlteAusgaben/ZivilgerichteAlt.html>

oder in der Statistischen Bibliothek unter https://www.destatis.de/GPStatistik/receive/DESerie_serie_00000101

Wie in allen Fachserien des Statistischen Bundesamts findet sich auch hier zunächst ein „Qualitätsbericht“ zur dargestellten Statistik, der die Erhebung charakterisiert und ihre Qualität beschreibt. Es folgen, neben einer Schaubildseite zur Veranschaulichung der wichtigsten Ergebnisse, die bundes- und länderbezogenen Tabellen über die Geschäftserledigung der Amts-, Land- und Oberlandesgerichte hinsichtlich der Zivilprozesse.

Dabei sind die Ergebnisse nach unterschiedlichen Merkmalen, wie beispielsweise dem Sachgebiet, der Erledigungsart oder der Verfahrensdauer, gegliedert. Die Übersichten zum Geschäftsanfall, also zum Bestand der anhängigen Verfahren am Jahresanfang und -ende sowie zur Zahl der Neuzugänge und der erledigten Verfahren, werden darüber hinaus in Zeitverlauf dargestellt.

In der Reihe 2.1 „Zivilgerichte“ werden seit der Ausgabe 2012 die Ergebnisse für Deutschland nicht mehr in „Früheres Bundesgebiet (einschl. Berlin)“ und „Neue Länder“ unterteilt.

Nach dem Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes besteht seit dem 1. Juli 2010 die Möglichkeit, ein sogenanntes Pfändungsschutzkonto mit Bank oder Sparkasse zu vereinbaren. Daher sind seither die Verfahren zu Vollstreckungssachen bundesweit zurückgegangen (siehe Tabelle 1.2).

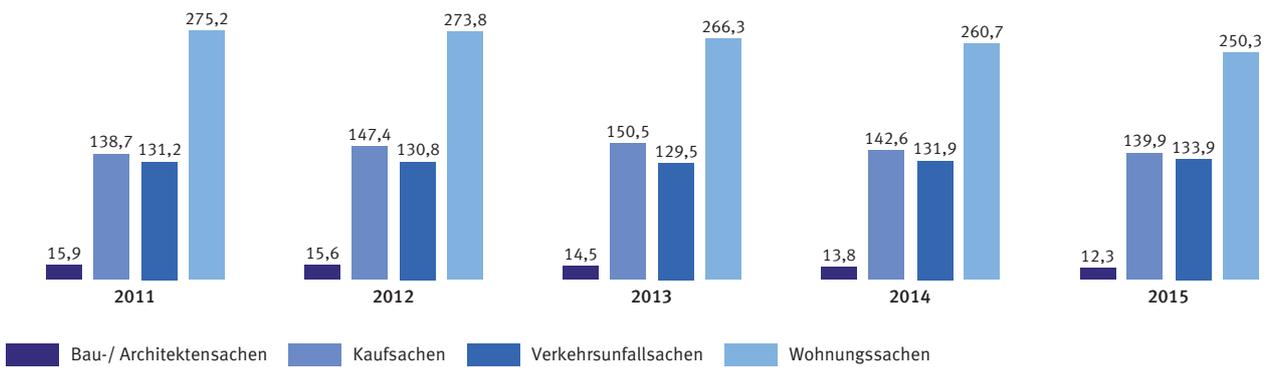
Bedingt durch das "Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung" (vom 21. Juli 2012) werden seit dem 1. Januar 2014 auch erstmals Verfahren vor dem Güterichter in dieser Statistik erhoben und wird seitdem in dieser Fachserie nachgewiesen.

Hinweise zur inhaltlichen Abgrenzung der Sachgebiete zum Stichtag 1.1.2015 enthalten die Kataloge der Sachgebietsschlüssel für Amts-, Land-, und Oberlandesgerichte im Anhang zu diesem Heft.

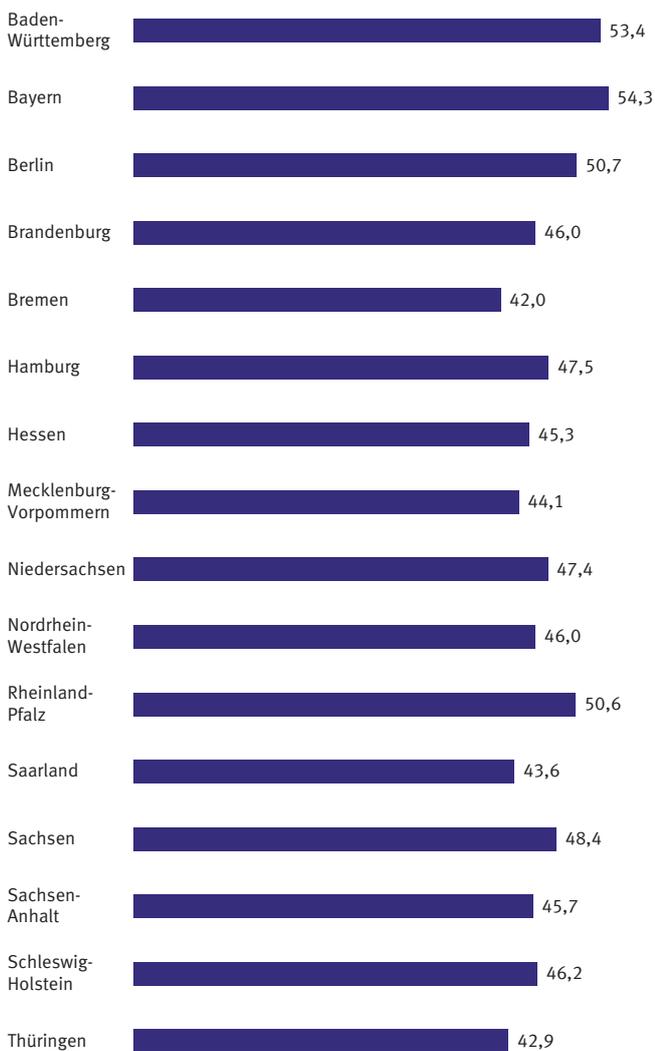
Mit dem im Anhang dieser Veröffentlichung integrierten Verweis auf die Daten der Zivilsenate des Bundesgerichtshofs, besteht für den Nutzer die Möglichkeit, detailliertere Daten zu den Zivilsenaten zu erhalten. Ältere Ausgaben dieser Fachserie enthalten komprimierte Tabellen der gleichen Datenbasis.

Grundsätzlich stimmen die Zahlen in den Bundestabellen mit den von einigen Statistischen Landesämtern in den 'Statistischen Berichten' unter der Kennziffer B VI 2 veröffentlichten Ergebnissen überein. Kleinere Abweichungen könnten lediglich dadurch entstanden sein, dass das Statistische Bundesamt - anders als die Länder - in den Übersichten zur Geschäftsentwicklung Bestandsbereinigungen nicht nachweist. Stattdessen wird die Zahl der anhängigen Verfahren zu Beginn des Berichtsjahres stets der Zahl der anhängigen Verfahren am Ende des Vorjahres gleichgesetzt. Eventuelle Bestandsbereinigungen u.ä. werden bei den Neuzugängen zugezählt bzw. abgezogen.

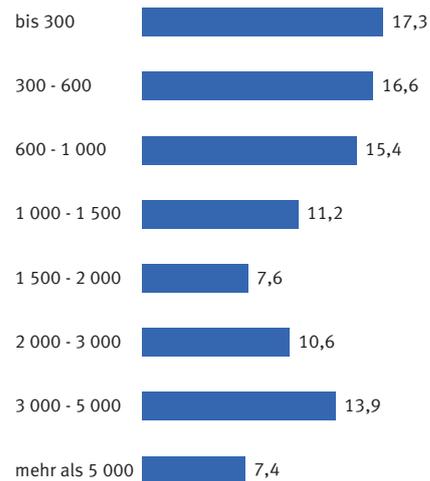
Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilsachen 2011 bis 2015
 Nach ausgewählten Verfahrensgegenständen
 Deutschland, in 1 000



Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilsachen 2015 nach Ländern
 Anteil der binnen 3 Monaten erledigten an allen Verfahren, in %



Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilsachen 2015
 Nach dem Streitwert (von mehr als ... bis einschl. ... EUR)
 Deutschland, in %



Durchschnittlicher Streitwert 1 801 EUR bei Verfahren mit einem Wert bis 12 500 EUR.

1 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Amtsgericht *)

1.1 Geschäftsentwicklung 2002 bis 2015

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Deutschland				
		2002	2003	2004	2005	2006
Geschäftsanfall an Zivilprozesssachen						
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	584 511	612 700	624 173	599 413	550 877
2	Neuzugänge 1)	1 443 584	1 500 905	1 498 767	1 400 724	1 314 738
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	55 822	61 463	56 560	56 596	65 123
4	Erledigte Verfahren 1)	1 415 395	1 489 432	1 523 527	1 449 260	1 338 573
5	Anhängige Verfahren am Jahresende	612 700	624 173	599 413	550 877	527 042
Sonstiger Geschäftsanfall (Richter- und Rechtspflegeraufgaben)						
Geschäftsanfall bei dem Prozessgericht						
6	Mahnverfahren	8 583 818	9 472 611	9 057 650	8 567 016	7 905 819
7	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	24 213	24 635	24 656	23 915	23 123
Geschäftsanfall bei dem Vollstreckungsgericht						
8	Verteilungsverfahren	287	283	186	171	120
9	Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	81 116	87 190	91 846	87 833	87 365
10	Zwangsverwaltungen	33 700	38 458	38 273	38 532	33 536
11	Vollstreckungssachen	3 244 584	3 390 993	3 491 260	3 470 521	3 301 477
12	dar. Verfahren zur Genehmigung der Durchsuchung der Wohnung gemäß § 758a ZPO 7)	235 889	202 697	179 946	167 625	145 282
13	Anträge auf Erlass eines Haftbefehls zur Erzwingung der Vermögensauskunft
14	Hinterlegte Vermögensverzeichnisse
15	Eingegangene Eintragungsanordnungen zum Schuldnerverzeichnis
16	Abgenommene eidesstattliche Versicherungen 5)	939 912	1 020 389	1 071 308	1 035 880	979 638
17	Haftbefehle in Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung 5)	607 658	654 211	680 865	667 570	658 873
Geschäftsanfall an Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichssachen						
18	Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	142 286	160 111	177 199	195 807	218 146
19	dar. Verbraucherinsolvenzverfahrens nach § 304 InsO (IK) 6)	30 315	44 358	61 909	85 817	115 334
20	Eröffnete Insolvenzverfahren 2)	61 775	77 742	98 951	122 426	146 857
21	dar. Verbraucherinsolvenzverfahrens nach § 304 InsO (IK) 6)	21 364	34 529	50 184	71 946	100 721
22	Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung bei natürlichen Personen 3) 4)	530	620	2 783	1 943	1 408
23	Eröffnungen von Vergleichsverfahren	74	.	.	.
24	Vorgelegte Insolvenzpläne (§§ 217 - 256 und §§ 258 - 269 InsO) 8)
25	Verweisung der Parteien oder der Beteiligten vor den Güterichter

*) Ohne Familiensachen.

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Einschl. (Anschluss-) Konkurs- und Gesamtvollstreckungsverfahren;
von 2004 bis 2005 auch einschl. Vergleichsverfahren.

3) Angabe für 2006 ohne Niedersachsen.

4) Bis 2009 Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung
(§§ 290, 303 InsO); die Ergebnisse sind im Zeitverlauf nur
eingeschränkt vergleichbar.

5) Daten ab 2013 Altfälle. Statistische Erfassung nach alter Rechtslage (§39 EGZPO).

6) Bis 2012 Verbraucher und Kleininsolvenzverfahren.

7) Ab 2014 einschl. § 287 Absatz 4 AO.

8) Bis 2014 §§ 217 ff. InsO.

1 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Amtsgericht^{*)}

1.1 Geschäftsentwicklung 2002 bis 2015

Deutschland									Lfd. Nr.
2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Geschäftsanfall an Zivilprozesssachen									
527 042	513 628	526 222	519 591	515 121	505 678	491 107	490 703	490 516	1
1 263 012	1 272 658	1 243 951	1 213 093	1 199 758	1 150 663	1 138 419	1 107 028	1 093 454	2
67 328	80 386	76 651	80 643	76 062	72 126	77 542	79 975	74 820	3
1 276 426	1 260 064	1 250 582	1 217 563	1 209 201	1 165 234	1 138 823	1 107 215	1 119 504	4
513 628	526 222	519 591	515 121	505 678	491 107	490 703	490 516	464 466	5
Sonstiger Geschäftsanfall (Richter- und Rechtspflegeraufgaben)									
Geschäftsanfall bei dem Prozessgericht									
6 897 150	6 767 352	6 738 787	6 430 391	6 019 380	5 827 022	5 763 385	5 590 228	5 339 867	6
22 447	21 395	21 705	20 250	20 583	18 318	17 422	15 495	13 366	7
Geschäftsanfall bei dem Vollstreckungsgericht									
113	112	94	131	166	189	112	99	86	8
82 870	80 190	76 046	68 723	62 690	57 013	51 650	48 380	42 670	9
29 263	27 115	26 496	21 402	18 317	16 120	12 995	10 618 r	7 662	10
3 130 663	3 148 833	3 099 779	3 095 811	3 110 123	3 090 904	2 387 076	2 444 782	2 556 308	11
128 094	120 956	104 648	93 414	91 852	86 637	76 557	73 061	69 627	12
.	473 647	787 511	823 755	13
.	480 164	743 846 r	772 287	14
.	1 349 225	2 390 995 r	2 647 963	15
918 982	907 957	792 667	786 524	763 465	749 468	153 736	3 965	2 455	16
641 787	667 231	644 956	665 090	671 092	670 606	198 651	15 165	5 517	17
Geschäftsanfall an Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichssachen									
211 069	202 720	214 911	216 152	206 080	188 996	184 851	175 304	165 865	18
117 981	111 750	116 182	120 987	115 701	108 165	104 640	99 186	92 454	19
153 457	143 175	153 477	155 499	147 839	137 627	133 673	125 924	117 547	20
110 268	101 634	104 842	112 266	107 021	100 111	97 542	91 823	85 601	21
2 746	4 717	4 820	7 071	8 572	10 266	10 379	10 734	9 698	22
.	23
.	135	198	217	24
.	1 321	1 261	

1 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Amtsgericht *)

1.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	OLG-Bezirk	
				Karlsruhe	Stuttgart
Geschäftsanfall an Zivilprozesssachen					
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	490 516	44 919	21 201	23 718
2	Neuzugänge 1)	1 093 454	114 193	51 196	62 997
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	74 820	4 939	2 011	2 928
4	Erledigte Verfahren 1)	1 119 504	116 444	52 147	64 297
5	Anhängige Verfahren am Jahresende	464 466	42 668	20 250	22 418
Sonstiger Geschäftsanfall (Richter- und Rechtspflegeraufgaben)					
Geschäftsanfall bei dem Prozessgericht					
6	Mahnverfahren	5 339 867	471 960	.	471 960
7	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	13 366	1 606	821	785
8	- darunter selbständige Beweisverfahren	11 034	1 360	696	664
Geschäftsanfall bei dem Vollstreckungsgericht					
9	Verteilungsverfahren	86	6	3	3
10	Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	42 670	4 185	1 821	2 364
11	Zwangsverwaltungen	7 662	715	305	410
12	Vollstreckungssachen	2 556 308	279 762	121 669	158 093
13	dar. Verfahren zur Anordnung der Durchsuchung der Wohnung des Schuldners gemäß § 758a ZPO und § 287 Absatz 4 AO	69 627	3 777	1 972	1 805
14	Anträge auf Erlass eines Haftbefehls zur Erzwingung der Vermögensauskunft	823 755	94 270	42 233	52 037
15	Hinterlegte Vermögensverzeichnisse	772 287	74 729	74 729	-
16	Eingegangene Eintragungsanordnungen zum Schuldnerverzeichnis	2 647 963	342 188	342 188	-
17	Abgenommene eidesstattliche Versicherungen (Altfälle) 11)	2 455	6	3	3
18	Haftbefehle in Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung (Altfälle) 11)	5 517	50	18	32
Geschäftsanfall an Insolvenzverfahren					
Anträge auf Eröffnung des					
19	- Insolvenzverfahrens betreffend natürliche Personen (IN) (ohne Verfahren nach lfd. Nrn. 22)	43 134	5 173	2 084	3 089
20	- Insolvenzverfahrens (IN) betreffend juristische Personen, Personengesellschaften und andere nicht natürliche Personen sowie Nachlässe (ohne Verfahren nach lfd. Nrn. 22)	30 037	3 146	1 437	1 709
21	- Verbraucherinsolvenzverfahrens nach § 304 InsO (IK)	92 454	8 507	4 064	4 443
22	- Insolvenzverfahrens nach ausländischem Recht (§§ 343 bis 354 und 356 InsO) (IE)	240	9	5	4
Eröffnete					
23	- Insolvenzverfahren (IN) betreffend natürliche Personen (ohne Verfahren nach lfd. Nrn. 26)	20 966	2 433	969	1 464
24	- Insolvenzverfahrens (IN) betreffend juristische Personen, Personengesellschaften und andere nicht natürliche Personen sowie Nachlässe (ohne Verfahren nach lfd. Nrn. 26)	10 933	1 019	504	515
25	- Verbraucherinsolvenzverfahrens nach § 304 InsO (IK)	85 601	7 417	3 565	3 852
26	- Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	47	5	5	-
27	Vorgelegte Insolvenzpläne (§§ 217 - 256 und §§ 258 - 269 InsO)	217	23	9	14
28	Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung bei natürlichen Personen	9 698	849	402	447
29	Verweisung der Parteien oder der Beteiligten vor den Güterichter	1 261	19	19	-

*) Ohne Familiensachen.

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Einschl. Mahnverfahren aus Brandenburg.

3) Mahnverfahren aus Brandenburg werden von Berlin betrieben und erfasst.

4) Einschl. 27.619 Mahnverfahren aus Mecklenburg-Vorpommern.

5) Mahnverfahren aus Mecklenburg-Vorpommern werden von Hamburg betrieben und erfasst.

6) Einschl. Mahnverfahren aus Saarland.

7) Mahnverfahren aus Saarland werden von Rheinland-Pfalz betrieben und erfasst.

8) Mahnverfahren aus Sachsen werden von Sachsen-Anhalt betrieben und erfasst.

9) Einschl. Mahnverfahren aus Sachsen und aus Thüringen.

10) Mahnverfahren aus Thüringen werden von Sachsen-Anhalt betrieben und erfasst.

11) Statistische Erfassung nach alter Rechtslage (§ 39 EGZPO).

1 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Amtsgericht ^{*)}

1.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015

Bayern				Berlin ²⁾	Brandenburg ³⁾	Bremen	Hamburg ⁴⁾	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern ⁵⁾	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Geschäftsfall an Zivilprozesssachen										
55 010	33 054	11 962	9 994	35 494	14 547	5 604	16 674	46 840	9 154	1
147 121	88 984	34 002	24 135	80 434	28 531	10 547	35 624	91 464	18 404	2
6 914	4 225	1 582	1 107	2 726	2 326	176	1 380	5 518	2 173	3
148 048	88 419	34 612	25 017	80 006	29 266	10 491	38 027	95 049	18 134	4
54 083	33 619	11 352	9 112	35 922	13 812	5 660	14 271	43 255	9 424	5
Sonstiger Geschäftsfall (Richter- und Rechtspflegeraufgaben)										
Geschäftsfall bei dem Prozessgericht										
838 435	.	.	838 435	626 687	.	23 554	363 163	451 468	.	6
1 892	1 092	469	331	404	199	106	256	1 046	157	7
1 247	676	327	244	293	173	67	195	877	136	8
3	2	-	1	-	-	-	1	11	1	9
3 981	2 028	1 003	950	1 227	1 475	295	396	3 832	1 237	10
435	220	124	91	276	226	43	88	498	206	11
330 328	185 118	81 514	63 696	144 926	76 846	20 869	55 389	192 653	54 360	12
5 700	3 292	1 666	742	6 224	2 179	478	2 130	8 654	915	13
100 334	59 092	26 270	14 972	47 017	21 285	6 737	17 943	61 181	14 509	14
72 407	-	-	72 407	39 084	22 165	7 194	13 702	50 899	16 805	15
334 908	-	-	334 908	138 681	74 285	23 648	49 304	186 680	52 285	16
43	12	15	16	287	1	2	1	9	15	17
129	53	23	53	423	3	17	13	519	14	18
Geschäftsfall an Insolvenzverfahren										
5 690	3 418	1 418	854	2 434	1 153	328	1 006	3 308	924	19
4 206	2 583	972	651	2 464	774	344	805	2 483	447	20
9 818	5 344	2 496	1 978	4 281	3 779	1 226	2 795	6 088	2 134	21
12	9	2	1	2	-	1	-	23	1	22
2 820	1 713	677	430	1 113	564	165	545	1 551	433	23
1 868	1 162	388	318	671	241	158	371	779	169	24
9 060	4 873	2 268	1 919	3 499	3 323	1 214	2 695	5 525	1 930	25
6	5	1	-	1	1	-	-	10	-	26
17	14	2	1	7	6	3	9	11	3	27
1 719	1 323	286	110	332	951	106	17	627	126	28
85	19	45	21	113	36	16	-	45	16	29

1 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Amtsgericht *)

1.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Niedersachsen			Nordrhein-		
		zusammen	OLG-Bezirk		zusammen	OLG-	
			Braunschweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
Geschäftsfall an Zivilprozesssachen							
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	40 906	6 538	23 418	10 950	129 304	43 332
2	Neuzugänge 1)	93 224	16 233	51 634	25 357	284 069	91 555
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	7 210	921	3 089	3 200	28 475	6 997
4	Erledigte Verfahren 1)	95 252	16 442	52 953	25 857	292 992	97 027
5	Anhängige Verfahren am Jahresende	38 878	6 329	22 099	10 450	120 381	37 860
Sonstiger Geschäftsfall (Richter- und Rechtspflegeraufgaben)							
Geschäftsfall bei dem Prozessgericht							
6	Mahnverfahren	300 632	.	300 632	.	1 476 161	.
7	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	1 283	190	669	424	3 968	1 238
8	- darunter selbständige Beweisverfahren	1 075	171	587	317	3 558	1 052
Geschäftsfall bei dem Vollstreckungsgericht							
9	Verteilungsverfahren	29	3	22	4	9	4
10	Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	3 755	688	1 991	1 076	11 330	3 236
11	Zwangsverwaltungen	654	130	323	201	2 474	751
12	Vollstreckungssachen	233 529	37 529	124 142	71 858	634 450	192 197
13	dar. Verfahren zur Anordnung der Durchsuchung der Wohnung des Schuldners gemäß § 758a ZPO und § 287 Absatz 4 AO	7 771	1 766	4 577	1 428	17 268	6 833
14	Anträge auf Erlass eines Haftbefehls zur Erzwingung der Vermögensauskunft	71 184	10 057	38 497	22 630	234 900	69 910
15	Hinterlegte Vermögensverzeichnisse	61 159	61 159	-	-	202 664	-
16	Eingegangene Eintragungsanordnungen zum Schuldnerverzeichnis	213 278	213 278	-	-	711 617	-
17	Abgenommene eidesstattliche Versicherungen (Altfälle) 11)	1 499	1 059	326	114	144	91
18	Haftbefehle in Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung (Altfälle) 11)	2 355	757	1 581	17	48	44
Geschäftsfall an Insolvenzverfahren							
Anträge auf Eröffnung des							
19	- Insolvenzverfahrens betreffend natürliche Personen (IN) (ohne Verfahren nach lfd. Nrn. 22)	4 075	740	1 997	1 338	9 483	2 579
20	- Insolvenzverfahrens (IN) betreffend juristische Personen, Personengesellschaften und andere nicht natürliche Personen sowie Nachlässe (ohne Verfahren nach lfd. Nrn. 22)	2 775	384	1 463	928	7 106	2 071
21	- Verbraucherinsolvenzverfahrens nach § 304 InsO (IK)	12 190	1 880	6 595	3 715	22 822	6 106
22	- Insolvenzverfahrens nach ausländischem Recht (§§ 343 bis 354 und 356 InsO) (IE)	115	-	112	3	48	5
Eröffnete							
23	- Insolvenzverfahren (IN) betreffend natürliche Personen (ohne Verfahren nach lfd. Nrn. 26)	1 960	400	951	609	4 749	1 297
24	- Insolvenzverfahrens (IN) betreffend juristische Personen, Personengesellschaften und andere nicht natürliche Personen sowie Nachlässe (ohne Verfahren nach lfd. Nrn. 26)	1 128	141	629	358	2 456	729
25	- Verbraucherinsolvenzverfahrens nach § 304 InsO (IK)	11 856	1 822	6 469	3 565	21 575	5 842
26	- Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	2	-	2	-	19	2
27	Vorgelegte Insolvenzpläne (§§ 217 - 256 und §§ 258 - 269 InsO)	31	4	22	5	65	23
28	Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung bei natürlichen Personen	1 885	313	1 077	495	1 061	210
29	Verweisung der Parteien oder der Beteiligten vor den Güterichter	415	141	156	118	108	49

*) Ohne Familiensachen.

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Einschl. Mahnverfahren aus Brandenburg.

3) Mahnverfahren aus Brandenburg werden von Berlin betrieben und erfasst.

4) Einschl. 27.619 Mahnverfahren aus Mecklenburg-Vorpommern.

5) Mahnverfahren aus Mecklenburg-Vorpommern werden von Hamburg betrieben und erfasst.

6) Einschl. Mahnverfahren aus Saarland.

7) Mahnverfahren aus Saarland werden von Rheinland-Pfalz betrieben und erfasst.

8) Mahnverfahren aus Sachsen werden von Sachsen-Anhalt betrieben und erfasst.

9) Einschl. Mahnverfahren aus Sachsen und aus Thüringen.

10) Mahnverfahren aus Thüringen werden von Sachsen-Anhalt betrieben und erfasst.

11) Statistische Erfassung nach alter Rechtslage (§ 39 EGZPO).

1 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Amtsgericht ^{*)}

1.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015

Westfalen		Rheinland-Pfalz ⁶⁾			Saarland ⁷⁾	Sachsen ⁸⁾	Sachsen-Anhalt ⁹⁾	Schleswig-Holstein	Thüringen ¹⁰⁾	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln			Koblenz	Zweibrücken					
Geschäftsanfall an Zivilprozesssachen										
52 517	33 455	23 084	14 648	8 436	7 038	20 720	11 628	17 139	12 455	1
118 836	73 678	51 370	32 763	18 607	13 469	44 375	24 226	35 458	20 945	2
15 739	5 739	3 665	2 106	1 559	1 278	2 323	682	2 823	2 212	3
121 268	74 697	52 833	34 111	18 722	13 854	45 816	25 113	36 257	21 922	4
50 085	32 436	21 621	13 300	8 321	6 653	19 279	10 741	16 340	11 478	5
Sonstiger Geschäftsanfall (Richter- und Rechtspflegeraufgaben)										
Geschäftsanfall bei dem Prozessgericht										
996 475	479 686	433 193	433 193	.	.	.	192 941	161 673	.	6
1 781	949	1 020	631	389	353	385	124	398	169	7
1 593	913	881	550	331	338	198	115	366	155	8
4	1	21	19	2	-	2	1	2	-	9
5 532	2 562	2 927	1 793	1 134	939	2 950	1 609	1 325	1 207	10
1 135	588	429	265	164	159	719	297	229	214	11
300 681	141 572	123 065	75 340	47 725	31 135	130 376	86 593	85 732	76 295	12
6 324	4 111	2 934	1 426	1 508	617	4 462	2 541	1 279	2 698	13
110 623	54 367	37 420	22 162	15 258	7 987	35 814	26 919	24 147	22 108	14
202 664	-	37 096	-	37 096	8 911	39 147	25 722	26 695	73 908	15
711 617	-	132 129	-	132 129	28 798	164 832	90 188	84 565	20 577	16
19	34	5	4	1	418	2	9	3	11	17
1	3	1 038	708	330	778	36	11	70	13	18
Geschäftsanfall an Insolvenzverfahren										
4 520	2 384	2 123	1 405	718	558	2 116	1 442	1 990	1 331	19
3 355	1 680	1 213	836	377	288	1 622	750	1 026	588	20
10 942	5 774	3 911	2 350	1 561	1 544	4 189	3 118	3 967	2 085	21
15	28	-	-	-	-	13	4	7	5	22
2 255	1 197	1 105	741	364	271	1 113	615	957	572	23
1 162	565	563	327	236	106	507	259	437	201	24
10 314	5 419	3 648	2 242	1 406	1 508	3 883	2 939	3 727	1 802	25
9	8	-	-	-	-	1	1	-	1	26
27	15	9	7	2	8	9	6	9	1	27
555	296	601	454	147	135	463	400	302	124	28
47	12	4	4	-	-	23	77	304	-	29

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessergebnis, Zulässigkeit der Berufung

2.1.1 Grundzahlen

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens/ Sachgebiet Art der Erledigung Prozessergebnis Zulässigkeit der Berufung	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	OLG-Bezirk	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	1 119 504	116 444	52 147	64 297
	Art des Verfahrens				
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	354	23	15	8
3	Klage in Zwangsvollstreckungssachen/ Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	1 321	84	45	39
4	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	28 439	2 756	1 599	1 157
5	Klageverfahren	1 053 902	105 909	45 303	60 606
6	Klagen im europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	539	20	15	5
7	Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	34 949	7 652	5 170	2 482
	Sachgebiet des Verfahrens				
8	Bau-, Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	12 283	1 216	610	606
9	Verkehrsunfallsachen	133 903	15 698	7 199	8 499
10	Kaufsachen	139 929	13 543	6 363	7 180
11	Arzthaftungssachen	1 614	156	77	79
12	Reisevertragsachen	32 068	703	404	299
13	Kredit-/Leasingsachen	67 646	5 452	1 491	3 961
14	Nachbarschaftssachen	8 447	1 184	533	651
15	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	140	10	4	6
16	Wohnungsmietsachen	250 303	25 013	12 158	12 855
17	Sonstige Mietsachen	29 860	2 317	1 073	1 244
18	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	37 541	3 884	1 879	2 005
19	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	2 514	131	65	66
20	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	7 256	817	342	475
21	Honoraranforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	45 357	5 358	2 552	2 806
22	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)	25 378	4 084	1 858	2 226
23	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	1 265	177	73	104
24	Sonstiger Verfahrensgegenstand	324 000	36 701	15 466	21 235
	Art der Erledigung				
25	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch streitiges Urteil (einschl. Vorbehaltsurteil ohne lfd. Nr. 32)	279 408	27 187	13 640	13 547
26	dar. streitiges Urteil im vereinfachten Verfahren nach § 495a ZPO	85 675	7 907	4 182	3 725
27	Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	7 435	797	310	487
28	gerichtlichen Vergleich	166 679	22 551	9 200	13 351
29	Versäumnisurteil	217 892	19 835	8 474	11 361
30	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	90 201	8 082	3 515	4 567
31	Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	13 159	1 302	871	431
32	Klageabweisung wegen unterbliebener Streitschlichtung	103	33	15	18
33	Verwerfung oder Zurückweisung der Rüge nach § 321a Abs. 4 ZPO	240	14	9	5
34	Beschluss nach § 91a ZPO	68 000	6 631	2 814	3 817
35	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 32, 33, 39 bis 41)	14 822	1 043	563	480
36	Rücknahme der Klage oder des Antrags	130 843	14 740	6 304	8 436
37	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	14 640	1 768	760	1 008
38	Nichtzahlung des Kostenvorschusses	5 733	298	137	161
39	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	44 844	5 910	2 717	3 193
40	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	49 542	5 274	2 291	2 983
41	Verbindung mit einem anderen Verfahren	5 164	445	195	250
42	Klagezurück-/abweisung im europ. Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	13	-	-	-
43	sonstige Erledigungsart	18 221	1 331	642	689
	Prozessergebnis				
44	Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet mit Kostenentscheidung zusammen	812 584	83 647	37 754	45 893
45	Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen der Kläger (Antragsteller) ganz	116 954	11 767	5 268	6 499
46	der Kläger (Antragsteller) überwiegend	36 168	4 931	2 172	2 759
47	jede Partei zur Hälfte	57 369	9 187	4 164	5 023
48	der Beklagte (Antragsgegner) überwiegend	58 174	7 316	3 209	4 107
49	der Beklagte (Antragsgegner) ganz	533 480	49 658	22 589	27 069
50	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	10 439	788	352	436
	Zulässigkeit der Berufung				
51	Bei den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren (lfd. Nr. 25) sind mit der Berufung anfechtbar gewesen	161 777	16 354	8 169	8 185
52	davon: weil der Wert des Beschwerdegegenstandes 600 EUR überstieg	150 265	15 171	7 674	7 497
53	aufgrund Zulassung	11 512	1 183	495	688

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessergebnis, Zulässigkeit der Berufung

2.1.1 Grundzahlen

Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
148 048	88 419	34 612	25 017	80 006	29 266	10 491	38 027	95 049	18 134	1
Art des Verfahrens										
93	24	31	38	27	10	5	1	10	3	2
195	124	51	20	246	34	9	28	138	17	3
2 152	1 224	506	422	1 572	721	296	538	1 787	524	4
144 769	86 437	33 883	24 449	77 000	27 961	10 158	35 131	85 905	17 574	5
119	86	22	11	25	3	8	58	97	1	6
720	524	119	77	1 136	537	15	2 271	7 112	15	7
Sachgebiet des Verfahrens										
1 393	723	378	292	396	678	72	32	775	311	8
25 539	14 826	5 607	5 106	8 782	2 296	951	3 856	10 429	1 556	9
18 498	11 324	4 139	3 035	7 645	6 895	1 356	1 009	14 309	3 961	10
166	97	42	27	84	95	19	20	157	28	11
4 281	3 550	521	210	4 731	1 224	540	520	10 040	129	12
7 895	4 864	2 224	807	1 782	1 515	197	1 595	5 061	1 146	13
1 244	602	382	260	176	394	59	49	458	210	14
3	2	1	-	40	21	-	3	9	15	15
26 466	15 942	6 368	4 156	23 300	6 408	2 860	8 115	19 909	4 197	16
3 710	2 416	780	514	1 877	1 049	354	1 300	2 215	699	17
5 663	3 498	1 170	995	2 221	1 186	299	458	2 966	741	18
668	553	55	60	56	317	18	29	132	106	19
999	485	280	234	426	206	77	62	483	128	20
7 124	4 608	1 499	1 017	3 068	1 159	351	785	3 935	650	21
3 784	2 587	853	344	1 859	173	322	691	2 225	210	22
172	80	55	37	18	92	11	20	105	8	23
40 443	22 262	10 258	7 923	23 545	5 558	3 005	19 483	21 841	4 039	24
Art der Erledigung										
41 246	25 273	9 379	6 594	16 815	7 078	1 655	7 786	26 131	3 948	25
15 922	10 141	3 425	2 356	1 527	2 258	265	2 103	9 102	1 338	26
620	352	125	143	1 625	330	191	145	865	118	27
28 107	16 804	6 382	4 921	8 342	3 499	1 731	4 410	12 463	2 287	28
21 636	12 420	5 461	3 755	21 185	6 916	2 659	7 835	16 695	4 333	29
9 246	5 426	2 261	1 559	7 121	2 497	1 102	2 831	8 798	1 460	30
988	584	208	196	727	214	70	171	704	153	31
4	2	2	-	-	8	-	-	5	-	32
66	14	23	29	2	8	5	-	6	1	33
9 879	5 979	2 489	1 411	5 522	1 768	558	3 240	5 872	862	34
1 544	927	335	282	901	450	181	660	1 440	184	35
18 772	11 164	4 404	3 204	8 459	3 216	1 454	4 281	10 863	1 834	36
2 035	1 207	461	367	862	350	157	265	1 064	202	37
467	248	106	113	694	200	44	155	861	69	38
5 759	3 507	1 264	988	3 073	1 323	279	1 032	3 355	557	39
6 442	3 887	1 480	1 075	4 306	1 338	352	2 766	4 249	1 520	40
1 018	500	103	415	422	133	16	103	508	67	41
1	1	-	-	-	-	3	-	-	-	42
838	476	254	108	1 575	268	225	2 492	2 035	657	43
Prozessergebnis										
90 746	54 335	21 687	14 724	57 944	21 982	8 372	27 924	72 183	14 007	44
13 971	8 312	3 258	2 401	9 613	2 687	901	3 596	10 063	1 935	45
3 751	2 195	857	699	1 565	782	363	1 124	3 622	487	46
2 852	1 705	677	470	1 448	1 704	955	1 618	5 242	1 457	47
5 785	3 441	1 300	1 044	2 843	1 472	698	2 214	6 293	748	48
63 503	38 190	15 328	9 985	42 329	15 075	5 407	18 658	45 816	9 182	49
884	492	267	125	146	262	48	714	1 147	198	50
Zulässigkeit der Berufung										
21 900	13 275	5 121	3 504	11 800	4 024	1 090	4 623	14 681	2 214	51
21 298	12 969	5 000	3 329	11 216	3 672	983	3 842	13 537	1 879	52
602	306	121	175	584	352	107	781	1 144	335	53

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessersfolg, Zulässigkeit der Berufung

2.1.1 Grundzahlen

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens/ Sachgebiet Art der Erledigung Prozessersfolg Zulässigkeit der Berufung	Niedersachsen				Nordrhein-	
		zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
			Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	95 252	16 442	52 953	25 857	292 992	97 027
	Art des Verfahrens						
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	73	4	54	15	43	14
3	Klage in Zwangsvollstreckungssachen/ Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	156	27	93	36	174	47
4	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	2 861	890	1 296	675	8 823	3 273
5	Klageverfahren	86 268	11 851	50 176	24 241	277 963	93 395
6	Klagen im europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	43	8	24	11	62	45
7	Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	5 851	3 662	1 310	879	5 927	253
	Sachgebiet des Verfahrens						
8	Bau-, Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	1 218	139	648	431	3 352	845
9	Verkehrsunfallsachen	9 916	1 393	5 703	2 820	32 359	8 216
10	Kaufsachen	13 622	1 922	8 172	3 528	28 480	7 821
11	Arzthaftungssachen	179	28	86	65	468	95
12	Reisevertragssachen	2 569	27	2 457	85	5 872	3 506
13	Kredit-/Leasingsachen	4 258	1 806	1 456	996	29 002	20 998
14	Nachbarschaftssachen	667	96	384	187	1 865	439
15	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	4	-	1	3	5	2
16	Wohnungsmietsachen	19 334	3 354	10 472	5 508	69 689	20 257
17	Sonstige Mietsachen	2 354	293	1 322	739	8 309	2 443
18	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	3 348	415	1 927	1 006	9 321	2 675
19	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	144	9	105	30	336	84
20	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	754	108	361	285	2 033	481
21	Honoraranforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	3 907	593	2 197	1 117	11 378	3 159
22	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)	1 694	392	1 010	292	6 946	2 376
23	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	81	21	46	14	334	120
24	Sonstiger Verfahrensgegenstand	31 203	5 846	16 606	8 751	83 243	23 510
	Art der Erledigung						
25	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch streitiges Urteil (einschl. Vorbehaltsurteil ohne lfd. Nr. 32)	26 546	3 634	15 552	7 360	74 473	23 402
26	dar. streitiges Urteil im vereinfachten Verfahren nach § 495a ZPO	8 753	1 087	5 505	2 161	24 938	8 247
27	Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	919	131	474	314	-	-
28	gerichtlichen Vergleich	13 582	2 400	7 121	4 061	40 316	11 377
29	Versäumnisurteil	19 900	3 519	11 238	5 143	52 900	15 024
30	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	5 930	949	3 447	1 534	28 840	17 118
31	Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	1 363	660	476	227	4 369	1 714
32	Klageabweisung wegen unterbliebener Streitschlichtung	6	2	3	1	14	5
33	Verwerfung oder Zurückweisung der Rüge nach § 321a Abs. 4 ZPO	60	4	45	11	27	11
34	Beschluss nach § 91a ZPO	5 025	1 231	2 602	1 192	18 205	5 518
35	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 32, 33, 39 bis 41)	1 215	186	594	435	4 631	1 559
36	Rücknahme der Klage oder des Antrags	10 998	2 023	5 956	3 019	33 305	10 238
37	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	1 354	224	727	403	3 678	1 000
38	Nichtzahlung des Kostenvorschusses	458	95	259	104	1 479	592
39	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	2 818	554	1 551	713	13 369	3 992
40	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	3 806	599	2 064	1 143	11 861	3 598
41	Verbindung mit einem anderen Verfahren	316	56	159	101	1 410	347
42	Klagezurück-/abweisung im europ. Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	9	3	3	3	-	-
43	sonstige Erledigungsart	1 866	303	1 156	407	4 115	1 532
	Prozessersfolg						
44	Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet mit Kostenentscheidung zusammen	74 114	12 742	41 925	19 447	220 107	75 777
	Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen						
45	der Kläger (Antragsteller) ganz	12 283	1 796	7 202	3 285	29 897	8 827
46	der Kläger (Antragsteller) überwiegend	3 452	437	2 098	917	10 628	3 270
47	jede Partei zur Hälfte	6 370	1 079	3 511	1 780	16 929	4 930
48	der Beklagte (Antragsgegner) überwiegend	5 364	828	3 122	1 414	16 501	5 269
49	der Beklagte (Antragsgegner) ganz	45 847	8 516	25 440	11 891	142 266	52 366
50	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	798	86	552	160	3 886	1 115
	Zulässigkeit der Berufung						
51	Bei den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren (lfd. Nr. 25) sind mit der Berufung anfechtbar gewesen	15 095	2 071	8 619	4 405	41 968	12 852
52	davon: weil der Wert des Beschwerdegegenstandes 600 EUR überstieg	14 101	1 941	8 118	4 042	38 549	12 008
53	aufgrund Zulassung	994	130	501	363	3 419	844

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessergebnis, Zulässigkeit der Berufung

2.1.1 Grundzahlen

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
121 268	74 697	52 833	34 111	18 722	13 854	45 816	25 113	36 257	21 922	1
Art des Verfahrens										
20	9	16	-	16	-	23	9	3	15	2
88	39	46	31	15	34	17	52	33	58	3
2 964	2 586	2 736	1 713	1 023	603	646	605	1 316	503	4
117 052	67 516	49 435	32 019	17 416	13 071	44 758	22 286	34 479	21 235	5
10	7	17	15	2	10	45	11	15	5	6
1 134	4 540	583	333	250	136	327	2 150	411	106	7
Sachgebiet des Verfahrens										
1 898	609	662	378	284	316	788	262	491	321	8
14 568	9 575	6 642	3 989	2 653	2 521	5 649	2 211	2 971	2 527	9
15 072	5 587	8 239	5 295	2 944	2 353	5 274	4 989	5 954	3 802	10
255	118	69	39	30	27	32	41	45	28	11
1 116	1 250	232	156	76	51	877	74	110	115	12
4 388	3 616	2 430	1 407	1 023	360	2 542	2 074	1 079	1 258	13
950	476	566	331	235	209	443	281	342	300	14
-	3	3	3	-	1	17	3	1	5	15
30 919	18 513	10 161	6 321	3 840	2 898	12 166	5 820	9 083	4 884	16
3 999	1 867	1 269	859	410	268	1 429	1 035	958	717	17
4 343	2 303	1 791	1 165	626	595	1 877	1 088	1 165	938	18
192	60	165	37	128	60	109	112	47	84	19
1 174	378	440	272	168	136	199	133	196	167	20
5 094	3 125	2 312	1 512	800	676	1 496	919	1 408	831	21
2 806	1 764	1 109	570	539	264	829	217	733	238	22
148	66	99	66	33	29	27	28	36	28	23
34 346	25 387	16 644	11 711	4 933	3 090	12 062	5 826	11 638	5 679	24
Art der Erledigung										
30 566	20 505	14 688	9 000	5 688	3 448	10 118	5 330	7 956	5 003	25
10 067	6 624	4 373	2 659	1 714	712	1 763	1 693	2 040	981	26
-	-	531	391	140	237	468	148	304	137	27
18 664	10 275	7 840	5 106	2 734	2 760	7 136	2 863	5 638	3 154	28
25 242	12 634	9 678	6 507	3 171	2 303	11 168	6 898	8 712	5 239	29
7 190	4 532	3 180	2 146	1 034	885	3 692	2 164	2 482	1 891	30
1 183	1 472	1 604	934	670	240	233	248	618	155	31
8	1	6	3	3	7	-	2	18	-	32
12	4	11	-	11	-	18	8	1	13	33
7 077	5 610	2 780	1 851	929	565	2 699	1 336	2 047	1 011	34
1 602	1 470	680	469	211	130	424	219	773	347	35
13 939	9 128	6 194	4 021	2 173	1 848	5 278	2 910	4 205	2 486	36
1 744	934	699	447	252	208	787	443	374	394	37
549	338	281	216	65	99	250	123	126	129	38
6 127	3 250	2 088	1 259	829	457	1 893	998	1 108	825	39
5 279	2 984	2 096	1 416	680	491	1 687	1 047	1 530	777	40
594	469	181	118	63	82	130	114	124	95	41
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42
1 492	1 091	827	618	209	331	303	410	545	403	43
Prozessergebnis										
88 704	55 626	37 223	23 694	13 529	8 546	30 432	20 240	29 301	15 816	44
12 509	8 561	5 331	3 366	1 965	1 428	3 811	2 952	4 541	2 178	45
4 636	2 722	1 551	935	616	443	988	673	1 282	526	46
7 657	4 342	2 388	1 415	973	373	889	1 727	3 264	966	47
6 636	4 596	2 419	1 517	902	623	1 830	1 100	2 104	864	48
55 848	34 052	25 155	16 194	8 961	5 586	22 538	13 480	17 957	11 023	49
1 418	1 353	379	267	112	93	376	308	153	259	50
Zulässigkeit der Berufung										
17 076	12 040	8 319	4 979	3 340	2 125	6 191	3 502	4 729	3 162	51
15 649	10 892	7 992	4 711	3 281	1 975	6 003	2 987	4 082	2 978	52
1 427	1 148	327	268	59	150	188	515	647	184	53

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessersfolg, Zulässigkeit der Berufung

2.1.2 Anteilswerte in Prozent

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens/ Sachgebiet Art der Erledigung Prozesserfolg Zulässigkeit der Berufung	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	OLG-Bezirk	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	100	100	100	100
		Art des Verfahrens			
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0,0	0,0	0,0	0,0
3	Klage in Zwangsvollstreckungssachen/ Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	0,1	0,1	0,1	0,1
4	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	2,5	2,4	3,1	1,8
5	Klageverfahren	94,1	91,0	86,9	94,3
6	Klagen im europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	0,0	0,0	0,0	0,0
7	Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	3,1	6,6	9,9	3,9
		Sachgebiet des Verfahrens			
8	Bau-, Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	1,1	1,0	1,2	0,9
9	Verkehrsunfallsachen	12,0	13,5	13,8	13,2
10	Kaufsachen	12,5	11,6	12,2	11,2
11	Arzthaftungssachen	0,1	0,1	0,1	0,1
12	Reisevertragsachen	2,9	0,6	0,8	0,5
13	Kredit-/Leasingsachen	6,0	4,7	2,9	6,2
14	Nachbarschaftssachen	0,8	1,0	1,0	1,0
15	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Wohnungsmietsachen	22,4	21,5	23,3	20,0
17	Sonstige Mietsachen	2,7	2,0	2,1	1,9
18	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	3,4	3,3	3,6	3,1
19	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	0,2	0,1	0,1	0,1
20	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	0,6	0,7	0,7	0,7
21	Honoraranforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	4,1	4,6	4,9	4,4
22	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)	2,3	3,5	3,6	3,5
23	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	0,1	0,2	0,1	0,2
24	Sonstiger Verfahrensgegenstand	28,9	31,5	29,7	33,0
		Art der Erledigung			
25	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch streitiges Urteil (einschl. Vorbehaltsurteil ohne lfd. Nr. 32)	25,0	23,3	26,2	21,1
	dar. (Anteil von laufende Nr. 25)				
26	streitiges Urteil im vereinfachten Verfahren nach § 495a ZPO	30,7	29,1	30,7	27,5
27	Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	2,7	2,9	2,3	3,6
28	gerichtlichen Vergleich	14,9	19,4	17,6	20,8
29	Versäumnisurteil	19,5	17,0	16,3	17,7
30	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	8,1	6,9	6,7	7,1
31	Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	1,2	1,1	1,7	0,7
32	Klageabweisung wegen unterbliebener Streitschlichtung	0,0	0,0	0,0	0,0
33	Verwerfung oder Zurückweisung der Rüge nach § 321a Abs. 4 ZPO	0,0	0,0	0,0	0,0
34	Beschluss nach § 91a ZPO	6,1	5,7	5,4	5,9
35	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 32, 33, 39 bis 41)	1,3	0,9	1,1	0,7
36	Rücknahme der Klage oder des Antrags	11,7	12,7	12,1	13,1
37	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	1,3	1,5	1,5	1,6
38	Nichtzahlung des Kostenvorschusses	0,5	0,3	0,3	0,3
39	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	4,0	5,1	5,2	5,0
40	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	4,4	4,5	4,4	4,6
41	Verbindung mit einem anderen Verfahren	0,5	0,4	0,4	0,4
42	Klagezurück-/abweisung im europ. Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	0,0	-	-	-
43	sonstige Erledigungsart	1,6	1,1	1,2	1,1
		Prozesserfolg			
44	Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet mit Kostenentscheidung zusammen	100	100	100	100
	Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen				
45	der Kläger (Antragsteller) ganz	14,4	14,1	14,0	14,2
46	der Kläger (Antragsteller) überwiegend	4,5	5,9	5,8	6,0
47	jede Partei zur Hälfte	7,1	11,0	11,0	10,9
48	der Beklagte (Antragsgegner) überwiegend	7,2	8,7	8,5	8,9
49	der Beklagte (Antragsgegner) ganz	65,7	59,4	59,8	59,0
50	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	1,3	0,9	0,9	1,0
		Zulässigkeit der Berufung			
51	Bei den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren (lfd. Nr. 25) sind mit der Berufung anfechtbar gewesen	100	100	100	100
52	davon: weil der Wert des Beschwerdegegenstandes 600 EUR überstieg	92,9	92,8	93,9	91,6
53	aufgrund Zulassung	7,1	7,2	6,1	8,4

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessergebnis, Zulässigkeit der Berufung

2.1.2 Anteilswerte in Prozent

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	1
Art des Verfahrens										
0,1	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2
0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	3
1,5	1,4	1,5	1,7	2,0	2,5	2,8	1,4	1,9	2,9	4
97,8	97,8	97,9	97,7	96,2	95,5	96,8	92,4	90,4	96,9	5
0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,1	0,0	6
0,5	0,6	0,3	0,3	1,4	1,8	0,1	6,0	7,5	0,1	7
Sachgebiet des Verfahrens										
0,9	0,8	1,1	1,2	0,5	2,3	0,7	0,1	0,8	1,7	8
17,3	16,8	16,2	20,4	11,0	7,8	9,1	10,1	11,0	8,6	9
12,5	12,8	12,0	12,1	9,6	23,6	12,9	2,7	15,1	21,8	10
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1	0,2	0,2	11
2,9	4,0	1,5	0,8	5,9	4,2	5,1	1,4	10,6	0,7	12
5,3	5,5	6,4	3,2	2,2	5,2	1,9	4,2	5,3	6,3	13
0,8	0,7	1,1	1,0	0,2	1,3	0,6	0,1	0,5	1,2	14
0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,1	-	0,0	0,0	0,1	15
17,9	18,0	18,4	16,6	29,1	21,9	27,3	21,3	20,9	23,1	16
2,5	2,7	2,3	2,1	2,3	3,6	3,4	3,4	2,3	3,9	17
3,8	4,0	3,4	4,0	2,8	4,1	2,9	1,2	3,1	4,1	18
0,5	0,6	0,2	0,2	0,1	1,1	0,2	0,1	0,1	0,6	19
0,7	0,5	0,8	0,9	0,5	0,7	0,7	0,2	0,5	0,7	20
4,8	5,2	4,3	4,1	3,8	4,0	3,3	2,1	4,1	3,6	21
2,6	2,9	2,5	1,4	2,3	0,6	3,1	1,8	2,3	1,2	22
0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,3	0,1	0,1	0,1	0,0	23
27,3	25,2	29,6	31,7	29,4	19,0	28,6	51,2	23,0	22,3	24
Art der Erledigung										
27,9	28,6	27,1	26,4	21,0	24,2	15,8	20,5	27,5	21,8	25
38,6	40,1	36,5	35,7	9,1	31,9	16,0	27,0	34,8	33,9	26
1,5	1,4	1,3	2,2	9,7	4,7	11,5	1,9	3,3	3,0	27
19,0	19,0	18,4	19,7	10,4	12,0	16,5	11,6	13,1	12,6	28
14,6	14,0	15,8	15,0	26,5	23,6	25,3	20,6	17,6	23,9	29
6,2	6,1	6,5	6,2	8,9	8,5	10,5	7,4	9,3	8,1	30
0,7	0,7	0,6	0,8	0,9	0,7	0,7	0,4	0,7	0,8	31
0,0	0,0	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	32
0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0	33
6,7	6,8	7,2	5,6	6,9	6,0	5,3	8,5	6,2	4,8	34
1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,5	1,7	1,7	1,5	1,0	35
12,7	12,6	12,7	12,8	10,6	11,0	13,9	11,3	11,4	10,1	36
1,4	1,4	1,3	1,5	1,1	1,2	1,5	0,7	1,1	1,1	37
0,3	0,3	0,3	0,5	0,9	0,7	0,4	0,4	0,9	0,4	38
3,9	4,0	3,7	3,9	3,8	4,5	2,7	2,7	3,5	3,1	39
4,4	4,4	4,3	4,3	5,4	4,6	3,4	7,3	4,5	8,4	40
0,7	0,6	0,3	1,7	0,5	0,5	0,2	0,3	0,5	0,4	41
0,0	0,0	-	-	-	-	0,0	-	-	-	42
0,6	0,5	0,7	0,4	2,0	0,9	2,1	6,6	2,1	3,6	43
Prozessergebnis										
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	44
15,4	15,3	15,0	16,3	16,6	12,2	10,8	12,9	13,9	13,8	45
4,1	4,0	4,0	4,7	2,7	3,6	4,3	4,0	5,0	3,5	46
3,1	3,1	3,1	3,2	2,5	7,8	11,4	5,8	7,3	10,4	47
6,4	6,3	6,0	7,1	4,9	6,7	8,3	7,9	8,7	5,3	48
70,0	70,3	70,7	67,8	73,1	68,6	64,6	66,8	63,5	65,6	49
1,0	0,9	1,2	0,8	0,3	1,2	0,6	2,6	1,6	1,4	50
Zulässigkeit der Berufung										
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	51
97,3	97,7	97,6	95,0	95,1	91,3	90,2	83,1	92,2	84,9	52
2,7	2,3	2,4	5,0	4,9	8,7	9,8	16,9	7,8	15,1	53

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessertfolg, Zulässigkeit der Berufung

2.1.2 Anteilswerte in Prozent

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens/ Sachgebiet Art der Erledigung Prozessertfolg Zulässigkeit der Berufung	Niedersachsen				Nordrhein-	
		zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
			Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	100	100	100	100	100	100
	Art des Verfahrens						
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
3	Klage in Zwangsvollstreckungssachen/ Antrag auf Vollstreckbarerklärung	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0
4	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	3,0	5,4	2,4	2,6	3,0	3,4
5	Klageverfahren	90,6	72,1	94,8	93,8	94,9	96,3
6	Klagen im europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7	Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	6,1	22,3	2,5	3,4	2,0	0,3
	Sachgebiet des Verfahrens						
8	Bau-, Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	1,3	0,8	1,2	1,7	1,1	0,9
9	Verkehrsunfallsachen	10,4	8,5	10,8	10,9	11,0	8,5
10	Kaufsachen	14,3	11,7	15,4	13,6	9,7	8,1
11	Arzthaftungssachen	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1
12	Reisevertragsachen	2,7	0,2	4,6	0,3	2,0	3,6
13	Kredit-/Leasingsachen	4,5	11,0	2,7	3,9	9,9	21,6
14	Nachbarschaftssachen	0,7	0,6	0,7	0,7	0,6	0,5
15	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	0,0	-	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Wohnungsmietsachen	20,3	20,4	19,8	21,3	23,8	20,9
17	Sonstige Mietsachen	2,5	1,8	2,5	2,9	2,8	2,5
18	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	3,5	2,5	3,6	3,9	3,2	2,8
19	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
20	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	0,8	0,7	0,7	1,1	0,7	0,5
21	Honoraranforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	4,1	3,6	4,1	4,3	3,9	3,3
22	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)	1,8	2,4	1,9	1,1	2,4	2,4
23	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
24	Sonstiger Verfahrensgegenstand	32,8	35,6	31,4	33,8	28,4	24,2
	Art der Erledigung						
25	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch streitiges Urteil (einschl. Vorbehaltsurteil ohne lfd. Nr. 32)	27,9	22,1	29,4	28,5	25,4	24,1
	dar. (Anteil von laufende Nr. 25)						
26	streitiges Urteil im vereinfachten Verfahren nach § 495a ZPO	33,0	29,9	35,4	29,4	33,5	35,2
27	Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	3,5	3,6	3,0	4,3	-	-
28	gerichtlichen Vergleich	14,3	14,6	13,4	15,7	13,8	11,7
29	Versäumnisurteil	20,9	21,4	21,2	19,9	18,1	15,5
30	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	6,2	5,8	6,5	5,9	9,8	17,6
31	Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	1,4	4,0	0,9	0,9	1,5	1,8
32	Klageabweisung wegen unterbliebener Streitschlichtung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
33	Verwerfung oder Zurückweisung der Rüge nach § 321a Abs. 4 ZPO	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
34	Beschluss nach § 91a ZPO	5,3	7,5	4,9	4,6	6,2	5,7
35	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 32, 33, 39 bis 41)	1,3	1,1	1,1	1,7	1,6	1,6
36	Rücknahme der Klage oder des Antrags	11,5	12,3	11,2	11,7	11,4	10,6
37	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	1,4	1,4	1,4	1,6	1,3	1,0
38	Nichtzahlung des Kostenvorschusses	0,5	0,6	0,5	0,4	0,5	0,6
39	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	3,0	3,4	2,9	2,8	4,6	4,1
40	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	4,0	3,6	3,9	4,4	4,0	3,7
41	Verbindung mit einem anderen Verfahren	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,4
42	Klagezurück-/abweisung im europ. Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-
43	sonstige Erledigungsart	2,0	1,8	2,2	1,6	1,4	1,6
	Prozessertfolg						
44	Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet mit Kostenentscheidung zusammen	100	100	100	100	100	100
	Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen						
45	der Kläger (Antragsteller) ganz	16,6	14,1	17,2	16,9	13,6	11,6
46	der Kläger (Antragsteller) überwiegend	4,7	3,4	5,0	4,7	4,8	4,3
47	jede Partei zur Hälfte	8,6	8,5	8,4	9,2	7,7	6,5
48	der Beklagte (Antragsgegner) überwiegend	7,2	6,5	7,4	7,3	7,5	7,0
49	der Beklagte (Antragsgegner) ganz	61,9	66,8	60,7	61,1	64,6	69,1
50	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	1,1	0,7	1,3	0,8	1,8	1,5
	Zulässigkeit der Berufung						
51	Bei den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren (lfd. Nr. 25) sind mit der Berufung anfechtbar gewesen	100	100	100	100	100	100
52	davon: weil der Wert des Beschwerdegegenstandes 600 EUR überstieg	93,4	93,7	94,2	91,8	91,9	93,4
53	aufgrund Zulassung	6,6	6,3	5,8	8,2	8,1	6,6

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessenerfolg, Zulässigkeit der Berufung

2.1.2 Anteilswerte in Prozent

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	1
Art des Verfahrens										
0,0	0,0	0,0	-	0,1	-	0,1	0,0	0,0	0,1	2
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,0	0,2	0,1	0,3	3
2,4	3,5	5,2	5,0	5,5	4,4	1,4	2,4	3,6	2,3	4
96,5	90,4	93,6	93,9	93,0	94,3	97,7	88,7	95,1	96,9	5
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	6
0,9	6,1	1,1	1,0	1,3	1,0	0,7	8,6	1,1	0,5	7
Sachgebiet des Verfahrens										
1,6	0,8	1,3	1,1	1,5	2,3	1,7	1,0	1,4	1,5	8
12,0	12,8	12,6	11,7	14,2	18,2	12,3	8,8	8,2	11,5	9
12,4	7,5	15,6	15,5	15,7	17,0	11,5	19,9	16,4	17,3	10
0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	11
0,9	1,7	0,4	0,5	0,4	0,4	1,9	0,3	0,3	0,5	12
3,6	4,8	4,6	4,1	5,5	2,6	5,5	8,3	3,0	5,7	13
0,8	0,6	1,1	1,0	1,3	1,5	1,0	1,1	0,9	1,4	14
-	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15
25,5	24,8	19,2	18,5	20,5	20,9	26,6	23,2	25,1	22,3	16
3,3	2,5	2,4	2,5	2,2	1,9	3,1	4,1	2,6	3,3	17
3,6	3,1	3,4	3,4	3,3	4,3	4,1	4,3	3,2	4,3	18
0,2	0,1	0,3	0,1	0,7	0,4	0,2	0,4	0,1	0,4	19
1,0	0,5	0,8	0,8	0,9	1,0	0,4	0,5	0,5	0,8	20
4,2	4,2	4,4	4,4	4,3	4,9	3,3	3,7	3,9	3,8	21
2,3	2,4	2,1	1,7	2,9	1,9	1,8	0,9	2,0	1,1	22
0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	23
28,3	34,0	31,5	34,3	26,3	22,3	26,3	23,2	32,1	25,9	24
Art der Erledigung										
25,2	27,5	27,8	26,4	30,4	24,9	22,1	21,2	21,9	22,8	25
32,9	32,3	29,8	29,5	30,1	20,6	17,4	31,8	25,6	19,6	26
-	-	3,6	4,3	2,5	6,9	4,6	2,8	3,8	2,7	27
15,4	13,8	14,8	15,0	14,6	19,9	15,6	11,4	15,6	14,4	28
20,8	16,9	18,3	19,1	16,9	16,6	24,4	27,5	24,0	23,9	29
5,9	6,1	6,0	6,3	5,5	6,4	8,1	8,6	6,8	8,6	30
1,0	2,0	3,0	2,7	3,6	1,7	0,5	1,0	1,7	0,7	31
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	-	0,0	0,0	-	32
0,0	0,0	0,0	-	0,1	-	0,0	0,0	0,0	0,1	33
5,8	7,5	5,3	5,4	5,0	4,1	5,9	5,3	5,6	4,6	34
1,3	2,0	1,3	1,4	1,1	0,9	0,9	0,9	2,1	1,6	35
11,5	12,2	11,7	11,8	11,6	13,3	11,5	11,6	11,6	11,3	36
1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,5	1,7	1,8	1,0	1,8	37
0,5	0,5	0,5	0,6	0,3	0,7	0,5	0,5	0,3	0,6	38
5,1	4,4	4,0	3,7	4,4	3,3	4,1	4,0	3,1	3,8	39
4,4	4,0	4,0	4,2	3,6	3,5	3,7	4,2	4,2	3,5	40
0,5	0,6	0,3	0,3	0,3	0,6	0,3	0,5	0,3	0,4	41
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42
1,2	1,5	1,6	1,8	1,1	2,4	0,7	1,6	1,5	1,8	43
Prozessenerfolg										
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	44
14,1	15,4	14,3	14,2	14,5	16,7	12,5	14,6	15,5	13,8	45
5,2	4,9	4,2	3,9	4,6	5,2	3,2	3,3	4,4	3,3	46
8,6	7,8	6,4	6,0	7,2	4,4	2,9	8,5	11,1	6,1	47
7,5	8,3	6,5	6,4	6,7	7,3	6,0	5,4	7,2	5,5	48
63,0	61,2	67,6	68,3	66,2	65,4	74,1	66,6	61,3	69,7	49
1,6	2,4	1,0	1,1	0,8	1,1	1,2	1,5	0,5	1,6	50
Zulässigkeit der Berufung										
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	51
91,6	90,5	96,1	94,6	98,2	92,9	97,0	85,3	86,3	94,2	52
8,4	9,5	3,9	5,4	1,8	7,1	3,0	14,7	13,7	5,8	53

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Lfd. Nr.	Dauer des Verfahrens Streitwert Prozesskostenhilfe	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
Dauer des Verfahrens						
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	1 119 504	116 444	52 147	64 297
2	dar. erledigt durch streitiges Urteil	Anzahl	279 408	27 187	13 640	13 547
Von den insgesamt erledigten Verfahren waren bei Gericht anhängig						
3	bis einschl. 3 Monate	%	48,5	53,4	51,4	54,9
4	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	26,2	25,6	25,7	25,4
5	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	17,8	15,5	16,5	14,7
6	mehr als 12 bis einschl. 24 Monate	%	6,2	4,7	5,3	4,3
7	mehr als 24 Monate	%	1,4	0,8	1,0	0,7
8	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	4,8	4,2	4,4	4,0
9	Durchschnittl. Dauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	7,6	6,6	6,7	6,5
Streitwert						
10	Erledigte Verfahren (ohne Verweisungen oder Abgaben an ein anderes Gericht) zusammen	Anzahl	1 069 962	111 170	49 856	61 314
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR						
11	bis 300 EUR	%	17,3	15,9	16,5	15,5
12	300 bis 600 EUR	%	16,6	14,5	14,2	14,7
13	600 bis 750 EUR	%	5,4	5,2	5,2	5,2
14	750 bis 1 000 EUR	%	10,0	10,9	10,4	11,3
15	1 000 bis 1 500 EUR	%	11,2	11,0	10,9	11,2
16	1 500 bis 2 000 EUR	%	7,6	7,7	7,5	7,9
17	2 000 bis 3 000 EUR	%	10,6	10,7	10,7	10,7
18	3 000 bis 4 000 EUR	%	7,6	7,7	7,9	7,6
19	4 000 bis 5 000 EUR	%	6,2	6,9	7,1	6,8
20	mehr als 5 000 EUR	%	7,4	9,3	9,5	9,1
21	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 12 500 EUR	EUR	1 801	1 966	1 980	1 954
22	Erledigte Verfahren (ohne Wohnungsmietsachen und ohne Verweisungen oder Abgaben an ein anderes Gericht) zusammen	Anzahl	823 877	86 582	37 889	48 693
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR						
23	bis 300 EUR	%	19,8	18,6	19,4	18,1
24	300 bis 600 EUR	%	18,5	16,0	15,7	16,3
25	600 bis 750 EUR	%	5,9	5,6	5,8	5,5
26	750 bis 1 000 EUR	%	11,1	12,1	11,6	12,5
27	1 000 bis 1 500 EUR	%	12,2	11,8	11,5	12,0
28	1 500 bis 2 000 EUR	%	8,2	8,5	8,3	8,6
29	2 000 bis 3 000 EUR	%	10,5	11,4	11,4	11,3
30	3 000 bis 4 000 EUR	%	6,7	7,7	7,7	7,6
31	4 000 bis 5 000 EUR	%	5,2	6,3	6,4	6,2
32	mehr als 5 000 EUR	%	1,8	2,0	2,2	1,9
33	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 12 500 EUR	EUR	1 393	1 508	1 517	1 501
Prozesskostenhilfe						
34	Prozesskostenhilfeentscheidungen zusammen	Anzahl	72 208	7 127	3 168	3 959
Prozesskostenhilfe ist bewilligt worden						
35	nur dem Kläger (Antragsteller)	Anzahl	22 728	2 097	907	1 190
36	darunter mit Ratenzahlung	%	5,9	10,2	8,7	11,3
37	nur dem Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	27 730	3 329	1 471	1 858
38	darunter mit Ratenzahlung	%	6,2	8,6	7,3	9,7
39	beiden Parteien	Anzahl	2 186	164	67	97
40	darunter mit Ratenzahlung für mindestens eine Partei	Anzahl	284	33	13	20
41	davon: nur für den Kläger (Antragsteller)	%	46,8	51,5	84,6	30,0
42	nur für den Beklagten (Antragsgegner)	%	45,1	36,4	7,7	55,0
43	für beide Parteien	%	8,1	12,1	7,7	15,0
Prozesskostenhilfe ist abgelehnt worden						
44	nur dem Kläger (Antragsteller)	Anzahl	7 915	614	298	316
45	nur dem Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	9 209	731	344	387
46	beiden Parteien	Anzahl	127	14	7	7
47	Bewilligte Prozesskostenhilfe	Anzahl	54 830	5 754	2 512	3 242
48	ohne Ratenzahlung	Anzahl	51 478	5 216	2 312	2 904
49	mit Ratenzahlung	Anzahl	3 352	538	200	338
50	Abgelehnte Prozesskostenhilfe	Anzahl	17 378	1 373	656	717
Anträge auf grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe						
51	(§§ 1076 - 1078 ZPO) sind gestellt worden	Anzahl	1 706	216	78	138
52	davon: vom Kläger (Antragsteller)	Anzahl	579	80	35	45
53	vom Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	995	117	39	78
54	von beiden Parteien	Anzahl	132	19	4	15

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Dauer des Verfahrens										
148 048	88 419	34 612	25 017	80 006	29 266	10 491	38 027	95 049	18 134	1
41 246	25 273	9 379	6 594	16 815	7 078	1 655	7 786	26 131	3 948	2
54,3	54,9	53,6	53,4	50,7	46,0	42,0	47,5	45,3	44,1	3
26,6	26,1	28,8	25,3	25,8	24,5	26,7	26,7	27,2	25,0	4
13,9	13,8	13,8	14,3	16,8	19,9	21,2	18,3	18,1	19,7	5
4,4	4,5	3,4	5,7	5,3	7,8	8,1	6,2	7,3	8,7	6
0,8	0,8	0,5	1,4	1,4	1,9	2,0	1,4	2,1	2,5	7
4,0	4,0	3,8	4,4	4,6	5,3	5,6	4,9	5,3	5,7	8
6,0	6,0	5,5	7,0	8,6	8,2	10,1	8,0	8,2	8,7	9
Streitwert										
141 606	84 532	33 132	23 942	75 700	27 928	10 139	35 261	90 800	16 614	10
16,5	16,1	16,8	17,8	18,8	18,8	16,6	22,3	17,1	17,7	11
14,6	14,6	14,7	14,5	18,6	16,4	17,0	17,0	17,7	16,4	12
5,1	5,1	5,3	5,2	5,3	5,8	5,1	5,2	5,3	5,5	13
9,3	9,2	9,4	9,5	8,7	11,0	10,2	8,9	10,1	10,6	14
12,8	12,7	12,8	13,3	9,7	11,0	10,2	10,6	12,2	10,9	15
8,0	8,1	8,0	7,7	7,1	7,3	7,2	6,7	7,8	7,8	16
11,1	11,2	10,9	11,3	9,5	10,2	12,0	9,3	9,8	11,2	17
8,1	7,9	8,1	8,5	7,2	7,3	9,1	7,0	6,8	7,9	18
6,5	6,5	6,3	6,8	5,8	5,7	6,9	5,8	5,6	6,0	19
7,9	8,7	7,6	5,4	9,3	6,5	5,6	7,2	7,8	6,1	20
1 868	1 914	1 843	1 746	1 809	1 700	1 787	1 673	1 754	1 735	21
115 541	68 829	26 852	19 860	52 787	21 624	7 311	27 367	71 257	12 643	22
19,1	18,6	19,3	20,2	22,0	21,1	20,4	23,7	19,5	21,0	23
16,0	16,1	16,1	15,5	21,0	18,2	20,0	19,2	19,5	18,7	24
5,5	5,4	5,7	5,5	5,8	6,3	5,7	5,8	5,6	6,0	25
10,0	9,8	10,3	10,0	9,9	12,4	11,6	10,2	11,0	11,9	26
13,8	13,7	14,0	14,1	11,1	12,0	11,5	11,9	13,3	11,8	27
8,5	8,7	8,6	7,9	8,2	7,8	8,1	7,5	8,3	8,2	28
11,4	11,6	11,2	11,1	9,6	9,9	10,3	9,7	9,9	10,1	29
7,8	7,9	7,6	7,9	5,8	6,2	5,9	6,1	6,2	6,2	30
5,9	6,1	5,3	6,1	4,4	4,7	4,9	4,4	4,7	4,7	31
2,1	2,2	2,0	1,6	2,1	1,3	1,8	1,6	1,9	1,4	32
1 494	1 517	1 459	1 466	1 288	1 309	1 352	1 279	1 350	1 325	33
Prozesskostenhilfe										
8 097	4 144	2 222	1 731	3 181	1 473	786	1 422	5 140	1 228	34
2 324	1 159	676	489	1 007	588	214	487	1 391	458	35
10,4	11,6	9,9	8,4	3,4	6,1	4,2	7,0	5,1	5,2	36
3 527	1 798	965	764	1 146	486	268	506	1 816	428	37
10,7	10,6	9,4	12,4	4,3	6,0	4,9	6,7	5,7	7,2	38
231	98	71	62	44	50	27	28	136	49	39
46	21	16	9	5	6	4	1	15	9	40
41,3	42,9	43,8	33,3	60,0	66,7	25,0	100,0	33,3	22,2	41
45,7	42,9	50,0	44,4	20,0	33,3	50,0	-	60,0	55,6	42
13,0	14,3	6,3	22,2	20,0	-	25,0	-	6,7	22,2	43
787	441	189	157	464	158	133	183	716	112	44
977	542	244	191	468	141	113	184	921	132	45
10	4	3	3	4	-	2	3	12	-	46
6 313	3 153	1 783	1 377	2 241	1 174	536	1 049	3 479	984	47
5 642	2 804	1 608	1 230	2 152	1 103	509	980	3 289	918	48
671	349	175	147	89	71	27	69	190	66	49
1 784	991	439	354	940	299	250	373	1 661	244	50
195	105	66	24	-	67	15	154	115	74	51
85	50	30	5	-	38	2	71	14	29	52
97	50	30	17	-	23	13	67	100	35	53
13	5	6	2	-	6	-	16	1	10	54

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Lfd. Nr.	Dauer des Verfahrens Streitwert Prozesskostenhilfe	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-	
			zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
				Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
Dauer des Verfahrens								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	95 252	16 442	52 953	25 857	292 992	97 027
2	dar. erledigt durch streitiges Urteil	Anzahl	26 546	3 634	15 552	7 360	74 473	23 402
Von den insgesamt erledigten Verfahren waren bei Gericht anhängig								
3	bis einschl. 3 Monate	%	47,4	50,6	45,9	48,5	46,0	44,5
4	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	27,3	26,2	27,6	27,6	26,8	27,7
5	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	18,1	16,2	19,2	17,1	19,3	19,4
6	mehr als 12 bis einschl. 24 Monate	%	5,8	5,7	6,0	5,6	6,6	6,9
7	mehr als 24 Monate	%	1,3	1,4	1,4	1,2	1,3	1,5
8	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	4,8	4,6	4,9	4,7	4,9	5,2
9	Durchschnittl. Dauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	7,1	7,6	7,1	6,9	7,6	8,1
Streitwert								
10	Erledigte Verfahren (ohne Verweisungen oder Abgaben an ein anderes Gericht) zusammen	Anzahl	91 446	15 843	50 889	24 714	281 131	93 429
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR								
11	bis 300 EUR	%	15,5	14,1	16,5	14,3	17,2	17,3
12	300 bis 600 EUR	%	18,6	21,6	17,9	18,1	17,1	19,6
13	600 bis 750 EUR	%	5,4	5,6	5,6	4,9	5,7	6,1
14	750 bis 1 000 EUR	%	11,5	12,6	11,3	11,3	10,0	10,4
15	1 000 bis 1 500 EUR	%	11,2	10,4	11,4	11,5	11,0	11,0
16	1 500 bis 2 000 EUR	%	7,5	7,1	7,6	7,5	7,4	6,9
17	2 000 bis 3 000 EUR	%	10,4	10,3	10,1	10,9	10,5	9,6
18	3 000 bis 4 000 EUR	%	7,3	7,5	7,1	7,5	7,7	6,9
19	4 000 bis 5 000 EUR	%	6,1	5,5	6,1	6,6	6,3	5,5
20	mehr als 5 000 EUR	%	6,5	5,1	6,4	7,4	7,2	6,7
21	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 12 500 EUR	EUR	1 752	1 663	1 723	1 867	1 783	1 666
22	Erledigte Verfahren (ohne Wohnungsmietsachen und ein anderes Gericht) zusammen	Anzahl	72 399	12 543	40 568	19 288	212 632	73 525
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR								
23	bis 300 EUR	%	17,8	15,7	18,9	16,8	19,7	19,8
24	300 bis 600 EUR	%	20,7	24,1	19,9	20,1	19,2	22,2
25	600 bis 750 EUR	%	5,9	6,4	6,0	5,4	6,2	6,7
26	750 bis 1 000 EUR	%	12,6	14,0	12,3	12,2	11,1	11,5
27	1 000 bis 1 500 EUR	%	12,0	11,3	12,0	12,5	11,9	11,7
28	1 500 bis 2 000 EUR	%	8,0	7,6	8,1	7,9	8,1	7,4
29	2 000 bis 3 000 EUR	%	10,2	9,1	10,1	11,0	10,4	9,1
30	3 000 bis 4 000 EUR	%	6,3	5,9	6,2	6,7	6,5	5,6
31	4 000 bis 5 000 EUR	%	5,0	4,2	4,9	5,6	5,1	4,2
32	mehr als 5 000 EUR	%	1,7	1,6	1,6	1,9	1,7	1,6
33	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 12 500 EUR	EUR	1 379	1 336	1 355	1 458	1 370	1 267
Prozesskostenhilfe								
34	Prozesskostenhilfeentscheidungen zusammen	Anzahl	8 638	1 299	4 417	2 922	19 552	5 007
Prozesskostenhilfe ist bewilligt worden								
35	nur dem Kläger (Antragsteller)	Anzahl	2 425	382	1 186	857	6 702	1 712
36	darunter mit Ratenzahlung	%	4,7	5,8	4,0	5,3	3,8	4,0
37	nur dem Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	2 904	430	1 475	999	7 386	1 769
38	darunter mit Ratenzahlung	%	5,1	5,3	3,9	6,7	3,5	3,1
39	beiden Parteien	Anzahl	290	58	118	114	594	115
40	darunter mit Ratenzahlung für mindestens eine Partei	Anzahl	33	12	9	12	59	11
41	davon: nur für den Kläger (Antragsteller)	%	48,5	33,3	44,4	66,7	54,2	72,7
42	nur für den Beklagten (Antragsgegner)	%	51,5	66,7	55,6	33,3	45,8	27,3
43	für beide Parteien	%	-	-	-	-	-	-
Prozesskostenhilfe ist abgelehnt worden								
44	nur dem Kläger (Antragsteller)	Anzahl	1 187	171	650	366	1 982	599
45	nur dem Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	1 446	192	804	450	2 268	691
46	beiden Parteien	Anzahl	48	4	33	11	13	3
47	Bewilligte Prozesskostenhilfe	Anzahl	5 909	928	2 897	2 084	15 276	3 711
48	ohne Ratenzahlung	Anzahl	5 615	871	2 784	1 960	14 706	3 577
49	mit Ratenzahlung	Anzahl	294	57	113	124	570	134
50	Abgelehnte Prozesskostenhilfe	Anzahl	2 729	371	1 520	838	4 276	1 296
Anträge auf grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe (§§ 1076 - 1078 ZPO) sind gestellt worden								
51	(§§ 1076 - 1078 ZPO) sind gestellt worden	Anzahl	146	21	77	48	115	9
52	davon: vom Kläger (Antragsteller)	Anzahl	27	4	17	6	49	2
53	vom Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	118	17	59	42	62	7
54	von beiden Parteien	Anzahl	1	-	1	-	4	-

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln			Koblenz	Zweibrücken					
Dauer des Verfahrens										
121 268	74 697	52 833	34 111	18 722	13 854	45 816	25 113	36 257	21 922	1
30 566	20 505	14 688	9 000	5 688	3 448	10 118	5 330	7 956	5 003	2
47,6	45,6	50,6	52,0	47,9	43,6	48,4	45,7	46,2	42,9	3
25,9	27,2	24,4	24,1	24,9	25,5	24,4	26,1	26,1	22,3	4
19,0	19,5	17,5	16,6	19,1	19,1	19,0	18,9	19,4	22,2	5
6,3	6,5	6,2	5,9	6,7	9,2	6,7	7,5	6,7	9,7	6
1,1	1,3	1,4	1,4	1,5	2,6	1,4	1,8	1,6	3,0	7
4,8	4,9	4,7	4,6	4,9	5,8	4,9	5,2	5,1	6,1	8
7,4	7,4	7,3	7,2	7,4	9,4	8,7	9,3	8,2	10,7	9
Streitwert										
115 989	71 713	50 737	32 695	18 042	13 363	44 129	24 066	34 727	21 145	10
17,3	16,6	17,8	17,6	18,0	17,3	18,9	17,8	17,6	18,1	11
15,3	16,9	15,8	16,5	14,5	14,2	17,2	17,9	15,9	15,5	12
5,4	5,6	5,5	5,9	4,9	5,0	5,2	5,2	5,6	5,2	13
9,7	9,9	10,2	10,4	9,8	9,8	9,6	10,8	10,2	9,5	14
11,1	10,8	11,1	11,4	10,7	11,5	10,5	10,9	11,3	10,3	15
7,8	7,5	7,9	7,8	8,1	8,3	7,3	7,3	7,6	7,9	16
11,4	10,4	10,7	10,4	11,2	11,7	11,2	11,7	10,7	11,7	17
8,5	7,5	7,6	7,2	8,4	8,6	7,7	7,6	7,8	8,7	18
6,7	6,5	6,5	6,2	7,0	6,9	6,1	5,6	6,3	6,8	19
6,8	8,4	6,8	6,4	7,4	6,8	6,3	5,1	7,1	6,3	20
1 830	1 860	1 786	1 733	1 881	1 850	1 730	1 681	1 792	1 812	21
85 552	53 555	40 745	26 468	14 277	10 511	32 079	18 313	25 783	16 303	22
19,7	19,7	20,4	20,2	20,7	20,6	21,7	20,2	19,9	21,5	23
17,0	18,7	17,5	18,3	16,1	15,7	18,5	20,0	17,7	17,3	24
6,0	6,0	6,1	6,4	5,5	5,3	5,7	5,9	6,3	5,6	25
11,1	10,8	11,1	11,3	10,8	10,7	10,7	12,1	11,3	10,6	26
12,2	11,6	11,8	12,1	11,4	12,2	11,8	11,8	12,5	11,3	27
8,8	8,1	8,5	8,3	8,8	8,9	7,9	7,7	8,4	8,4	28
11,2	10,7	10,6	10,3	11,1	11,7	10,4	10,0	10,7	11,0	29
6,9	6,9	7,0	6,4	7,9	7,3	6,7	6,0	6,5	7,5	30
5,5	5,6	5,6	5,3	6,1	5,6	5,0	4,9	5,0	5,5	31
1,7	1,8	1,5	1,4	1,7	1,9	1,6	1,5	1,6	1,4	32
1 430	1 414	1 402	1 364	1 473	1 458	1 360	1 348	1 376	1 409	33
Prozesskostenhilfe										
9 870	4 675	3 757	2 272	1 485	1 581	3 180	2 040	3 242	1 764	34
3 470	1 520	1 196	758	438	510	1 134	566	1 095	534	35
4,0	3,0	7,5	7,1	8,2	4,1	5,5	2,8	7,1	6,4	36
3 827	1 790	1 476	894	582	641	1 265	654	1 296	602	37
3,8	3,4	7,4	7,3	7,6	5,9	7,0	3,2	7,1	6,1	38
356	123	124	65	59	98	102	69	97	83	39
35	13	18	6	12	8	13	4	15	15	40
48,6	53,8	66,7	66,7	66,7	62,5	38,5	75,0	26,7	26,7	41
51,4	46,2	27,8	16,7	33,3	37,5	53,8	25,0	46,7	60,0	42
-	-	5,6	16,7	-	-	7,7	-	26,7	13,3	43
884	499	412	245	167	108	255	278	305	221	44
963	614	419	239	180	126	314	388	348	233	45
7	3	3	3	-	-	4	8	2	4	46
8 009	3 556	2 920	1 782	1 138	1 347	2 603	1 358	2 585	1 302	47
7 692	3 437	2 702	1 656	1 046	1 280	2 439	1 317	2 396	1 214	48
317	119	218	126	92	67	164	41	189	88	49
1 861	1 119	837	490	347	234	577	682	657	462	50
98	8	101	56	45	32	49	98	191	138	51
41	6	48	23	25	3	20	11	75	27	52
53	2	46	31	15	29	21	85	82	100	53
4	-	7	2	5	-	8	2	34	11	54

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.3 Einleitungsform, Parteien, Termine, Anwaltliche Vertretung

Lfd. Nr.	Einleitungsform, Parteien Termine, Anwaltliche Vertretung	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
Einleitungsform						
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	1 119 504	116 444	52 147	64 297
Den erledigten Verfahren gingen voraus						
2	Mahnverfahren	Anzahl	430 409	48 849	21 472	27 377
3	ohne Vollstreckungsbescheid	%	83,1	83,6	83,3	83,9
4	mit Vollstreckungsbescheid	%	16,9	16,4	16,7	16,1
5	dar. Europäisches Mahnverfahren (§§ 1087 bis 1089 ZPO)	Anzahl	425	26	11	15
6	Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO	Anzahl	274	13	6	7
7	verfahrenseinleitende grenzüberschreitende Zustellung (§§ 183, 1067 bis 1071 ZPO)	Anzahl	213	6	4	2
Sitz der Partei(en)						
8	Zahl der Kläger 1)	Anzahl	1 120 006	116 501	52 179	64 322
davon hatten bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im						
9	Inland	%	98,6	98,5	98,2	98,8
10	EU-Ausland	%	1,1	0,8	0,9	0,7
11	sonstigen Ausland	%	0,4	0,7	0,9	0,5
12	Zahl der Beklagten 1)	Anzahl	1 120 665	116 652	52 286	64 366
davon hatten bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im						
13	Inland	%	98,7	98,7	98,4	98,8
14	EU-Ausland	%	1,0	0,8	0,9	0,7
15	sonstigen Ausland	%	0,4	0,5	0,6	0,5
Termine²⁾						
16	Gesamtzahl der Termine	Anzahl	524 061	60 972	27 815	33 157
17	ohne Beweisaufnahme	%	85,8	90,0	89,4	90,5
18	mit Beweisaufnahme	%	14,2	10,0	10,6	9,5
Von den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind gewesen						
19	ohne Termine	%	63,5	58,2	58,1	58,3
20	mit Termin ohne Beweistermin	%	30,9	37,3	37,0	37,5
21	mit Beweistermin	%	5,5	4,5	4,8	4,2
22	Durchschnittl. Zahl der Termine je Verfahren mit Termin (lfd. Nrn. 20 und 21)	Anzahl	1,3	1,3	1,3	1,2
23	Durchschnittl. Zahl der Termine je Verfahren mit Beweistermin	Anzahl	1,8	1,7	1,7	1,7
Anwaltliche Vertretung						
In den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind durch Rechtsanwälte/Rechtsanwältinnen vertreten gewesen						
24	nur der Kläger (Antragsteller)	Anzahl	479 251	47 753	21 412	26 341
25	nur der Beklagte (Antragsgegner)	Anzahl	28 615	3 096	1 393	1 703
26	beide Parteien	Anzahl	508 071	55 115	24 560	30 555
27	keine Parteien	Anzahl	103 567	10 480	4 782	5 698

1) Mehrere Kläger / Beklagte derselben Art sind je Verfahren nur einmal gezählt.

2) Ohne Verkündungstermin.

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.3 Einleitungsform, Parteien, Termine, Anwaltliche Vertretung

Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Einleitungsform										
148 048	88 419	34 612	25 017	80 006	29 266	10 491	38 027	95 049	18 134	1
56 057	34 471	12 666	8 920	26 046	11 057	3 456	12 825	32 281	6 956	2
83,0	83,2	83,0	82,6	81,0	82,1	80,0	83,7	83,1	81,9	3
17,0	16,8	17,0	17,4	19,0	17,9	20,0	16,3	16,9	18,1	4
39	28	7	4	26	4	4	5	45	1	5
41	23	6	12	-	9	-	-	37	-	6
2	2	-	-	26	-	2	10	65	1	7
Sitz der Partei(en)										
148 125	88 478	34 626	25 021	80 062	29 277	10 491	38 045	95 096	18 139	8
98,2	98,0	98,5	98,7	97,6	98,3	99,5	98,0	99,5	98,8	9
1,4	1,6	1,1	1,0	1,9	1,2	0,4	1,5	0,4	0,9	10
0,4	0,4	0,4	0,3	0,5	0,4	0,1	0,4	0,1	0,4	11
148 268	88 576	34 648	25 044	80 090	29 302	10 492	38 072	95 094	18 147	12
98,0	97,3	98,7	99,4	98,2	96,7	98,1	96,8	99,3	99,6	13
1,5	2,1	0,9	0,5	1,3	2,3	1,7	2,2	0,5	0,3	14
0,5	0,6	0,4	0,1	0,5	1,1	0,2	1,0	0,2	0,1	15
Termine²⁾										
68 021	39 685	16 348	11 988	38 983	13 136	4 372	15 392	45 110	7 401	16
77,8	77,7	78,3	77,4	91,5	95,8	73,1	100,0	81,5	94,1	17
22,2	22,3	21,7	22,6	8,5	4,2	26,9	0,0	18,5	5,9	18
62,8	63,6	61,4	61,4	62,6	64,9	68,1	68,2	64,1	67,1	19
28,6	27,8	29,8	29,4	34,1	33,5	22,5	31,7	28,9	30,7	20
8,7	8,6	8,7	9,1	3,3	1,6	9,4	0,0	7,0	2,1	21
1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2	22
1,5	1,5	1,5	1,6	2,4	1,9	1,6	1,8	2,0	1,7	23
Anwaltliche Vertretung										
64 434	38 874	15 135	10 425	38 517	13 837	4 492	15 546	39 446	8 109	24
3 127	1 902	697	528	2 225	841	252	1 059	2 196	577	25
71 696	42 416	16 912	12 368	29 577	11 476	4 349	15 896	44 864	7 526	26
8 791	5 227	1 868	1 696	9 687	3 112	1 398	5 526	8 543	1 922	27

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.3 Einleitungsform, Parteien, Termine, Anwaltliche Vertretung

Lfd. Nr.	Einleitungsform, Parteien Termine, Anwaltliche Vertretung	Einheit	Niedersachsen			Nordrhein-		
			zusammen	OLG-Bezirk		zusammen	OLG-	
				Braun- schweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
Einleitungsform								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	95 252	16 442	52 953	25 857	292 992	97 027
Den erledigten Verfahren gingen voraus								
2	Mahnverfahren	Anzahl	35 410	6 012	19 235	10 163	122 336	43 831
3	ohne Vollstreckungsbescheid	%	81,7	82,6	81,6	81,2	84,9	88,4
4	mit Vollstreckungsbescheid	%	18,3	17,4	18,4	18,8	15,1	11,6
5	dar. Europäisches Mahnverfahren (§§ 1087bis 1089 ZPO)	Anzahl	126	35	62	29	40	13
6	Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO	Anzahl	22	6	14	2	119	30
7	verfahrenseinleitende grenzüberschreitende Zustellung (§§ 183, 1067 bis 1071 ZPO)	Anzahl	65	22	33	10	2	1
Sitz der Partei(en)								
8	Zahl der Kläger 1)	Anzahl	95 264	16 443	52 958	25 863	293 128	97 083
davon hatten bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im								
9	Inland	%	99,6	99,8	99,7	99,2	98,4	98,3
10	EU-Ausland	%	0,4	0,2	0,3	0,7	1,3	1,4
11	sonstigen Ausland	%	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,3
12	Zahl der Beklagten 1)	Anzahl	95 266	16 444	52 960	25 862	293 325	97 129
davon hatten bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im								
13	Inland	%	99,8	99,9	99,7	99,7	98,7	98,1
14	EU-Ausland	%	0,2	0,1	0,2	0,3	1,0	1,6
15	sonstigen Ausland	%	0,1	0,1	0,1	0,0	0,3	0,3
Termine²⁾								
16	Gesamtzahl der Termine	Anzahl	42 445	6 811	23 204	12 430	131 099	38 417
17	ohne Beweisaufnahme	%	75,1	79,1	78,3	67,0	88,4	87,1
18	mit Beweisaufnahme	%	24,9	20,9	21,7	33,0	11,6	12,9
Von den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind gewesen								
19	ohne Termine	%	64,8	68,1	65,1	62,2	65,4	70,1
20	mit Termin ohne Beweistermin	%	25,9	24,7	26,8	24,6	30,3	25,8
21	mit Beweistermin	%	9,3	7,1	8,0	13,3	4,3	4,1
22	Durchschnittl. Zahl der Termine je Verfahren mit Termin (lfd. Nrn. 20 und 21)	Anzahl	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
23	Durchschnittl. Zahl der Termine je Verfahren mit Beweistermin	Anzahl	1,6	1,8	1,7	1,5	2,1	2,2
Anwaltliche Vertretung								
In den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind durch Rechtsanwälte/Rechtsanwältinnen vertreten gewesen								
24	nur der Kläger (Antragsteller)	Anzahl	41 564	6 957	23 908	10 699	119 739	37 645
25	nur der Beklagte (Antragsgegner)	Anzahl	2 229	405	1 234	590	7 901	2 967
26	beide Parteien	Anzahl	43 974	7 261	23 907	12 806	138 624	47 605
27	keine Parteien	Anzahl	7 485	1 819	3 904	1 762	26 728	8 810

1) Mehrere Kläger / Beklagte derselben Art sind je Verfahren nur einmal gezählt.

2) Ohne Verkündungstermin.

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.3 Einleitungsform, Parteien, Termine, Anwaltliche Vertretung

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
Einleitungsform										
121 268	74 697	52 833	34 111	18 722	13 854	45 816	25 113	36 257	21 922	1
48 610	29 895	19 163	12 473	6 690	5 104	18 508	10 396	13 274	8 691	2
83,7	81,6	81,1	81,9	79,6	82,3	82,3	82,8	80,3	80,3	3
16,3	18,4	18,9	18,1	20,4	17,7	17,7	17,2	19,7	19,7	4
22	5	8	5	3	18	4	68	10	1	5
45	44	17	10	7	5	-	4	7	-	6
-	1	2	1	1	9	3	11	-	9	7
Sitz der Partei(en)										
121 306	74 739	52 867	34 129	18 738	13 855	45 845	25 113	36 274	21 924	8
98,6	98,1	98,5	98,4	98,7	99,3	97,6	99,7	98,3	99,5	9
1,1	1,5	0,9	1,0	0,8	0,5	1,6	0,2	1,5	0,3	10
0,3	0,4	0,6	0,6	0,6	0,1	0,8	0,1	0,3	0,2	11
121 378	74 818	52 919	34 172	18 747	13 856	45 863	25 113	36 282	21 924	12
99,2	98,6	98,0	97,3	99,2	99,4	99,0	99,9	99,6	99,5	13
0,6	0,9	1,7	2,3	0,4	0,5	0,6	0,1	0,3	0,3	14
0,1	0,4	0,4	0,4	0,3	0,1	0,4	0,0	0,1	0,2	15
Termine²⁾										
56 943	35 739	27 033	17 164	9 869	9 090	23 038	10 979	15 823	11 167	16
89,1	88,6	81,0	83,4	76,9	75,2	90,0	84,8	95,0	86,9	17
10,9	11,4	19,0	16,6	23,1	24,8	10,0	15,2	5,0	13,1	18
63,1	63,0	61,5	61,9	60,8	56,4	61,3	67,5	64,4	61,1	19
32,5	32,5	30,5	31,1	29,4	31,4	34,4	27,1	33,8	33,5	20
4,4	4,5	8,0	7,0	9,8	12,3	4,2	5,3	1,9	5,4	21
1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,5	1,3	1,4	1,2	1,3	22
2,0	2,2	1,8	1,8	1,8	2,2	1,9	2,1	1,7	2,2	23
Anwaltliche Vertretung										
49 256	32 838	22 168	14 715	7 453	5 398	20 359	11 839	16 632	9 418	24
3 283	1 651	1 302	835	467	319	1 311	712	926	542	25
56 161	34 858	23 648	14 859	8 789	7 265	19 290	9 716	15 462	9 593	26
12 568	5 350	5 715	3 702	2 013	872	4 856	2 846	3 237	2 369	27

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.4 Verfahren vor dem Güterichter

Lfd. Nr.	Verweisung vor den Güterichter Dauer des Verfahrens	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	1 119 504	116 444	52 147	64 297
	darunter					
2	Erledigte Verfahren durch gerichtlichen Vergleich	Anzahl	166 679	22 551	9 200	13 351
	darunter					
3	nach vollständiger Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	3 333	311	196	115
4	ohne Konfliktbeilegung oder ohne vollständige Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	163 346	22 240	9 004	13 236
Verweisung vor den Güterichter						
In den erledigten Verfahren (lfd.Nr. 1) haben die Beteiligten den Konflikt vor dem Güterichter						
5	vollständig beigelegt	Anzahl	6 142	743	530	213
6	teilweise beigelegt	Anzahl	210	25	18	7
7	nicht beigelegt	Anzahl	5 400	510	341	169
8	Eine Verweisung vor den Güterichter hat nicht stattgefunden	Anzahl	1 107 752	115 166	51 258	63 908
Dauer des Verfahrens						
Von den erledigten Verfahren, in denen k e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nr. 8) stattgefunden hat waren anhängig						
9	bis einschl. 3 Monate	%	48,7	53,5	51,7	55,0
10	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	26,1	25,5	25,6	25,4
11	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	17,6	15,5	16,4	14,7
12	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	4,4	3,5	3,9	3,2
13	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	1,7	1,2	1,3	1,1
14	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	1,0	0,6	0,8	0,5
15	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	0,2	0,1	0,2	0,1
16	mehr als 48 Monate	%	0,1	0,1	0,1	0,1
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	4,8	4,2	4,4	4,0
Von den erledigten Verfahren, in denen e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nrn. 5 bis 7) stattgefunden hat waren anhängig						
18	bis einschl. 3 Monate	%	26,3	38,2	34,2	47,3
19	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	32,9	33,1	33,7	31,6
20	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	27,7	20,3	22,3	15,9
21	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	7,9	5,2	6,1	3,1
22	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	3,0	1,9	2,1	1,3
23	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	1,9	1,1	1,2	0,8
24	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	0,3	0,2	0,2	-
25	mehr als 48 Monate	%	0,2	0,1	0,1	-
26	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	6,8	5,4	5,8	4,4

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.4 Verfahren vor dem Güterichter

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Dauer des Verfahrens										
148 048	88 419	34 612	25 017	80 006	29 266	10 491	38 027	95 049	18 134	1
28 107	16 804	6 382	4 921	8 342	3 499	1 731	4 410	12 463	2 287	2
132	82	15	35	311	33	40	7	64	46	3
27 975	16 722	6 367	4 886	8 031	3 466	1 691	4 403	12 399	2 241	4
Verweisung vor den Güterichter										
159	102	18	39	1 748	37	61	13	92	71	5
3	1	1	1	47	1	-	2	2	5	6
82	60	18	4	646	23	3	27	213	82	7
147 804	88 256	34 575	24 973	77 565	29 205	10 427	37 985	94 742	17 976	8
Dauer des Verfahrens										
54,4	55,0	53,6	53,4	51,0	46,0	42,1	47,5	45,4	44,5	9
26,6	26,1	28,8	25,3	25,6	24,5	26,6	26,7	27,2	25,0	10
13,8	13,7	13,8	14,2	16,6	19,9	21,2	18,3	18,0	19,5	11
3,3	3,4	2,6	4,2	3,7	5,7	5,6	4,5	5,1	6,3	12
1,1	1,1	0,8	1,5	1,5	2,1	2,5	1,6	2,2	2,2	13
0,6	0,6	0,4	1,0	1,1	1,4	1,6	1,0	1,4	1,6	14
0,1	0,1	0,0	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,4	0,5	15
0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	16
4,0	4,0	3,8	4,4	4,6	5,3	5,6	4,9	5,3	5,7	17
13,9	13,5	18,9	11,4	40,8	13,1	28,1	33,3	28,3	5,1	18
30,7	32,5	27,0	27,3	31,0	23,0	35,9	26,2	26,7	16,5	19
40,6	37,4	40,5	52,3	20,7	34,4	21,9	23,8	27,7	38,6	20
9,8	11,0	8,1	6,8	4,8	19,7	7,8	2,4	12,1	23,4	21
3,3	4,3	2,7	-	1,4	6,6	3,1	7,1	2,3	8,2	22
1,2	1,2	-	2,3	1,1	3,3	3,1	4,8	2,9	4,4	23
-	-	-	-	0,1	-	-	2,4	-	1,9	24
0,4	-	2,7	-	0,1	-	-	-	-	1,9	25
7,7	7,6	8,0	7,7	5,1	9,2	6,5	8,0	7,1	12,6	26

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.4 Verfahren vor dem Güterichter

Lfd. Nr.	Verweisung vor den Güterichter Dauer des Verfahrens	Einheit	Niedersachsen			Nordrhein-		
			zusammen	OLG-Bezirk		zusammen	OLG-	
				Braun- schweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
Dauer des Verfahrens								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	95 252	16 442	52 953	25 857	292 992	97 027
	darunter							
2	Erledigte Verfahren durch gerichtlichen Vergleich	Anzahl	13 582	2 400	7 121	4 061	40 316	11 377
	davon							
3	nach vollständiger Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	476	113	143	220	1 231	343
4	ohne Konfliktbeilegung oder ohne vollständige Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	13 106	2 287	6 978	3 841	39 085	11 034
Verweisung vor den Güterichter								
In den erledigten Verfahren (lfd.Nr.1) haben die Beteiligten den Konflikt vor dem Güterichter								
5	vollständig beigelegt	Anzahl	538	118	175	245	1 780	619
6	teilweise beigelegt	Anzahl	13	-	9	4	83	28
7	nicht beigelegt	Anzahl	644	132	306	206	2 352	845
8	Eine Verweisung vor den Güterichter hat nicht stattgefunden ...	Anzahl	94 057	16 192	52 463	25 402	288 777	95 535
Dauer des Verfahrens								
Von den erledigten Verfahren, in denen k e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nr. 8) stattgefunden hat waren anhängig								
9	bis einschl. 3 Monate	%	47,8	51,2	46,1	49,2	46,4	44,7
10	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	27,2	26,0	27,5	27,3	26,7	27,6
11	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	18,0	15,8	19,2	16,8	19,1	19,3
12	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	4,1	4,0	4,2	3,9	4,7	4,9
13	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	1,6	1,6	1,7	1,5	1,8	2,0
14	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	0,9	1,0	1,0	0,8	1,0	1,2
15	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
16	mehr als 48 Monate	%	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	4,8	4,6	4,9	4,6	4,9	5,1
Von den erledigten Verfahren, in denen e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nrn. 5 bis 7) stattgefunden hat waren anhängig								
18	bis einschl. 3 Monate	%	16,1	9,6	23,9	11,2	21,4	26,1
19	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	37,8	35,2	33,9	43,5	34,8	31,2
20	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	32,6	41,6	28,4	32,1	30,3	28,0
21	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	8,3	9,6	7,6	8,4	8,0	9,3
22	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	2,8	2,8	3,3	2,4	3,5	3,1
23	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	1,8	0,8	2,4	1,5	1,8	1,8
24	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2	0,4
25	mehr als 48 Monate	%	0,3	-	0,2	0,4	0,2	0,1
26	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	7,3	7,6	7,1	7,4	7,1	7,0

2 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

2.4 Verfahren vor dem Güterichter

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
Dauer des Verfahrens										
121 268	74 697	52 833	34 111	18 722	13 854	45 816	25 113	36 257	21 922	1
18 664	10 275	7 840	5 106	2 734	2 760	7 136	2 863	5 638	3 154	2
426	462	49	6	43	238	75	82	229	9	3
18 238	9 813	7 791	5 100	2 691	2 522	7 061	2 781	5 409	3 145	4
Verweisung vor den Güterichter										
535	626	59	11	48	299	89	115	325	13	5
23	32	1	-	1	6	5	2	14	1	6
859	648	78	31	47	195	76	77	364	28	7
119 851	73 391	52 695	34 069	18 626	13 354	45 646	24 919	35 554	21 880	8
Dauer des Verfahrens										
48,0	46,0	50,6	52,0	48,0	44,5	48,6	45,8	46,8	42,9	9
25,9	26,9	24,4	24,1	24,9	25,0	24,4	26,0	26,0	22,3	10
18,8	19,3	17,5	16,6	18,9	18,9	19,0	18,9	19,2	22,1	11
4,6	4,7	4,5	4,2	5,0	6,5	4,8	5,4	4,7	6,7	12
1,7	1,8	1,6	1,6	1,7	2,5	1,8	2,1	1,8	2,9	13
0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,7	1,1	1,3	1,1	2,2	14
0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,5	0,2	0,3	0,3	0,6	15
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	0,1	0,1	0,1	0,2	16
4,7	4,9	4,7	4,6	4,9	5,7	4,9	5,2	5,0	6,1	17
18,3	19,2	26,1	33,3	22,9	19,6	9,4	27,3	18,1	26,2	18
32,7	41,0	21,0	28,6	17,7	37,6	25,3	33,5	28,2	23,8	19
33,0	29,9	34,1	19,0	40,6	22,8	41,2	26,3	33,3	35,7	20
8,3	6,1	10,1	9,5	10,4	9,6	11,8	8,2	12,7	9,5	21
4,8	2,5	5,1	7,1	4,2	5,0	3,5	2,6	4,3	2,4	22
2,3	1,1	2,9	-	4,2	4,8	6,5	2,1	2,7	2,4	23
0,1	-	0,7	2,4	-	0,4	1,8	-	0,6	-	24
0,5	-	-	-	-	0,2	0,6	-	0,3	-	25
7,7	6,4	7,8	7,1	8,1	8,0	10,1	6,4	8,3	7,0	26

3 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Sachgebieten 2015
sowie nach Art der Erledigung, Verfahrensart, Einleitungsform, anwaltlicher Vertretung, Prozesserverfolg und Dauer des Verfahrens

Lfd. Nr.	Art der Erledigung Verfahrensart Einleitungsform Anwaltliche Vertretung Prozesserverfolg Dauer des Verfahrens	Einheit	Art des Sachgebiets						
			insgesamt	Bau-/ Architekten- sachen (ohne Architekten- honorar- sachen)	Verkehrs- unfall- sachen	Kaufsachen	Arzt- haftungs- sachen	Reise- vertrags- sachen	Kredit-/ Leasing- sachen
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	1 119 504	12 283	133 903	139 929	1 614	32 068	67 646
Art der Erledigung									
Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch									
2	streitiges Urteil (einschl. Vorbehaltsurteil; ohne lfd. Nr. 9)	Anzahl	279 408	3 043	59 679	33 945	524	7 837	9 491
3	dar. streitiges Urteil im vereinfachten Verfahren gemäß § 495a ZPO	Anzahl	85 675	445	11 845	15 465	80	3 518	3 311
4	Urteil gem. § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	Anzahl	7 435	41	1 660	1 105	5	283	180
5	Vergleich	Anzahl	166 679	3 515	20 720	15 927	381	5 934	4 976
6	Versäumnisurteil	Anzahl	217 892	1 611	3 032	38 601	114	2 283	7 236
7	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	Anzahl	90 201	603	2 295	8 781	42	8 571	18 560
8	Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	Anzahl	13 159	56	9	2 188	4	6	37
9	Klageabweisung wegen unterbliebener Streitschlichtung	Anzahl	103	3	22	12	1	3	2
10	Verwerfung oder Zurückweisung der Rüge gemäß § 321a Abs. 4 ZPO	Anzahl	240	4	56	32	-	9	3
11	Beschluss gemäß § 91a ZPO	Anzahl	68 000	439	10 217	5 762	77	2 079	9 027
12	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 9, 10, 16 bis 18)	Anzahl	14 822	95	1 310	1 442	44	306	996
13	Rücknahme der Klage oder des Antrags	Anzahl	130 843	1 102	27 196	16 786	155	2 515	8 589
14	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	Anzahl	14 640	85	218	2 707	18	106	884
15	Nichtzahlung des Kostenvorschusses	Anzahl	5 733	50	747	347	11	124	523
16	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	Anzahl	44 844	633	1 997	5 185	68	411	2 659
17	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	Anzahl	49 542	828	4 213	6 141	131	1 503	3 133
18	Verbindung mit einem anderen Verfahren	Anzahl	5 164	54	451	330	7	72	306
19	Klagezurück-/ -abweisung im europ. Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	Anzahl	13	-	2	2	-	1	3
20	sonstige Erledigungsart	Anzahl	18 221	162	1 739	1 741	37	308	1 221
Verfahrensart									
21	Abhilfeverfahren gemäß § 321a ZPO	Anzahl	354	6	77	45	-	12	10
22	Klage in Zwangsvollstreckungssachen/ Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	Anzahl	1 321	3	16	60	-	2	21
23	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	Anzahl	28 439	171	31	3 774	11	13	101
24	Klageverfahren	Anzahl	1 053 902	11 739	132 175	131 603	1 543	31 553	64 606
25	Klagen im europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims - (§§ 1097 bis 1104 ZPO)	Anzahl	539	-	36	65	-	164	20
26	Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	Anzahl	34 949	364	1 568	4 382	60	324	2 888
Einleitungsform									
Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) gingen voraus									
27	Mahnverfahren mit Vollstreckungsbescheid	Anzahl	72 813	378	806	15 803	83	287	3 784
28	Mahnverfahren ohne Vollstreckungsbescheid	Anzahl	357 596	4 922	12 096	54 605	328	3 031	33 793
29	Europäisches Mahnverfahren (§§ 1087 bis 1089 ZPO)	Anzahl	425	4	11	81	1	7	17
30	Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO	Anzahl	274	1	12	6	0	3	9
31	verfahrenseinleitende grenzüberschreitende Zustellung (§§ 183, 1067 bis 1071 ZPO)	Anzahl	213	2	38	21	-	27	14
Anwaltliche Vertretung									
Durch Rechtsanwälte/Rechtsanwältinnen vertreten gewesen									
32	keine Partei	Anzahl	103 567	508	706	16 336	70	482	3 016
33	nur der Kläger/ Antragsteller	Anzahl	479 251	3 889	38 895	75 222	435	11 638	28 619
34	nur der Beklagte/ Antragsgegner	Anzahl	28 615	344	660	3 027	22	312	2 137
35	beide Parteien	Anzahl	508 071	7 542	93 642	45 344	1 087	19 636	33 874
Prozesserverfolg									
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet									
36	mit Kostenentscheidung zusammen	Anzahl	812 584	8 048	92 850	104 669	1 066	25 426	50 288
Bei diesen Verfahren hat/haben die Gerichtskosten getragen									
37	der Kläger (Antragsteller) ganz	Anzahl	116 954	1 361	25 094	12 181	380	2 973	4 666
38	der Kläger (Antragsteller) überwiegend	Anzahl	36 168	528	12 435	2 579	103	1 642	749
39	jede Partei zur Hälfte	Anzahl	57 369	1 063	7 190	5 358	97	1 001	1 217
40	der Beklagte (Antragsgegner) überwiegend	Anzahl	58 174	912	12 273	5 619	83	2 752	2 224
41	der Beklagte (Antragsgegner) ganz	Anzahl	533 480	4 057	34 536	77 995	389	16 800	41 034
42	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	Anzahl	10 439	127	1 322	937	14	258	398
Dauer des Verfahrens									
Von den insgesamt erledigten Verfahren sind anhängig gewesen									
43	bis einschl. 3 Monate	%	48,5	31,4	34,1	56,1	29,3	52,9	57,7
44	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	26,2	27,8	26,0	23,9	22,2	31,3	28,5
45	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	17,8	25,2	22,6	14,5	22,1	13,0	12,1
46	mehr als 12 bis einschl. 24 Monate	%	6,2	11,6	14,2	4,6	19,4	2,4	1,5
47	mehr als 24 Monate	%	1,4	4,0	3,1	1,0	6,9	0,3	0,2
48	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	4,8	7,2	6,9	4,1	9,0	3,8	3,5
49	Durchschnittl. Dauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	7,5	11,2	10,0	6,0	14,2	5,3	5,4

3 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Sachgebieten 2015
sowie nach Art der Erledigung, Verfahrensart, Einleitungsform, anwaltlicher Vertretung, Prozesserfolg und Dauer des Verfahrens

Art des Sachgebiets											Lfd. Nr.
Nachbarschafts-sachen	Schuldrechts-anpassungs- und Bodenrechts-sachen der neuen Länder	Wohnungs-mietsachen	Sonstige Mietsachen	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	Gesellschafts-rechtliche Streitigkeiten	Schadens-ersatz-ansprüche aus vorsätzlicher Körper-verletzung	Honorar-forderungen von Personen, für die eine besondere Honorar-ordnung gilt	Wohnungs-eigentums-sachen nach §43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnen-streitigkeiten)	Wohnungs-eigentums-sachen nach §43 Nr. 5 WEG (Klagen Ditter)	Sonstiger Verfahrens-gegenstand	
8 447	140	250 303	29 860	37 541	2 514	7 256	45 357	25 378	1 265	324 000	1
Art der Erledigung											
2 728	30	43 035	6 612	12 546	571	1 825	13 272	8 061	343	75 866	2
119	3	8 008	2 247	5 766	118	181	6 965	560	36	27 008	3
28	-	935	174	358	8	23	445	74	6	2 110	4
2 419	27	47 656	4 338	2 769	503	2 372	5 481	2 024	174	47 463	5
185	18	78 267	7 243	7 066	270	1 385	7 785	4 457	178	58 161	6
208	14	20 150	1 839	2 934	145	302	3 189	2 287	100	20 181	7
261	4	2 085	667	8	31	8	9	323	15	7 448	8
-	-	17	1	2	-	-	1	10	-	29	9
2	-	29	3	13	-	-	20	4	-	65	10
443	9	17 442	1 428	1 662	109	98	2 362	2 092	96	14 658	11
258	3	3 170	357	424	54	135	407	388	23	5 410	12
865	18	17 630	2 683	5 364	220	361	5 101	2 561	140	39 557	13
12	-	2 233	370	1 220	21	39	1 212	272	10	5 233	14
47	1	1 309	128	85	19	54	199	180	3	1 906	15
323	5	8 020	1 267	1 490	166	223	3 462	1 530	64	17 341	16
462	11	4 218	2 267	1 387	337	315	1 974	387	70	22 165	17
36	-	1 339	184	129	13	37	264	352	20	1 570	18
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	4	19
198	-	3 703	473	442	55	102	619	449	29	6 943	20
Verfahrensart											
3	1	46	3	15	-	1	23	6	1	105	21
61	1	169	19	20	2	3	19	15	1	909	22
1 045	10	5 291	1 281	27	138	13	17	819	42	15 655	23
7 267	125	240 502	27 703	35 613	2 279	7 101	42 566	23 808	1 165	292 554	24
1	-	65	6	-	-	1	3	8	-	170	25
70	3	4 230	848	1 866	95	137	2 729	722	56	14 607	26
Einleitungsform											
5	2	6 282	1 622	6 788	80	82	5 873	688	39	30 211	27
187	29	44 780	10 889	21 252	903	642	29 698	4 692	339	135 410	28
-	-	41	8	8	-	-	19	3	-	225	29
119	-	22	2	0	2	0	8	2	-	88	30
-	-	41	8	2	-	1	9	5	-	45	31
Anwaltliche Vertretung											
357	14	30 507	3 469	2 696	136	269	6 577	1 129	76	37 219	32
1 428	45	110 154	13 119	21 058	873	2 217	22 624	9 353	423	139 259	33
174	5	7 319	919	673	67	191	2 417	710	54	9 584	34
6 488	76	102 323	12 353	13 114	1 438	4 579	13 739	14 186	712	137 938	35
Prozesserfolg											
5 758	95	197 282	21 442	27 757	1 478	5 041	31 565	19 952	905	218 962	36
1 945	16	17 210	2 304	4 066	293	844	3 370	4 264	207	35 780	37
387	6	7 133	749	791	50	442	678	783	33	7 080	38
1 366	7	17 270	1 596	852	208	846	1 891	1 364	79	15 964	39
401	9	12 809	1 484	1 570	80	493	1 805	1 215	53	14 392	40
1 525	54	140 200	15 039	20 236	818	2 311	23 505	12 023	517	142 441	41
134	3	2 660	270	242	29	105	316	303	16	3 305	42
Dauer des Verfahrens											
31,5	35,0	49,3	49,8	52,9	39,5	31,3	50,3	36,0	36,5	49,9	43
26,0	28,6	27,5	26,5	25,0	28,6	32,7	25,1	29,9	27,4	25,1	44
24,7	20,0	16,9	17,9	16,0	21,3	25,6	18,8	23,5	24,5	18,4	45
13,6	5,7	5,2	4,8	4,8	8,7	8,7	4,8	8,3	8,7	5,5	46
4,3	10,7	1,2	1,0	1,4	1,9	1,6	1,0	2,3	2,9	1,1	47
7,4	9,0	4,6	4,5	4,4	5,7	6,0	4,5	5,9	6,3	4,6	48
10,5	9,6	8,0	6,8	6,0	8,2	8,7	5,6	8,3	10,2	6,7	49

noch: 3 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Sachgebieten 2015

Verfahren vor dem Güterichter

Lfd. Nr.	Verweisung vor dem Güterichter Dauer des Verfahrens	Einheit	Art des Sachgebiets					
			insgesamt	Bau-/Architekten-sachen (ohne Architekten-honorar-sachen)	Verkehrs-unfall-sachen	Kaufsachen	Arzt-haftungs-sachen	Reise-vertrags-sachen

50	Erledigte Verfahren durch Vergleich	Anzahl	166 679	3 515	20 720	15 927	381	5 934	4 976
	davon								
51	nach vollständiger Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	3 333	78	282	235	4	77	58
52	ohne Konfliktbeilegung oder ohne vollständige Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	163 346	3 437	20 438	15 692	377	5 857	4 918

Verweisung vor den Güterichter

In den erledigten Verfahren (lfd.Nr. 1) haben die Beteiligten den Konflikt vor dem Güterichter

53	vollständig beigelegt	Anzahl	6 142	90	611	416	6	166	193
54	teilweise beigelegt	Anzahl	210	-	15	14	-	5	13
55	nicht beigelegt	Anzahl	5 400	76	576	512	11	94	197
56	Eine Verweisung vor den Güterichter hat nicht stattgefunden	Anzahl	1 107 752	12 117	132 701	138 987	1 597	31 803	67 243

Dauer des Verfahrens

Von den erledigten Verfahren, in denen k e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nr. 56) stattgefunden hat waren anhängig

57	bis einschl. 3 Monate	%	48,7	31,7	34,3	56,2	29,6	53,0	57,8
58	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	26,1	27,8	25,9	23,8	22,2	31,3	28,4
59	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	17,6	25,1	22,5	14,4	21,9	13,0	12,1
60	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	4,4	7,9	9,6	3,3	11,3	1,9	1,1
61	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	1,7	3,5	4,6	1,2	8,0	0,4	0,3
62	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	1,0	2,7	2,6	0,7	5,3	0,3	0,2
63	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	0,2	0,8	0,4	0,2	1,1	0,1	0,0
64	mehr als 48 Monate	%	0,1	0,5	0,1	0,1	0,5	0,0	0,0
65	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	4,8	7,1	6,9	4,1	9,0	3,8	3,5

Von den erledigten Verfahren, in denen e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nrn. 53 bis 55) stattgefunden hat waren anhängig

66	bis einschl. 3 Monate	%	26,3	10,2	12,9	34,3	5,9	38,5	44,7
67	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	32,9	30,7	28,1	33,0	23,5	40,4	36,0
68	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	27,7	33,1	34,4	21,7	41,2	17,4	17,1
69	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	7,9	12,0	14,2	6,7	11,8	2,6	1,5
70	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	3,0	6,6	5,5	2,7	11,8	1,1	0,5
71	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	1,9	6,0	4,1	1,6	5,9	-	0,2
72	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	0,3	0,6	0,6	0,1	-	-	-
73	mehr als 48 Monate	%	0,2	0,6	0,2	-	-	-	-
74	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	6,8	10,0	9,2	6,0	10,4	4,5	4,1

noch: 3 Vor dem Amtsgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Sachgebieten 2015

Verfahren vor dem Güterichter

Nachbarschafts-sachen	Art des Sachgebiets										Lfd. Nr.
	Schuldrechts-anpassungs- und Bodenrechts-sachen der neuen Länder	Wohnungs-mietsachen	Sonstige Mietsachen	Ansprüche aus Versicherungs-verträgen (ohne Verkehrs-unfallsachen)	Gesellschafts-rechtliche Streitigkeiten	Schadens-ersatz-ansprüche aus vorsätzlicher Körper-verletzung	Honorar-forderungen von Personen, für die eine besondere Honorar-ordnung gilt	Wohnungs-eigentums-sachen nach §43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnen-streitigkeiten)	Wohnungs-eigentums-sachen nach §43 Nr. 5 WEG (Klagen Ditter)	Sonstiger Verfahrens-gegenstand	

2 419	27	47 656	4 338	2 769	503	2 372	5 481	2 024	174	47 463	50
130	-	1 039	95	29	8	54	115	85	6	1 038	51
2 289	27	46 617	4 243	2 740	495	2 318	5 366	1 939	168	46 425	52

Verweisung vor den Güterichter

154	1	1 803	165	109	11	63	214	160	7	1 973	53
4	-	71	5	5	2	2	6	7	-	61	54
103	1	1 276	137	166	16	54	201	210	13	1 757	55
8 186	138	247 153	29 553	37 261	2 485	7 137	44 936	25 001	1 245	320 209	56

Dauer des Verfahrens

32,2	34,8	49,6	50,0	53,0	39,8	31,5	50,5	36,3	36,9	50,2	57
25,9	28,3	27,4	26,4	25,0	28,6	32,7	25,0	29,9	27,6	25,0	58
24,3	20,3	16,7	17,8	15,9	21,0	25,5	18,7	23,3	24,3	18,2	59
9,0	1,4	3,7	3,6	3,4	6,0	6,4	3,7	6,0	5,4	4,1	60
4,4	4,3	1,4	1,1	1,3	2,6	2,3	1,1	2,2	2,9	1,3	61
3,0	8,7	0,8	0,7	1,0	1,2	1,2	0,7	1,5	2,0	0,8	62
0,8	0,7	0,2	0,2	0,2	0,6	0,3	0,2	0,4	0,3	0,2	63
0,5	1,4	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3	0,6	0,1	64
7,3	9,0	4,6	4,5	4,4	5,7	6,0	4,4	5,9	6,2	4,5	65
10,0	50,0	26,8	28,0	35,7	10,3	18,5	27,3	13,8	10,0	27,9	66
26,8	50,0	34,5	32,6	27,9	27,6	32,8	34,7	30,2	10,0	33,2	67
37,2	-	26,0	27,7	27,9	44,8	35,3	30,2	33,7	40,0	28,0	68
12,6	-	8,1	7,5	3,2	13,8	9,2	3,8	14,1	30,0	6,5	69
7,3	-	2,3	3,3	1,8	3,4	0,8	2,4	4,0	5,0	2,8	70
5,4	-	1,8	0,3	3,2	-	3,4	1,0	3,4	-	1,2	71
0,4	-	0,3	0,3	-	-	-	0,2	0,8	-	0,2	72
0,4	-	0,1	0,3	0,4	-	-	0,5	-	5,0	0,2	73
9,8	2,8	6,5	6,4	6,1	8,0	7,2	6,2	8,5	13,1	6,4	74

4 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Landgericht ^{*)}

4.1 Geschäftsentwicklung 2002 bis 2015

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Deutschland				
		2002	2003	2004	2005	2006
Landgerichte in erster Instanz						
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	265 495	277 098	285 192	299 662	293 951
2	Neuzugänge 1)	412 924	426 829	439 974	424 525	381 014
3	Zivilkammern	354 638	370 329	387 925	373 799	.
4	Kammern für Handelssachen	57 469	55 901	51 514	50 249	.
5	Kammern für Baulandsachen	440	369	337	309	.
6	Entschädigungskammern	374	230	197	168	.
7	Wiedergutmachungskammern	3	-	1	-	.
8	Abgaben innerhalb des Gerichts	32 469	32 556	34 811	36 722	31 883
9	Erledigte Verfahren 1)	401 321	418 735	425 504	430 236	402 298
10	Zivilkammern	345 717	362 259	372 359	378 911	353 896
11	Kammern für Handelssachen	54 697	55 710	52 477	50 755	47 953
12	Kammern für Baulandsachen	408	380	372	344	243
13	Entschädigungskammern	499	383	296	225	167
14	Wiedergutmachungskammern	-	3	-	1	2
15	Sonstige Kammern	37
16	Anhängige Verfahren am Jahresende	277 098	285 192	299 662	293 951	272 667
17	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Rechtsstreits	19 124	19 669	19 561	18 123	20 360
Landgerichte in der Rechtsmittelinstanz						
18	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	43 054	34 054	30 210	29 617	29 727
19	Neuzugänge 1)	75 134	70 742	70 790	66 835	63 964
20	Zivilkammern	74 744	70 328	70 455	66 526	.
21	Kammern für Handelssachen	390	414	335	309	.
22	Abgaben innerhalb des Gerichts	3 434	3 164	3 225	2 273	2 575
23	Erledigte Verfahren 1)	84 134	74 586	71 383	66 725	64 227
24	Zivilkammern	83 747	74 165	71 038	66 398	63 908
25	Kammern für Handelssachen	387	421	345	327	319
26	Anhängige Verfahren am Jahresende	34 054	30 210	29 617	29 727	29 464
Anfall an Beschwerdeverfahren						
27	Betreuungsbeschwerden, Beschwerden in Kostensachen, Insolvenzsachen sowie in Freiheitsentziehungs-, Unterbringungs- und betreuungsrechtlichen Zuweisungssachen 2)	42 232	41 639	49 828	45 259	45 708
28	Sonstige Beschwerden	53 837	58 946	53 989	53 025	51 072
29	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	10	41	46	12	21
30	Anträge nach dem GmbH-/Aktien-/Umwandlungsgesetz	597	475	515
31	Anträge auf Bestätigung eines inländischen Titels als Europäischer Vollstreckungstitel (§ 1079 Nr. 1 ZPO) 3)
32	Verweisung der Parteien oder der Beteiligten vor den Güterichter

*) Ohne Familiensachen.

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Bis 2009 Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO,
2004 bis 2009 auch einschl. der sonstigen Beschwerden in Kostensachen.
Seit 2011 einschl. Beschwerden nach § 15 Abs. 2 BNotO;
die Ergebnisse sind im Zeitverlauf nur eingeschränkt vergleichbar.

3) Für 2010 Anträge auf Bestätigung einer Entscheidung
als Europäischer Vollstreckungstitel (§§ 1079 Nr. 1 ZPO).

4 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Landgericht ^{*)}

4.1 Geschäftsentwicklung 2002 bis 2015

Deutschland									Lfd. Nr.
2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Landgerichte in erster Instanz									
272 667	268 219	271 354	280 521	283 582	285 584	284 762	294 903	292 448	1
373 331	366 267	368 692	372 150	372 605	355 623	358 792	332 044	330 035	2
.	3
.	4
.	5
.	6
.	7
33 235	38 781	38 864	39 800	39 627	37 724	38 329	36 443	39 393	8
377 779	363 132	359 525	369 089	370 603	356 445	348 651	334 499	332 085	9
330 853	319 245	315 108	328 328	332 077	319 856	313 141	302 061	299 122	10
46 459	43 505	44 086	40 468	38 220	36 324	35 246	32 227	32 755	11
293	224	206	182	199	184	171	142	149	12
159	140	110	109	102	79	92	67	57	13
-	-	-	-	-	-	-	-	-	14
15	18	15	2	5	2	1	2	2	15
268 219	271 354	280 521	283 582	285 584	284 762	294 903	292 448	290 398	16
20 548	20 421	26 324	19 984	21 234	19 579	18 750	18 525	12 754	17
Landgerichte in der Rechtsmittelinstanz									
29 464	28 667	29 786	30 194	31 668	31 298	30 539	30 197	29 792	18
60 560	61 346	59 794	60 179	59 677	57 482	55 374	54 981	52 742	19
.	20 ▲
.	21
2 661	4 173	3 591	4 060	4 013	3 953	3 867	4 315	4 079	22
61 357	60 227	59 386	58 705	60 047	58 241	55 716	55 386	52 932	23
61 108	59 975	59 178	58 527	59 833	58 023	55 570	55 225	52 799	24
249	252	208	178	214	218	146	161	133	25
28 667	29 786	30 194	31 668	31 298	30 539	30 197	29 792	29 602	26
Anfall an Beschwerdeverfahren									
44 197	49 969	51 361	29 672	28 311	26 441	26 692	27 821	27 594	27
50 476	50 880	50 791	70 932	60 839	54 555	50 913	55 494	54 042	28
15	5	17	5	8	11	-	2	1	29
396	536	589	596	428	339	432	334	278	30
.	.	.	248	294	98	113	106	98	31
.	2 347	2 344	32

4 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Landgericht^{*)}

4.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	OLG-Bezirk	
				Karlsruhe	Stuttgart
Landgerichte in erster Instanz					
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	292 448	29 064	13 012	16 052
2	Neuzugänge 1)	330 035	40 203	17 095	23 108
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	39 393	5 723	1 672	4 051
4	Erledigte Verfahren 1)	332 085	41 108	16 981	24 127
5	Zivilkammern	299 122	37 802	15 595	22 207
6	Kammern für Handelssachen	32 755	3 281	1 374	1 907
7	Kammern für Baulandsachen	149	25	12	13
8	Entschädigungskammern	57	-	-	-
9	Wiedergutmachungskammern	-	-	-	-
10	Sonstige Kammern	2	-	-	-
11	Anhängige Verfahren am Jahresende	290 398	28 159	13 126	15 033
Sonstiger Geschäftsanfall					
12	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (OH -Sachen)	12 754	2 386	1 511	875
13	darunter selbständige Beweisverfahren	10 139	1 451	687	764
Landgerichte in der Rechtsmittelinstanz					
14	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	29 792	2 650	1 605	1 045
15	Neuzugänge 1)	52 742	5 291	2 685	2 606
16	Abgaben innerhalb des Gerichts	4 079	355	172	183
17	Erledigte Verfahren 1)	52 932	5 195	2 753	2 442
18	Zivilkammern	52 799	5 187	2 752	2 435
19	Kammern für Handelssachen	133	8	1	7
20	Anhängige Verfahren am Jahresende	29 602	2 746	1 537	1 209
Sonstiger Geschäftsanfall					
21	Anfall an Beschwerdeverfahren insgesamt	81 636	8 310	3 719	4 591
22	Betreuungsbeschwerden	9 554	890	539	351
23	Beschwerden in Freiheitsentziehungs-, Unterbringungs- und betreuungsgerichtlichen Zuweisungssachen	8 097	1 008	259	749
24	Beschwerden in Insolvenzsachen	4 975	476	255	221
25	Beschwerden in Kostensachen	4 330	505	145	360
26	Beschwerden nach § 15 Abs. 2 BNotO	638	36	4	32
27	Sonstige Beschwerden (ohne lfd. Nrn. 22 bis 26)	54 042	5 395	2 517	2 878
28	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (SH-Sachen)	1	-	-	-
29	Anträge nach dem GmbH-/Aktien-/Umwandlungsgesetz	278	41	23	18
30	Anträge auf Bestätigung eines inländischen Titels als Europäischer Vollstreckungstitel (§ 1079 Nr. 1 ZPO)	98	15	12	3
31	Anträge auf Anordnung der Therapieunterbringung (§ 5 ThUG)	3	-	-	-
32	Anträge auf Verlängerung der Therapieunterbringung (§ 12 ThUG)	-	-	-	-
33	Verweisung der Parteien oder der Beteiligten vor den Güterichter	2 344	32	28	4

*) Ohne Familiensachen.

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

4 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Landgericht¹⁾

4.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							

Landgerichte in erster Instanz

45 170	29 570	8 831	6 769	16 869	8 530	2 945	13 448	29 428	4 946	1
56 662	37 715	11 612	7 335	19 951	7 796	2 488	14 786	28 811	4 534	2
6 451	4 170	1 178	1 103	1 744	902	178	2 405	3 585	1 136	3
57 922	38 042	11 937	7 943	19 272	7 978	2 571	13 992	30 963	4 472	4
53 052	34 594	11 086	7 372	17 641	7 370	2 301	12 162	25 757	4 007	5
4 847	3 429	850	568	1 626	594	268	1 827	5 193	461	6
15	11	1	3	2	13	2	2	12	4	7
8	8	-	-	3	-	-	1	1	-	8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	10
43 910	29 243	8 506	6 161	17 548	8 348	2 862	14 242	27 276	5 008	11

Sonstiger Geschäftsanfall

1 820	1 085	409	326	513	212	99	248	1 058	135	12
1 697	1 011	386	300	248	173	99	211	813	119	13

Landgerichte in der Rechtsmittelinstanz

3 556	2 336	791	429	3 198	1 161	262	1 131	2 550	725	14
7 001	4 239	1 622	1 140	4 246	1 500	322	1 622	4 499	856	15
436	330	44	62	298	187	33	116	375	177	16
7 237	4 431	1 666	1 140	4 615	1 567	369	1 509	4 488	879	17
7 224	4 422	1 662	1 140	4 611	1 567	367	1 495	4 468	878	18
13	9	4	-	4	-	2	14	20	1	19
3 320	2 144	747	429	2 829	1 094	215	1 244	2 561	702	20

Sonstiger Geschäftsanfall

10 558	6 076	2 601	1 881	4 524	2 295	697	2 225	6 290	1 385	21
1 441	788	436	217	485	400	266	203	876	134	22
1 188	635	357	196	423	151	28	430	661	157	23
658	365	164	129	360	225	43	88	398	119	24
714	442	124	148	470	211	90	11	82	88	25
99	51	30	18	38	12	-	88	25	22	26
6 458	3 795	1 490	1 173	2 748	1 296	270	1 405	4 248	865	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
41	35	3	3	3	-	-	35	1	-	29
22	17	2	3	17	-	-	-	9	1	30
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32
404	229	132	43	1 586	210	-	-	18	94	33

4 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Landgericht^{*)}

4.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Niedersachsen			Nordrhein-		
		zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
			Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
Landgerichte in erster Instanz							
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	29 666	13 010	10 150	6 506	65 615	22 567
2	Neuzugänge 1)	26 593	4 131	14 149	8 313	77 353	21 180
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	2 281	278	1 006	997	8 797	2 817
4	Erledigte Verfahren 1)	25 391	3 998	13 280	8 113	77 270	21 722
5	Zivilkammern	23 023	3 667	12 190	7 166	69 103	19 437
6	Kammern für Handelssachen	2 348	331	1 070	947	8 147	2 278
7	Kammern für Baulandsachen	20	-	20	-	18	5
8	Entschädigungskammern	-	-	-	-	2	2
9	Wiedergutmachungskammern	-	-	-	-	-	-
10	Sonstige Kammern	-	-	-	-	-	-
11	Anhängige Verfahren am Jahresende	30 868	13 143	11 019	6 706	65 698	22 025
Sonstiger Geschäftsanfall							
12	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (OH -Sachen)	1 158	178	617	363	2 784	774
13	darunter selbständige Beweisverfahren	952	130	506	316	2 392	666
Landgerichte in der Rechtsmittelinstanz							
14	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	2 277	430	1 255	592	6 972	2 182
15	Neuzugänge 1)	4 922	716	2 798	1 408	13 049	3 798
16	Abgaben innerhalb des Gerichts	322	86	140	96	1 089	268
17	Erledigte Verfahren 1)	4 861	675	2 820	1 366	12 949	3 744
18	Zivilkammern	4 854	674	2 818	1 362	12 898	3 729
19	Kammern für Handelssachen	7	1	2	4	51	15
20	Anhängige Verfahren am Jahresende	2 338	471	1 233	634	7 072	2 236
Sonstiger Geschäftsanfall							
21	Anfall an Beschwerdeverfahren insgesamt	7 134	1 226	3 802	2 106	23 764	4 787
22	Betreuungsbeschwerden	1 203	213	776	214	2 008	510
23	Beschwerden in Freiheitsentziehungs-, Unterbringungs- und betreuungsgerichtlichen Zuweisungssachen	816	225	300	291	1 499	364
24	Beschwerden in Insolvenzsachen	507	92	236	179	1 048	335
25	Beschwerden in Kostensachen	90	54	27	9	1 199	470
26	Beschwerden nach § 15 Abs. 2 BNotO	53	-	30	23	151	78
27	Sonstige Beschwerden (ohne lfd. Nrn. 22 bis 26)	4 465	642	2 433	1 390	17 859	3 030
28	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (SH-Sachen)	-	-	-	-	1	-
29	Anträge nach dem GmbH-/Aktien-/Umwandlungsgesetz	31	-	31	-	103	48
30	Anträge auf Bestätigung eines inländischen Titels als Europäischer Vollstreckungstitel (§ 1079 Nr. 1 ZPO)	16	-	-	16	9	4
31	Anträge auf Anordnung der Therapieunterbringung (§ 5 ThUG)	-	-	-	-	-	-
32	Anträge auf Verlängerung der Therapieunterbringung (§ 12 ThUG)	-	-	-	-	-	-
33	Verweisung der Parteien oder der Beteiligten vor den Güterichter	941	-	641	300	332	25

*) Ohne Familiensachen.

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

4 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Landgericht^{*)}

4.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und OLG-Bezirken 2015

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
Landgerichte in erster Instanz										
25 855	17 193	12 002	8 214	3 788	3 092	11 727	4 664	9 065	6 217	1
31 617	24 556	14 295	9 137	5 158	3 764	12 039	5 471	9 689	5 600	2
3 552	2 428	1 499	1 110	389	276	1 416	462	1 758	780	3
31 133	24 415	14 061	8 924	5 137	3 728	12 546	5 501	9 471	5 839	4
26 968	22 698	12 947	8 150	4 797	3 540	11 609	5 056	8 621	5 131	5
4 156	1 713	1 064	726	338	188	927	436	845	703	6
9	4	7	5	2	-	10	9	5	5	7
-	-	42	42	-	-	-	-	-	-	8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	10
26 339	17 334	12 236	8 427	3 809	3 128	11 220	4 634	9 283	5 978	11
Sonstiger Geschäftsanfall										
1 257	753	779	485	294	245	317	164	639	197	12
1 034	692	762	480	282	234	244	144	434	166	13
Landgerichte in der Rechtsmittelinstanz										
2 593	2 197	1 186	676	510	434	1 364	476	1 048	802	14
5 482	3 769	2 615	1 452	1 163	664	2 251	1 258	1 500	1 146	15
469	352	166	36	130	23	171	167	126	38	16
5 343	3 862	2 613	1 488	1 125	693	2 175	1 133	1 458	1 191	17
5 314	3 855	2 612	1 487	1 125	693	2 174	1 127	1 455	1 189	18
29	7	1	1	-	-	1	6	3	2	19
2 732	2 104	1 188	640	548	405	1 440	601	1 090	757	20
Sonstiger Geschäftsanfall										
7 193	11 784	3 554	2 272	1 282	704	4 099	1 780	2 549	1 768	21
946	552	365	262	103	64	540	188	304	187	22
798	337	334	196	138	27	416	184	440	335	23
476	237	212	134	78	63	342	164	130	142	24
608	121	114	45	69	143	102	222	192	97	25
30	43	52	47	5	4	10	8	33	7	26
4 335	10 494	2 477	1 588	889	403	2 689	1 014	1 450	1 000	27
-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	28
55	-	3	1	2	-	8	1	5	6	29
1	4	-	-	-	-	8	1	-	-	30
-	-	3	3	-	-	-	-	-	-	31
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32
251	56	4	2	2	4	10	56	382	19	33

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart

5.1.1 Grundzahlen

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens Sachgebiet des Verfahrens Art der Erledigung	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	OLG-Bezirk	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	332 085	41 108	16 981	24 127
	Art des Verfahrens				
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	11	2	-	2
3	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen/ Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils (ohne lfd. Nr. 4)	970	32	27	5
4	Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG)	352	52	28	24
5	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	17 151	1 225	545	680
6	Klageverfahren	300 067	38 264	16 196	22 068
7	Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	13 534	1 533	185	1 348
	Sachgebiet des Verfahrens				
	Zivilkammern				
8	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorsachen)	27 943	3 664	1 577	2 087
9	Verkehrsunfallsachen	22 978	2 691	1 317	1 374
10	Kaufsachen	24 074	2 894	1 250	1 644
11	Arzthaftungssachen	9 432	1 163	519	644
12	Reisevertragssachen	488	17	10	7
13	Miet-/Kredit-/Leasingsachen	38 814	4 916	2 068	2 848
14	Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	8 894	1 314	454	860
15	Auseinandersetzungen von Gesellschaften	2 330	144	74	70
16	Gewerblicher Rechtsschutz (ohne lfd. Nr. 23)	11 176	564	130	434
17	Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	4 078	326	173	153
18	Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	84	-	-	-
19	Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne lfd. Nr. 15)	1 845	95	47	48
20	Wohnungseigentumsachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	56	7	3	4
21	Kapitalanlagesachen	20 849	3 088	861	2 227
22	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	14 146	1 707	780	927
23	Technische Schutzrechte	888	165	157	8
24	Kartellsachen	271	29	23	6
25	Auskunftsrechtliche Anordnung nach § 101 Abs. 9 UrhG	4 346	1 101	1	1 100
26	Sonstiger Verfahrensgegenstand	106 430	13 917	6 151	7 766
	Handelskammern				
27	Handelsvertretersachen	1 208	202	69	133
28	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	3 980	390	209	181
29	Bausachen	2 926	233	98	135
30	Markensachen	923	81	27	54
31	Wettbewerbssachen	6 899	647	290	357
32	Kartellsachen	139	13	3	10
33	Verfahren nach dem SpruchG	848	146	-	146
34	Sonstiger Verfahrensgegenstand	15 832	1 569	678	891
	Sonstige Kammern				
35	Baulandsachen nach dem BauGB (Baulandkammer)	149	25	12	13
36	Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungskammern)	57	-	-	-
37	Wiedergutmachungssachen nach dem BWKAusl (Wiedergutmachungskammern)	-	-	-	-
38	Sonstiger Verfahrensgegenstand	2	-	-	-
	Art der Erledigung				
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch				
39	streitiges Urteil (einschl. Vorbehaltsurteil; ohne lfd. Nr. 53)	87 479	8 705	4 492	4 213
40	dar. Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	735	87	35	52
41	gerichtlichen Vergleich	89 810	14 549	5 189	9 360
42	Versäumnisurteil	35 310	4 506	1 959	2 547
43	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	8 270	1 094	443	651
44	Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	8 162	484	200	284
45	Beschluss nach § 91a ZPO	6 608	704	355	349
46	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 50 bis 53)	13 789	1 676	293	1 383
47	Rücknahme der Klage oder des Antrags	30 595	3 520	1 514	2 006
48	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	2 874	377	143	234
49	Nichtzahlung des Kostenvorschusses	2 207	107	56	51
50	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	21 548	2 583	1 239	1 344
51	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	17 320	2 039	845	1 194
52	Verbindung mit einem anderen Verfahren	2 703	377	62	315
53	Klageabweisung wegen unterbliebener Streitschlichtung	132	10	5	5
54	sonstige Erledigungsart	5 278	377	186	191

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart

5.1.1 Grundzahlen

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
57 922	38 042	11 937	7 943	19 272	7 978	2 571	13 992	30 963	4 472	1
Art des Verfahrens										
4	-	-	4	1	-	-	-	1	-	2
398	326	39	33	35	22	1	14	53	6	3
77	41	22	14	8	3	3	-	31	8	4
2 261	1 570	468	223	1 867	347	105	2 242	1 360	237	5
53 425	34 950	11 050	7 425	16 606	7 271	2 376	11 636	28 065	4 158	6
1 757	1 155	358	244	755	335	86	100	1 453	63	7
Sachgebiet des Verfahrens										
Zivilkammern										
5 611	3 407	1 411	793	1 317	697	262	889	1 980	437	8
4 945	3 037	1 151	757	1 525	458	213	899	1 877	237	9
4 524	2 861	883	780	182	515	192	1	1 893	344	10
1 375	748	350	277	632	223	115	214	675	120	11
93	79	8	6	6	-	5	-	146	9	12
6 301	4 111	1 282	908	2 534	877	336	580	3 327	514	13
2 048	1 311	547	190	313	170	70	-	634	100	14
324	217	29	78	22	66	5	-	106	271	15
4 473	4 052	399	22	619	29	28	1 532	873	69	16
618	380	182	56	328	147	30	-	198	79	17
2	1	1	-	3	18	-	1	1	10	18
447	291	95	61	30	34	39	-	143	16	19
5	3	1	1	1	5	2	2	4	-	20
4 731	3 369	685	677	1 311	223	144	473	3 735	28	21
2 514	1 575	590	349	726	314	107	366	1 074	167	22
208	190	17	1	14	33	-	6	39	-	23
59	48	6	5	6	1	1	8	44	1	24
-	-	-	-	1	-	-	-	1	-	25
14 774	8 914	3 449	2 411	8 071	3 560	752	7 191	9 007	1 605	26
Handelskammern										
239	172	43	24	17	16	3	19	126	6	27
718	584	90	44	228	150	31	75	368	83	28
315	175	65	75	225	59	22	7	271	71	29
182	144	35	3	63	-	9	50	86	5	30
1 025	693	194	138	406	160	33	437	527	100	31
24	15	9	-	2	6	1	6	34	-	32
467	402	65	-	83	-	1	4	94	-	33
1 877	1 244	349	284	602	203	168	1 229	3 687	196	34
Sonstige Kammern										
15	11	1	3	2	13	2	2	12	4	35
8	8	-	-	3	-	-	1	1	-	36
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	37
-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	38
Art der Erledigung										
14 033	8 959	3 102	1 972	5 550	2 304	546	3 723	8 270	1 243	39
139	78	28	33	7	32	6	70	93	11	40
17 393	10 760	3 828	2 805	4 241	1 909	857	3 449	7 348	1 116	41
5 291	3 391	1 145	755	2 149	959	291	1 197	3 021	497	42
1 298	799	316	183	437	215	85	369	651	101	43
1 054	738	208	108	1 010	130	51	1 309	711	92	44
1 130	777	232	121	425	163	41	259	800	102	45
3 751	3 476	155	120	717	135	43	282	664	96	46
5 445	3 556	1 187	702	1 831	704	290	1 614	2 528	418	47
469	299	110	60	137	47	20	102	220	45	48
160	96	42	22	302	82	22	96	279	32	49
3 496	2 309	704	483	980	549	113	542	4 080	279	50
3 053	1 938	650	465	951	551	127	516	1 483	301	51
737	581	131	25	147	50	9	53	298	14	52
65	36	4	25	-	-	-	-	16	-	53
547	327	123	97	395	180	76	481	594	136	54

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart

5.1.1 Grundzahlen

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens Sachgebiet des Verfahrens Art der Erledigung	Niedersachsen				Nordrhein-	
		zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
			Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	25 391	3 998	13 280	8 113	77 270	21 722
	Art des Verfahrens						
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	1	-	-	1	1	1
3	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen/ Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils (ohne lfd. Nr. 4)	52	3	35	14	173	66
4	Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG)	34	7	17	10	62	9
5	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	877	199	424	254	4 182	1 243
6	Klageverfahren	23 622	3 744	12 295	7 583	68 352	19 834
7	Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	805	45	509	251	4 500	569
	Sachgebiet des Verfahrens						
	Zivilkammern						
8	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	2 391	406	1 181	804	5 870	1 350
9	Verkehrsunfallsachen	1 682	234	932	516	4 848	1 278
10	Kaufsachen	2 557	286	1 403	868	5 795	1 786
11	Arzthaftungssachen	854	111	420	323	2 469	586
12	Reisevertragssachen	63	2	61	-	112	55
13	Miet-/Kredit-/Leasingsachen	3 249	615	1 813	821	9 992	3 395
14	Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	848	191	455	202	1 825	541
15	Auseinandersetzungen von Gesellschaften	268	41	188	39	371	135
16	Gewerblicher Rechtsschutz (ohne lfd. Nr. 23)	425	255	83	87	1 908	1 003
17	Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	342	57	214	71	1 097	313
18	Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	-	-	-	-	3	-
19	Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne lfd. Nr. 15)	221	33	170	18	285	67
20	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	2	2	-	-	11	8
21	Kapitalanlagesachen	1 346	165	756	425	3 224	1 326
22	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	1 166	113	665	388	3 813	926
23	Technische Schutzrechte	31	19	2	10	365	362
24	Kartellsachen	15	-	14	1	51	23
25	Auskunftsrechtliche Anordnung nach § 101 Abs. 9 UrhG	-	-	-	-	3 136	-
26	Sonstiger Verfahrensgegenstand	7 563	1 137	3 833	2 593	23 928	6 283
	Handelskammern						
27	Handelsvertretersachen	99	12	37	50	335	115
28	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	369	30	216	123	921	244
29	Bausachen	340	32	134	174	809	235
30	Markensachen	34	27	6	1	294	92
31	Wettbewerbssachen	385	66	183	136	2 263	441
32	Kartellsachen	9	1	6	2	22	4
33	Verfahren nach dem SpruchG	1	-	-	1	10	-
34	Sonstiger Verfahrensgegenstand	1 111	163	488	460	3 493	1 147
	Sonstige Kammern						
35	Baulandsachen nach dem BauGB (Baulandkammer)	20	-	20	-	18	5
36	Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungskammern)	-	-	-	-	2	2
37	Wiedergutmachungssachen nach dem BWKAusI (Wiedergutmachungskammern)	-	-	-	-	-	-
38	Sonstiger Verfahrensgegenstand	-	-	-	-	-	-
	Art der Erledigung						
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch						
39	streitiges Urteil (einschl. Vorbehaltsurteil; ohne lfd. Nr. 53)	7 553	1 063	4 005	2 485	20 954	6 392
40	dar. Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	84	16	45	23	30	11
41	gerichtlichen Vergleich	7 205	1 031	3 872	2 302	18 226	4 549
42	Versäumnisurteil	2 928	558	1 460	910	8 630	2 750
43	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	611	110	302	199	2 013	551
44	Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	352	84	159	109	1 960	551
45	Beschluss nach § 91a ZPO	504	123	249	132	1 498	391
46	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 50 bis 53)	475	83	237	155	4 702	564
47	Rücknahme der Klage oder des Antrags	2 186	339	1 116	731	7 500	2 323
48	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	249	46	139	64	713	190
49	Nichtzahlung des Kostenvorschusses	186	23	120	43	532	165
50	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	1 091	202	510	379	4 590	1 386
51	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	1 430	222	768	440	4 181	1 447
52	Verbindung mit einem anderen Verfahren	171	61	80	30	624	94
53	Klageabweisung wegen unterbliebener Streitschlichtung	-	-	-	-	25	-
54	sonstige Erledigungsart	450	53	263	134	1 122	369

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart

5.1.1 Grundzahlen

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
31 133	24 415	14 061	8 924	5 137	3 728	12 546	5 501	9 471	5 839	1
Art des Verfahrens										
-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	2
61	46	18	4	14	10	112	5	21	18	3
32	21	22	16	6	17	20	3	4	8	4
1 395	1 544	495	321	174	170	785	207	536	255	5
28 954	19 564	12 535	7 613	4 922	3 489	11 330	5 054	8 426	5 458	6
691	3 240	990	969	21	42	299	232	484	100	7
Sachgebiet des Verfahrens										
Zivilkammern										
2 578	1 942	1 600	1 108	492	377	915	478	926	529	8
2 194	1 376	1 163	704	459	357	779	367	502	435	9
2 741	1 268	1 448	938	510	348	1 203	671	767	740	10
1 167	716	471	316	155	203	278	150	303	187	11
10	47	12	10	2	-	14	5	-	6	12
4 171	2 426	1 927	1 266	661	321	1 354	853	1 011	722	13
764	520	429	269	160	106	319	191	267	260	14
131	105	397	27	370	18	39	30	71	198	15
224	681	85	69	16	79	265	96	26	105	16
438	346	217	152	65	104	230	145	95	122	17
2	1	1	1	-	-	17	25	-	3	18
87	131	86	66	20	30	99	73	36	211	19
2	1	4	1	3	-	5	2	6	-	20
1 056	842	369	260	109	72	1 341	139	482	143	21
1 354	1 533	634	435	199	237	420	254	399	248	22
3	-	8	1	7	3	9	-	-	7	23
16	12	8	6	2	-	30	4	2	12	24
2	3 134	3	1	2	-	-	-	104	-	25
10 028	7 617	4 085	2 520	1 565	1 285	4 292	1 573	3 624	1 203	26
Handelskammern										
141	79	51	33	18	10	19	7	45	14	27
433	244	122	74	48	22	136	68	133	166	28
447	127	120	74	46	14	139	84	71	146	29
171	31	19	16	3	3	17	9	63	8	30
1 412	410	234	155	79	57	244	81	183	117	31
6	12	8	8	-	-	5	3	6	-	32
-	10	1	1	-	-	-	-	1	40	33
1 546	800	509	365	144	82	367	184	343	212	34
Sonstige Kammern										
9	4	7	5	2	-	10	9	5	5	35
-	-	42	42	-	-	-	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	37
-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	38
Art der Erledigung										
8 230	6 332	4 204	2 679	1 525	949	3 461	1 772	2 587	1 625	39
12	7	63	52	11	6	45	17	21	24	40
8 610	5 067	3 664	2 314	1 350	1 251	3 176	1 273	2 596	1 557	41
3 643	2 237	1 685	1 061	624	355	1 408	713	1 038	642	42
880	582	334	176	158	95	374	140	274	179	43
643	766	224	135	89	65	366	71	184	99	44
705	402	244	137	107	96	206	99	213	124	45
653	3 485	260	192	68	69	220	117	445	137	46
3 008	2 169	1 203	762	441	335	1 155	520	848	498	47
306	217	144	92	52	41	113	46	77	74	48
215	152	142	105	37	27	78	57	47	58	49
2 045	1 159	827	521	306	246	1 064	311	438	359	50
1 645	1 089	817	501	316	147	683	262	495	284	51
170	360	64	39	25	18	48	21	34	38	52
2	23	5	5	-	-	-	-	11	-	53
378	375	244	205	39	34	194	99	184	165	54

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart

5.1.2 Anteilswerte in Prozent

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens Sachgebiet des Verfahrens Art der Erledigung	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	OLG-Bezirk	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	100	100	100	100
	Art des Verfahrens				
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0,0	0,0	-	0,0
3	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen/ Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils (ohne lfd. Nr. 4)	0,3	0,1	0,2	0,0
4	Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG)	0,1	0,1	0,2	0,1
5	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	5,2	3,0	3,2	2,8
6	Klageverfahren	90,4	93,1	95,4	91,5
7	Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	4,1	3,7	1,1	5,6
	Sachgebiet des Verfahrens				
	Zivilkammern				
8	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	8,4	8,9	9,3	8,7
9	Verkehrsunfallsachen	6,9	6,5	7,8	5,7
10	Kaufsachen	7,2	7,0	7,4	6,8
11	Arzthaftungssachen	2,8	2,8	3,1	2,7
12	Reisevertragssachen	0,1	0,0	0,1	0,0
13	Miet-/Kredit-/Leasingsachen	11,7	12,0	12,2	11,8
14	Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	2,7	3,2	2,7	3,6
15	Auseinandersetzungen von Gesellschaften	0,7	0,4	0,4	0,3
16	Gewerblicher Rechtsschutz (ohne lfd. Nr. 23)	3,4	1,4	0,8	1,8
17	Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	1,2	0,8	1,0	0,6
18	Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	0,0	-	-	-
19	Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne lfd. Nr. 15)	0,6	0,2	0,3	0,2
20	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	0,0	0,0	0,0	0,0
21	Kapitalanlagesachen	6,3	7,5	5,1	9,2
22	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	4,3	4,2	4,6	3,8
23	Technische Schutzrechte	0,3	0,4	0,9	0,0
24	Kartellsachen	0,1	0,1	0,1	0,0
25	Auskunftsrechtliche Anordnung nach § 101 Abs. 9 UrhG	1,3	2,7	0,0	4,6
26	Sonstiger Verfahrensgegenstand	32,0	33,9	36,2	32,2
	Handelskammern				
27	Handelsvertretersachen	0,4	0,5	0,4	0,6
28	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	1,2	0,9	1,2	0,8
29	Bausachen	0,9	0,6	0,6	0,6
30	Marken-/Patentsachen	0,3	0,2	0,2	0,2
31	Wettbewerbssachen	2,1	1,6	1,7	1,5
32	Kartellsachen	0,0	0,0	0,0	0,0
33	Verfahren nach dem SpruchG	0,3	0,4	-	0,6
34	Sonstiger Verfahrensgegenstand	4,8	3,8	4,0	3,7
	Sonstige Kammern				
35	Baulandsachen nach dem BauGB (Baulandkammer)	0,0	0,1	0,1	0,1
36	Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungskammern)	0,0	-	-	-
37	Wiedergutmachungssachen nach dem BWKAusl (Wiedergutmachungskammern)	-	-	-	-
38	Sonstiger Verfahrensgegenstand	0,0	-	-	-
	Art der Erledigung				
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch				
39	streitiges Urteil (einschl. Vorbehaltsurteil; ohne lfd. Nr. 53)	26,3	21,2	26,5	17,5
40	dar. (Anteil von laufende Nr. 39) Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	0,8	1,0	0,8	1,2
41	gerichtlichen Vergleich	27,0	35,4	30,6	38,8
42	Versäumnisurteil	10,6	11,0	11,5	10,6
43	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	2,5	2,7	2,6	2,7
44	Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	2,5	1,2	1,2	1,2
45	Beschluss nach § 91a ZPO	2,0	1,7	2,1	1,4
46	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nm. 50 bis 53)	4,2	4,1	1,7	5,7
47	Rücknahme der Klage oder des Antrags	9,2	8,6	8,9	8,3
48	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	0,9	0,9	0,8	1,0
49	Nichtzahlung des Kostenvorschusses	0,7	0,3	0,3	0,2
50	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	6,5	6,3	7,3	5,6
51	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	5,2	5,0	5,0	4,9
52	Verbindung mit einem anderen Verfahren	0,8	0,9	0,4	1,3
53	Klageabweisung wegen unterbliebener Streitschlichtung	0,0	0,0	0,0	0,0
54	sonstige Erledigungsart	1,6	0,9	1,1	0,8

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart

5.1.2 Anteilswerte in Prozent

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	1
Art des Verfahrens										
0,0	-	-	0,1	0,0	-	-	-	0,0	-	2
0,7	0,9	0,3	0,4	0,2	0,3	0,0	0,1	0,2	0,1	3
0,1	0,1	0,2	0,2	0,0	0,0	0,1	-	0,1	0,2	4
3,9	4,1	3,9	2,8	9,7	4,3	4,1	16,0	4,4	5,3	5
92,2	91,9	92,6	93,5	86,2	91,1	92,4	83,2	90,6	93,0	6
3,0	3,0	3,0	3,1	3,9	4,2	3,3	0,7	4,7	1,4	7
Sachgebiet des Verfahrens										
Zivilkammern										
9,7	9,0	11,8	10,0	6,8	8,7	10,2	6,4	6,4	9,8	8
8,5	8,0	9,6	9,5	7,9	5,7	8,3	6,4	6,1	5,3	9
7,8	7,5	7,4	9,8	0,9	6,5	7,5	0,0	6,1	7,7	10
2,4	2,0	2,9	3,5	3,3	2,8	4,5	1,5	2,2	2,7	11
0,2	0,2	0,1	0,1	0,0	-	0,2	-	0,5	0,2	12
10,9	10,8	10,7	11,4	13,1	11,0	13,1	4,1	10,7	11,5	13
3,5	3,4	4,6	2,4	1,6	2,1	2,7	-	2,0	2,2	14
0,6	0,6	0,2	1,0	0,1	0,8	0,2	-	0,3	6,1	15
7,7	10,7	3,3	0,3	3,2	0,4	1,1	10,9	2,8	1,5	16
1,1	1,0	1,5	0,7	1,7	1,8	1,2	-	0,6	1,8	17
0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,2	-	0,0	0,0	0,2	18
0,8	0,8	0,8	0,8	0,2	0,4	1,5	-	0,5	0,4	19
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	-	20
8,2	8,9	5,7	8,5	6,8	2,8	5,6	3,4	12,1	0,6	21
4,3	4,1	4,9	4,4	3,8	3,9	4,2	2,6	3,5	3,7	22
0,4	0,5	0,1	0,0	0,1	0,4	-	0,0	0,1	-	23
0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	24
-	-	-	-	0,0	-	-	-	0,0	-	25
25,5	23,4	28,9	30,4	41,9	44,6	29,2	51,4	29,1	35,9	26
Handelskammern										
0,4	0,5	0,4	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,4	0,1	27
1,2	1,5	0,8	0,6	1,2	1,9	1,2	0,5	1,2	1,9	28
0,5	0,5	0,5	0,9	1,2	0,7	0,9	0,1	0,9	1,6	29
0,3	0,4	0,3	0,0	0,3	-	0,4	0,4	0,3	0,1	30
1,8	1,8	1,6	1,7	2,1	2,0	1,3	3,1	1,7	2,2	31
0,0	0,0	0,1	-	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	-	32
0,8	1,1	0,5	-	0,4	-	0,0	0,0	0,3	-	33
3,2	3,3	2,9	3,6	3,1	2,5	6,5	8,8	11,9	4,4	34
Sonstige Kammern										
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1	0,0	0,0	0,1	35
0,0	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	0,0	-	36
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	37
-	-	-	-	-	0,0	-	-	-	-	38
Art der Erledigung										
24,2	23,6	26,0	24,8	28,8	28,9	21,2	26,6	26,7	27,8	39
1,0	0,9	0,9	1,7	0,1	1,4	1,1	1,9	1,1	0,9	40
30,0	28,3	32,1	35,3	22,0	23,9	33,3	24,6	23,7	25,0	41
9,1	8,9	9,6	9,5	11,2	12,0	11,3	8,6	9,8	11,1	42
2,2	2,1	2,6	2,3	2,3	2,7	3,3	2,6	2,1	2,3	43
1,8	1,9	1,7	1,4	5,2	1,6	2,0	9,4	2,3	2,1	44
2,0	2,0	1,9	1,5	2,2	2,0	1,6	1,9	2,6	2,3	45
6,5	9,1	1,3	1,5	3,7	1,7	1,7	2,0	2,1	2,1	46
9,4	9,3	9,9	8,8	9,5	8,8	11,3	11,5	8,2	9,3	47
0,8	0,8	0,9	0,8	0,7	0,6	0,8	0,7	0,7	1,0	48
0,3	0,3	0,4	0,3	1,6	1,0	0,9	0,7	0,9	0,7	49
6,0	6,1	5,9	6,1	5,1	6,9	4,4	3,9	13,2	6,2	50
5,3	5,1	5,4	5,9	4,9	6,9	4,9	3,7	4,8	6,7	51
1,3	1,5	1,1	0,3	0,8	0,6	0,4	0,4	1,0	0,3	52
0,1	0,1	0,0	0,3	-	-	-	-	0,1	-	53
0,9	0,9	1,0	1,2	2,0	2,3	3,0	3,4	1,9	3,0	54

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart

5.1.2 Anteilswerte in Prozent

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens Sachgebiet des Verfahrens Art der Erledigung	Niedersachsen				Nordrhein-	
		zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
			Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	100	100	100	100	100	100
	Art des Verfahrens						
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0,0	-	-	0,0	0,0	0,0
3	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen/ Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils (ohne lfd. Nr. 4)	0,2	0,1	0,3	0,2	0,2	0,3
4	Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG)	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
5	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	3,5	5,0	3,2	3,1	5,4	5,7
6	Klageverfahren	93,0	93,6	92,6	93,5	88,5	91,3
7	Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	3,2	1,1	3,8	3,1	5,8	2,6
	Sachgebiet des Verfahrens						
	Zivilkammern						
8	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	9,4	10,2	8,9	9,9	7,6	6,2
9	Verkehrsunfallsachen	6,6	5,9	7,0	6,4	6,3	5,9
10	Kaufsachen	10,1	7,2	10,6	10,7	7,5	8,2
11	Arzthaftungssachen	3,4	2,8	3,2	4,0	3,2	2,7
12	Reisevertragssachen	0,2	0,1	0,5	-	0,1	0,3
13	Miet-/Kredit-/Leasingsachen	12,8	15,4	13,7	10,1	12,9	15,6
14	Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	3,3	4,8	3,4	2,5	2,4	2,5
15	Auseinandersetzungen von Gesellschaften	1,1	1,0	1,4	0,5	0,5	0,6
16	Gewerblicher Rechtsschutz (ohne lfd. Nr. 23)	1,7	6,4	0,6	1,1	2,5	4,6
17	Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	1,3	1,4	1,6	0,9	1,4	1,4
18	Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	-	-	-	-	0,0	-
19	Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne lfd. Nr. 15)	0,9	0,8	1,3	0,2	0,4	0,3
20	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	0,0	0,1	-	-	0,0	0,0
21	Kapitalanlagesachen	5,3	4,1	5,7	5,2	4,2	6,1
22	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	4,6	2,8	5,0	4,8	4,9	4,3
23	Technische Schutzrechte	0,1	0,5	0,0	0,1	0,5	1,7
24	Kartellsachen	0,1	-	0,1	0,0	0,1	0,1
25	Auskunftsrechtliche Anordnung nach § 101 Abs. 9 UrhG	-	-	-	-	4,1	-
26	Sonstiger Verfahrensgegenstand	29,8	28,4	28,9	32,0	31,0	28,9
	Handelskammern						
27	Handelsvertretersachen	0,4	0,3	0,3	0,6	0,4	0,5
28	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	1,5	0,8	1,6	1,5	1,2	1,1
29	Bausachen	1,3	0,8	1,0	2,1	1,0	1,1
30	Marken-/Patentsachen	0,1	0,7	0,0	0,0	0,4	0,4
31	Wettbewerbssachen	1,5	1,7	1,4	1,7	2,9	2,0
32	Kartellsachen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
33	Verfahren nach dem SpruchG	0,0	-	-	0,0	0,0	-
34	Sonstiger Verfahrensgegenstand	4,4	4,1	3,7	5,7	4,5	5,3
	Sonstige Kammern						
35	Baulandsachen nach dem BauGB (Baulandkammer)	0,1	-	0,2	-	0,0	0,0
36	Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungskammern)	-	-	-	-	0,0	0,0
37	Wiedergutmachungssachen nach dem BWKAusl (Wiedergutmachungskammern)	-	-	-	-	-	-
38	Sonstiger Verfahrensgegenstand	-	-	-	-	-	-
	Art der Erledigung						
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch						
39	streitiges Urteil (einschl. Vorbehaltsurteil; ohne lfd. Nr. 53)	29,7	26,6	30,2	30,6	27,1	29,4
40	dar. (Anteil von laufende Nr. 39)						
	Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	1,1	1,5	1,1	0,9	0,1	0,2
41	gerichtlichen Vergleich	28,4	25,8	29,2	28,4	23,6	20,9
42	Versäumnisurteil	11,5	14,0	11,0	11,2	11,2	12,7
43	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	2,4	2,8	2,3	2,5	2,6	2,5
44	Beschluss über Arrest oder einstweilige Verfügung	1,4	2,1	1,2	1,3	2,5	2,5
45	Beschluss nach § 91a ZPO	2,0	3,1	1,9	1,6	1,9	1,8
46	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 50 bis 53)	1,9	2,1	1,8	1,9	6,1	2,6
47	Rücknahme der Klage oder des Antrags	8,6	8,5	8,4	9,0	9,7	10,7
48	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	1,0	1,2	1,0	0,8	0,9	0,9
49	Nichtzahlung des Kostenvorschusses	0,7	0,6	0,9	0,5	0,7	0,8
50	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	4,3	5,1	3,8	4,7	5,9	6,4
51	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	5,6	5,6	5,8	5,4	5,4	6,7
52	Verbindung mit einem anderen Verfahren	0,7	1,5	0,6	0,4	0,8	0,4
53	Klageabweisung wegen unterbliebener Streitschlichtung	-	-	-	-	0,0	-
54	sonstige Erledigungsart	1,8	1,3	2,0	1,7	1,5	1,7

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart

5.1.2 Anteilswerte in Prozent

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	1
Art des Verfahrens										
-	-	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	2
0,2	0,2	0,1	0,0	0,3	0,3	0,9	0,1	0,2	0,3	3
0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,5	0,2	0,1	0,0	0,1	4
4,5	6,3	3,5	3,6	3,4	4,6	6,3	3,8	5,7	4,4	5
93,0	80,1	89,1	85,3	95,8	93,6	90,3	91,9	89,0	93,5	6
2,2	13,3	7,0	10,9	0,4	1,1	2,4	4,2	5,1	1,7	7
Sachgebiet des Verfahrens										
Zivilkammern										
8,3	8,0	11,4	12,4	9,6	10,1	7,3	8,7	9,8	9,1	8
7,0	5,6	8,3	7,9	8,9	9,6	6,2	6,7	5,3	7,4	9
8,8	5,2	10,3	10,5	9,9	9,3	9,6	12,2	8,1	12,7	10
3,7	2,9	3,3	3,5	3,0	5,4	2,2	2,7	3,2	3,2	11
0,0	0,2	0,1	0,1	0,0	-	0,1	0,1	-	0,1	12
13,4	9,9	13,7	14,2	12,9	8,6	10,8	15,5	10,7	12,4	13
2,5	2,1	3,1	3,0	3,1	2,8	2,5	3,5	2,8	4,5	14
0,4	0,4	2,8	0,3	7,2	0,5	0,3	0,5	0,7	3,4	15
0,7	2,8	0,6	0,8	0,3	2,1	2,1	1,7	0,3	1,8	16
1,4	1,4	1,5	1,7	1,3	2,8	1,8	2,6	1,0	2,1	17
0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	0,1	0,5	-	0,1	18
0,3	0,5	0,6	0,7	0,4	0,8	0,8	1,3	0,4	3,6	19
0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	-	0,0	0,0	0,1	-	20
3,4	3,4	2,6	2,9	2,1	1,9	10,7	2,5	5,1	2,4	21
4,3	6,3	4,5	4,9	3,9	6,4	3,3	4,6	4,2	4,2	22
0,0	-	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	-	-	0,1	23
0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	-	0,2	0,1	0,0	0,2	24
0,0	12,8	0,0	0,0	0,0	-	-	-	1,1	-	25
32,2	31,2	29,1	28,2	30,5	34,5	34,2	28,6	38,3	20,6	26
Handelskammern										
0,5	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,1	0,5	0,2	27
1,4	1,0	0,9	0,8	0,9	0,6	1,1	1,2	1,4	2,8	28
1,4	0,5	0,9	0,8	0,9	0,4	1,1	1,5	0,7	2,5	29
0,5	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,7	0,1	30
4,5	1,7	1,7	1,7	1,5	1,5	1,9	1,5	1,9	2,0	31
0,0	0,0	0,1	0,1	-	-	0,0	0,1	0,1	-	32
-	0,0	0,0	0,0	-	-	-	-	0,0	0,7	33
5,0	3,3	3,6	4,1	2,8	2,2	2,9	3,3	3,6	3,6	34
Sonstige Kammern										
0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	-	0,1	0,2	0,1	0,1	35
-	-	0,3	0,5	-	-	-	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	37
-	-	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	38
Art der Erledigung										
26,4	25,9	29,9	30,0	29,7	25,5	27,6	32,2	27,3	27,8	39
0,1	0,1	1,5	1,9	0,7	0,6	1,3	1,0	0,8	1,5	40
27,7	20,8	26,1	25,9	26,3	33,6	25,3	23,1	27,4	26,7	41
11,7	9,2	12,0	11,9	12,1	9,5	11,2	13,0	11,0	11,0	42
2,8	2,4	2,4	2,0	3,1	2,5	3,0	2,5	2,9	3,1	43
2,1	3,1	1,6	1,5	1,7	1,7	2,9	1,3	1,9	1,7	44
2,3	1,6	1,7	1,5	2,1	2,6	1,6	1,8	2,2	2,1	45
2,1	14,3	1,8	2,2	1,3	1,9	1,8	2,1	4,7	2,3	46
9,7	8,9	8,6	8,5	8,6	9,0	9,2	9,5	9,0	8,5	47
1,0	0,9	1,0	1,0	1,0	1,1	0,9	0,8	0,8	1,3	48
0,7	0,6	1,0	1,2	0,7	0,7	0,6	1,0	0,5	1,0	49
6,6	4,7	5,9	5,8	6,0	6,6	8,5	5,7	4,6	6,1	50
5,3	4,5	5,8	5,6	6,2	3,9	5,4	4,8	5,2	4,9	51
0,5	1,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,7	52
0,0	0,1	0,0	0,1	-	-	-	-	0,1	-	53
1,2	1,5	1,7	2,3	0,8	0,9	1,5	1,8	1,9	2,8	54

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Lfd. Nr.	Dauer des Verfahrens Streitwert Prozesskostenhilfe	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
Dauer des Verfahrens						
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	332 085	41 108	16 981	24 127
2	dar. erledigt durch streitiges Urteil	Anzahl	87 479	8 705	4 492	4 213
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind anhängig gewesen						
3	bis einschl. 3 Monate	%	27,4	32,7	27,5	36,4
4	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	20,9	24,4	24,3	24,5
5	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	26,3	22,6	26,8	19,7
6	mehr als 12 bis einschl. 24 Monate	%	16,0	11,8	14,3	10,1
7	mehr als 24 Monate	%	9,4	8,4	7,1	9,3
8	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	9,9	8,3	8,7	8,0
9	Durchschnittl. Dauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	14,9	12,7	13,8	11,6
Streitwert						
10	Erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rück- erstattungsverfahren) zusammen	Anzahl	332 028	41 108	16 981	24 127
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR						
11	bis 5 000 EUR	%	7,3	8,2	8,1	8,3
12	5 000 bis 5 500 EUR	%	4,5	4,2	4,5	3,9
13	5 500 bis 6 000 EUR	%	4,7	4,7	5,1	4,5
14	6 000 bis 6 500 EUR	%	3,1	3,1	3,5	2,9
15	6 500 bis 7 000 EUR	%	3,1	2,9	2,9	2,9
16	7 000 bis 7 500 EUR	%	2,8	2,6	2,7	2,6
17	7 500 bis 10 000 EUR	%	12,9	12,5	13,0	12,2
18	10 000 bis 12 500 EUR	%	7,5	7,7	7,4	7,9
19	12 500 bis 15 000 EUR	%	6,5	6,4	6,2	6,5
20	15 000 bis 25 000 EUR	%	15,1	14,7	14,9	14,6
21	25 000 bis 50 000 EUR	%	14,3	14,6	14,1	15,0
22	50 000 bis 100 000 EUR	%	8,6	8,8	8,3	9,1
23	100 000 bis 500 000 EUR	%	8,1	8,0	7,6	8,3
24	mehr als 500 000 EUR	%	1,5	1,4	1,8	1,2
25	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 50 000 EUR	EUR	15 170	15 030	14 652	15 300
Prozesskostenhilfe						
26	Prozesskostenhilfeentscheidungen zusammen	Anzahl	24 716	2 099	1 044	1 055
Prozesskostenhilfe ist bewilligt worden						
27	nur dem Kläger (Antragsteller)	Anzahl	9 714	828	402	426
28	darunter mit Ratenzahlung	%	10,4	13,2	10,7	15,5
29	nur dem Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	5 835	607	286	321
30	darunter mit Ratenzahlung	%	12,0	15,5	14,7	16,2
31	beiden Parteien	Anzahl	953	76	39	37
32	darunter mit Ratenzahlung für mindestens eine Partei	Anzahl	207	22	9	13
33	davon: nur für den Kläger (Antragsteller)	%	42,0	45,5	33,3	53,8
34	nur für den Beklagten (Antragsgegner)	%	44,9	45,5	55,6	38,5
35	für beide Parteien	%	13,0	9,1	11,1	7,7
Prozesskostenhilfe ist abgelehnt worden						
36	nur dem Kläger (Antragsteller)	Anzahl	4 700	348	183	165
37	nur dem Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	2 471	160	93	67
38	beiden Parteien	Anzahl	45	2	1	1
39	Bewilligte Prozesskostenhilfe	Anzahl	17 455	1 587	766	821
40	ohne Ratenzahlung	Anzahl	15 508	1 360	671	689
41	mit Ratenzahlung	Anzahl	1 947	227	95	132
42	Abgelehnte Prozesskostenhilfe	Anzahl	7 261	512	278	234
43	Anträge auf grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe (§§ 1076 bis 1078 ZPO) sind gestellt worden.	Anzahl	686	141	67	74
44	davon: nur vom Kläger (Antragsteller)	Anzahl	380	87	46	41
45	nur vom Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	237	49	19	30
46	von beiden Parteien	Anzahl	69	5	2	3

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Dauer des Verfahrens										
57 922	38 042	11 937	7 943	19 272	7 978	2 571	13 992	30 963	4 472	1
14 033	8 959	3 102	1 972	5 550	2 304	546	3 723	8 270	1 243	2
30,6	32,2	29,0	25,4	25,6	20,0	16,9	22,4	22,0	28,9	3
21,0	19,6	24,5	22,4	17,7	16,1	16,9	22,3	19,8	17,5	4
25,8	25,7	25,6	26,5	31,7	27,6	27,9	28,2	26,4	21,1	5
15,1	15,0	14,3	16,8	18,1	21,6	24,3	18,5	16,1	18,1	6
7,6	7,6	6,6	8,9	6,8	14,7	14,0	8,7	15,7	14,4	7
8,9	8,8	8,5	9,9	9,4	12,5	13,2	10,3	13,0	11,5	8
14,2	14,4	12,7	15,5	13,5	18,9	20,0	14,6	16,2	17,9	9
Streitwert										
57 914	38 034	11 937	7 943	19 269	7 978	2 571	13 991	30 962	4 472	10
9,0	11,5	4,8	3,6	5,8	5,3	3,9	5,9	9,0	7,3	11
4,3	4,0	4,6	4,9	4,5	5,0	5,4	3,5	4,1	4,0	12
4,1	3,8	4,6	4,7	4,4	5,2	5,3	3,7	4,1	5,1	13
2,9	2,7	3,0	3,2	2,7	3,3	3,5	2,5	3,0	3,7	14
2,9	2,7	3,2	3,0	3,3	3,8	3,0	2,5	2,8	3,8	15
2,6	2,4	2,9	3,1	2,8	3,2	2,8	2,4	2,8	3,0	16
12,0	11,1	13,6	13,7	13,2	14,8	14,2	11,4	12,0	14,0	17
7,3	6,9	7,8	8,4	7,0	7,5	12,1	6,8	7,2	6,9	18
5,9	5,5	6,7	6,7	6,7	6,7	7,3	5,8	6,1	7,8	19
15,4	15,2	15,7	15,8	14,6	16,2	13,1	15,6	14,8	15,5	20
14,5	14,4	14,2	15,3	14,8	13,2	13,6	16,7	14,3	13,5	21
8,9	8,8	9,2	8,7	8,8	7,8	7,7	10,1	9,4	8,1	22
8,6	8,9	8,4	7,5	9,3	6,7	6,2	11,0	8,5	6,3	23
1,7	1,9	1,2	1,4	1,8	1,3	2,0	2,1	1,8	1,1	24
15 353	15 284	15 420	15 577	15 554	14 796	14 715	16 908	15 084	14 788	25
Prozesskostenhilfe										
3 618	2 005	922	691	1 281	622	239	577	1 911	483	26
1 511	854	389	268	516	252	83	264	689	189	27
13,2	13,2	11,6	15,3	8,7	8,7	7,2	5,7	10,4	9,5	28
986	529	254	203	203	114	50	101	366	116	29
16,9	16,6	17,7	16,7	13,8	9,6	10,0	9,9	10,4	9,5	30
140	72	39	29	24	29	9	13	63	33	31
40	22	10	8	3	5	3	1	12	5	32
37,5	50,0	20,0	25,0	33,3	40,0	33,3	-	33,3	20,0	33
42,5	31,8	60,0	50,0	66,7	60,0	-	100,0	33,3	80,0	34
20,0	18,2	20,0	25,0	-	-	66,7	-	33,3	-	35
534	305	128	101	328	139	60	124	428	78	36
301	173	71	57	182	55	22	56	290	30	37
3	-	1	2	2	2	3	3	6	2	38
2 777	1 527	721	529	767	424	151	391	1 181	371	39
2 363	1 300	619	444	691	386	135	365	1 055	337	40
414	227	102	85	76	38	16	26	126	34	41
841	478	201	162	514	198	88	186	730	112	42
170	124	26	20	1	5	-	91	-	19	43
87	67	16	4	-	5	-	59	-	12	44
67	50	9	8	-	-	-	20	-	6	45
16	7	1	8	1	-	-	12	-	1	46

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Lfd. Nr.	Dauer des Verfahrens Streitwert Prozesskostenhilfe	Einheit	Niedersachsen			Nordrhein-		
			zusammen	OLG-Bezirk		zusammen	OLG-	
				Braunschweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
Dauer des Verfahrens								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	25 391	3 998	13 280	8 113	77 270	21 722
2	dar. erledigt durch streitiges Urteil	Anzahl	7 553	1 063	4 005	2 485	20 954	6 392
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind anhängig gewesen								
3	bis einschl. 3 Monate	%	26,5	26,7	27,0	25,6	27,9	22,7
4	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	24,0	21,2	23,9	25,4	20,7	18,1
5	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	26,2	27,4	26,7	24,8	26,2	26,1
6	mehr als 12 bis einschl. 24 Monate	%	15,4	15,9	15,3	15,4	16,6	20,6
7	mehr als 24 Monate	%	7,9	8,9	7,1	8,8	8,7	12,4
8	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	9,3	10,0	9,0	9,5	9,7	11,9
9	Durchschnittl. Dauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	14,2	16,3	13,4	14,5	15,2	17,8
Streitwert								
10	Erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rück- erstattungsverfahren) zusammen	Anzahl	25 391	3 998	13 280	8 113	77 268	21 720
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR								
11	bis 5 000 EUR	%	4,8	6,1	4,6	4,6	7,6	3,5
12	5 000 bis 5 500 EUR	%	4,1	3,8	4,4	3,9	4,5	4,4
13	5 500 bis 6 000 EUR	%	5,5	6,4	5,4	5,2	4,8	5,1
14	6 000 bis 6 500 EUR	%	3,1	3,0	3,3	2,9	3,2	3,2
15	6 500 bis 7 000 EUR	%	3,6	4,4	3,5	3,3	3,1	3,2
16	7 000 bis 7 500 EUR	%	3,0	2,6	3,0	3,2	2,9	2,8
17	7 500 bis 10 000 EUR	%	13,9	14,3	14,0	13,5	13,0	13,2
18	10 000 bis 12 500 EUR	%	7,0	5,7	7,3	7,2	7,3	7,4
19	12 500 bis 15 000 EUR	%	7,0	7,5	6,8	7,2	6,6	6,6
20	15 000 bis 25 000 EUR	%	16,3	15,8	16,3	16,5	14,6	14,7
21	25 000 bis 50 000 EUR	%	14,7	14,6	14,2	15,4	14,1	14,5
22	50 000 bis 100 000 EUR	%	8,2	7,6	8,2	8,4	8,5	9,3
23	100 000 bis 500 000 EUR	%	7,5	7,2	7,6	7,4	8,0	10,0
24	mehr als 500 000 EUR	%	1,3	1,3	1,2	1,3	1,7	2,3
25	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 50 000 EUR	EUR	15 510	15 387	15 270	15 965	14 998	15 741
Prozesskostenhilfe								
26	Prozesskostenhilfeentscheidungen zusammen	Anzahl	2 435	406	1 267	762	6 065	1 671
Prozesskostenhilfe ist bewilligt worden								
27	nur dem Kläger (Antragsteller)	Anzahl	841	122	437	282	2 479	711
28	darunter mit Ratenzahlung	%	12,5	7,4	14,4	11,7	8,4	7,0
29	nur dem Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	492	105	207	180	1 288	311
30	darunter mit Ratenzahlung	%	16,9	12,4	18,4	17,8	9,2	12,2
31	beiden Parteien	Anzahl	79	16	40	23	254	59
32	darunter mit Ratenzahlung für mindestens eine Partei	Anzahl	15	7	6	2	47	9
33	davon: nur für den Kläger (Antragsteller)	%	60,0	28,6	83,3	100,0	48,9	33,3
34	nur für den Beklagten (Antragsgegner)	%	20,0	42,9	-	-	46,8	66,7
35	für beide Parteien	%	20,0	28,6	16,7	-	4,3	-
Prozesskostenhilfe ist abgelehnt worden								
36	nur dem Kläger (Antragsteller)	Anzahl	606	84	357	165	1 178	367
37	nur dem Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	322	63	178	81	600	162
38	beiden Parteien	Anzahl	8	-	4	4	6	1
39	Bewilligte Prozesskostenhilfe	Anzahl	1 491	259	724	508	4 275	1 140
40	ohne Ratenzahlung	Anzahl	1 285	228	616	441	3 898	1 043
41	mit Ratenzahlung	Anzahl	206	31	108	67	377	97
42	Abgelehnte Prozesskostenhilfe	Anzahl	944	147	543	254	1 790	531
43	Anträge auf grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe (§§ 1076 bis 1078 ZPO) sind gestellt worden.	Anzahl	1	-	1	-	10	-
44	davon: nur vom Kläger (Antragsteller)	Anzahl	-	-	-	-	7	-
45	nur vom Beklagten (Antragsgegner)	Anzahl	-	-	-	-	3	-
46	von beiden Parteien	Anzahl	1	-	1	-	-	-

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
Dauer des Verfahrens										
31 133	24 415	14 061	8 924	5 137	3 728	12 546	5 501	9 471	5 839	1
8 230	6 332	4 204	2 679	1 525	949	3 461	1 772	2 587	1 625	2
28,0	32,3	27,3	26,1	29,4	23,9	26,7	25,5	24,4	24,0	3
22,7	20,4	21,6	19,8	24,6	22,3	17,4	22,5	18,2	17,5	4
26,1	26,4	27,9	27,8	28,1	27,3	26,6	26,3	28,5	27,0	5
15,6	14,2	15,5	17,3	12,4	17,5	16,4	16,3	18,5	18,9	6
7,6	6,7	7,8	9,0	5,5	9,0	12,9	9,5	10,4	12,6	7
9,1	8,5	9,4	10,0	8,2	10,2	12,0	10,1	10,9	11,7	8
14,2	14,0	14,2	15,3	12,2	15,2	17,1	14,7	16,2	18,5	9
Streitwert										
31 133	24 415	14 019	8 882	5 137	3 728	12 546	5 501	9 471	5 839	10
4,0	15,8	4,8	4,5	5,4	4,1	6,5	5,4	6,8	7,0	11
4,9	4,2	6,0	5,6	6,8	5,6	4,8	4,6	5,2	6,0	12
5,1	4,3	5,3	5,4	5,0	5,2	5,0	5,6	4,5	5,5	13
3,5	2,9	3,7	3,7	3,6	3,6	3,5	3,3	3,2	3,3	14
3,4	2,7	3,4	3,4	3,2	3,7	3,4	4,0	3,3	3,3	15
3,2	2,6	3,0	3,0	2,9	3,6	3,2	3,2	3,0	3,2	16
13,9	11,7	13,9	14,2	13,4	15,3	14,1	13,9	13,9	14,3	17
7,8	6,6	9,0	8,3	10,4	8,1	7,8	7,8	7,8	7,7	18
7,4	5,7	6,8	7,1	6,2	6,7	6,6	6,7	6,6	6,7	19
15,7	13,2	15,3	15,1	15,7	14,6	14,8	15,7	15,0	15,3	20
14,3	13,3	13,7	13,9	13,3	13,0	13,9	13,9	13,8	12,7	21
8,3	8,1	7,6	7,9	6,9	7,8	8,0	7,8	8,1	7,7	22
7,2	7,3	6,8	7,0	6,4	7,7	7,3	6,8	7,4	6,1	23
1,4	1,5	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0	1,4	1,4	1,1	24
15 319	13 964	14 791	14 908	14 592	14 586	14 857	14 965	14 884	14 160	25
Prozesskostenhilfe										
2 954	1 440	1 116	662	454	411	1 542	679	997	641	26
1 223	545	457	282	175	152	598	235	352	268	27
9,2	8,4	12,9	10,3	17,1	7,9	9,7	8,1	9,4	11,6	28
694	283	273	152	121	111	522	133	348	125	29
9,7	4,9	14,7	13,2	16,5	9,0	7,3	9,0	4,6	15,2	30
147	48	44	23	21	33	51	34	34	37	31
27	11	12	8	4	5	11	7	5	14	32
55,6	45,5	16,7	25,0	-	40,0	54,5	71,4	40,0	28,6	33
40,7	45,5	66,7	62,5	75,0	40,0	36,4	28,6	60,0	57,1	34
3,7	9,1	16,7	12,5	25,0	20,0	9,1	-	-	14,3	35
469	342	200	124	76	54	198	167	137	121	36
266	172	96	56	40	26	118	74	88	51	37
4	1	1	1	-	1	2	1	2	1	38
2 211	924	818	480	338	329	1 222	436	768	467	39
2 003	852	705	422	283	301	1 114	398	714	401	40
208	72	113	58	55	28	108	38	54	66	41
743	516	298	182	116	82	320	243	229	174	42
1	9	83	73	10	-	26	-	127	12	43
1	6	47	42	5	-	14	-	54	8	44
-	3	31	26	5	-	10	-	50	1	45
-	-	5	5	-	-	2	-	23	3	46

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.3 Einleitungsform, Parteien, Prozesserfolg, Zulässigkeit der Berufung, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)

Lfd. Nr.	Einleitungsform Sitz der Parteien / Prozesserfolg Zulässigkeit der Berufung / Termine Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
Einleitungsform						
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	332 085	41 108	16 981	24 127
	Den erledigten Verfahren gingen voraus					
2	Mahnverfahren	Anzahl	64 546	7 584	3 398	4 186
3	mit Vollstreckungsbescheid	%	10,1	10,7	10,6	10,8
4	ohne Vollstreckungsbescheid	%	89,9	89,3	89,4	89,2
5	dar. Europäisches Mahnverfahren (§§ 1087 bis 1089 ZPO)	Anzahl	262	9	3	6
6	Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO	Anzahl	32	4	2	2
7	verfahrenseinleitende grenzüberschreitende Zustellung (§§ 183, 1067 bis 1071 ZPO)	Anzahl	49	6	3	3
Sitz der Partei(en)						
8	Zahl der Kläger 1)	Anzahl	332 520	41 165	17 009	24 156
	davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im					
9	Inland	%	97,0	97,4	96,9	97,8
10	EU-Ausland	%	1,8	1,3	1,5	1,3
11	sonstigen Ausland	%	1,1	1,3	1,6	1,0
12	Zahl der Beklagten 1)	Anzahl	333 613	41 303	17 108	24 195
	davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im					
13	Inland	%	97,3	97,4	96,7	97,9
14	EU-Ausland	%	1,9	1,5	1,8	1,3
15	sonstigen Ausland	%	0,8	1,1	1,5	0,8
Prozesserfolg						
	Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet					
16	mit Kostenentscheidung zusammen	Anzahl	198 469	23 798	10 132	13 666
	Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen					
17	der Kläger (Antragsteller) ganz	Anzahl	57 628	6 409	2 659	3 750
18	der Kläger (Antragsteller) überwiegend	Anzahl	16 367	2 240	927	1 313
19	jede Partei zur Hälfte	Anzahl	16 913	3 000	1 092	1 908
20	der Beklagte (Antragsgegner) überwiegend	Anzahl	19 968	2 572	1 197	1 375
21	der Beklagte (Antragsgegner) ganz	Anzahl	82 389	9 221	4 155	5 066
22	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	Anzahl	5 204	356	102	254
Zulässigkeit der Berufung						
23	Von den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren sind mit der Berufung anfechtbar gewesen	Anzahl	86 248	8 505	4 379	4 126
	davon: weil der Wert des Beschwerdegegenstandes					
24	600 EUR überstieg	Anzahl	78 643	8 104	4 080	4 024
25	aufgrund Zulassung	Anzahl	7 605	401	299	102
Termine²⁾						
26	Gesamtzahl der Termine	Anzahl	263 629	29 733	13 321	16 412
27	ohne Beweisaufnahme	%	82,3	86,8	83,1	89,8
28	mit Beweisaufnahme	%	17,7	13,2	16,9	10,2
	Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind gewesen					
29	ohne Termin	%	43,7	44,8	41,0	47,4
30	mit Beweistermin	%	10,9	7,3	10,1	5,3
31	mit Termin ohne Beweistermin	%	45,4	47,9	48,9	47,2
32	Durchschnittl. Zahl der Termine je Verfahren mit Termin (lfd. Nrn. 30 und 31)	Anzahl	1,4	1,3	1,3	1,3
33	Durchschnittl. Zahl der Termine je Verfahren mit Beweistermin	Anzahl	2,1	2,1	2,0	2,2
Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)						
34	Vor den Zivilkammern erledigte Verfahren zusammen	Anzahl	299 122	37 802	15 595	22 207
	Davon sind im Zeitpunkt der Erledigung anhängig gewesen					
35	beim Einzelrichter	Anzahl	232 237	31 819	13 931	17 888
36	- in originärer Zuständigkeit (§ 348 Abs.1 Satz 1 ZPO)	%	84,0	84,6	88,9	81,3
37	- nach Übertragung durch die Kammer (§ 348a Abs.1 ZPO)	%	16,0	15,4	11,1	18,7
38	bei der Kammer	Anzahl	66 885	5 983	1 664	4 319
39	- in originärer Zuständigkeit (§ 348 Abs.1 Satz 2 ZPO)	%	96,0	99,5	98,4	99,9
40	- nach Übernahme vom Einzelrichter 3)	%	4,0	0,5	1,6	0,1

1) Mehrere Kläger/ Beklagte derselben Art sind je Verfahren nur einmal gezählt.

2) Ohne Verkündungstermin.

3) Gemäß §§ 348 Abs. 3, 348a Abs. 2 ZPO.

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.3 Einleitungsform, Parteien, Prozessserfolg, Zulässigkeit der Berufung, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)

Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Einleitungsform										
57 922	38 042	11 937	7 943	19 272	7 978	2 571	13 992	30 963	4 472	1
10 760	7 073	2 205	1 482	3 807	1 756	460	2 023	5 664	975	2
9,9	9,7	10,6	9,9	11,7	8,1	12,4	10,5	8,6	10,2	3
90,1	90,3	89,4	90,1	88,3	91,9	87,6	89,5	91,4	89,8	4
46	30	7	9	14	7	1	6	51	2	5
12	9	1	2	-	-	-	-	5	-	6
11	7	4	-	-	3	-	-	12	-	7
Sitz der Partei(en)										
58 031	38 128	11 952	7 951	19 321	7 980	2 573	14 050	30 974	4 479	8
96,2	95,4	97,3	98,3	96,7	99,2	97,9	94,9	98,4	98,4	9
2,4	2,9	1,8	1,2	2,0	0,5	1,4	3,0	0,8	1,1	10
1,4	1,7	0,9	0,5	1,2	0,3	0,8	2,0	0,7	0,5	11
58 298	38 324	11 996	7 978	19 393	7 979	2 575	14 067	31 088	4 484	12
96,3	95,8	97,1	97,5	96,3	99,3	98,1	95,0	98,0	98,6	13
2,8	3,2	2,2	1,7	2,5	0,4	1,4	3,1	1,4	1,0	14
0,9	1,0	0,7	0,8	1,1	0,2	0,4	1,9	0,6	0,4	15
Prozesserfolg										
26 232	17 059	5 633	3 540	11 253	5 351	1 458	10 864	17 951	3 105	16
8 721	5 506	1 967	1 248	3 552	1 328	349	2 677	5 023	812	17
1 816	1 265	354	197	526	453	103	933	1 758	221	18
1 056	799	163	94	345	644	100	1 321	1 482	549	19
2 136	1 411	445	280	845	567	136	1 217	1 865	278	20
12 165	7 853	2 655	1 657	5 914	2 198	570	4 310	7 224	1 211	21
338	225	49	64	71	161	200	406	599	34	22
Zulässigkeit der Berufung										
13 851	8 818	3 076	1 957	5 518	2 270	523	3 647	8 118	1 229	23
13 198	8 219	3 036	1 943	5 003	1 930	501	2 753	7 327	918	24
653	599	40	14	515	340	22	894	791	311	25
Termine²⁾										
47 289	30 241	10 007	7 041	13 511	6 584	1 663	10 779	25 940	3 408	26
76,5	78,6	74,7	70,4	89,5	82,3	70,6	100,0	82,5	83,6	27
23,5	21,4	25,3	29,6	10,5	17,7	29,4	0,0	17,5	16,4	28
42,9	44,6	39,8	39,5	47,5	42,7	51,5	43,7	43,9	45,9	29
14,8	13,1	16,9	19,9	6,0	11,6	15,4	0,0	10,7	9,5	30
42,3	42,3	43,3	40,7	46,5	45,7	33,1	56,3	45,4	44,7	31
1,4	1,4	1,4	1,5	1,3	1,4	1,3	1,4	1,5	1,4	32
2,0	2,0	1,9	2,0	2,4	2,3	1,8	1,8	2,5	2,1	33
Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)										
53 052	34 594	11 086	7 372	17 641	7 370	2 301	12 162	25 757	4 007	34
41 491	25 582	9 130	6 779	14 268	6 402	1 485	8 810	22 913	3 756	35
80,0	79,3	76,6	87,3	82,2	93,3	86,4	92,2	84,4	95,6	36
20,0	20,7	23,4	12,7	17,8	6,7	13,6	7,8	15,6	4,4	37
11 561	9 012	1 956	593	3 373	968	816	3 352	2 844	251	38
99,6	99,9	99,2	97,3	57,0	91,8	98,4	99,7	83,5	99,6	39
0,4	0,1	0,8	2,7	43,0	8,2	1,6	0,3	16,5	0,4	40

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.3 Einleitungsform, Parteien, Prozessenerfolg, Zulässigkeit der Berufung, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)

Lfd. Nr.	Einleitungsform Sitz der Parteien / Prozessenerfolg Zulässigkeit der Berufung / Termine Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)	Einheit	Niedersachsen			Nordrhein-		
			zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-Düsseldorf
				Braunschweig	Celle	Oldenburg		
Einleitungsform								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	25 391	3 998	13 280	8 113	77 270	21 722
Den erledigten Verfahren gingen voraus								
2	Mahnverfahren	Anzahl	5 277	974	2 590	1 713	16 091	5 130
3	mit Vollstreckungsbescheid	%	10,9	10,9	12,0	9,3	9,4	10,1
4	ohne Vollstreckungsbescheid	%	89,1	89,1	88,0	90,7	90,6	89,9
5	dar. Europäisches Mahnverfahren (§§ 1087 bis 1089 ZPO)	Anzahl	61	3	49	9	32	14
6	Schlichtungsverfahren nach § 15a EGZPO	Anzahl	-	-	-	-	9	4
7	verfahrenseinleitende grenzüberschreitende Zustellung (§§ 183, 1067 bis 1071 ZPO)	Anzahl	11	2	7	2	3	1
Sitz der Partei(en)								
8	Zahl der Kläger 1)	Anzahl	25 400	4 001	13 282	8 117	77 370	21 765
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im								
9	Inland	%	98,8	98,7	99,1	98,6	95,7	95,6
10	EU-Ausland	%	0,8	0,8	0,6	1,1	2,7	2,9
11	sonstigen Ausland	%	0,4	0,5	0,3	0,4	1,6	1,5
12	Zahl der Beklagten 1)	Anzahl	25 406	4 004	13 284	8 118	77 727	21 914
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im								
13	Inland	%	98,8	97,9	99,0	98,9	97,0	95,4
14	EU-Ausland	%	0,9	1,3	0,8	0,8	2,3	3,4
15	sonstigen Ausland	%	0,3	0,8	0,3	0,2	0,7	1,2
Prozessenerfolg								
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet								
16	mit Kostenentscheidung zusammen	Anzahl	17 554	3 016	9 293	5 245	49 753	14 292
Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen								
17	der Kläger (Antragsteller) ganz	Anzahl	4 925	732	2 557	1 636	15 257	3 471
18	der Kläger (Antragsteller) überwiegend	Anzahl	1 693	262	976	455	4 172	1 221
19	jede Partei zur Hälfte	Anzahl	2 078	414	1 170	494	3 520	1 264
20	der Beklagte (Antragsgegner) überwiegend	Anzahl	2 053	351	1 160	542	5 179	1 694
21	der Beklagte (Antragsgegner) ganz	Anzahl	6 493	1 204	3 294	1 995	19 787	6 142
22	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	Anzahl	312	53	136	123	1 838	500
Zulässigkeit der Berufung								
23	Von den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren sind mit der Berufung anfechtbar gewesen	Anzahl	7 489	1 061	3 957	2 471	20 697	6 295
davon: weil der Wert des Beschwerdegegenstandes								
24	600 EUR überstieg	Anzahl	7 299	1 033	3 832	2 434	18 123	5 378
25	aufgrund Zulassung	Anzahl	190	28	125	37	2 574	917
Termine²⁾								
26	Gesamtzahl der Termine	Anzahl	20 203	2 981	10 237	6 985	61 750	19 260
27	ohne Beweisaufnahme	%	69,8	71,0	72,2	65,7	86,8	84,3
28	mit Beweisaufnahme	%	30,2	29,0	27,8	34,3	13,2	15,7
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind gewesen								
29	ohne Termin	%	42,9	47,0	42,5	41,4	43,8	41,8
30	mit Beweistermin	%	18,9	16,6	17,3	22,5	8,4	10,4
31	mit Termin ohne Beweistermin	%	38,3	36,3	40,2	36,1	47,8	47,7
32	Durchschnittl. Zahl der Termine je Verfahren mit Termin (lfd. Nrn. 30 und 31)	Anzahl	1,4	1,4	1,3	1,5	1,4	1,5
33	Durchschnittl. Zahl der Termine je Verfahren mit Beweistermin	Anzahl	1,8	1,9	1,8	1,9	2,3	2,6
Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)								
34	Vor den Zivilkammern erledigte Verfahren zusammen	Anzahl	23 023	3 667	12 190	7 166	69 103	19 437
Davon sind im Zeitpunkt der Erledigung anhängig gewesen								
35	beim Einzelrichter	Anzahl	18 047	2 779	9 340	5 928	42 040	11 591
36	- in originärer Zuständigkeit (§ 348 Abs.1 Satz 1 ZPO)	%	81,6	68,6	85,8	81,0	80,4	84,5
37	- nach Übertragung durch die Kammer (§ 348a Abs.1 ZPO)	%	18,4	31,4	14,2	19,0	19,6	15,5
38	bei der Kammer	Anzahl	4 976	888	2 850	1 238	27 063	7 846
39	- in originärer Zuständigkeit (§ 348 Abs.1 Satz 2 ZPO)	%	95,9	97,0	95,7	95,5	99,0	99,1
40	- nach Übernahme vom Einzelrichter 3)	%	4,1	3,0	4,3	4,5	1,0	0,9

1) Mehrere Kläger/ Beklagte derselben Art sind je Verfahren nur einmal gezählt.

2) Ohne Verkündungstermin.

3) Gemäß §§ 348 Abs. 3, 348a Abs. 2 ZPO.

5 Vor dem Landgericht in erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.3 Einleitungsform, Parteien, Prozessserfolg, Zulässigkeit der Berufung, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
Einleitungsform										
31 133	24 415	14 061	8 924	5 137	3 728	12 546	5 501	9 471	5 839	1
7 058	3 903	2 813	1 805	1 008	679	2 427	1 262	1 860	1 108	2
9,9	7,5	10,6	10,1	11,5	10,0	10,0	11,8	12,4	12,3	3
90,1	92,5	89,4	89,9	88,5	90,0	90,0	88,2	87,6	87,7	4
18	-	6	5	1	7	5	7	3	5	5
3	2	-	-	-	-	-	-	2	-	6
2	-	1	1	-	-	-	1	1	-	7
Sitz der Partei(en)										
31 159	24 446	14 077	8 935	5 142	3 728	12 552	5 501	9 475	5 844	8
97,7	93,1	97,2	96,9	97,7	97,6	98,0	99,5	98,8	98,6	9
1,5	4,0	1,4	1,6	1,3	2,1	1,5	0,3	0,8	1,0	10
0,8	2,8	1,4	1,6	1,0	0,3	0,6	0,2	0,3	0,4	11
31 286	24 527	14 116	8 953	5 163	3 731	12 610	5 501	9 482	5 853	12
97,9	97,3	97,5	97,3	97,9	98,1	97,6	99,3	99,1	98,0	13
1,7	2,0	1,5	1,7	1,2	1,8	1,7	0,5	0,6	1,5	14
0,5	0,7	0,9	1,0	0,9	0,1	0,7	0,3	0,2	0,6	15
Prozesserfolg										
18 291	17 170	8 318	5 425	2 893	1 844	6 808	4 234	6 748	3 198	16
4 863	6 923	2 240	1 508	732	546	1 965	1 073	1 876	875	17
1 517	1 434	706	531	175	150	472	334	590	200	18
1 056	1 200	560	392	168	132	366	582	1 001	177	19
1 863	1 622	879	612	267	184	611	453	734	259	20
7 985	5 660	3 749	2 225	1 524	813	3 210	1 666	2 431	1 427	21
1 007	331	184	157	27	19	184	126	116	260	22
Zulässigkeit der Berufung										
8 138	6 264	4 166	2 650	1 516	941	3 408	1 760	2 527	1 599	23
7 256	5 489	3 818	2 381	1 437	940	3 231	1 582	2 331	1 585	24
882	775	348	269	79	1	177	178	196	14	25
Termine²⁾										
25 955	16 535	12 647	7 871	4 776	3 649	10 954	5 004	5 845	4 670	26
87,7	88,3	79,9	83,5	74,0	68,4	81,0	75,4	75,0	84,2	27
12,3	11,7	20,1	16,5	26,0	31,6	19,0	24,6	25,0	15,8	28
40,7	49,6	39,3	39,7	38,7	35,5	41,9	39,8	50,4	41,8	29
8,6	6,3	13,9	11,8	17,7	22,8	12,6	16,5	12,3	9,6	30
50,8	44,0	46,7	48,6	43,5	41,7	45,5	43,7	37,3	48,6	31
1,4	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,2	1,4	32
2,0	2,3	2,1	2,0	2,2	2,1	2,3	2,3	1,7	2,2	33
Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)										
26 968	22 698	12 947	8 150	4 797	3 540	11 609	5 056	8 621	5 131	34
18 675	11 774	11 003	6 941	4 062	3 164	10 438	4 634	7 586	4 381	35
77,0	81,8	82,3	80,0	86,3	71,5	93,7	90,1	90,8	95,4	36
23,0	18,2	17,7	20,0	13,7	28,5	6,3	9,9	9,2	4,6	37
8 293	10 924	1 944	1 209	735	376	1 171	422	1 035	750	38
98,5	99,3	98,3	97,9	98,9	96,5	99,7	95,7	98,8	99,5	39
1,5	0,7	1,7	2,1	1,1	3,5	0,3	4,3	1,2	0,5	40

5 Vor dem Landgericht in der erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.4 Verfahren vor dem Güterichter

Lfd. Nr.	Verweisung vor den Güterichter Dauer des Verfahrens	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	332 085	41 108	16 981	24 127
	darunter					
2	Erledigte Verfahren durch gerichtlichen Vergleich	Anzahl	89 810	14 549	5 189	9 360
	darunter					
3	nach vollständiger Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	2 536	79	41	38
4	ohne Konfliktbeilegung oder ohne vollständige Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	87 274	14 470	5 148	9 322
Verweisung vor den Güterichter						
In den erledigten Verfahren (lfd.Nr. 1) haben die Beteiligten den Konflikt vor dem Güterichter						
5	vollständig beigelegt	Anzahl	3 267	99	45	54
6	teilweise beigelegt	Anzahl	168	3	1	2
7	nicht beigelegt	Anzahl	3 525	13	7	6
8	Eine Verweisung vor den Güterichter hat nicht stattgefunden	Anzahl	325 125	40 993	16 928	24 065
Dauer des Verfahrens						
Von den erledigten Verfahren, in denen k e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nr. 8) stattgefunden hat waren anhängig						
9	bis einschl. 3 Monate	%	27,8	32,8	27,6	36,4
10	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	20,9	24,4	24,3	24,5
11	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	26,1	22,7	26,8	19,7
12	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	10,4	7,8	10,0	6,2
13	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	5,4	4,0	4,3	3,9
14	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	5,4	6,4	4,5	7,8
15	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	2,1	1,2	1,7	0,8
16	mehr als 48 Monate	%	1,9	0,8	0,9	0,7
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	9,9	8,3	8,7	8,0
Von den erledigten Verfahren, in denen e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nrn. 5 bis 7) stattgefunden hat waren anhängig						
18	bis einschl. 3 Monate	%	6,5	25,2	11,3	37,1
19	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	21,4	30,4	26,4	33,9
20	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	35,7	16,5	20,8	12,9
21	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	16,7	10,4	17,0	4,8
22	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	8,0	5,2	7,5	3,2
23	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	7,1	7,8	9,4	6,5
24	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	2,4	2,6	3,8	1,6
25	mehr als 48 Monate	%	2,2	1,7	3,8	-
26	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	12,8	10,4	14,3	7,1

5 Vor dem Landgericht in der erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.4 Verfahren vor dem Güterichter

Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Dauer des Verfahrens										
57 922	38 042	11 937	7 943	19 272	7 978	2 571	13 992	30 963	4 472	1
17 393	10 760	3 828	2 805	4 241	1 909	857	3 449	7 348	1 116	2
273	140	64	69	293	81	92	31	12	97	3
17 120	10 620	3 764	2 736	3 948	1 828	765	3 418	7 336	1 019	4
Verweisung vor den Güterichter										
306	164	70	72	428	87	97	61	14	102	5
5	3	2	-	28	2	4	-	2	66	6
133	56	50	27	756	48	56	20	6	146	7
57 478	37 819	11 815	7 844	18 060	7 841	2 414	13 911	30 941	4 158	8
Dauer des Verfahrens										
30,8	32,3	29,2	25,7	27,0	20,3	17,9	22,5	22,0	29,6	9
21,0	19,6	24,5	22,3	18,1	16,0	17,3	22,3	19,8	17,1	10
25,8	25,7	25,5	26,4	31,0	27,5	26,6	28,0	26,4	20,7	11
10,0	10,0	9,5	10,9	12,2	14,6	15,3	12,4	10,3	11,0	12
5,0	4,9	4,7	5,8	5,0	6,9	8,5	6,1	5,8	7,0	13
4,6	4,6	3,8	5,7	4,2	8,9	8,5	5,1	6,1	9,4	14
1,6	1,6	1,6	1,7	1,5	3,3	2,7	1,9	4,4	2,9	15
1,3	1,3	1,1	1,6	1,0	2,6	3,1	1,7	5,1	2,2	16
8,8	8,8	8,5	9,8	9,2	12,6	13,2	10,3	13,0	11,5	17
7,9	10,3	5,7	5,1	5,3	5,1	1,3	4,9	-	20,1	18
20,9	15,2	23,8	30,3	11,9	21,9	10,8	19,8	9,1	21,7	19
32,0	29,6	33,6	35,4	43,2	35,0	47,8	51,9	54,5	26,8	20
15,8	17,5	12,3	16,2	22,3	21,2	20,4	9,9	9,1	10,8	21
8,8	9,9	9,0	6,1	9,3	8,8	10,2	4,9	9,1	8,0	22
8,3	9,9	10,7	2,0	5,5	5,1	6,4	1,2	4,5	8,3	23
2,7	3,1	4,1	-	1,6	1,5	1,3	1,2	9,1	3,5	24
3,6	4,5	0,8	5,1	0,9	1,5	1,9	6,2	4,5	1,0	25
14,1	15,2	13,1	12,7	12,7	12,0	13,2	13,9	16,3	11,2	26

5 Vor dem Landgericht in der erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.4 Verfahren vor dem Güterichter

Lfd. Nr.	Verweisung vor den Güterichter Dauer des Verfahrens	Einheit	Niedersachsen			Nordrhein-		
			zusammen	OLG-Bezirk		zusammen	OLG-	
				Braun- schweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
Dauer des Verfahrens								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	25 391	3 998	13 280	8 113	77 270	21 722
	darunter							
2	Erledigte Verfahren durch gerichtlichen Vergleich	Anzahl	7 205	1 031	3 872	2 302	18 226	4 549
	darunter							
3	nach vollständiger Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	646	107	389	150	602	81
4	ohne Konfliktbeilegung oder ohne vollständige Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	6 559	924	3 483	2 152	17 624	4 468
Verweisung vor den Güterichter								
In den erledigten Verfahren (lfd.Nr. 1) haben die Beteiligten den Konflikt vor dem Güterichter								
5	vollständig beigelegt	Anzahl	660	111	392	157	1 039	186
6	teilweise beigelegt	Anzahl	16	1	12	3	34	5
7	nicht beigelegt	Anzahl	906	253	465	188	1 012	60
8	Eine Verweisung vor den Güterichter hat nicht stattgefunden	Anzahl	23 809	3 633	12 411	7 765	75 185	21 471
Dauer des Verfahrens								
Von den erledigten Verfahren, in denen k e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nr. 8) stattgefunden hat waren anhängig								
9	bis einschl. 3 Monate	%	28,0	29,3	28,5	26,6	28,4	22,9
10	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	23,7	21,4	23,5	24,9	20,6	18,2
11	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	25,5	26,8	26,1	23,9	26,0	26,1
12	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	9,7	9,8	9,5	10,0	10,7	13,2
13	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	5,4	4,8	5,5	5,5	5,7	7,3
14	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	4,9	4,7	4,3	5,9	5,1	6,5
15	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	1,4	1,4	1,3	1,6	2,0	3,5
16	mehr als 48 Monate	%	1,4	1,8	1,2	1,4	1,5	2,4
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	9,1	9,3	8,8	9,5	9,6	11,9
Von den erledigten Verfahren, in denen e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nm. 5 bis 7) stattgefunden hat waren anhängig								
18	bis einschl. 3 Monate	%	3,2	0,5	4,7	2,3	8,6	11,2
19	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	28,8	19,2	29,8	36,5	23,6	16,7
20	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	36,5	33,4	34,8	44,3	31,3	31,5
21	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	13,3	17,0	13,5	9,2	16,4	16,3
22	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	7,0	11,5	6,8	2,9	7,5	10,8
23	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	7,1	9,3	7,4	4,3	7,7	8,0
24	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	2,1	4,4	2,0	0,3	2,6	2,4
25	mehr als 48 Monate	%	1,8	4,7	1,2	0,3	2,3	3,2
26	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	12,1	16,2	11,7	9,1	12,7	14,7

5 Vor dem Landgericht in der erster Instanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

5.4 Verfahren vor dem Güterichter

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln			Koblenz	Zweibrücken					

Dauer des Verfahrens

31 133	24 415	14 061	8 924	5 137	3 728	12 546	5 501	9 471	5 839	1
8 610	5 067	3 664	2 314	1 350	1 251	3 176	1 273	2 596	1 557	2
180	341	2	2	-	2	38	81	169	38	3
8 430	4 726	3 662	2 312	1 350	1 249	3 138	1 192	2 427	1 519	4

Verweisung vor den Güterichter

195	658	3	3	-	3	40	83	178	67	5
19	10	1	-	1	-	2	3	1	1	6
217	735	9	5	4	1	23	97	247	52	7
30 702	23 012	14 048	8 916	5 132	3 724	12 481	5 318	9 045	5 719	8

Dauer des Verfahrens

28,3	33,8	27,3	26,1	29,4	23,9	26,8	26,3	25,5	24,4	9
22,5	20,4	21,5	19,8	24,6	22,3	17,4	22,5	18,3	17,6	10
25,9	26,1	27,9	27,8	28,1	27,3	26,6	25,9	28,0	26,6	11
10,3	8,9	10,1	11,2	8,2	11,4	10,8	10,1	11,7	11,9	12
5,3	4,6	5,4	6,1	4,1	6,0	5,5	5,9	6,5	6,8	13
5,0	3,9	4,6	5,5	3,2	5,1	5,9	5,4	5,4	7,5	14
1,6	1,2	1,7	1,9	1,4	2,0	2,2	2,2	2,7	2,6	15
1,1	1,1	1,4	1,7	1,0	1,9	4,8	1,8	1,9	2,5	16
9,1	8,3	9,3	10,0	8,2	10,2	12,0	10,0	10,7	11,7	17
7,2	8,6	-	-	-	-	9,2	2,2	1,6	3,3	18
34,8	21,5	30,8	37,5	20,0	25,0	7,7	23,5	15,3	11,7	19
34,3	30,3	7,7	12,5	-	25,0	36,9	38,3	37,6	45,8	20
10,7	18,1	23,1	25,0	20,0	-	26,2	17,5	17,8	20,0	21
5,6	7,6	30,8	12,5	60,0	25,0	9,2	8,2	8,2	10,0	22
4,9	8,6	-	-	-	-	7,7	4,9	9,4	6,7	23
1,4	3,0	-	-	-	-	-	1,6	4,7	1,7	24
1,2	2,5	7,7	12,5	-	25,0	3,1	3,8	5,4	0,8	25
10,0	13,2	17,6	18,6	16,2	27,4	14,4	13,4	16,5	12,4	26

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Art der Erledigung, Zulässigkeit der Revision

6.1.1 Grundzahlen

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens Sachgebiet des Verfahrens Art der Erledigung Zulässigkeit der Revision	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	OLG-Bezirk	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	52 932	5 195	2 753	2 442
	Art des Verfahrens				
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	48	2	-	2
3	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen 1)	168	-	-	-
4	Berufungen gegen ein Urteil in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung.....	139	4	1	3
5	Berufungsverfahren (ohne lfd. Nrn. 3 und 4)	52 161	5 143	2 743	2 400
6	Sonstige zur Zuständigkeit der Berufungsgerichts gehörende Verfahren	416	46	9	37
	Sachgebiet des Verfahrens				
	Zivilkammern				
7	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	1 112	76	46	30
8	Verkehrsunfallsachen	9 063	660	369	291
9	Kaufsachen	3 575	256	151	105
10	Arzthaftungssachen	298	23	12	11
11	Reisevertragssachen	880	12	10	2
12	Kredit/Leasingsachen	1 018	101	38	63
13	Nachbarschaftssachen	1 037	116	70	46
14	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen d. neuen Länder	21	2	2	-
15	Wohnungsmietsachen	10 687	928	712	216
16	Sonstige Mietsachen	1 317	114	62	52
17	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	1 831	124	74	50
18	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	187	10	6	4
19	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	258	26	14	12
20	Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	1 085	66	42	24
21	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)	3 245	445	217	228
22	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	55	3	2	1
23	Sonstiger Verfahrensgegenstand	17 130	2 225	925	1 300
	Handelskammern				
24	Handelsvertretersachen	2	-	-	-
25	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	12	-	-	-
26	Bausachen	8	1	1	-
27	Markensachen	-	-	-	-
28	Wettbewerbssachen	2	1	-	1
29	Sonstiger Verfahrensgegenstand	109	6	-	6
	Art der Erledigung				
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch				
30	streitiges Urteil	15 106	1 602	1 052	550
31	dar. Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	1 201	148	87	61
32	gerichtlichen Vergleich	6 744	972	465	507
33	Versäumnisurteil	314	32	20	12
34	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	388	25	10	15
35	Beschluss nach § 91a ZPO	715	71	39	32
36	Beschluss nach § 522 Abs. 1 ZPO (Verwerfung)	2 321	234	113	121
37	Beschluss nach § 522 Abs. 2 ZPO (Zurückweisung)	7 654	486	204	282
38	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 44 bis 46)	1 197	88	40	48
39	Rücknahme der Klage oder des Antrags	438	37	15	22
40	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	28	1	-	1
41	Rücknahme der Berufung	16 552	1 480	711	769
42	davon: vor Eingang der Begründung	5 005	508	266	242
43	nach Eingang der Begründung	11 547	972	445	527
44	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	486	52	32	20
45	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	73	13	4	9
46	Verbindung mit einem anderen Verfahren	111	15	7	8
47	sonstige Erledigungsart	805	87	41	46
	Zulässigkeit der Revision				
48	Von den durch streitiges Urteil erledigten Berufungen (lfd. Nr. 30) sind mit Revision anfechtbar gewesen	1 021	72	37	35

1) Einschl. Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils.

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Art der Erledigung, Zulässigkeit der Revision

6.1.1 Grundzahlen

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
7 237	4 431	1 666	1 140	4 615	1 567	369	1 509	4 488	879	1
Art des Verfahrens										
10	7	-	3	-	-	2	-	1	-	2
2	2	-	-	-	2	-	-	42	-	3
22	10	3	9	-	14	1	-	17	-	4
7 149	4 384	1 647	1 118	4 578	1 517	357	1 476	4 403	875	5
54	28	16	10	37	34	9	33	25	4	6
Sachgebiet des Verfahrens										
Zivilkammern										
191	81	70	40	58	34	12	49	43	27	7
1 519	904	368	247	963	171	72	325	633	142	8
455	274	102	79	162	102	31	-	307	58	9
33	22	6	5	41	9	3	3	17	2	10
115	95	12	8	17	6	5	-	292	6	11
206	104	69	33	16	18	9	3	90	14	12
161	79	55	27	48	88	8	-	40	18	13
-	-	-	-	-	5	-	-	-	5	14
1 331	901	236	194	1 786	304	55	403	956	87	15
106	46	32	28	115	58	6	2	84	32	16
293	181	72	40	130	44	16	61	118	21	17
22	13	4	5	14	7	-	-	7	13	18
12	5	5	2	15	8	3	-	12	1	19
207	126	54	27	64	29	6	-	105	19	20
562	427	94	41	274	50	25	108	273	24	21
7	3	2	2	3	-	-	2	8	2	22
2 004	1 161	481	362	905	634	116	539	1 483	407	23
Handelskammern										
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
-	-	-	-	-	-	-	1	2	-	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
13	9	4	-	4	-	2	13	17	1	29
Art der Erledigung										
2 021	1 265	345	411	1 367	403	72	452	1 237	197	30
171	111	22	38	55	66	-	28	54	7	31
993	574	271	148	744	270	52	246	556	139	32
37	20	10	7	28	15	3	15	26	4	33
47	27	14	6	33	17	1	13	54	3	34
81	53	16	12	83	12	6	30	82	17	35
339	227	58	54	149	79	17	79	171	47	36
1 065	667	288	110	733	170	55	174	585	145	37
128	75	36	17	117	33	15	75	90	22	38
47	28	11	8	22	29	4	72	38	8	39
3	3	-	-	2	1	1	2	1	2	40
2 310	1 387	592	331	1 253	468	132	290	1 470	258	41
520	297	132	91	323	130	45	277	432	59	42
1 790	1 090	460	240	930	338	87	13	1 038	199	43
69	41	13	15	23	21	2	12	29	9	44
11	5	2	4	2	-	-	1	7	-	45
2	1	1	-	19	6	-	3	40	3	46
84	58	9	17	40	43	9	45	102	25	47
Zulässigkeit der Revision										
140	73	57	10	73	35	2	115	59	1	48

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Art der Erledigung, Zulässigkeit der Revision

6.1.1 Grundzahlen

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens Sachgebiet des Verfahrens Art der Erledigung Zulässigkeit der Revision	Niedersachsen				Nordrhein-	
		zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
			Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	4 861	675	2 820	1 366	12 949	3 744
	Art des Verfahrens						
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	8	-	7	1	-	-
3	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen 1)	99	16	34	49	1	-
4	Berufungen gegen ein Urteil in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung.....	16	5	3	8	22	11
5	Berufungsverfahren (ohne lfd. Nrn. 3 und 4)	4 693	651	2 751	1 291	12 879	3 722
6	Sonstige zur Zuständigkeit der Berufungsgerichts gehörende Verfahren	45	3	25	17	47	11
	Sachgebiet des Verfahrens						
	Zivilkammern						
7	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	181	22	108	51	228	63
8	Verkehrsunfallsachen	725	108	399	218	2 073	542
9	Kaufsachen	425	45	258	122	993	318
10	Arzthaftungssachen	40	7	18	15	94	25
11	Reisevertragssachen	173	1	169	3	220	105
12	Kredit/Leasingsachen	111	40	56	15	320	179
13	Nachbarschaftssachen	87	14	53	20	225	75
14	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen d. neuen Länder	-	-	-	-	-	-
15	Wohnungsmietsachen	951	133	543	275	2 445	766
16	Sonstige Mietsachen	110	18	69	23	476	104
17	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	168	18	106	44	525	128
18	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	15	-	9	6	16	5
19	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	26	5	17	4	106	18
20	Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	130	20	84	26	255	92
21	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)	199	48	121	30	891	285
22	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	2	-	2	-	9	6
23	Sonstiger Verfahrensgegenstand	1 511	195	806	510	4 022	1 018
	Handelskammern						
24	Handelsvertretersachen	-	-	-	-	1	-
25	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	2	1	-	1	10	-
26	Bausachen	1	-	-	1	1	-
27	Markensachen	-	-	-	-	-	-
28	Wettbewerbssachen	-	-	-	-	1	1
29	Sonstiger Verfahrensgegenstand	4	-	2	2	38	14
	Art der Erledigung						
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch						
30	streitiges Urteil	1 343	183	843	317	3 604	1 222
31	dar. Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	33	12	16	5	320	62
32	gerichtlichen Vergleich	505	79	291	135	1 360	315
33	Versäumnisurteil	28	6	18	4	83	23
34	Anerkenntnis- oder Verzichts Urteil	28	6	20	2	127	66
35	Beschluss nach § 91a ZPO	52	12	33	7	181	61
36	Beschluss nach § 522 Abs. 1 ZPO (Verwerfung)	194	21	109	64	555	170
37	Beschluss nach § 522 Abs. 2 ZPO (Zurückweisung)	937	126	519	292	1 938	497
38	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 44 bis 46)	102	19	49	34	282	106
39	Rücknahme der Klage oder des Antrags	34	9	19	6	94	21
40	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	-	-	-	-	11	5
41	Rücknahme der Berufung	1 530	195	868	467	4 436	1 198
42	davon: vor Eingang der Begründung	490	66	258	166	1 337	386
43	nach Eingang der Begründung	1 040	129	610	301	3 099	812
44	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	36	5	13	18	125	26
45	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	12	2	5	5	11	5
46	Verbindung mit einem anderen Verfahren	3	-	2	1	9	1
47	sonstige Erledigungsart	57	12	31	14	133	28
	Zulässigkeit der Revision						
48	Von den durch streitiges Urteil erledigten Berufungen (lfd. Nr. 30) sind mit Revision anfechtbar gewesen	102	16	54	32	267	85

1) Einschl. Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils.

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Art der Erledigung, Zulässigkeit der Revision

6.1.1 Grundzahlen

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
5 343	3 862	2 613	1 488	1 125	693	2 175	1 133	1 458	1 191	1
Art des Verfahrens										
-	-	-	-	-	5	13	-	7	-	2
1	-	-	-	-	17	2	2	1	-	3
8	3	2	2	-	1	16	6	11	7	4
5 322	3 835	2 592	1 476	1 116	668	2 135	1 114	1 417	1 165	5
12	24	19	10	9	2	9	11	22	19	6
Sachgebiet des Verfahrens										
Zivilkammern										
92	73	45	19	26	27	60	32	31	18	7
910	621	486	267	219	186	457	216	167	268	8
450	225	184	107	77	57	150	109	118	168	9
46	23	4	3	1	5	7	3	11	3	10
16	99	6	4	2	1	20	2	3	2	11
81	60	48	29	19	6	30	26	7	13	12
90	60	71	29	42	14	42	24	47	48	13
-	-	-	-	-	-	-	9	-	-	14
894	785	354	197	157	97	358	185	261	186	15
163	209	46	28	18	20	50	45	21	32	16
192	205	72	37	35	33	88	41	44	53	17
9	2	32	3	29	-	2	7	2	40	18
67	21	21	8	13	1	5	5	7	10	19
90	73	46	21	25	25	47	29	35	22	20
364	242	121	53	68	25	42	17	129	60	21
1	2	3	1	2	3	1	1	5	6	22
1 849	1 155	1 073	681	392	193	815	376	567	260	23
Handelskammern										
-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	24
10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
1	-	-	-	-	-	-	2	-	-	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
18	6	1	1	-	-	1	4	3	2	29
Art der Erledigung										
1 332	1 050	572	291	281	235	810	355	407	429	30
127	131	39	33	6	8	76	92	10	94	31
613	432	176	110	66	60	271	117	147	136	32
35	25	10	5	5	6	6	11	7	3	33
26	35	12	11	1	2	8	12	2	4	34
61	59	31	13	18	8	9	10	29	13	35
262	123	141	84	57	23	104	67	67	55	36
833	608	486	294	192	114	218	140	263	145	37
118	58	54	29	25	26	55	19	42	49	38
41	32	8	5	3	5	17	4	8	11	39
4	2	1	-	1	1	-	-	1	1	40
1 873	1 365	1 063	614	449	199	537	366	439	321	41
553	398	342	166	176	48	153	92	156	93	42
1 320	967	721	448	273	151	384	274	283	228	43
71	28	13	9	4	9	58	10	11	7	44
4	2	8	5	3	1	2	3	-	2	45
6	2	-	-	-	2	3	3	1	2	46
64	41	38	18	20	2	77	16	34	13	47
Zulässigkeit der Revision										
124	58	15	12	3	8	55	37	9	31	48

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Art der Erledigung, Zulässigkeit der Revision

6.1.2 Anteilswerte in Prozent

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens Sachgebiet des Verfahrens Art der Erledigung Zulässigkeit der Revision	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	OLG-Bezirk	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	100	100	100	100
	Art des Verfahrens				
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0,1	0,0	-	0,1
3	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen 1)	0,3	-	-	-
4	Berufungen gegen ein Urteil in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung.....	0,3	0,1	0,0	0,1
5	Berufungsverfahren (ohne lfd. Nrn. 3 und 4)	98,5	99,0	99,6	98,3
6	Sonstige zur Zuständigkeit der Berufungsgerichts gehörende Verfahren	0,8	0,9	0,3	1,5
	Sachgebiet des Verfahrens				
	Zivilkammern				
7	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	2,1	1,5	1,7	1,2
8	Verkehrsunfallsachen	17,1	12,7	13,4	11,9
9	Kaufsachen	6,8	4,9	5,5	4,3
10	Arzthaftungssachen	0,6	0,4	0,4	0,5
11	Reisevertragssachen	1,7	0,2	0,4	0,1
12	Kredit/Leasingsachen	1,9	1,9	1,4	2,6
13	Nachbarschaftssachen	2,0	2,2	2,5	1,9
14	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen d. neuen Länder	0,0	0,0	0,1	-
15	Wohnungsmietsachen	20,2	17,9	25,9	8,8
16	Sonstige Mietsachen	2,5	2,2	2,3	2,1
17	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	3,5	2,4	2,7	2,0
18	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	0,4	0,2	0,2	0,2
19	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	0,5	0,5	0,5	0,5
20	Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	2,0	1,3	1,5	1,0
21	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)	6,1	8,6	7,9	9,3
22	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	0,1	0,1	0,1	0,0
23	Sonstiger Verfahrensgegenstand	32,4	42,8	33,6	53,2
	Handelskammern				
24	Handelsvertretersachen	0,0	-	-	-
25	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	0,0	-	-	-
26	Bausachen	0,0	0,0	0,0	-
27	Markensachen	-	-	-	-
28	Wettbewerbssachen	0,0	0,0	-	0,0
29	Sonstiger Verfahrensgegenstand	0,2	0,1	-	0,2
	Art der Erledigung				
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch				
30	streitiges Urteil	28,5	30,8	38,2	22,5
	dar. (Anteil von laufende Nr. 30)				
31	Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tat- bestand und Entscheidungsgründe)	8,0	9,2	8,3	11,1
32	gerichtlichen Vergleich	12,7	18,7	16,9	20,8
33	Versäumnisurteil	0,6	0,6	0,7	0,5
34	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	0,7	0,5	0,4	0,6
35	Beschluss nach § 91a ZPO	1,4	1,4	1,4	1,3
36	Beschluss nach § 522 Abs. 1 ZPO (Verwerfung)	4,4	4,5	4,1	5,0
37	Beschluss nach § 522 Abs. 2 ZPO (Zurückweisung)	14,5	9,4	7,4	11,5
38	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 44 bis 46)	2,3	1,7	1,5	2,0
39	Rücknahme der Klage oder des Antrags	0,8	0,7	0,5	0,9
40	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	0,1	0,0	-	0,0
41	Rücknahme der Berufung	31,3	28,5	25,8	31,5
	davon (Anteil von lfd. Nr. 41)				
42	vor Eingang der Begründung	30,2	34,3	37,4	31,5
43	nach Eingang der Begründung	69,8	65,7	62,6	68,5
44	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	0,9	1,0	1,2	0,8
45	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	0,1	0,3	0,1	0,4
46	Verbindung mit einem anderen Verfahren	0,2	0,3	0,3	0,3
47	sonstige Erledigungsart	1,5	1,7	1,5	1,9
	Zulässigkeit der Revision				
48	Von den durch streitiges Urteil erledigten Berufungen (lfd. Nr. 30) sind mit Revision anfechtbar gewesen	6,8	4,5	3,5	6,4

1) Einschl. Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils.

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Art der Erledigung, Zulässigkeit der Revision

6.1.2 Anteilswerte in Prozent

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	1
Art des Verfahrens										
0,1	0,2	-	0,3	-	-	0,5	-	0,0	-	2
0,0	0,0	-	-	-	0,1	-	-	0,9	-	3
0,3	0,2	0,2	0,8	-	0,9	0,3	-	0,4	-	4
98,8	98,9	98,9	98,1	99,2	96,8	96,7	97,8	98,1	99,5	5
0,7	0,6	1,0	0,9	0,8	2,2	2,4	2,2	0,6	0,5	6
Sachgebiet des Verfahrens										
Zivilkammern										
2,6	1,8	4,2	3,5	1,3	2,2	3,3	3,2	1,0	3,1	7
21,0	20,4	22,1	21,7	20,9	10,9	19,5	21,5	14,1	16,2	8
6,3	6,2	6,1	6,9	3,5	6,5	8,4	-	6,8	6,6	9
0,5	0,5	0,4	0,4	0,9	0,6	0,8	0,2	0,4	0,2	10
1,6	2,1	0,7	0,7	0,4	0,4	1,4	-	6,5	0,7	11
2,8	2,3	4,1	2,9	0,3	1,1	2,4	0,2	2,0	1,6	12
2,2	1,8	3,3	2,4	1,0	5,6	2,2	-	0,9	2,0	13
-	-	-	-	-	0,3	-	-	-	0,6	14
18,4	20,3	14,2	17,0	38,7	19,4	14,9	26,7	21,3	9,9	15
1,5	1,0	1,9	2,5	2,5	3,7	1,6	0,1	1,9	3,6	16
4,0	4,1	4,3	3,5	2,8	2,8	4,3	4,0	2,6	2,4	17
0,3	0,3	0,2	0,4	0,3	0,4	-	-	0,2	1,5	18
0,2	0,1	0,3	0,2	0,3	0,5	0,8	-	0,3	0,1	19
2,9	2,8	3,2	2,4	1,4	1,9	1,6	-	2,3	2,2	20
7,8	9,6	5,6	3,6	5,9	3,2	6,8	7,2	6,1	2,7	21
0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	-	-	0,1	0,2	0,2	22
27,7	26,2	28,9	31,8	19,6	40,5	31,4	35,7	33,0	46,3	23
Handelskammern										
-	-	-	-	-	-	-	-	0,0	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
-	-	-	-	-	-	-	0,1	0,0	-	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
0,2	0,2	0,2	-	0,1	-	0,5	0,9	0,4	0,1	29
Art der Erledigung										
27,9	28,5	20,7	36,1	29,6	25,7	19,5	30,0	27,6	22,4	30
8,5	8,8	6,4	9,2	4,0	16,4	-	6,2	4,4	3,6	31
13,7	13,0	16,3	13,0	16,1	17,2	14,1	16,3	12,4	15,8	32
0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	1,0	0,8	1,0	0,6	0,5	33
0,6	0,6	0,8	0,5	0,7	1,1	0,3	0,9	1,2	0,3	34
1,1	1,2	1,0	1,1	1,8	0,8	1,6	2,0	1,8	1,9	35
4,7	5,1	3,5	4,7	3,2	5,0	4,6	5,2	3,8	5,3	36
14,7	15,1	17,3	9,6	15,9	10,8	14,9	11,5	13,0	16,5	37
1,8	1,7	2,2	1,5	2,5	2,1	4,1	5,0	2,0	2,5	38
0,6	0,6	0,7	0,7	0,5	1,9	1,1	4,8	0,8	0,9	39
0,0	0,1	-	-	0,0	0,1	0,3	0,1	0,0	0,2	40
31,9	31,3	35,5	29,0	27,2	29,9	35,8	19,2	32,8	29,4	41
22,5	21,4	22,3	27,5	25,8	27,8	34,1	95,5	29,4	22,9	42
77,5	78,6	77,7	72,5	74,2	72,2	65,9	4,5	70,6	77,1	43
1,0	0,9	0,8	1,3	0,5	1,3	0,5	0,8	0,6	1,0	44
0,2	0,1	0,1	0,4	0,0	-	-	0,1	0,2	-	45
0,0	0,0	0,1	-	0,4	0,4	-	0,2	0,9	0,3	46
1,2	1,3	0,5	1,5	0,9	2,7	2,4	3,0	2,3	2,8	47
Zulässigkeit der Revision										
6,9	5,8	16,5	2,4	5,3	8,7	2,8	25,4	4,8	0,5	48

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Art der Erledigung, Zulässigkeit der Revision

6.1.2 Anteilswerte in Prozent

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens Sachgebiet des Verfahrens Art der Erledigung Zulässigkeit der Revision	Niedersachsen				Nordrhein-	
		zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
			Braun- schweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	100	100	100	100	100	100
	Art des Verfahrens						
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0,2	-	0,2	0,1	-	-
3	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen 1)	2,0	2,4	1,2	3,6	0,0	-
4	Berufungen gegen ein Urteil in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung.....	0,3	0,7	0,1	0,6	0,2	0,3
5	Berufungsverfahren (ohne lfd. Nrn. 3 und 4)	96,5	96,4	97,6	94,5	99,5	99,4
6	Sonstige zur Zuständigkeit der Berufungsgerichts gehörende Verfahren	0,9	0,4	0,9	1,2	0,4	0,3
	Sachgebiet des Verfahrens						
	Zivilkammern						
7	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	3,7	3,3	3,8	3,7	1,8	1,7
8	Verkehrsunfallsachen	14,9	16,0	14,1	16,0	16,0	14,5
9	Kaufsachen	8,7	6,7	9,1	8,9	7,7	8,5
10	Arzthaftungssachen	0,8	1,0	0,6	1,1	0,7	0,7
11	Reisevertragssachen	3,6	0,1	6,0	0,2	1,7	2,8
12	Kredit/Leasingsachen	2,3	5,9	2,0	1,1	2,5	4,8
13	Nachbarschaftssachen	1,8	2,1	1,9	1,5	1,7	2,0
14	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen d. neuen Länder	-	-	-	-	-	-
15	Wohnungsmietsachen	19,6	19,7	19,3	20,1	18,9	20,5
16	Sonstige Mietsachen	2,3	2,7	2,4	1,7	3,7	2,8
17	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	3,5	2,7	3,8	3,2	4,1	3,4
18	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	0,3	-	0,3	0,4	0,1	0,1
19	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	0,5	0,7	0,6	0,3	0,8	0,5
20	Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	2,7	3,0	3,0	1,9	2,0	2,5
21	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)	4,1	7,1	4,3	2,2	6,9	7,6
22	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	0,0	-	0,1	-	0,1	0,2
23	Sonstiger Verfahrensgegenstand	31,1	28,9	28,6	37,3	31,1	27,2
	Handelskammern						
24	Handelsvertretersachen	-	-	-	-	0,0	-
25	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	0,0	0,1	-	0,1	0,1	-
26	Bausachen	0,0	-	-	0,1	0,0	-
27	Markensachen	-	-	-	-	-	-
28	Wettbewerbssachen	-	-	-	-	0,0	0,0
29	Sonstiger Verfahrensgegenstand	0,1	-	0,1	0,1	0,3	0,4
	Art der Erledigung						
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch						
30	streitiges Urteil	27,6	27,1	29,9	23,2	27,8	32,6
	dar. (Anteil von laufende Nr. 30)						
31	Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tat- bestand und Entscheidungsgründe)	2,5	6,6	1,9	1,6	8,9	5,1
32	gerichtlichen Vergleich	10,4	11,7	10,3	9,9	10,5	8,4
33	Versäumnisurteil	0,6	0,9	0,6	0,3	0,6	0,6
34	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	0,6	0,9	0,7	0,1	1,0	1,8
35	Beschluss nach § 91a ZPO	1,1	1,8	1,2	0,5	1,4	1,6
36	Beschluss nach § 522 Abs. 1 ZPO (Verwerfung)	4,0	3,1	3,9	4,7	4,3	4,5
37	Beschluss nach § 522 Abs. 2 ZPO (Zurückweisung)	19,3	18,7	18,4	21,4	15,0	13,3
38	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 44 bis 46)	2,1	2,8	1,7	2,5	2,2	2,8
39	Rücknahme der Klage oder des Antrags	0,7	1,3	0,7	0,4	0,7	0,6
40	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	-	-	-	-	0,1	0,1
41	Rücknahme der Berufung	31,5	28,9	30,8	34,2	34,3	32,0
	davon (Anteil von lfd. Nr. 41)						
42	vor Eingang der Begründung	32,0	33,8	29,7	35,5	30,1	32,2
43	nach Eingang der Begründung	68,0	66,2	70,3	64,5	69,9	67,8
44	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	0,7	0,7	0,5	1,3	1,0	0,7
45	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	0,2	0,3	0,2	0,4	0,1	0,1
46	Verbindung mit einem anderen Verfahren	0,1	-	0,1	0,1	0,1	0,0
47	sonstige Erledigungsart	1,2	1,8	1,1	1,0	1,0	0,7
	Zulässigkeit der Revision						
48	Von den durch streitiges Urteil erledigten Berufungen (lfd. Nr. 30) sind mit Revision anfechtbar gewesen	7,6	8,7	6,4	10,1	7,4	7,0

1) Einschl. Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils.

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Art der Erledigung, Zulässigkeit der Revision

6.1.2 Anteilswerte in Prozent

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	1
Art des Verfahrens										
-	-	-	-	-	0,7	0,6	-	0,5	-	2
0,0	-	-	-	-	2,5	0,1	0,2	0,1	-	3
0,1	0,1	0,1	0,1	-	0,1	0,7	0,5	0,8	0,6	4
99,6	99,3	99,2	99,2	99,2	96,4	98,2	98,3	97,2	97,8	5
0,2	0,6	0,7	0,7	0,8	0,3	0,4	1,0	1,5	1,6	6
Sachgebiet des Verfahrens										
Zivilkammern										
1,7	1,9	1,7	1,3	2,3	3,9	2,8	2,8	2,1	1,5	7
17,0	16,1	18,6	17,9	19,5	26,8	21,0	19,1	11,5	22,5	8
8,4	5,8	7,0	7,2	6,8	8,2	6,9	9,6	8,1	14,1	9
0,9	0,6	0,2	0,2	0,1	0,7	0,3	0,3	0,8	0,3	10
0,3	2,6	0,2	0,3	0,2	0,1	0,9	0,2	0,2	0,2	11
1,5	1,6	1,8	1,9	1,7	0,9	1,4	2,3	0,5	1,1	12
1,7	1,6	2,7	1,9	3,7	2,0	1,9	2,1	3,2	4,0	13
-	-	-	-	-	-	-	0,8	-	-	14
16,7	20,3	13,5	13,2	14,0	14,0	16,5	16,3	17,9	15,6	15
3,1	5,4	1,8	1,9	1,6	2,9	2,3	4,0	1,4	2,7	16
3,6	5,3	2,8	2,5	3,1	4,8	4,0	3,6	3,0	4,5	17
0,2	0,1	1,2	0,2	2,6	-	0,1	0,6	0,1	3,4	18
1,3	0,5	0,8	0,5	1,2	0,1	0,2	0,4	0,5	0,8	19
1,7	1,9	1,8	1,4	2,2	3,6	2,2	2,6	2,4	1,8	20
6,8	6,3	4,6	3,6	6,0	3,6	1,9	1,5	8,8	5,0	21
0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,4	0,0	0,1	0,3	0,5	22
34,6	29,9	41,1	45,8	34,8	27,8	37,5	33,2	38,9	21,8	23
Handelskammern										
-	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	24
0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
0,0	-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
0,3	0,2	0,0	0,1	-	-	0,0	0,4	0,2	0,2	29
Art der Erledigung										
24,9	27,2	21,9	19,6	25,0	33,9	37,2	31,3	27,9	36,0	30
9,5	12,5	6,8	11,3	2,1	3,4	9,4	25,9	2,5	21,9	31
11,5	11,2	6,7	7,4	5,9	8,7	12,5	10,3	10,1	11,4	32
0,7	0,6	0,4	0,3	0,4	0,9	0,3	1,0	0,5	0,3	33
0,5	0,9	0,5	0,7	0,1	0,3	0,4	1,1	0,1	0,3	34
1,1	1,5	1,2	0,9	1,6	1,2	0,4	0,9	2,0	1,1	35
4,9	3,2	5,4	5,6	5,1	3,3	4,8	5,9	4,6	4,6	36
15,6	15,7	18,6	19,8	17,1	16,5	10,0	12,4	18,0	12,2	37
2,2	1,5	2,1	1,9	2,2	3,8	2,5	1,7	2,9	4,1	38
0,8	0,8	0,3	0,3	0,3	0,7	0,8	0,4	0,5	0,9	39
0,1	0,1	0,0	-	0,1	0,1	-	-	0,1	0,1	40
35,1	35,3	40,7	41,3	39,9	28,7	24,7	32,3	30,1	27,0	41
29,5	29,2	32,2	27,0	39,2	24,1	28,5	25,1	35,5	29,0	42
70,5	70,8	67,8	73,0	60,8	75,9	71,5	74,9	64,5	71,0	43
1,3	0,7	0,5	0,6	0,4	1,3	2,7	0,9	0,8	0,6	44
0,1	0,1	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,3	-	0,2	45
0,1	0,1	-	-	-	0,3	0,1	0,3	0,1	0,2	46
1,2	1,1	1,5	1,2	1,8	0,3	3,5	1,4	2,3	1,1	47
Zulässigkeit der Revision										
9,3	5,5	2,6	4,1	1,1	3,4	6,8	10,4	2,2	7,2	48

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.2 Prozesserverfolg, Dauer des Verfahrens, Streitwert

Lfd. Nr.	Prozesserverfolg Dauer des Verfahrens Streitwert	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	52 932	5 195	2 753	2 442
2	dar. beendet durch streitiges Urteil	Anzahl	15 106	1 602	1 052	550
Prozesserverfolg						
Bei den durch streitiges Urteil (lfd. Nr. 2) erledigten Verfahren lauteten die Berufungsentscheidungen auf						
3	Aufhebung und Zurückverweisung	Anzahl	992	92	71	21
4	Änderung und/oder eigene Sachentscheidung	Anzahl	7 204	627	341	286
5	Volle Zurückweisung der Berufung als unbegründet	Anzahl	5 629	685	477	208
6	Verwerfung der Berufung als unzulässig	Anzahl	151	35	26	9
7	Anderweitige Entscheidung	Anzahl	1 130	163	137	26
Dauer des Verfahrens						
Dauer der erledigten Verfahren ab erstem Eingang in der ersten Instanz						
8	bis einschl. 1 Jahr	%	31,2	37,3	33,5	41,6
9	mehr als 1 bis einschl. 2 Jahre	%	47,2	44,5	45,5	43,4
10	mehr als 2 bis einschl. 3 Jahre	%	14,8	13,0	15,4	10,3
11	mehr als 3 bis einschl. 4 Jahre	%	4,5	3,3	3,7	2,8
12	mehr als 4 bis einschl. 5 Jahre	%	1,4	1,1	1,1	1,1
13	mehr als 5 Jahre	%	0,9	0,8	0,7	0,9
14	Durchschnittl. Gesamtdauer je Verfahren insgesamt	Monate	18,3	17,1	17,9	16,1
15	Durchschnittl. Gesamtdauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	21,8	20,3	21,2	18,7
Dauer der erledigten Verfahren ab Eingang in der Berufungsinstanz						
16	bis einschl. 3 Monate	%	25,8	28,0	23,0	33,7
17	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	33,6	34,7	33,6	36,0
18	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	28,9	26,6	28,1	24,9
19	mehr als 12 bis einschl. 24 Monate	%	9,8	7,9	10,4	5,0
20	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	1,5	2,6	4,4	0,5
21	mehr als 36 Monate	%	0,4	0,3	0,5	-
22	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	6,5	6,3	7,4	5,1
23	Durchschnittl. Dauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	9,5	9,3	10,5	7,0
Streitwert						
Erledigte Verfahren (lfd. Nr. 1) mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR						
24	bis 600 EUR	%	6,0	10,1	11,6	8,4
25	600 bis 1 000 EUR	%	16,4	15,4	14,4	16,5
26	1 000 bis 1 500 EUR	%	14,8	12,1	12,2	11,9
27	1 500 bis 2 000 EUR	%	11,8	11,0	10,4	11,8
28	2 000 bis 3 000 EUR	%	17,2	15,8	15,2	16,5
29	3 000 bis 4 000 EUR	%	12,7	12,5	12,8	12,2
30	4 000 bis 5 000 EUR	%	9,9	10,4	10,3	10,6
31	mehr als 5 000 EUR	%	11,2	12,7	13,1	12,2
32	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 5 000 EUR	EUR	2 142	2 108	2 079	2 140
33	Erledigte Verfahren (ohne Wohnungsmietsachen und ohne Verweisungen oder Abgaben an ein anderes Gericht) zusammen	Anzahl	42 179	4 254	2 037	2 217
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR						
34	bis 600 EUR	%	5,8	8,8	8,8	8,8
35	600 bis 1 000 EUR	%	17,5	16,8	16,2	17,3
36	1 000 bis 1 500 EUR	%	15,7	12,7	13,1	12,4
37	1 500 bis 2 000 EUR	%	12,8	12,4	12,6	12,2
38	2 000 bis 3 000 EUR	%	18,5	17,1	17,2	17,1
39	3 000 bis 4 000 EUR	%	13,2	13,0	13,6	12,4
40	4 000 bis 5 000 EUR	%	10,2	10,8	11,0	10,6
41	mehr als 5 000 EUR	%	6,3	8,4	7,6	9,2
42	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 5 000 EUR	EUR	2 137	2 132	2 144	2 120

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.2 Prozesserverfolg, Dauer des Verfahrens, Streitwert

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
7 237	4 431	1 666	1 140	4 615	1 567	369	1 509	4 488	879	1
2 021	1 265	345	411	1 367	403	72	452	1 237	197	2
Prozesserverfolg										
117	68	31	18	33	38	8	84	132	13	3
906	563	152	191	708	229	23	168	582	106	4
822	517	132	173	518	96	35	135	451	66	5
11	8	-	3	9	9	3	5	8	-	6
165	109	30	26	99	31	3	60	64	12	7
Dauer des Verfahrens										
40,4	38,5	41,1	47,0	24,3	18,8	22,5	25,2	30,2	22,5	8
43,6	44,7	45,3	36,9	51,2	47,5	45,5	50,6	47,5	41,3	9
11,1	11,8	9,3	11,0	17,7	21,8	20,3	17,0	14,6	19,1	10
3,1	3,1	2,9	3,4	5,0	7,9	7,6	4,8	5,2	9,6	11
1,0	1,1	0,9	0,9	1,2	2,2	3,0	1,3	1,7	5,6	12
0,7	0,8	0,4	0,8	0,6	1,8	1,1	1,1	0,8	1,9	13
16,4	16,8	15,7	15,7	19,4	22,5	20,9	19,3	18,6	23,0	14
19,4	20,1	19,4	17,2	22,8	26,5	25,6	21,1	22,1	27,9	15
28,6	27,0	25,0	40,1	16,7	19,5	19,0	19,6	27,5	19,2	16
36,6	34,8	37,8	41,8	28,9	22,7	33,1	31,9	35,5	20,8	17
26,3	28,7	28,3	14,2	35,4	38,0	32,0	34,0	26,0	30,9	18
7,3	8,1	7,9	3,3	16,5	17,4	14,4	11,1	7,8	21,6	19
0,8	1,0	0,6	0,4	1,9	2,0	0,8	2,3	2,6	6,0	20
0,3	0,3	0,4	0,2	0,6	0,4	0,8	1,1	0,6	1,4	21
5,8	6,1	6,0	4,4	8,1	8,2	7,5	7,7	6,5	9,8	22
8,2	8,8	9,2	5,9	11,2	11,4	12,0	10,0	9,8	14,2	23
Streitwert										
5,5	4,8	4,1	10,5	5,9	5,7	4,3	12,1	5,9	6,1	24
16,1	15,0	18,5	16,8	16,1	16,0	14,6	15,0	15,0	16,2	25
15,2	14,8	16,6	14,6	13,4	15,5	16,8	15,0	16,5	14,1	26
11,7	11,3	12,9	11,7	11,5	10,3	10,8	9,9	11,1	14,9	27
16,9	16,5	18,2	16,5	16,5	17,5	18,4	15,8	16,6	19,0	28
12,3	12,7	11,2	12,2	12,0	13,0	11,4	11,3	13,1	11,0	29
9,8	10,0	9,4	9,6	9,4	10,1	13,6	8,7	9,4	10,1	30
12,5	14,9	9,1	8,2	15,2	12,1	10,0	12,3	12,4	8,5	31
2 123	2 177	2 080	1 993	2 165	2 177	2 263	1 952	2 126	2 148	32
5 896	3 526	1 428	942	2 827	1 263	314	1 105	3 525	792	33
5,6	4,9	4,3	10,3	4,4	5,2	4,5	10,8	6,3	5,9	34
17,2	16,2	19,3	17,9	18,0	15,4	15,9	16,7	15,7	16,0	35
16,2	15,7	18,1	14,9	15,9	17,4	17,8	17,1	17,4	14,3	36
12,8	12,4	13,9	12,6	13,2	10,8	12,1	11,9	12,4	15,2	37
18,3	18,0	19,3	17,9	19,4	18,6	19,1	17,7	18,0	20,2	38
12,6	13,3	11,5	11,4	12,5	13,6	10,2	12,1	13,9	11,2	39
9,9	10,4	9,1	9,7	10,0	10,7	13,4	8,9	9,6	10,7	40
7,4	9,1	4,6	5,3	6,5	8,2	7,0	4,8	6,7	6,4	41
2 112	2 173	2 055	1 981	2 134	2 209	2 202	1 961	2 125	2 179	42

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.2 Prozesserverfolg, Dauer des Verfahrens, Streitwert

Lfd. Nr.	Prozesserverfolg Dauer des Verfahrens Streitwert	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-	
			zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
				Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	4 861	675	2 820	1 366	12 949	3 744
2	dar. beendet durch streitiges Urteil	Anzahl	1 343	183	843	317	3 604	1 222
Prozesserverfolg								
Bei den durch streitiges Urteil (lfd. Nr. 2) erledigten Verfahren lauteten die Berufungsentscheidungen auf								
3	Aufhebung und Zurückverweisung	Anzahl	137	14	89	34	182	55
4	Änderung und/oder eigene Sachentscheidung	Anzahl	685	94	412	179	1 880	568
5	Volle Zurückweisung der Berufung als unbegründet	Anzahl	468	70	310	88	1 315	499
6	Verwerfung der Berufung als unzulässig	Anzahl	15	1	7	7	26	12
7	Anderweitige Entscheidung	Anzahl	38	4	25	9	201	88
Dauer des Verfahrens								
Dauer der erledigten Verfahren ab erstem Eingang in der ersten Instanz								
8	bis einschl. 1 Jahr	%	39,4	32,4	39,6	42,5	30,3	25,6
9	mehr als 1 bis einschl. 2 Jahre	%	45,3	44,6	46,3	43,6	48,6	49,9
10	mehr als 2 bis einschl. 3 Jahre	%	10,8	14,8	9,8	11,1	14,9	17,1
11	mehr als 3 bis einschl. 4 Jahre	%	3,1	6,1	3,1	1,8	4,2	5,3
12	mehr als 4 bis einschl. 5 Jahre	%	0,8	1,9	0,5	0,8	1,3	1,3
13	mehr als 5 Jahre	%	0,5	0,1	0,7	0,1	0,8	0,7
14	Durchschnittl. Gesamtdauer je Verfahren insgesamt	Monate	16,3	18,2	16,3	15,4	18,3	19,2
15	Durchschnittl. Gesamtdauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	19,1	21,8	18,6	19,1	22,2	23,3
Dauer der erledigten Verfahren ab Eingang in der Berufungsinstanz								
16	bis einschl. 3 Monate	%	31,2	23,9	31,1	35,0	26,1	23,1
17	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	39,0	31,9	42,1	36,2	35,1	30,5
18	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	22,0	27,1	21,3	20,6	29,3	36,2
19	mehr als 12 bis einschl. 24 Monate	%	6,8	13,5	4,8	7,7	8,1	8,7
20	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	0,9	3,4	0,5	0,5	1,0	1,1
21	mehr als 36 Monate	%	0,1	0,3	0,2	-	0,3	0,4
22	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	5,5	7,4	5,1	5,3	6,2	6,7
23	Durchschnittl. Dauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	8,0	10,5	7,3	8,5	9,3	9,9
Streitwert								
Erledigte Verfahren (lfd. Nr. 1) mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR								
24	bis 600 EUR	%	4,3	4,0	4,4	4,2	4,5	4,8
25	600 bis 1 000 EUR	%	17,5	16,7	17,7	17,6	16,3	16,2
26	1 000 bis 1 500 EUR	%	16,2	14,1	16,7	16,0	14,4	15,4
27	1 500 bis 2 000 EUR	%	12,0	12,9	11,7	12,2	12,2	12,2
28	2 000 bis 3 000 EUR	%	18,4	19,4	18,1	18,4	17,9	18,0
29	3 000 bis 4 000 EUR	%	12,5	13,2	12,6	12,1	13,2	12,1
30	4 000 bis 5 000 EUR	%	9,5	9,9	9,4	9,6	10,4	9,7
31	mehr als 5 000 EUR	%	9,5	9,8	9,3	9,8	11,2	11,5
32	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 5 000 EUR	EUR	2 166	2 314	2 129	2 171	2 200	2 148
33	Erledigte Verfahren (ohne Wohnungsmietsachen und ohne Verweisungen oder Abgaben an ein anderes Gericht) zusammen	Anzahl	3 900	540	2 272	1 088	10 495	2 974
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR								
34	bis 600 EUR	%	4,7	4,4	4,8	4,6	4,6	5,2
35	600 bis 1 000 EUR	%	19,1	18,3	19,8	17,9	17,3	17,0
36	1 000 bis 1 500 EUR	%	16,9	15,2	17,6	16,4	15,1	16,6
37	1 500 bis 2 000 EUR	%	12,7	13,1	12,3	13,5	13,2	13,4
38	2 000 bis 3 000 EUR	%	19,4	20,2	18,8	20,3	19,0	19,1
39	3 000 bis 4 000 EUR	%	13,0	13,5	13,0	12,7	13,7	12,5
40	4 000 bis 5 000 EUR	%	9,5	10,4	9,1	9,9	10,6	9,9
41	mehr als 5 000 EUR	%	4,6	4,8	4,5	4,7	6,5	6,2
42	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 5 000 EUR	EUR	2 137	2 276	2 084	2 177	2 190	2 131

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.2 Prozesserverfolg, Dauer des Verfahrens, Streitwert

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
5 343	3 862	2 613	1 488	1 125	693	2 175	1 133	1 458	1 191	1
1 332	1 050	572	291	281	235	810	355	407	429	2
Prozesserverfolg										
64	63	32	19	13	29	47	15	14	19	3
744	568	267	140	127	139	324	195	185	180	4
451	365	237	110	127	51	221	136	188	205	5
7	7	10	6	4	1	4	-	2	13	6
66	47	26	16	10	15	214	9	18	12	7
Dauer des Verfahrens										
34,2	29,3	36,7	40,3	31,9	26,4	21,5	27,3	22,8	12,9	8
46,2	50,7	47,2	43,5	52,1	41,7	49,9	50,0	49,7	49,0	9
13,8	14,1	11,1	11,2	11,1	20,9	18,3	16,6	19,7	23,2	10
3,7	3,8	3,6	3,6	3,6	6,8	6,9	4,8	5,5	9,7	11
1,3	1,3	0,9	1,1	0,7	2,3	1,8	0,8	1,2	3,7	12
0,8	0,9	0,4	0,3	0,6	1,9	1,7	0,5	1,1	1,5	13
17,7	18,2	16,6	16,4	16,9	20,9	20,9	18,7	20,2	23,6	14
21,1	22,5	20,1	20,0	20,1	21,5	24,8	21,6	24,2	26,8	15
29,2	24,8	35,6	40,1	29,5	20,1	21,4	28,7	20,6	17,5	16
38,5	35,0	33,8	34,7	32,4	34,6	28,0	41,7	22,6	25,2	17
24,5	29,2	25,4	19,0	33,8	27,0	35,4	23,0	35,0	40,2	18
7,0	9,2	5,0	5,6	4,2	16,7	13,0	5,5	20,7	15,1	19
0,7	1,3	0,3	0,4	0,1	1,2	1,6	1,0	0,8	1,7	20
0,1	0,5	0,1	0,1	-	0,4	0,6	0,2	0,2	0,3	21
5,6	6,5	5,0	4,8	5,3	7,2	7,4	5,5	8,0	8,0	22
8,2	10,0	7,9	8,2	7,7	7,8	10,4	8,1	11,9	10,9	23
Streitwert										
4,8	3,6	4,9	5,8	3,6	6,8	7,6	7,1	5,2	7,3	24
17,6	14,6	20,7	16,3	26,5	12,6	18,3	18,0	17,4	15,2	25
13,9	14,3	15,0	16,9	12,5	13,9	15,3	16,6	14,7	17,1	26
12,3	11,9	11,3	12,4	9,7	13,9	12,4	13,5	12,3	13,4	27
17,5	18,2	16,0	16,0	16,1	22,8	18,0	15,9	17,9	17,0	28
13,4	13,8	13,7	13,6	13,8	13,3	13,1	11,8	11,9	13,3	29
10,5	11,0	10,1	10,5	9,6	10,5	9,2	10,2	8,9	10,2	30
10,0	12,7	8,3	8,4	8,2	6,3	6,1	6,8	11,5	6,5	31
2 191	2 264	2 120	2 138	2 097	2 204	2 054	2 052	2 106	2 094	32
4 445	3 076	2 251	1 286	965	595	1 816	946	1 197	1 003	33
4,8	3,6	5,1	6,2	3,6	7,1	7,3	7,1	5,3	7,6	34
18,8	15,4	21,4	16,8	27,6	13,4	19,2	18,1	18,4	15,5	35
14,1	15,2	15,4	17,2	13,1	15,1	15,7	16,5	14,5	17,0	36
13,2	12,9	12,2	13,7	10,3	13,8	13,5	14,0	13,1	13,5	37
18,6	19,6	16,6	16,6	16,6	23,2	18,1	16,6	18,4	18,2	38
13,7	15,0	14,6	14,2	15,1	13,4	13,1	12,9	12,6	14,2	39
10,7	11,2	10,1	10,7	9,2	10,8	9,5	11,0	9,1	10,6	40
6,2	7,2	4,6	4,6	4,6	3,2	3,6	3,9	8,6	3,5	41
2 182	2 257	2 114	2 134	2 087	2 180	2 050	2 093	2 108	2 118	42

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.3 Prozesskostenhilfe, Sitz der Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer), Prozesserfolg

Lfd. Nr.	Prozesskostenhilfe Sitz der Parteien Termine Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer) Prozesserfolg	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	52 932	5 195	2 753	2 442
Prozesskostenhilfe						
2	Prozesskostenhilfeentscheidungen zusammen	Anzahl	4 007	346	196	150
Prozesskostenhilfe ist bewilligt worden						
3	nur dem Berufungskläger	Anzahl	901	86	43	43
4	darunter mit Ratenzahlung	%	6,0	10,5	11,6	9,3
5	nur dem Berufungsbeklagten	Anzahl	1 469	179	108	71
6	darunter mit Ratenzahlung	%	5,9	4,5	3,7	5,6
7	beiden Parteien	Anzahl	78	3	1	2
8	darunter mit Ratenzahlung für mindestens eine Partei	Anzahl	11	2	1	1
9	davon: nur für den Berufungskläger	%	36,4	50,0	100,0	-
10	nur für den Berufungsbeklagten	%	54,5	50,0	-	100,0
11	für beide Parteien	%	9,1	-	-	-
Prozesskostenhilfe ist abgelehnt worden						
12	nur dem Berufungskläger	Anzahl	1 273	61	35	26
13	nur dem Berufungsbeklagten	Anzahl	174	14	8	6
14	beiden Parteien	Anzahl	17	-	-	-
15	Bewilligte Prozesskostenhilfe	Anzahl	2 526	271	153	118
16	ohne Ratenzahlung	Anzahl	2 373	252	143	109
17	mit Ratenzahlung	Anzahl	153	19	10	9
18	Abgelehnte Prozesskostenhilfe	Anzahl	1 481	75	43	32
Sitz der Parteien						
19	Zahl der Berufungskläger 1)	Anzahl	52 980	5 200	2 757	2 443
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im						
20	Inland	%	98,9	98,9	98,9	98,9
21	EU-Ausland	%	0,6	0,5	0,4	0,6
22	sonstigen Ausland	%	0,5	0,6	0,7	0,5
23	Zahl der Berufungsbeklagten 1)	Anzahl	53 025	5 201	2 756	2 445
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im						
24	Inland	%	98,9	99,0	99,1	98,9
25	EU-Ausland	%	0,8	0,4	0,3	0,5
26	sonstigen Ausland	%	0,3	0,5	0,5	0,5
Termine ²⁾						
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) waren						
27	ohne Termin	%	55,7	48,9	45,6	52,5
28	mit Termin ohne Beweistermin	%	40,3	48,3	51,8	44,4
29	mit Beweistermin	%	4,0	2,8	2,6	3,1
Durchschnittliche Zahl der Termine						
30	je erledigtes Verfahren mit Termin (lfd. Nrn. 22 und 23)	Anzahl	1,1	1,1	1,1	1,1
31	je erledigtes Verfahren mit Beweistermin	Anzahl	1,6	1,7	1,7	1,6
32	Gesamtzahl der Termine	Anzahl	26 643	2 905	1 638	1 267
33	ohne Beweisaufnahme	%	91,0	94,5	95,4	93,4
34	mit Beweisaufnahme	%	9,0	5,5	4,6	6,6
Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)						
35	Vor den Zivilkammern erledigte Verfahren zusammen	Anzahl	52 799	5 187	2 752	2 435
Davon sind im Zeitpunkt der Erledigung anhängig gewesen						
36	bei dem Einzelrichter	Anzahl	7 382	679	516	163
37	zur Vorbereitung der Entscheidung zugewiesen (§ 527 Abs. 3, 4 ZPO)	%	5,1	4,9	5,6	2,5
38	zur Entscheidung übertragen (526 Abs. 1 ZPO)	%	94,9	95,1	94,4	97,5
39	bei der Kammer	Anzahl	45 417	4 508	2 236	2 272
40	nach Vorbereitung durch den Einzelrichter (§ 527 Abs. 1, 2 ZPO)	%	5,5	0,7	0,2	1,2
41	nach Übernahme vom Einzelrichter (§ 526 Abs. 2 ZPO)	%	0,9	1,4	1,6	1,3
42	ohne dass das Verfahren vorher dem Einzelrichter zugewiesen war	%	93,6	97,8	98,2	97,5
Prozesserfolg						
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet						
43	mit Kostenentscheidung zusammen	Anzahl	46 727	4 588	2 479	2 109
Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen						
44	der Berufungskläger (Antragsteller) ganz	Anzahl	33 906	3 127	1 696	1 431
45	der Berufungskläger (Antragsteller) überwiegend	Anzahl	3 253	416	250	166
46	jede Partei zur Hälfte	Anzahl	1 932	328	182	146
47	der Berufungsbeklagte (Antragsgegner) überwiegend	Anzahl	2 327	240	123	117
48	der Berufungsbeklagte (Antragsgegner) ganz	Anzahl	4 552	433	198	235
49	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	Anzahl	757	44	30	14

1) Mehrere Kläger / Beklagte derselben Art sind je Verfahren nur einmal gezählt.

2) Ohne Verkündungstermin.

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.3 Prozesskostenhilfe, Sitz der Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer), Prozesserfolg

Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
7 237	4 431	1 666	1 140	4 615	1 567	369	1 509	4 488	879	1
Prozesskostenhilfe										
372	206	102	64	287	103	19	79	393	84	2
90	49	25	16	65	23	2	22	80	21	3
7,8	6,1	12,0	6,3	10,8	-	-	4,5	2,5	4,8	4
127	76	30	21	118	34	4	37	141	29	5
6,3	3,9	3,3	19,0	7,6	2,9	-	-	5,7	10,3	6
3	2	1	-	6	1	1	-	5	3	7
1	-	1	-	1	-	-	-	1	-	8
100,0	-	100,0	-	100,0	-	-	-	-	-	9
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10
-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	11
136	69	42	25	89	34	3	20	116	19	12
13	8	3	2	3	10	8	-	36	9	13
-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	14
223	129	57	37	195	59	8	59	231	56	15
207	123	52	32	178	58	8	58	219	52	16
16	6	5	5	17	1	-	1	12	4	17
149	77	45	27	92	44	11	20	162	28	18
Sitz der Parteien										
7 250	4 442	1 667	1 141	4 620	1 567	369	1 510	4 490	880	19
98,4	98,1	98,9	98,6	98,5	99,9	100,0	98,8	99,5	99,2	20
1,0	1,3	0,6	0,9	1,0	0,1	-	0,7	0,3	0,3	21
0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	-	-	0,5	0,2	0,5	22
7 252	4 444	1 667	1 141	4 624	1 567	369	1 511	4 488	879	23
98,7	98,4	99,2	99,2	98,3	99,8	100,0	97,7	99,4	99,3	24
0,9	1,0	0,7	0,7	1,2	0,1	-	1,3	0,4	0,3	25
0,4	0,5	0,2	0,1	0,5	0,1	-	1,0	0,1	0,3	26
Termine ²⁾										
56,8	55,5	66,1	48,4	52,3	52,6	66,7	47,8	56,4	63,0	27
38,4	39,8	28,8	46,9	44,9	43,7	29,5	52,0	38,9	35,5	28
4,8	4,6	5,1	4,6	2,8	3,7	3,8	0,2	4,7	1,5	29
1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	30
1,4	1,5	1,4	1,4	2,1	1,8	1,5	2,3	1,7	1,5	31
3 520	2 236	632	652	2 645	834	132	913	2 270	376	32
89,4	89,8	85,9	91,3	94,1	92,1	88,6	99,6	88,5	96,3	33
10,6	10,2	14,1	8,7	5,9	7,9	11,4	0,4	11,5	3,7	34
Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)										
7 224	4 422	1 662	1 140	4 611	1 567	367	1 495	4 468	878	35
575	315	145	115	1 886	184	23	316	1 125	121	36
3,5	2,9	4,1	4,3	-	4,3	26,1	17,4	6,9	4,1	37
96,5	97,1	95,9	95,7	100,0	95,7	73,9	82,6	93,1	95,9	38
6 649	4 107	1 517	1 025	2 725	1 383	344	1 179	3 343	757	39
0,0	0,0	-	0,2	-	29,7	20,1	0,6	32,7	-	40
0,9	1,1	0,5	0,6	-	3,3	0,3	3,5	0,5	5,2	41
99,1	98,9	99,5	99,2	100,0	67,0	79,7	95,9	66,8	94,8	42
Prozesserfolg										
6 052	3 741	1 356	955	3 697	1 342	366	1 414	4 078	787	43
4 680	2 929	1 068	683	2 764	928	220	899	2 892	547	44
370	200	86	84	213	108	17	99	309	58	45
98	75	14	9	96	84	8	100	193	76	46
229	139	46	44	163	80	42	99	230	36	47
610	362	134	114	453	120	16	183	399	68	48
65	36	8	21	8	22	63	34	55	2	49

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.3 Prozesskostenhilfe, Sitz der Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer), Prozesserfolg

Lfd. Nr.	Prozesskostenhilfe Sitz der Parteien Termine Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer) Prozesserfolg	Einheit	Niedersachsen			Nordrhein-		
			zusammen	OLG-Bezirk		zusammen	OLG-	
				Braunschweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	4 861	675	2 820	1 366	12 949	3 744
Prozesskostenhilfe								
2	Prozesskostenhilfeentscheidungen zusammen	Anzahl	528	86	283	159	1 026	276
Prozesskostenhilfe ist bewilligt worden								
3	nur dem Berufungskläger	Anzahl	100	15	57	28	235	61
4	darunter mit Ratenzahlung	%	7,0	6,7	8,8	3,6	5,5	3,3
5	nur dem Berufungsbeklagten	Anzahl	167	34	92	41	353	108
6	darunter mit Ratenzahlung	%	7,2	5,9	6,5	9,8	5,1	5,6
7	beiden Parteien	Anzahl	11	2	6	3	26	4
8	darunter mit Ratenzahlung für mindestens eine Partei	Anzahl	2	1	1	-	1	-
9	davon: nur für den Berufungskläger	%	50,0	100,0	-	-	-	-
10	nur für den Berufungsbeklagten	%	50,0	-	100,0	-	100,0	-
11	für beide Parteien	%	-	-	-	-	-	-
Prozesskostenhilfe ist abgelehnt worden								
12	nur dem Berufungskläger	Anzahl	182	27	88	67	356	89
13	nur dem Berufungsbeklagten	Anzahl	49	4	30	15	16	4
14	beiden Parteien	Anzahl	4	1	2	1	7	3
15	Bewilligte Prozesskostenhilfe	Anzahl	289	53	161	75	640	177
16	ohne Ratenzahlung	Anzahl	268	49	149	70	608	169
17	mit Ratenzahlung	Anzahl	21	4	12	5	32	8
18	Abgelehnte Prozesskostenhilfe	Anzahl	239	33	122	84	386	99
Sitz der Parteien								
19	Zahl der Berufungskläger 1)	Anzahl	4 862	676	2 820	1 366	12 957	3 746
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im								
20	Inland	%	99,6	99,7	99,7	99,4	98,7	98,8
21	EU-Ausland	%	0,3	0,3	0,2	0,5	0,7	0,6
22	sonstigen Ausland	%	0,1	-	0,1	0,1	0,6	0,6
23	Zahl der Berufungsbeklagten 1)	Anzahl	4 862	675	2 820	1 367	12 974	3 755
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im								
24	Inland	%	99,5	99,4	99,6	99,4	98,9	98,5
25	EU-Ausland	%	0,3	0,4	0,3	0,3	0,9	1,3
26	sonstigen Ausland	%	0,1	0,1	0,1	0,3	0,2	0,2
Termine ²⁾								
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) waren								
27	ohne Termin	%	62,9	62,7	60,5	68,2	56,2	52,8
28	mit Termin ohne Beweistermin	%	29,8	29,5	32,8	23,6	40,9	44,0
29	mit Beweistermin	%	7,3	7,9	6,7	8,2	3,0	3,2
Durchschnittliche Zahl der Termine								
30	je erledigtes Verfahren mit Termin (lfd. Nrn. 22 und 23) ...	Anzahl	1,1	1,2	1,1	1,1	1,1	1,2
31	je erledigtes Verfahren mit Beweistermin	Anzahl	1,3	1,5	1,3	1,4	1,8	1,9
32	Gesamtzahl der Termine	Anzahl	2 010	292	1 222	496	6 368	2 026
33	ohne Beweisaufnahme	%	80,9	78,4	83,3	76,4	93,3	93,1
34	mit Beweisaufnahme	%	19,1	21,6	16,7	23,6	6,7	6,9
Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)								
35	Vor den Zivilkammern erledigte Verfahren zusammen	Anzahl	4 854	674	2 818	1 362	12 898	3 729
Davon sind im Zeitpunkt der Erledigung anhängig gewesen								
36	bei dem Einzelrichter	Anzahl	421	94	233	94	203	75
37	zur Vorbereitung der Entscheidung zugewiesen (§ 527 Abs. 3, 4 ZPO)	%	15,4	12,8	16,3	16,0	13,8	8,0
38	zur Entscheidung übertragen (§ 526 Abs. 1 ZPO)	%	84,6	87,2	83,7	84,0	86,2	92,0
39	bei der Kammer	Anzahl	4 433	580	2 585	1 268	12 695	3 654
40	nach Vorbereitung durch den Einzelrichter (§ 527 Abs. 1, 2 ZPO)	%	9,3	13,3	6,3	13,6	2,0	2,6
41	nach Übernahme vom Einzelrichter (§ 526 Abs. 2 ZPO) ..	%	0,3	0,5	0,3	0,2	0,4	0,6
42	ohne dass das Verfahren vorher dem Einzelrichter zugewiesen war	%	90,3	86,2	93,3	86,1	97,7	96,8
Prozesserfolg								
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet								
43	mit Kostenentscheidung zusammen	Anzahl	4 422	650	2 591	1 181	11 815	3 507
Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen								
44	der Berufungskläger (Antragsteller) ganz	Anzahl	3 234	446	1 882	906	8 530	2 464
45	der Berufungskläger (Antragsteller) überwiegend	Anzahl	296	51	191	54	837	254
46	jede Partei zur Hälfte	Anzahl	187	49	105	33	463	132
47	der Berufungsbeklagte (Antragsgegner) überwiegend	Anzahl	226	36	131	59	621	181
48	der Berufungsbeklagte (Antragsgegner) ganz	Anzahl	410	61	236	113	1 107	404
49	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	Anzahl	69	7	46	16	257	72

1) Mehrere Kläger / Beklagte derselben Art sind je Verfahren nur einmal gezählt.

2) Ohne Verkündungstermin.

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.3 Prozesskostenhilfe, Sitz der Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer), Prozesserfolg

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
5 343	3 862	2 613	1 488	1 125	693	2 175	1 133	1 458	1 191	1
Prozesskostenhilfe										
473	277	133	51	82	78	229	113	120	97	2
111	63	28	17	11	17	61	29	24	18	3
7,2	4,8	7,1	5,9	9,1	-	3,3	3,4	4,2	5,6	4
157	88	48	17	31	27	89	39	42	35	5
7,0	1,1	8,3	11,8	6,5	7,4	9,0	2,6	4,8	8,6	6
13	9	-	-	-	2	11	1	2	3	7
1	-	-	-	-	-	1	-	-	2	8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
100,0	-	-	-	-	-	100,0	-	-	100,0	10
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11
171	96	52	16	36	30	52	39	49	35	12
6	6	5	1	4	-	3	4	1	3	13
1	3	-	-	-	-	1	-	-	-	14
294	169	76	34	42	48	172	70	70	59	15
274	165	70	31	39	46	161	68	67	53	16
20	4	6	3	3	2	11	2	3	6	17
179	108	57	17	40	30	57	43	50	38	18
Sitz der Parteien										
5 346	3 865	2 616	1 488	1 128	693	2 181	1 133	1 458	1 194	19
98,8	98,6	98,5	99,2	97,6	98,1	98,1	99,7	99,5	98,9	20
0,6	0,9	0,6	0,5	0,8	1,7	1,0	0,3	0,4	0,3	21
0,6	0,5	0,9	0,3	1,6	0,1	0,9	-	0,1	0,8	22
5 351	3 868	2 627	1 497	1 130	694	2 185	1 133	1 458	1 201	23
99,2	98,7	98,7	98,4	99,0	98,3	98,1	99,9	99,0	98,3	24
0,6	1,1	0,9	1,2	0,4	1,2	1,1	-	0,9	1,1	25
0,2	0,3	0,5	0,4	0,5	0,6	0,7	0,1	0,1	0,7	26
Termine ²⁾										
59,0	55,6	68,9	73,0	63,5	53,8	46,3	56,3	60,8	42,8	27
38,0	41,7	29,4	25,1	35,1	40,0	44,6	34,4	36,4	54,2	28
3,0	2,6	1,7	1,9	1,4	6,2	9,1	9,3	2,8	3,0	29
1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,3	1,2	1,0	1,2	30
1,4	2,1	1,4	1,4	1,4	1,3	1,9	1,6	1,3	2,0	31
2 408	1 934	882	440	442	346	1 465	599	593	785	32
92,9	94,0	94,6	93,0	96,2	85,5	85,0	79,3	92,6	94,8	33
7,1	6,0	5,4	7,0	3,8	14,5	15,0	20,7	7,4	5,2	34
Zuständigkeit (Einzelrichter / Kammer)										
5 314	3 855	2 612	1 487	1 125	693	2 174	1 127	1 455	1 189	35
84	44	36	28	8	10	1 082	444	95	182	36
9,5	31,8	16,7	21,4	-	30,0	3,6	2,9	1,1	8,8	37
90,5	68,2	83,3	78,6	100,0	70,0	96,4	97,1	98,9	91,2	38
5 230	3 811	2 576	1 459	1 117	683	1 092	683	1 360	1 007	39
2,1	1,2	-	-	-	1,0	0,2	26,1	2,9	0,5	40
0,2	0,3	0,3	0,5	0,1	0,6	4,9	0,4	1,1	0,5	41
97,7	98,5	99,7	99,5	99,9	98,4	95,0	73,5	96,0	99,0	42
Prozesserfolg										
4 765	3 543	2 290	1 335	955	580	1 806	1 060	1 374	1 056	43
3 524	2 542	1 873	1 105	768	420	1 273	756	996	767	44
340	243	114	62	52	45	120	69	103	79	45
177	154	41	16	25	4	60	61	92	41	46
241	199	69	42	27	32	77	55	76	52	47
404	299	175	100	75	69	221	112	97	79	48
79	106	18	10	8	10	55	7	10	38	49

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.4 Verweisung vor den Güterichter, Dauer des Verfahrens

Lfd. Nr.	Verweisung vor den Güterichter Dauer des Verfahrens	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	52 932	5 195	2 753	2 442
	darunter					
2	Erledigte Verfahren durch gerichtlichen Vergleich	Anzahl	6 744	972	465	507
	darunter					
3	nach vollständiger Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	63	8	8	-
4	ohne Konfliktbeilegung oder ohne vollständige Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	6 681	964	457	507
Verweisung vor den Güterichter						
In den erledigten Verfahren (lfd.Nr. 1) haben die Beteiligten den Konflikt vor dem Güterichter						
5	vollständig beigelegt	Anzahl	79	8	8	-
6	teilweise beigelegt	Anzahl	2	-	-	-
7	nicht beigelegt	Anzahl	102	-	-	-
8	Eine Verweisung vor den Güterichter hat nicht stattgefunden	Anzahl	52 749	5 187	2 745	2 442
Dauer des Verfahrens						
Von den erledigten Verfahren, in denen k e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nr. 8) stattgefunden hat waren anhängig						
9	bis einschl. 3 Monate	%	25,8	28,0	23,0	33,7
10	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	33,7	34,7	33,6	36,0
11	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	28,9	26,5	27,9	24,9
12	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	7,6	6,3	8,1	4,4
13	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	2,2	1,5	2,4	0,5
14	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	1,5	2,6	4,4	0,5
15	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	0,3	0,2	0,3	-
16	mehr als 48 Monate	%	0,1	0,1	0,3	-
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	6,5	6,3	7,4	5,1
Von den erledigten Verfahren, in denen e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nrn. 5 bis 7) stattgefunden hat waren anhängig						
18	bis einschl. 3 Monate	%	9,3	12,5	12,5	-
19	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	20,8	12,5	12,5	-
20	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	42,1	75,0	75,0	-
21	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	15,8	-	-	-
22	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	7,7	-	-	-
23	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	2,2	-	-	-
24	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	1,6	-	-	-
25	mehr als 48 Monate	%	0,5	-	-	-
26	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	10,2	7,9	7,9	-

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.4 Verweisung vor den Güterichter, Dauer des Verfahrens

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Dauer des Verfahrens										
7 237	4 431	1 666	1 140	4 615	1 567	369	1 509	4 488	879	1
993	574	271	148	744	270	52	246	556	139	2
7	2	-	5	14	1	-	2	-	5	3
986	572	271	143	730	269	52	244	556	134	4
Verweisung vor den Güterichter										
8	2	-	6	20	1	-	2	-	5	5
-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	6
7	4	-	3	21	3	-	-	-	17	7
7 222	4 425	1 666	1 131	4 573	1 562	369	1 507	4 488	857	8
Dauer des Verfahrens										
28,7	27,1	25,0	40,4	16,8	19,4	19,0	19,6	27,5	19,3	9
36,6	34,8	37,8	41,7	29,0	22,7	33,1	31,9	35,5	21,2	10
26,3	28,7	28,3	14,2	35,4	38,0	32,0	34,0	26,0	30,6	11
5,5	6,1	6,1	2,1	13,1	14,3	10,3	8,1	5,7	15,9	12
1,8	2,0	1,8	1,0	3,3	3,1	4,1	2,9	2,2	5,7	13
0,8	1,0	0,6	0,4	1,9	2,0	0,8	2,3	2,6	6,2	14
0,3	0,3	0,4	0,2	0,5	0,3	0,5	0,7	0,4	1,1	15
0,0	0,0	-	-	0,1	0,2	0,3	0,4	0,2	0,1	16
5,8	6,1	6,0	4,3	8,0	8,2	7,5	7,7	6,5	9,7	17
-	-	-	-	4,8	40,0	-	-	-	18,2	18
40,0	16,7	-	55,6	21,4	-	-	-	-	4,5	19
33,3	66,7	-	11,1	40,5	40,0	-	50,0	-	45,5	20
6,7	-	-	11,1	21,4	20,0	-	50,0	-	-	21
13,3	-	-	22,2	9,5	-	-	-	-	22,7	22
6,7	16,7	-	-	-	-	-	-	-	-	23
-	-	-	-	2,4	-	-	-	-	4,5	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,5	25
10,7	11,8	-	9,9	10,6	8,1	-	11,0	-	13,9	26

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.4 Verweisung vor den Güterichter, Dauer des Verfahrens

Lfd. Nr.	Verweisung vor den Güterichter Dauer des Verfahrens	Einheit	Niedersachsen			Nordrhein-		
			zusammen	OLG-Bezirk		zusammen	OLG-	
				Braun- schweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
Dauer des Verfahrens								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	4 861	675	2 820	1 366	12 949	3 744
	darunter							
2	Erledigte Verfahren durch gerichtlichen Vergleich	Anzahl	505	79	291	135	1 360	315
	darunter							
3	nach vollständiger Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	10	3	6	1	7	3
4	ohne Konfliktbeilegung oder ohne vollständige Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	495	76	285	134	1 353	312
Verweisung vor den Güterichter								
In den erledigten Verfahren (lfd.Nr. 1) haben die Beteiligten den Konflikt vor dem Güterichter								
5	vollständig beigelegt	Anzahl	10	3	6	1	12	7
6	teilweise beigelegt	Anzahl	-	-	-	-	-	-
7	nicht beigelegt	Anzahl	18	1	14	3	25	7
8	Eine Verweisung vor den Güterichter hat nicht stattgefunden ...	Anzahl	4 833	671	2 800	1 362	12 912	3 730
Dauer des Verfahrens								
Von den erledigten Verfahren, in denen k e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nr. 8) stattgefunden hat waren anhängig								
9	bis einschl. 3 Monate	%	31,3	24,0	31,3	35,1	26,1	23,1
10	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	39,2	32,0	42,4	36,2	35,1	30,4
11	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	21,8	27,0	21,1	20,6	29,3	36,3
12	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	4,7	8,0	3,5	5,6	6,5	6,7
13	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	1,9	5,2	1,0	2,1	1,6	2,0
14	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	0,9	3,4	0,5	0,5	1,0	1,1
15	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	0,1	0,3	0,0	-	0,2	0,2
16	mehr als 48 Monate	%	0,1	-	0,1	-	0,1	0,2
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	5,4	7,4	5,0	5,3	6,2	6,7
Von den erledigten Verfahren, in denen e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nrn. 5 bis 7) stattgefunden hat waren anhängig								
18	bis einschl. 3 Monate	%	-	-	-	-	18,9	14,3
19	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	7,1	-	5,0	25,0	43,2	64,3
20	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	50,0	50,0	50,0	50,0	27,0	14,3
21	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	42,9	50,0	45,0	25,0	5,4	-
22	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	-	-	-	-	2,7	-
23	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	-	-	-	-	2,7	7,1
24	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	-	-	-	-	-	-
25	mehr als 48 Monate	%	-	-	-	-	-	-
26	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	10,9	11,5	11,1	9,5	6,6	6,6

6 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

6.4 Verweisung vor den Güterichter, Dauer des Verfahrens

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						

Dauer des Verfahrens

5 343	3 862	2 613	1 488	1 125	693	2 175	1 133	1 458	1 191	1
613	432	176	110	66	60	271	117	147	136	2
4	-	-	-	-	-	1	3	2	3	3
609	432	176	110	66	60	270	114	145	133	4

Verweisung vor den Güterichter

5	-	1	1	-	-	1	3	3	5	5
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6
10	8	-	-	-	-	1	2	7	1	7
5 328	3 854	2 612	1 487	1 125	693	2 173	1 128	1 448	1 185	8

Dauer des Verfahrens

29,2	24,8	35,6	40,1	29,5	20,1	21,4	28,8	20,7	17,6	9
38,5	35,0	33,7	34,7	32,4	34,6	27,9	41,8	22,8	25,3	10
24,5	29,2	25,4	19,0	33,8	27,0	35,4	22,9	34,9	40,1	11
5,6	7,6	3,7	3,7	3,6	12,6	10,4	4,0	16,6	12,0	12
1,3	1,6	1,3	1,9	0,5	4,2	2,6	1,4	4,1	3,1	13
0,7	1,3	0,3	0,4	0,1	1,2	1,6	1,0	0,6	1,7	14
0,0	0,4	0,1	0,1	-	0,4	0,4	0,1	-	0,1	15
0,1	0,1	-	-	-	-	0,3	0,1	0,2	0,1	16
5,6	6,5	5,0	4,8	5,3	7,2	7,4	5,4	7,9	7,9	17
20,0	25,0	-	-	-	-	-	-	10,0	-	18
40,0	12,5	100,0	100,0	-	-	50,0	20,0	-	-	19
26,7	50,0	-	-	-	-	-	60,0	50,0	66,7	20
13,3	-	-	-	-	-	50,0	-	20,0	-	21
-	12,5	-	-	-	-	-	20,0	-	16,7	22
-	-	-	-	-	-	-	-	20,0	-	23
-	-	-	-	-	-	-	-	-	16,7	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
6,1	7,6	5,0	5,0	-	-	8,7	9,1	11,8	16,0	26

7 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Oberlandesgericht ^{*)}

7.1 Geschäftsentwicklung 2002 bis 2015

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Einheit	Deutschland				
			2002	2003	2004	2005	2006
Geschäftsfall an Berufungssachen							
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	Anzahl	46 598	40 000	35 714	33 803	34 942
2	Neuzugänge 1)	Anzahl	56 645	56 793	57 126	57 876	57 242
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	Anzahl	4 254	4 669	4 589	4 157	4 705
4	Erledigte Verfahren 1)	Anzahl	63 243	61 079	59 037	56 737	57 447
5	dar. bei Entschädigungssenaten	Anzahl	466	340	.	.	.
Von den insgesamt erledigten Berufungsverfahren (lfd. Nr. 4) richteten sich gegen ein Urteil							
6	eines Richters beim Amtsgericht	%	0,5	0,8	1,1	1,2	1,1
7	eines Einzelrichters beim Landgericht	%	42,9	49,6	57,8	62,2	64,5
8	einer Kammer beim Landgericht (ohne lfd. Nr. 9)	%	47,5	40,9	32,1	27,5	25,4
9	einer Kammer für Handelssachen	%	9,2	8,7	9,0	9,1	9,0
10	Anhängige Verfahren am Jahresende	Anzahl	40 000	35 714	33 803	34 942	34 737
Sonstiger Geschäftsfall							
Geschäftsfall an Beschwerdesachen							
11	Beschwerden in Landwirtschaftssachen	Anzahl	403	381	340	297	252
12	Verfahren nach § 23 EGGVG	Anzahl	144	149	225	155	158
13	Nachlassbeschwerde	Anzahl
14	Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO (Altfälle) 2)	Anzahl	4 545	4 888	4 954	5 581	5 586
15	Beschwerden gegen Verfügungen von Verwaltungsbehörden, soweit der Kartellsenat zuständig ist 3)	Anzahl
16	Beschwerden gegen die Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG)	Anzahl
17	Beschwerden nach dem Therapieunterbringungsgesetz (§ 16 ThUG)	Anzahl
18	Beschwerden nach dem Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (SpruchG)	Anzahl
19	Sonstige Beschwerden (ohne lfd. Nrn. 11 bis 18)	Anzahl	27 148	27 891	28 968	29 711	29 740
20	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (UH-Sachen, Berufungsverfahren)	Anzahl	80	101	89	95	80
Schiedsrichterliche Verfahren							
21	Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Schiedssprüchen, auf Aufhebung der Vollstreckbarerklärung, auf Aufhebung von Schiedssprüchen (Sch-Sachen; § 1062 Abs. 1 Nr. 4 ZPO) ..	Anzahl	224	192	203	253	216
22	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (SchH-Sachen; § 1062 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 ZPO)	Anzahl	50	78	56	75	64
23	Verfahren vor den Vergabesenaten	Anzahl
24	Verfahren nach § 6 Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz 4)	Anzahl
25	Anträge auf Bestätigung eines inländischen Titels als Europäischer Vollstreckungstitel (§ 1079 Nr. 1 ZPO) 5)	Anzahl
26	Verfahren nach dem Aktien- und Umwandlungsgesetz (§§ 246a, 319 AktG, 16 UmwG)	Anzahl
27	Entschädigungsklagen nach § 201 GVG (überlange Gerichts-/Ermittlungsverfahren)	Anzahl
28	Verweisung der Parteien oder der Beteiligten vor den Güterichter	Anzahl

*) Ohne Familiensachen.

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Von 2010 bis 2012 einschl. der Beschwerden nach dem SpruchG.

Ab 2013 ausschl. der Beschwerden nach dem SpruchG.

Ab 2014 einschl. § 129 GNotKG.

3) Bis 2009 Beschwerden gegen Verfügungen der Kartellbehörde (§ 63 GWB).

Von 2010 bis 2013 Beschwerden gegen Verfügungen der Kartellbehörde nach den §§ 57 Abs. 2 Satz 2, 63 Abs. 4 GWB und Entscheidungen der Regulierungsbehörde nach § 75 EnWG.

4) Bis 2013 Verfahren nach § 4 KapMuG.

7 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Oberlandesgericht ⁵⁾

7.1 Geschäftsentwicklung 2002 bis 2015

Deutschland									Lfd. Nr.
2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Geschäftsanfall an Berufungssachen									
34 737	35 069	34 767	35 706	36 856	37 415	39 107	39 010	38 664	1
54 516	53 477	53 154	53 042	52 877	52 560	51 363	49 444	48 656	2
4 664	4 985	4 432	4 996	5 831	4 054	4 284	3 789	4 354	3
54 184	53 779	52 215	51 892	52 318	50 868	51 460	49 790	48 492	4
.	5
1,3	1,6	1,6	0,9	0,6	0,6	0,6	0,4	0,5	6
67,0	67,2	67,6	67,2	67,8	67,4	68,9	70,8	70,3	7
23,9	23,4	22,9	23,5	23,4	23,9	22,6	21,2	21,9	8
7,8	7,9	7,8	8,4	8,2	8,1	7,9	7,6	7,3	9
35 069	34 767	35 706	36 856	37 415	39 107	39 010	38 664	38 828	10
Sonstiger Geschäftsanfall									
271	201	182	188	177	218	213	187	229	11
179	144	145	138	187	169	168	182	236	12
.	.	.	1 358	1 909	2 010	2 270	2 306	2 350	13
5 735	5 323	4 756	4 589	4 229	3 810	3 594	3 536	4 264	14
.	204	539	167	571	430	233	307	291	15
.	.	.	73	55	51	40	46	43	16
.	5	42	5	2	17
.	38	36	33	18
28 629	29 237	28 143	27 306	25 049	26 428	24 024	23 891	23 724	19
98	65	127	95	86	59	19	22	21	20
229	232	254	279	248	275	224	214	211	21
47	71	48	58	88	296	329	81	108	22
.	.	.	229	248	196	189	151	169	23
.	.	.	56	8	18	89	124	22	24
.	.	.	3	1	18	8	18	12	25
.	.	.	.	16	15	16	8	11	26
.	217	119	240	27
.	151	195	28

5) Für 2010 Anträge auf Bestätigung einer Entscheidung als Europäischer Vollstreckungstitel (1079 Nr. 1 ZPO).

7 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Oberlandesgericht ^{*)}

7.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	Oberlandesgericht	
					Karlsruhe	Stuttgart
Geschäftsanfall an Berufungssachen						
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	Anzahl	38 664	3 365	2 332	1 033
2	Neuzugänge 1)	Anzahl	48 656	4 699	2 426	2 273
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	Anzahl	4 354	374	100	274
4	Erledigte Verfahren 1)	Anzahl	48 492	4 726	2 640	2 086
Von den insgesamt erledigten Berufungsverfahren (lfd. Nr. 4) richteten sich gegen ein Urteil						
5	eines Richters beim Amtsgericht	%	0,5	0,4	0,4	0,3
6	eines Einzelrichters beim Landgericht	%	70,3	74,1	70,3	79,0
7	einer Kammer beim Landgericht (ohne lfd. Nr. 8)	%	21,9	20,9	26,4	14,0
8	einer Kammer für Handelssachen	%	7,3	4,6	3,0	6,7
9	Anhängige Verfahren am Jahresende	Anzahl	38 828	3 338	2 118	1 220
Sonstiger Geschäftsanfall						
Geschäftsanfall an Beschwerdesachen						
10	Beschwerden in Landwirtschaftssachen	Anzahl	229	13	7	6
11	Verfahren nach § 23 EGGVG	Anzahl	236	28	16	12
12	Nachlassbeschwerden	Anzahl	2 350	215	105	110
13	Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (außer Nachlassbeschwerden) einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 129 GNotKG oder § 156 KostO (Altfälle)	Anzahl	4 264	481	374	107
14	Beschwerden gegen Verfügungen von Verwaltungsbehörden, soweit der Kartellsenat zuständig ist	Anzahl	291	9	-	9
15	Beschwerden gegen die Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG)	Anzahl	43	4	-	4
16	Beschwerden nach dem Therapieunterbringungsgesetz (§ 16 ThUG)	Anzahl	2	1	-	1
17	Beschwerden nach dem Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (SpruchG)	Anzahl	33	2	1	1
18	Beschwerden gegen sonstige Entscheidungen der Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach §§ 87, 91 GWB und § 102, § 106 Abs. 1 EnWG	Anzahl	10	4	2	2
19	Sonstige Beschwerden (ohne lfd. Nrn. 10 bis 18)	Anzahl	23 724	2 325	1 132	1 193
20	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (UH-Sachen, Berufungsverfahren)	Anzahl	21	1	-	1
Anfall an sonstigen Verfahren und Anträgen						
21	Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Schiedssprüchen, auf Aufhebung der Vollstreckbarerklärung, auf Aufhebung von Schiedssprüchen (Sch-Sachen; § 1062 Abs. 1 Nr. 4 ZPO)	Anzahl	211	32	14	18
22	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (SchH-Sachen; § 1062 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 ZPO)	Anzahl	108	3	-	3
23	Verfahren vor den Vergabesenaten	Anzahl	169	9	9	-
24	Verfahren nach § 6 Kapitalanleger-Muster- verfahrensgesetz (KapMug)	Anzahl	22	1	-	1
25	Anträge auf Bestätigung eines inländischen Titels als Europäischer Vollstreckungstitel (§ 1079 Nr. 1 ZPO)	Anzahl	12	2	2	-
26	Verfahren nach dem Aktien- und Umwandlungsgesetz (§§ 246a, 319 AktG, 16 UmwG)	Anzahl	11	3	2	1
27	Entschädigungsklagen nach § 201 GVG (überlange Gerichts-/Ermittlungsverfahren)	Anzahl	240	11	5	6
28	Verweisung der Parteien oder der Beteiligten vor den Güterichter	Anzahl	195	-	-	-

*) Ohne Familiensachen.

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

7 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Oberlandesgericht ^{*)}

7.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
zusammen	Oberlandesgericht									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Geschäftsanfall an Berufungssachen										
4 875	2 894	1 386	595	3 560	1 132	186	2 261	5 133	1 112	1
7 873	5 052	1 705	1 116	3 083	1 240	275	2 218	4 723	702	2
361	183	113	65	310	60	9	233	278	190	3
7 955	5 116	1 730	1 109	3 178	1 158	288	1 893	4 710	660	4
0,5	0,4	0,6	0,6	0,0	1,2	-	0,1	0,3	0,9	5
76,0	76,3	69,9	83,9	89,9	79,2	55,2	67,0	83,1	87,6	6
15,7	14,5	23,8	8,5	7,0	13,0	33,0	19,5	8,6	8,2	7
7,9	8,8	5,6	7,0	3,1	6,6	11,8	13,4	8,0	3,3	8
4 793	2 830	1 361	602	3 465	1 214	173	2 586	5 146	1 154	9
Sonstiger Geschäftsanfall										
4	1	1	2	3	11	-	1	6	3	10
45	22	17	6	23	6	2	7	21	2	11
309	184	55	70	127	69	29	57	209	28	12
359	247	67	45	1 217	172	41	93	336	63	13
3	3	-	-	-	3	-	-	-	2	14
8	6	-	2	-	-	-	-	-	-	15
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16
9	9	-	-	3	-	-	-	-	-	17
-	-	-	-	4	1	-	-	-	-	18
3 793	2 592	718	483	1 817	610	180	1 088	1 881	372	19
-	-	-	-	-	1	-	1	-	1	20
40	40	-	-	14	-	1	18	13	-	21
22	20	-	2	14	-	-	20	8	-	22
18	18	-	-	19	4	3	7	14	6	23
1	1	-	-	13	-	-	4	2	-	24
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	25
3	1	2	-	1	-	-	1	-	-	26
124	7	66	51	17	3	3	14	5	9	27
13	-	12	1	71	27	-	-	5	1	28

7 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Oberlandesgericht *)

7.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Einheit	Niedersachsen			Nordrhein-		
			zusammen	Oberlandesgericht		zusammen	Ober	
				Braun- schweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
Geschäftsanfall an Berufungssachen								
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	Anzahl	2 383	637	1 106	640	8 619	3 137
2	Neuzugänge 1)	Anzahl	4 250	567	2 355	1 328	11 574	3 366
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	Anzahl	282	41	96	145	995	459
4	Erledigte Verfahren 1)	Anzahl	4 346	556	2 453	1 337	11 488	3 664
Von den insgesamt erledigten Berufungsverfahren (lfd. Nr. 4) richteten sich gegen ein Urteil								
5	eines Richters beim Amtsgericht	%	0,7	-	0,9	0,7	0,4	-
6	eines Einzelrichters beim Landgericht	%	68,8	72,5	62,7	78,5	48,1	51,6
7	einer Kammer beim Landgericht (ohne lfd. Nr. 8)	%	23,4	23,7	27,7	15,5	43,3	38,8
8	einer Kammer für Handelssachen	%	7,0	3,8	8,7	5,3	8,2	9,7
9	Anhängige Verfahren am Jahresende	Anzahl	2 287	648	1 008	631	8 705	2 839
Sonstiger Geschäftsanfall								
Geschäftsanfall an Beschwerdesachen								
10	Beschwerden in Landwirtschaftssachen	Anzahl	62	5	35	22	68	1
11	Verfahren nach § 23 EGGVG	Anzahl	18	1	9	8	73	49
12	Nachlassbeschwerden	Anzahl	255	45	147	63	618	132
13	Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (außer Nachlassbeschwerden) einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 129 GNotKG oder § 156 KostO (Altfälle)	Anzahl	407	59	230	118	498	301
14	Beschwerden gegen Verfügungen von Verwaltungsbehörden, soweit der Kartellsenat zuständig ist	Anzahl	3	-	3	-	257	257
15	Beschwerden gegen die Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG)	Anzahl	9	1	4	4	15	9
16	Beschwerden nach dem Therapieunterbringungsgesetz (§ 16 ThUG)	Anzahl	1	1	-	-	-	-
17	Beschwerden nach dem Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (SpruchG)	Anzahl	-	-	-	-	18	17
18	Beschwerden gegen sonstige Entscheidungen der Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach §§ 87, 91 GWB und § 102, § 106 Abs. 1 EnWG	Anzahl	-	-	-	-	1	1
19	Sonstige Beschwerden (ohne lfd. Nrn. 12 bis 18)	Anzahl	2 052	418	1 079	555	5 360	1 479
20	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (UH-Sachen, Berufungsverfahren)	Anzahl	-	-	-	-	7	5
Anfall an sonstigen Verfahren und Anträgen								
21	Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Schiedssprüchen, auf Aufhebung der Vollstreckbarerklärung, auf Aufhebung von Schiedssprüchen (Sch-Sachen; § 1062 Abs. 1 Nr. 4 ZPO)	Anzahl	22	5	11	6	51	21
22	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens (SchH-Sachen; § 1062 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 ZPO)	Anzahl	22	-	21	1	16	-
23	Verfahren vor den Vergabesenaten	Anzahl	11	-	11	-	55	55
24	Verfahren nach § 6 Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMug)	Anzahl	-	-	-	-	-	-
25	Anträge auf Bestätigung einer Entscheidung als Europäischer Vollstreckungstitel (§ 1079 Nr. 1 ZPO)	Anzahl	-	-	-	-	9	8
26	Verfahren nach dem Aktien- und Umwandlungsgesetz (§§ 246a, 319 AktG, 16 UmwG)	Anzahl	-	-	-	-	2	2
27	Entschädigungsklagen nach § 201 GVG (überlange Gerichts-/Ermittlungsverfahren)	Anzahl	19	3	-	16	12	2
28	Verweisung der Parteien oder der Beteiligten vor den Güterichter	Anzahl	16	-	16	-	19	19

*) Ohne Familiensachen.

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

7 Geschäftsentwicklung der Zivilsachen vor dem Oberlandesgericht^{*)}

7.2 Geschäftsentwicklung nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
landesgericht		zusammen	Oberlandesgericht							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						

Geschäftsfall an Berufungssachen

3 210	2 272	2 049	1 050	999	447	1 011	553	1 071	907	1
4 548	3 660	2 136	1 422	714	451	2 098	963	1 393	978	2
140	396	142	72	70	6	278	65	749	22	3
4 335	3 489	2 260	1 478	782	484	1 996	979	1 368	1 003	4
0,5	0,7	0,4	0,1	0,8	0,4	1,1	1,5	1,1	2,9	5
61,0	28,5	71,6	75,8	63,8	88,6	85,2	70,6	82,4	74,1	6
29,4	65,2	20,5	15,4	30,1	4,1	6,4	22,4	10,0	13,7	7
9,0	5,6	7,5	8,7	5,4	6,8	7,3	5,5	6,5	9,4	8
3 423	2 443	1 925	994	931	414	1 113	537	1 096	882	9

Sonstiger Geschäftsfall

60	7	14	1	13	-	7	10	22	5	10
13	11	6	4	2	-	-	2	2	1	11
295	191	146	-	146	22	75	58	88	45	12
9	188	114	3	111	14	189	75	116	89	13
-	-	1	1	-	-	5	-	2	6	14
5	1	-	-	-	-	2	3	2	-	15
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16
-	1	-	-	-	-	-	-	-	1	17
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18
2 392	1 489	1 218	833	385	199	1 032	558	761	478	19
-	2	-	-	-	10	-	-	-	-	20
7	23	6	6	-	2	-	3	7	2	21
14	2	1	1	-	-	-	-	2	-	22
-	-	4	4	-	-	7	3	-	9	23
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	24
-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	25
-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	26
6	4	-	-	-	-	8	4	4	7	27
-	-	5	5	-	-	4	14	20	-	28

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozesserverfolg, Zulässigkeit der Revision

8.1.1 Grundzahlen

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens/ Sachgebiet Art der Erledigung Prozesserverfolg Zulässigkeit der Revision	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	Oberlandesgericht	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	48 492	4 726	2 640	2 086
	Art des Verfahrens				
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	93	4	3	1
3	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen 1)	65	1	1	-
4	Berufungen gegen ein Urteil in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung.....	761	33	25	8
5	Berufungsverfahren (ohne lfd. Nrn. 3 und 4)	46 885	4 488	2 587	1 901
6	Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	688	200	24	176
	Sachgebiet				
7	Bau-, Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	4 319	324	220	104
8	Verkehrsunfallsachen	3 403	298	129	169
9	Kaufsachen	3 353	283	133	150
10	Arzthaftungssachen	2 063	183	107	76
11	Reisevertragssachen	92	-	-	-
12	Miet-/Kredit-/Leasingsachen	3 810	242	80	162
13	Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	1 301	153	63	90
14	Auseinandersetzungen von Gesellschaften	482	68	20	48
15	Gewerblicher Rechtsschutz (ohne lfd. Nr. 23)	1 748	159	81	78
16	Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsschädigung)	703	4	2	2
17	Sachenrechtsbereinigung un Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	14	1	-	1
18	Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne lfd. Nr. 14)	1 542	34	16	18
19	Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungssenat)	4	1	1	-
20	Wohnungseigentumsachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	16	3	-	3
21	Kapitalanlagesachen	4 201	198	144	54
22	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	3 854	690	514	176
23	Technische Schutzrechte	255	30	30	-
24	Kartellsachen	107	11	8	3
25	Vergabesachen	38	3	-	3
26	Sonstiger Verfahrensgegenstand	17 187	2 041	1 092	949
	Art der Erledigung				
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch				
27	streitiges Urteil	13 060	1 201	767	434
28	dar. Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	389	26	4	22
29	Vergleich	8 420	969	455	514
30	Versäumnisurteil	239	22	14	8
31	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	290	34	11	23
32	Beschluss nach § 91a ZPO	333	38	24	14
33	Beschluss nach § 522 Abs 1 ZPO (Verwerfung)	807	71	32	39
34	Beschluss nach § 522 Abs 2 ZPO (Zurückweisung)	7 300	433	215	218
35	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 41 bis 43)	752	42	19	23
36	Rücknahme der Klage oder des Antrags	825	57	24	33
37	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	14	1	1	-
38	Rücknahme der Berufung	14 203	1 308	570	738
39	davon: vor Eingang der Begründung	3 906	339	171	168
40	nach Eingang der Begründung	10 297	969	399	570
41	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	1 702	497	475	22
42	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	23	1	-	1
43	Verbindung mit einem anderen Verfahren	95	20	17	3
44	sonstige Erledigungsart	429	32	16	16
	Prozesserverfolg				
	Bei den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren (lfd. Nr. 27) lauteten die Berufungsentscheidungen auf				
45	Aufhebung und Zurückverweisung	808	37	21	16
46	Änderung und / oder eigene Sachentscheidung	6 085	527	337	190
47	Volle Zurückweisung der Berufung als unbegründet	5 660	593	383	210
48	Verwerfung der Berufung als unzulässig	113	7	5	2
49	Anderweitige Entscheidung	394	37	21	16
	Zulässigkeit der Revision				
50	Von den durch streitiges Urteil erledigten Berufungen (lfd. Nr. 27) sind mit Revision anfechtbar gewesen	522	86	58	28

1) Einschl. Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils.

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozesserverfolg, Zulässigkeit der Revision

8.1.1 Grundzahlen

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	Oberlandesgericht									
	München	Nürnberg	Bamberg							
7 955	5 116	1 730	1 109	3 178	1 158	288	1 893	4 710	660	1
Art des Verfahrens										
35	25	1	9	-	1	-	-	3		2
12	8	4	-	-	-	1	-	3		3
141	100	23	18	46	23	11	27	90		4
7 702	4 940	1 698	1 064	3 072	1 033	272	1 859	4 597	648	5
65	43	4	18	60	101	4	7	17	11	6
Sachgebiet										
698	425	165	108	323	142	15	51	380	73	7
682	428	146	108	229	74	18	109	292	57	8
594	367	111	116	-	52	37	85	323	53	9
281	158	69	54	96	40	9	49	106	37	10
12	11	-	1	-	-	-	-	33	3	11
668	438	140	90	2	108	18	142	511	67	12
249	182	41	26	-	6	12	48	141	15	13
113	106	2	5	23	28	7	11	54	13	14
309	226	57	26	103	20	12	191	149	-	15
89	64	20	5	1	42	4	1	59	-	16
-	-	-	-	1	6	-	-	2	-	17
104	55	24	25	70	87	5	161	95	13	18
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	19
1	-	1	-	-	-	-	1	5	-	20
1 449	942	387	120	163	16	19	263	594	-	21
590	362	152	76	161	72	22	108	413	36	22
43	40	3	-	3	-	-	32	2	-	23
18	14	4	-	8	2	-	3	24	-	24
2	1	1	-	-	-	-	-	6	-	25
2 053	1 297	407	349	1 995	463	110	638	1 520	293	26
Art der Erledigung										
1 541	993	294	254	816	313	85	498	1 564	172	27
117	72	10	35	21	36	1	9	9	5	28
1 435	845	333	257	484	209	55	335	903	94	29
19	14	3	2	33	5	1	18	28	3	30
39	21	11	7	27	5	-	4	14	4	31
59	36	12	11	16	11	1	21	37	6	32
111	72	22	17	73	16	10	25	71	17	33
1 525	1 073	287	165	568	177	31	410	579	121	34
87	61	11	15	43	19	6	21	51	14	35
196	129	58	9	37	15	4	156	64	10	36
1	1	-	-	1	-	-	2	2	-	37
2 507	1 538	630	339	946	329	87	329	1 198	187	38
538	359	105	74	229	85	30	266	330	45	39
1 969	1 179	525	265	717	244	57	63	868	142	40
360	280	60	20	77	38	5	30	175	20	41
2	-	1	1	-	1	-	-	3	-	42
14	13	-	1	13	2	1	5	3	4	43
59	40	8	11	44	18	2	39	18	8	44
Prozesserverfolg										
147	118	12	17	14	24	7	22	108	10	45
771	524	129	118	416	145	49	195	631	94	46
537	283	140	114	374	132	27	244	787	51	47
15	13	2	-	4	7	-	5	10	5	48
71	55	11	5	8	5	2	32	28	12	49
Zulässigkeit der Revision										
99	89	6	4	19	11	3	24	41	9	50

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozesserverfolg, Zulässigkeit der Revision

8.1.1 Grundzahlen

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens/ Sachgebiet Art der Erledigung Prozesserverfolg Zulässigkeit der Revision	Niedersachsen			Nordrhein-		
		zusammen	Oberlandesgericht			zusammen	Ober
			Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	4 346	556	2 453	1 337	11 488	3 664
	Art des Verfahrens						
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	22	-	21	1	1	-
3	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen 1)	18	-	5	13	19	8
4	Berufungen gegen ein Urteil in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung.....	75	14	33	28	138	83
5	Berufungsverfahren (ohne lfd. Nrn. 3 und 4)	4 195	537	2 371	1 287	11 323	3 572
6	Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	36	5	23	8	7	1
	Sachgebiet						
7	Bau-, Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	468	58	265	145	1 064	274
8	Verkehrsunfallsachen	262	30	181	51	677	198
9	Kaufsachen	180	32	109	39	1 027	317
10	Arzthaftungssachen	227	30	102	95	660	144
11	Reisevertragssachen	18	-	18	-	24	9
12	Miet-/Kredit-/Leasingsachen	229	29	178	22	946	242
13	Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	134	26	93	15	305	92
14	Auseinandersetzungen von Gesellschaften	34	-	22	12	40	10
15	Gewerblicher Rechtsschutz (ohne lfd. Nr. 23)	61	24	37	-	562	264
16	Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsschädigung)	26	-	26	-	225	47
17	Sachenrechtsbereinigung un Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	-	-	-	-	-	-
18	Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne lfd. Nr. 14)	156	20	126	10	618	97
19	Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungssenat)	-	-	-	-	-	-
20	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	-	-	-	-	-	-
21	Kapitalanlagesachen	368	33	187	148	699	444
22	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	328	29	246	53	902	153
23	Technische Schutzrechte	5	5	-	-	121	121
24	Kartellsachen	2	1	1	-	30	26
25	Vergabesachen	2	1	1	-	6	2
26	Sonstiger Verfahrensgegenstand	1 846	238	861	747	3 582	1 224
	Art der Erledigung						
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch						
27	streitiges Urteil	1 128	138	649	341	3 070	1 356
28	dar. Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	21	12	4	5	66	21
29	Vergleich	615	80	360	175	1 952	441
30	Versäumnisurteil	18	1	7	10	67	25
31	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	34	3	27	4	86	16
32	Beschluss nach § 91a ZPO	26	9	10	7	62	37
33	Beschluss nach § 522 Abs 1 ZPO (Verwerfung)	68	17	37	14	232	71
34	Beschluss nach § 522 Abs 2 ZPO (Zurückweisung)	947	102	557	288	1 516	367
35	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 41 bis 43)	78	13	51	14	179	29
36	Rücknahme der Klage oder des Antrags	42	4	26	12	162	70
37	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	-	-	-	-	4	2
38	Rücknahme der Berufung	1 311	167	692	452	3 714	1 123
39	davon: vor Eingang der Begründung	382	37	193	152	1 121	381
40	nach Eingang der Begründung	929	130	499	300	2 593	742
41	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	59	18	28	13	275	75
42	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	-	-	-	-	11	-
43	Verbindung mit einem anderen Verfahren	4	1	3	-	19	4
44	sonstige Erledigungsart	16	3	6	7	139	48
	Prozesserverfolg						
	Bei den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren (lfd. Nr. 27) lauteten die Berufungsentscheidungen auf						
45	Aufhebung und Zurückverweisung	94	12	44	38	167	47
46	Änderung und / oder eigene Sachentscheidung	553	58	326	169	1 482	677
47	Volle Zurückweisung der Berufung als unbegründet	444	55	269	120	1 327	602
48	Verwerfung der Berufung als unzulässig	1	1	-	-	39	20
49	Anderweitige Entscheidung	36	12	10	14	55	10
	Zulässigkeit der Revision						
50	Von den durch streitiges Urteil erledigten Berufungen (lfd. Nr. 27) sind mit Revision anfechtbar gewesen	44	31	6	7	100	38

1) Einschl. Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils.

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozesserverfolg, Zulässigkeit der Revision

8.1.1 Grundzahlen

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
landesgericht		zusammen	Oberlandesgericht							
Hamm	Köln			Koblenz	Zweibrücken					
4 335	3 489	2 260	1 478	782	484	1 996	979	1 368	1 003	1
Art des Verfahrens										
1	-	1	1	-	-	13	10	-	-	2
11	-	7	7	-	-	3	-	1	-	3
37	18	27	27	-	13	68	14	21	34	4
4 281	3 470	2 165	1 384	781	469	1 856	944	1 337	925	5
5	1	60	59	1	2	56	11	9	42	6
Sachgebiet										
439	351	247	175	72	61	193	91	122	67	7
279	200	178	130	48	46	214	79	94	94	8
502	208	263	174	89	54	159	67	107	69	9
349	167	85	62	23	25	59	41	92	73	10
5	10	-	-	-	-	2	-	-	-	11
327	377	358	155	203	45	165	87	137	85	12
157	56	57	36	21	9	59	35	50	28	13
26	4	11	8	3	4	67	5	2	2	14
175	123	34	18	16	9	68	19	22	30	15
110	68	50	27	23	19	101	31	2	49	16
-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	17
352	169	60	47	13	15	24	23	27	50	18
-	-	2	2	-	-	-	-	-	-	19
-	-	-	-	-	-	1	5	-	-	20
117	138	103	88	15	24	123	32	125	25	21
288	461	146	91	55	42	150	58	71	65	22
-	-	-	-	-	3	15	-	-	1	23
2	2	1	1	-	-	3	1	3	1	24
-	4	-	-	-	-	4	12	3	-	25
1 207	1 151	665	464	201	128	585	393	511	364	26
Art der Erledigung										
950	764	502	347	155	264	591	478	456	381	27
17	28	8	6	2	4	47	14	3	2	28
928	583	305	192	113	43	479	126	233	183	29
21	21	5	3	2	3	8	-	4	5	30
43	27	17	9	8	1	8	5	8	4	31
7	18	13	8	5	5	17	4	11	6	32
115	46	47	31	16	4	25	13	14	10	33
439	710	426	326	100	16	194	63	212	82	34
109	41	52	34	18	1	66	31	20	42	35
55	37	11	9	2	3	34	12	14	8	36
2	-	1	1	-	1	1	-	-	-	37
1 441	1 150	816	480	336	125	524	223	352	247	38
437	303	177	125	52	42	111	68	90	53	39
1 004	847	639	355	284	83	413	155	262	194	40
148	52	46	29	17	11	39	16	25	29	41
3	8	3	3	-	-	-	1	-	1	42
15	-	2	1	1	-	4	1	2	1	43
59	32	14	5	9	7	6	6	17	4	44
Prozesserverfolg										
75	45	25	14	11	13	37	43	34	26	45
457	348	270	198	72	89	320	191	200	152	46
385	340	180	125	55	153	192	240	192	187	47
9	10	3	2	1	3	3	3	2	6	48
24	21	24	8	16	6	39	1	28	10	49
Zulässigkeit der Revision										
16	46	18	12	6	1	16	11	30	10	50

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessserfolg, Zulässigkeit der Revision

8.1.2 Anteilswerte Prozent

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens/ Sachgebiet Art der Erledigung Prozessserfolg Zulässigkeit der Revision	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	Oberlandesgericht	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	100	100	100	100
	Art des Verfahrens				
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0,2	0,1	0,1	0,0
3	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen 1)	0,1	0,0	0,0	-
4	Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung.....	1,6	0,7	0,9	0,4
5	Berufungsverfahren (ohne lfd. Nrn. 3 und 4)	96,7	95,0	98,0	91,1
6	Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	1,4	4,2	0,9	8,4
	Sachgebiet				
7	Bau-, Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	8,9	6,9	8,3	5,0
8	Verkehrsunfallsachen	7,0	6,3	4,9	8,1
9	Kaufsachen	6,9	6,0	5,0	7,2
10	Arzthaftungssachen	4,3	3,9	4,1	3,6
11	Reisevertragsachen	0,2	-	-	-
12	Miet-/Kredit-/Leasingsachen	7,9	5,1	3,0	7,8
13	Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	2,7	3,2	2,4	4,3
14	Auseinandersetzungen von Gesellschaften	1,0	1,4	0,8	2,3
15	Gewerblicher Rechtsschutz (ohne lfd. Nr. 23)	3,6	3,4	3,1	3,7
16	Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsschädigung)	1,4	0,1	0,1	0,1
17	Sachenrechtsbereinigung un Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	0,0	0,0	-	0,0
18	Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne lfd. Nr. 14)	3,2	0,7	0,6	0,9
19	Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungssenat)	0,0	0,0	0,0	-
20	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	0,0	0,1	-	0,1
21	Kapitalanlagesachen	8,7	4,2	5,5	2,6
22	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	7,9	14,6	19,5	8,4
23	Technische Schutzrechte	0,5	0,6	1,1	-
24	Kartellsachen	0,2	0,2	0,3	0,1
25	Vergabesachen	0,1	0,1	-	0,1
26	Sonstiger Verfahrensgegenstand	35,4	43,2	41,4	45,5
	Art der Erledigung				
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch				
27	streitiges Urteil	26,9	25,4	29,1	20,8
28	dar. (Anteil von lfd. Nr. 27) Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	3,0	2,2	0,5	5,1
29	gerichtlichen Vergleich	17,4	20,5	17,2	24,6
30	Versäumnisurteil	0,5	0,5	0,5	0,4
31	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	0,6	0,7	0,4	1,1
32	Beschluss nach § 91a ZPO	0,7	0,8	0,9	0,7
33	Beschluss nach § 522 Abs 1 ZPO (Verwerfung)	1,7	1,5	1,2	1,9
34	Beschluss nach § 522 Abs 2 ZPO (Zurückweisung)	15,1	9,2	8,1	10,5
35	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 41 bis 43)	1,6	0,9	0,7	1,1
36	Rücknahme der Klage oder des Antrags	1,7	1,2	0,9	1,6
37	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	0,0	0,0	0,0	-
38	Rücknahme der Berufung	29,3	27,7	21,6	35,4
	davon (Anteil von lfd. Nr. 38)				
39	vor Eingang der Begründung	27,5	25,9	30,0	22,8
40	nach Eingang der Begründung	72,5	74,1	70,0	77,2
41	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	3,5	10,5	18,0	1,1
42	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	0,0	0,0	-	0,0
43	Verbindung mit einem anderen Verfahren	0,2	0,4	0,6	0,1
44	sonstige Erledigungsart	0,9	0,7	0,6	0,8
	Prozessserfolg				
	Bei den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren (lfd. Nr. 27) lauteten die Berufungsentscheidungen auf				
45	Aufhebung und Zurückverweisung	6,2	3,1	2,7	3,7
46	Änderung und / oder eigene Sachentscheidung	46,6	43,9	43,9	43,8
47	Volle Zurückweisung der Berufung als unbegründet	43,3	49,4	49,9	48,4
48	Verwerfung der Berufung als unzulässig	0,9	0,6	0,7	0,5
49	Anderweitige Entscheidung	3,0	3,1	2,7	3,7
	Zulässigkeit der Revision				
50	Von den durch streitiges Urteil erledigten Berufungen (lfd. Nr. 27) sind mit Revision anfechtbar gewesen	4,0	7,2	7,6	6,5

1) Einschl. Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils.

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozesserverfolg, Zulässigkeit der Revision

8.1.2 Anteilswerte Prozent

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	Oberlandesgericht									
	München	Nürnberg	Bamberg							
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	1
Art des Verfahrens										
0,4	0,5	0,1	0,8	-	0,1	-	-	0,1	0,2	2
0,2	0,2	0,2	-	-	-	0,3	-	0,1	-	3
1,8	2,0	1,3	1,6	1,4	2,0	3,8	1,4	1,9	-	4
96,8	96,6	98,2	95,9	96,7	89,2	94,4	98,2	97,6	98,2	5
0,8	0,8	0,2	1,6	1,9	8,7	1,4	0,4	0,4	1,7	6
Sachgebiet										
8,8	8,3	9,5	9,7	10,2	12,3	5,2	2,7	8,1	11,1	7
8,6	8,4	8,4	9,7	7,2	6,4	6,3	5,8	6,2	8,6	8
7,5	7,2	6,4	10,5	-	4,5	12,8	4,5	6,9	8,0	9
3,5	3,1	4,0	4,9	3,0	3,5	3,1	2,6	2,3	5,6	10
0,2	0,2	-	0,1	-	-	-	-	0,7	0,5	11
8,4	8,6	8,1	8,1	0,1	9,3	6,3	7,5	10,8	10,2	12
3,1	3,6	2,4	2,3	-	0,5	4,2	2,5	3,0	2,3	13
1,4	2,1	0,1	0,5	0,7	2,4	2,4	0,6	1,1	2,0	14
3,9	4,4	3,3	2,3	3,2	1,7	4,2	10,1	3,2	-	15
1,1	1,3	1,2	0,5	0,0	3,6	1,4	0,1	1,3	-	16
-	-	-	-	0,0	0,5	-	-	0,0	-	17
1,3	1,1	1,4	2,3	2,2	7,5	1,7	8,5	2,0	2,0	18
-	-	-	-	-	-	-	-	0,0	-	19
0,0	-	0,1	-	-	-	-	0,1	0,1	-	20
18,2	18,4	22,4	10,8	5,1	1,4	6,6	13,9	12,6	-	21
7,4	7,1	8,8	6,9	5,1	6,2	7,6	5,7	8,8	5,5	22
0,5	0,8	0,2	-	0,1	-	-	1,7	0,0	-	23
0,2	0,3	0,2	-	0,3	0,2	-	0,2	0,5	-	24
0,0	0,0	0,1	-	-	-	-	-	0,1	-	25
25,8	25,4	23,5	31,5	62,8	40,0	38,2	33,7	32,3	44,4	26
Art der Erledigung										
19,4	19,4	17,0	22,9	25,7	27,0	29,5	26,3	33,2	26,1	27
7,6	7,3	3,4	13,8	2,6	11,5	1,2	1,8	0,6	2,9	28
18,0	16,5	19,2	23,2	15,2	18,0	19,1	17,7	19,2	14,2	29
0,2	0,3	0,2	0,2	1,0	0,4	0,3	1,0	0,6	0,5	30
0,5	0,4	0,6	0,6	0,8	0,4	-	0,2	0,3	0,6	31
0,7	0,7	0,7	1,0	0,5	0,9	0,3	1,1	0,8	0,9	32
1,4	1,4	1,3	1,5	2,3	1,4	3,5	1,3	1,5	2,6	33
19,2	21,0	16,6	14,9	17,9	15,3	10,8	21,7	12,3	18,3	34
1,1	1,2	0,6	1,4	1,4	1,6	2,1	1,1	1,1	2,1	35
2,5	2,5	3,4	0,8	1,2	1,3	1,4	8,2	1,4	1,5	36
0,0	0,0	-	-	0,0	-	-	0,1	0,0	-	37
31,5	30,1	36,4	30,6	29,8	28,4	30,2	17,4	25,4	28,3	38
21,5	23,3	16,7	21,8	24,2	25,8	34,5	80,9	27,5	24,1	39
78,5	76,7	83,3	78,2	75,8	74,2	65,5	19,1	72,5	75,9	40
4,5	5,5	3,5	1,8	2,4	3,3	1,7	1,6	3,7	3,0	41
0,0	-	0,1	0,1	-	0,1	-	-	0,1	-	42
0,2	0,3	-	0,1	0,4	0,2	0,3	0,3	0,1	0,6	43
0,7	0,8	0,5	1,0	1,4	1,6	0,7	2,1	0,4	1,2	44
Prozesserverfolg										
9,5	11,9	4,1	6,7	1,7	7,7	8,2	4,4	6,9	5,8	45
50,0	52,8	43,9	46,5	51,0	46,3	57,6	39,2	40,3	54,7	46
34,8	28,5	47,6	44,9	45,8	42,2	31,8	49,0	50,3	29,7	47
1,0	1,3	0,7	-	0,5	2,2	-	1,0	0,6	2,9	48
4,6	5,5	3,7	2,0	1,0	1,6	2,4	6,4	1,8	7,0	49
Zulässigkeit der Revision										
6,4	9,0	2,0	1,6	2,3	3,5	3,5	4,8	2,6	5,2	50

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozessenerfolg, Zulässigkeit der Revision

8.1.2 Anteilswerte Prozent

Lfd. Nr.	Art des Verfahrens/ Sachgebiet Art der Erledigung Prozesserfolg Zulässigkeit der Revision	Niedersachsen			Nordrhein-		
		zusammen	Oberlandesgericht			zusammen	Ober
			Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	100	100	100	100	100	100
	Art des Verfahrens						
2	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0,5	-	0,9	0,1	0,0	-
3	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen 1)	0,4	-	0,2	1,0	0,2	0,2
4	Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	1,7	2,5	1,3	2,1	1,2	2,3
5	Berufungsverfahren (ohne lfd. Nrn. 3 und 4)	96,5	96,6	96,7	96,3	98,6	97,5
6	Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	0,8	0,9	0,9	0,6	0,1	0,0
	Sachgebiet						
7	Bau-, Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	10,8	10,4	10,8	10,8	9,3	7,5
8	Verkehrsunfallsachen	6,0	5,4	7,4	3,8	5,9	5,4
9	Kaufsachen	4,1	5,8	4,4	2,9	8,9	8,7
10	Arzthaftungssachen	5,2	5,4	4,2	7,1	5,7	3,9
11	Reisevertragsachen	0,4	-	0,7	-	0,2	0,2
12	Miet-/Kredit-/Leasingsachen	5,3	5,2	7,3	1,6	8,2	6,6
13	Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	3,1	4,7	3,8	1,1	2,7	2,5
14	Auseinandersetzungen von Gesellschaften	0,8	-	0,9	0,9	0,3	0,3
15	Gewerblicher Rechtsschutz (ohne lfd. Nr. 23)	1,4	4,3	1,5	-	4,9	7,2
16	Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungssachen)	0,6	-	1,1	-	2,0	1,3
17	Sachenrechtsbereinigung un Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	-	-	-	-	-	-
18	Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne lfd. Nr. 14)	3,6	3,6	5,1	0,7	5,4	2,6
19	Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungssenat)	-	-	-	-	-	-
20	Wohnungseigentumsachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)	-	-	-	-	-	-
21	Kapitalanlagesachen	8,5	5,9	7,6	11,1	6,1	12,1
22	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (o. Verkehrsunfallsachen)	7,5	5,2	10,0	4,0	7,9	4,2
23	Technische Schutzrechte	0,1	0,9	-	-	1,1	3,3
24	Kartellsachen	0,0	0,2	0,0	-	0,3	0,7
25	Vergabesachen	0,0	0,2	0,0	-	0,1	0,1
26	Sonstiger Verfahrensgegenstand	42,5	42,8	35,1	55,9	31,2	33,4
	Art der Erledigung						
	Die erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) sind beendet worden durch						
27	streitiges Urteil	26,0	24,8	26,5	25,5	26,7	37,0
28	dar. (Anteil von lfd. Nr. 27) Urteil nach § 313a Abs. 2 ZPO (ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe)	1,9	8,7	0,6	1,5	2,1	1,5
29	gerichtlichen Vergleich	14,2	14,4	14,7	13,1	17,0	12,0
30	Versäumnisurteil	0,4	0,2	0,3	0,7	0,6	0,7
31	Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil	0,8	0,5	1,1	0,3	0,7	0,4
32	Beschluss nach § 91a ZPO	0,6	1,6	0,4	0,5	0,5	1,0
33	Beschluss nach § 522 Abs 1 ZPO (Verwerfung)	1,6	3,1	1,5	1,0	2,0	1,9
34	Beschluss nach § 522 Abs 2 ZPO (Zurückweisung)	21,8	18,3	22,7	21,5	13,2	10,0
35	sonstigen Beschluss (ohne lfd. Nrn. 41 bis 43)	1,8	2,3	2,1	1,0	1,6	0,8
36	Rücknahme der Klage oder des Antrags	1,0	0,7	1,1	0,9	1,4	1,9
37	Rücknahme des Ein- oder Widerspruchs	-	-	-	-	0,0	0,1
38	Rücknahme der Berufung	30,2	30,0	28,2	33,8	32,3	30,6
	davon (Anteil von lfd. Nr. 38)						
39	vor Eingang der Begründung	29,1	22,2	27,9	33,6	30,2	33,9
40	nach Eingang der Begründung	70,9	77,8	72,1	66,4	69,8	66,1
41	Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb	1,4	3,2	1,1	1,0	2,4	2,0
42	Verweisung oder Abgabe an ein anderes Gericht	-	-	-	-	0,1	-
43	Verbindung mit einem anderen Verfahren	0,1	0,2	0,1	-	0,2	0,1
44	sonstige Erledigungsart	0,4	0,5	0,2	0,5	1,2	1,3
	Prozesserfolg						
	Bei den durch streitiges Urteil erledigten Verfahren (lfd. Nr. 27) lauteten die Berufungsentscheidungen auf						
45	Aufhebung und Zurückverweisung	8,3	8,7	6,8	11,1	5,4	3,5
46	Änderung und / oder eigene Sachentscheidung	49,0	42,0	50,2	49,6	48,3	49,9
47	Volle Zurückweisung der Berufung als unbegründet	39,4	39,9	41,4	35,2	43,2	44,4
48	Verwerfung der Berufung als unzulässig	0,1	0,7	-	-	1,3	1,5
49	Anderweitige Entscheidung	3,2	8,7	1,5	4,1	1,8	0,7
	Zulässigkeit der Revision						
50	Von den durch streitiges Urteil erledigten Berufungen (lfd. Nr. 27) sind mit Revision anfechtbar gewesen	3,9	22,5	0,9	2,1	3,3	2,8

1) Einschl. Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils.

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.1 Art des Verfahrens, Sachgebiet, Erledigungsart, Prozesserverfolg, Zulässigkeit der Revision

8.1.2 Anteilswerte Prozent

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
landesgericht		zusammen	Oberlandesgericht							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	1
Art des Verfahrens										
0,0	-	0,0	0,1	-	-	0,7	1,0	-	0,2	2
0,3	-	0,3	0,5	-	-	0,2	-	0,1	-	3
0,9	0,5	1,2	1,8	-	2,7	3,4	1,4	1,5	3,4	4
98,8	99,5	95,8	93,6	99,9	96,9	93,0	96,4	97,7	92,2	5
0,1	0,0	2,7	4,0	0,1	0,4	2,8	1,1	0,7	4,2	6
Sachgebiet										
10,1	10,1	10,9	11,8	9,2	12,6	9,7	9,3	8,9	6,7	7
6,4	5,7	7,9	8,8	6,1	9,5	10,7	8,1	6,9	9,4	8
11,6	6,0	11,6	11,8	11,4	11,2	8,0	6,8	7,8	6,9	9
8,1	4,8	3,8	4,2	2,9	5,2	3,0	4,2	6,7	7,3	10
0,1	0,3	-	-	-	-	0,1	-	-	-	11
7,5	10,8	15,8	10,5	26,0	9,3	8,3	8,9	10,0	8,5	12
3,6	1,6	2,5	2,4	2,7	1,9	3,0	3,6	3,7	2,8	13
0,6	0,1	0,5	0,5	0,4	0,8	3,4	0,5	0,1	0,2	14
4,0	3,5	1,5	1,2	2,0	1,9	3,4	1,9	1,6	3,0	15
2,5	1,9	2,2	1,8	2,9	3,9	5,1	3,2	0,1	4,9	16
-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	17
8,1	4,8	2,7	3,2	1,7	3,1	1,2	2,3	2,0	5,0	18
-	-	0,1	0,1	-	-	-	-	-	-	19
-	-	-	-	-	-	0,1	0,5	-	-	20
2,7	4,0	4,6	6,0	1,9	5,0	6,2	3,3	9,1	2,5	21
6,6	13,2	6,5	6,2	7,0	8,7	7,5	5,9	5,2	6,5	22
-	-	-	-	-	0,6	0,8	-	-	0,1	23
0,0	0,1	0,0	0,1	-	-	0,2	0,1	0,2	0,1	24
-	0,1	-	-	-	-	0,2	1,2	0,2	-	25
27,8	33,0	29,4	31,4	25,7	26,4	29,3	40,1	37,4	36,3	26
Art der Erledigung										
21,9	21,9	22,2	23,5	19,8	54,5	29,6	48,8	33,3	38,0	27
1,8	3,7	1,6	1,7	1,3	1,5	8,0	2,9	0,7	0,5	28
21,4	16,7	13,5	13,0	14,5	8,9	24,0	12,9	17,0	18,2	29
0,5	0,6	0,2	0,2	0,3	0,6	0,4	-	0,3	0,5	30
1,0	0,8	0,8	0,6	1,0	0,2	0,4	0,5	0,6	0,4	31
0,2	0,5	0,6	0,5	0,6	1,0	0,9	0,4	0,8	0,6	32
2,7	1,3	2,1	2,1	2,0	0,8	1,3	1,3	1,0	1,0	33
10,1	20,3	18,8	22,1	12,8	3,3	9,7	6,4	15,5	8,2	34
2,5	1,2	2,3	2,3	2,3	0,2	3,3	3,2	1,5	4,2	35
1,3	1,1	0,5	0,6	0,3	0,6	1,7	1,2	1,0	0,8	36
0,0	-	0,0	0,1	-	0,2	0,1	-	-	-	37
33,2	33,0	36,1	32,5	43,0	25,8	26,3	22,8	25,7	24,6	38
30,3	26,3	21,7	26,0	15,5	33,6	21,2	30,5	25,6	21,5	39
69,7	73,7	78,3	74,0	84,5	66,4	78,8	69,5	74,4	78,5	40
3,4	1,5	2,0	2,0	2,2	2,3	2,0	1,6	1,8	2,9	41
0,1	0,2	0,1	0,2	-	-	-	0,1	-	0,1	42
0,3	-	0,1	0,1	0,1	-	0,2	0,1	0,1	0,1	43
1,4	0,9	0,6	0,3	1,2	1,4	0,3	0,6	1,2	0,4	44
Prozesserverfolg										
7,9	5,9	5,0	4,0	7,1	4,9	6,3	9,0	7,5	6,8	45
48,1	45,5	53,8	57,1	46,5	33,7	54,1	40,0	43,9	39,9	46
40,5	44,5	35,9	36,0	35,5	58,0	32,5	50,2	42,1	49,1	47
0,9	1,3	0,6	0,6	0,6	1,1	0,5	0,6	0,4	1,6	48
2,5	2,7	4,8	2,3	10,3	2,3	6,6	0,2	6,1	2,6	49
Zulässigkeit der Revision										
1,7	6,0	3,6	3,5	3,9	0,4	2,7	2,3	6,6	2,6	50

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Lfd. Nr.	Dauer des Verfahrens Streitwert Prozesskostenhilfe	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	Oberlandesgericht	
					Karlsruhe	Stuttgart
Dauer des Verfahrens						
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	48 492	4 726	2 640	2 086
2	dar. beendet durch streitiges Urteil	Anzahl	13 060	1 201	767	434
Dauer der erledigten Verfahren ab erstem Eingang in der ersten Instanz						
3	bis einschl. 1 Jahr	%	15,3	19,3	10,7	30,1
4	mehr als 1 bis einschl. 2 Jahre	%	39,2	40,3	37,3	44,1
5	mehr als 2 bis einschl. 3 Jahre	%	23,3	22,6	28,0	15,7
6	mehr als 3 bis einschl. 4 Jahre	%	11,3	10,3	14,5	5,1
7	mehr als 4 bis einschl. 5 Jahre	%	5,2	3,6	4,5	2,5
8	mehr als 5 Jahre	%	5,7	3,9	5,0	2,6
9	Durchschnittl. Gesamtdauer je Verfahren insgesamt	Monate	27,3	24,7	28,2	20,3
10	Durchschnittl. Gesamtdauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	31,9	28,9	32,0	23,4
Dauer der erledigten Verfahren ab Eingang in der Berufungsinstanz						
11	bis einschl. 3 Monate	%	16,7	16,8	12,6	22,2
12	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	26,6	29,8	19,1	43,3
13	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	32,3	30,6	32,3	28,3
14	mehr als 12 bis einschl. 24 Monate	%	18,9	19,7	31,2	5,1
15	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	4,0	2,6	4,1	0,8
16	mehr als 36 Monate	%	1,5	0,6	0,7	0,3
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	9,2	8,5	10,5	5,8
18	Durchschnittl. Dauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	12,4	11,1	13,2	7,5
Streitwert						
19	Erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen	Anzahl	48 488	4 725	2 639	2 086
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR						
20	bis 600 EUR	%	1,2	2,4	1,3	3,9
21	600 bis 1 000 EUR	%	0,8	0,7	0,6	0,8
22	1 000 bis 1 500 EUR	%	0,8	0,8	0,7	0,9
23	1 500 bis 2 500 EUR	%	1,7	1,4	1,0	1,9
24	2 500 bis 3 000 EUR	%	1,1	1,0	0,8	1,2
25	3 000 bis 4 000 EUR	%	1,7	1,6	1,5	1,7
26	4 000 bis 5 000 EUR	%	2,0	1,9	1,9	2,0
27	5 000 bis 7 500 EUR	%	12,4	17,3	21,9	11,5
28	7 500 bis 10 000 EUR	%	9,8	8,5	8,4	8,6
29	10 000 bis 12 500 EUR	%	5,9	5,2	4,9	5,5
30	12 500 bis 15 000 EUR	%	5,7	4,9	4,3	5,7
31	15 000 bis 25 000 EUR	%	14,5	13,0	12,8	13,2
32	25 000 bis 50 000 EUR	%	15,9	15,0	14,0	16,3
33	50 000 bis 100 000 EUR	%	10,8	10,4	9,9	11,1
34	100 000 bis 500 000 EUR	%	12,7	12,8	12,3	13,4
35	mehr als 500 000 EUR	%	3,0	3,1	3,6	2,4
36	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 50 000 EUR	EUR	16 400	15 383	14 883	16 026
Prozesskostenhilfe						
37	Prozesskostenhilfeentscheidungen zusammen	Anzahl	2 971	244	145	99
Prozesskostenhilfe ist bewilligt worden						
38	nur dem Berufungskläger	Anzahl	710	63	38	25
39	darunter mit Ratenzahlung	%	10,8	15,9	15,8	16,0
40	nur dem Berufungsbeklagten	Anzahl	861	80	44	36
41	darunter mit Ratenzahlung	%	11,6	8,8	11,4	5,6
42	beiden Parteien	Anzahl	85	4	4	-
43	darunter mit Ratenzahlung für mindestens eine Partei	Anzahl	16	1	1	-
44	davon: nur für den Berufungskläger	%	31,3	100,0	100,0	-
45	nur für den Berufungsbeklagten	%	18,8	-	-	-
46	für beide Parteien	%	50,0	-	-	-
Prozesskostenhilfe wurde abgelehnt						
47	nur dem Berufungskläger	Anzahl	1 089	84	49	35
48	nur dem Berufungsbeklagten	Anzahl	111	9	6	3
49	beiden Parteien	Anzahl	15	-	-	-
50	Bewilligte Prozesskostenhilfe	Anzahl	1 741	151	90	61
51	ohne Ratenzahlung	Anzahl	1 540	133	78	55
52	mit Ratenzahlung	Anzahl	201	18	12	6
53	Abgelehnte Prozesskostenhilfe	Anzahl	1 230	93	55	38

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
zusammen	Oberlandesgericht									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Dauer des Verfahrens										
7 955	5 116	1 730	1 109	3 178	1 158	288	1 893	4 710	660	1
1 541	993	294	254	816	313	85	498	1 564	172	2
17,4	17,8	16,2	17,4	26,5	6,3	7,6	10,3	9,3	6,7	3
44,7	44,2	48,0	41,6	32,7	30,5	35,1	37,2	32,8	18,6	4
20,7	21,1	17,5	23,6	21,6	32,6	31,6	25,4	28,6	25,6	5
8,7	8,4	9,8	8,2	10,4	16,5	11,8	12,2	15,4	21,2	6
3,9	3,9	3,3	4,6	4,6	7,6	7,3	7,4	6,1	13,5	7
4,7	4,6	5,1	4,6	4,2	6,5	6,6	7,4	7,9	14,4	8
25,0	25,0	24,7	25,2	24,2	31,9	30,8	30,1	31,8	39,8	9
30,1	30,2	29,6	30,2	29,4	35,3	31,5	34,1	34,3	48,9	10
20,0	22,4	12,9	19,9	10,2	11,9	19,4	11,7	12,8	12,9	11
35,9	38,5	26,7	38,3	15,1	19,2	36,8	20,9	16,2	7,4	12
30,8	28,8	37,2	30,4	32,7	27,8	34,7	31,4	28,4	15,2	13
10,3	8,2	16,7	10,0	29,4	35,6	6,6	24,1	31,9	42,6	14
2,3	1,5	5,6	0,7	9,0	3,6	1,7	6,1	8,4	16,2	15
0,7	0,6	0,9	0,6	3,6	1,9	0,7	5,8	2,3	5,8	16
7,2	6,6	9,3	6,7	13,2	11,2	6,8	12,4	12,3	16,7	17
10,6	10,3	12,9	9,3	17,4	15,4	9,9	15,3	15,0	22,7	18
Streitwert										
7 955	5 116	1 730	1 109	3 178	1 158	288	1 893	4 709	660	19
1,9	1,5	4,2	0,3	0,9	0,4	0,3	0,9	0,2	1,5	20
0,7	0,5	1,0	0,8	0,8	0,9	0,3	0,6	0,4	1,2	21
1,1	1,4	0,8	0,2	0,6	1,0	-	1,0	0,4	1,1	22
2,1	2,1	2,4	2,0	1,4	1,9	1,0	1,5	0,8	3,0	23
1,4	1,4	1,8	1,1	1,0	0,4	1,4	1,0	0,6	1,7	24
2,0	2,0	1,7	2,3	1,5	3,0	2,1	1,3	1,1	2,3	25
2,5	2,0	4,4	2,2	2,4	2,5	1,0	1,5	1,4	2,3	26
11,1	10,8	10,3	13,3	11,4	12,3	12,5	8,7	11,3	12,9	27
9,1	8,4	11,0	9,1	9,1	11,6	13,9	8,8	9,5	12,4	28
5,8	5,8	4,6	7,7	5,8	5,9	9,4	6,2	6,6	7,9	29
4,9	4,5	5,4	6,1	5,7	7,3	4,9	4,5	5,8	7,1	30
13,6	13,4	13,9	14,1	14,5	16,8	13,5	13,7	15,0	11,4	31
16,7	16,9	15,1	18,2	16,1	15,1	12,2	16,8	15,9	13,2	32
11,2	11,7	9,9	10,5	10,8	8,5	12,5	12,4	11,7	8,8	33
13,2	14,3	11,8	10,2	13,8	10,2	10,1	16,6	15,2	11,4	34
2,7	3,2	1,6	2,2	4,1	2,2	4,9	4,5	4,0	2,0	35
16 382	16 708	15 102	16 984	16 934	16 048	15 506	17 785	17 337	14 553	36
Prozesskostenhilfe										
391	213	97	81	178	72	20	45	243	17	37
95	54	22	19	35	17	7	10	81	8	38
12,6	11,1	18,2	10,5	11,4	-	28,6	30,0	3,7	-	39
123	70	30	23	72	20	5	20	63	-	40
18,7	20,0	13,3	21,7	13,9	20,0	-	10,0	6,3	-	41
6	2	3	1	1	1	-	-	5	-	42
1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	43
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	44
100,0	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	45
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	46
146	80	35	31	65	30	7	14	79	9	47
15	5	4	6	4	3	1	1	10	-	48
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	49
230	128	58	44	109	39	12	30	154	8	50
194	107	50	37	95	35	10	25	147	8	51
36	21	8	7	14	4	2	5	7	-	52
161	85	39	37	69	33	8	15	89	9	53

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Lfd. Nr.	Dauer des Verfahrens Streitwert Prozesskostenhilfe	Einheit	Niedersachsen			Nordrhein-		
			zusammen	Oberlandesgericht		zusammen	Ober	
				Braunschweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
Dauer des Verfahrens								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	4 346	556	2 453	1 337	11 488	3 664
2	dar. beendet durch streitiges Urteil	Anzahl	1 128	138	649	341	3 070	1 356
Dauer der erledigten Verfahren ab erstem Eingang in der ersten Instanz								
3	bis einschl. 1 Jahr	%	23,4	10,4	24,6	26,6	13,1	8,6
4	mehr als 1 bis einschl. 2 Jahre	%	41,8	35,1	44,2	40,2	40,8	36,2
5	mehr als 2 bis einschl. 3 Jahre	%	19,0	24,8	18,3	17,8	24,1	28,2
6	mehr als 3 bis einschl. 4 Jahre	%	8,0	15,8	6,0	8,5	10,5	12,0
7	mehr als 4 bis einschl. 5 Jahre	%	3,8	7,4	2,9	3,9	5,7	7,2
8	mehr als 5 Jahre	%	4,1	6,5	4,1	3,1	5,8	7,8
9	Durchschnittl. Gesamtdauer je Verfahren insgesamt	Monate	23,4	30,6	22,2	22,4	27,7	31,1
10	Durchschnittl. Gesamtdauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	28,4	35,0	26,9	28,4	32,5	36,4
Dauer der erledigten Verfahren ab Eingang in der Berufungsinstanz								
11	bis einschl. 3 Monate	%	28,1	14,4	27,4	35,2	15,5	15,0
12	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	38,3	15,6	42,9	39,3	24,2	17,4
13	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	22,8	29,7	24,3	17,2	39,2	39,0
14	mehr als 12 bis einschl. 24 Monate	%	8,7	32,6	4,5	6,4	17,7	24,3
15	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	1,6	7,0	0,7	1,1	2,1	2,2
16	mehr als 36 Monate	%	0,4	0,7	0,2	0,7	1,3	2,0
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	6,2	11,4	5,4	5,6	8,9	10,2
18	Durchschnittl. Dauer je Verfahren, das mit streitigem Urteil (lfd. Nr. 2) endete	Monate	8,8	15,5	7,7	8,2	12,4	13,9
Streitwert								
19	Erledigte Verfahren (ohne Entschädigungs- und Rückerstattungsverfahren) zusammen	Anzahl	4 346	556	2 453	1 337	11 488	3 664
davon mit einem Streitwert von mehr als ... bis einschl. ... EUR								
20	bis 600 EUR	%	0,6	0,4	0,5	0,8	0,5	0,3
21	600 bis 1 000 EUR	%	0,7	1,1	0,7	0,7	0,8	0,7
22	1 000 bis 1 500 EUR	%	1,1	1,6	1,0	1,1	0,8	0,8
23	1 500 bis 2 500 EUR	%	1,6	1,1	1,6	1,7	1,8	1,8
24	2 500 bis 3 000 EUR	%	1,0	0,9	0,9	1,3	1,0	0,9
25	3 000 bis 4 000 EUR	%	1,5	0,7	1,5	1,8	1,6	1,5
26	4 000 bis 5 000 EUR	%	2,0	2,2	1,8	2,5	1,9	2,1
27	5 000 bis 7 500 EUR	%	13,0	15,8	12,5	12,6	11,7	10,6
28	7 500 bis 10 000 EUR	%	11,0	11,7	10,6	11,6	10,2	9,7
29	10 000 bis 12 500 EUR	%	5,4	2,7	5,8	5,7	6,0	5,7
30	12 500 bis 15 000 EUR	%	5,9	6,7	5,5	6,4	5,7	5,2
31	15 000 bis 25 000 EUR	%	16,5	16,4	17,0	15,6	14,9	14,9
32	25 000 bis 50 000 EUR	%	16,3	18,0	15,9	16,5	16,1	15,7
33	50 000 bis 100 000 EUR	%	10,6	8,1	10,9	10,9	11,1	11,4
34	100 000 bis 500 000 EUR	%	10,8	10,8	11,7	9,2	12,6	14,1
35	mehr als 500 000 EUR	%	1,9	2,0	2,2	1,4	3,3	4,6
36	Durchschnittl. Streitwert bei Verfahren mit einem Wert bis 50 000 EUR	EUR	16 683	16 936	16 757	16 447	16 767	17 003
Prozesskostenhilfe								
37	Prozesskostenhilfeentscheidungen zusammen	Anzahl	277	64	133	80	855	236
Prozesskostenhilfe ist bewilligt worden								
38	nur dem Berufungskläger	Anzahl	49	17	17	15	167	40
39	darunter mit Ratenzahlung	%	16,3	5,9	35,3	6,7	5,4	5,0
40	nur dem Berufungsbeklagten	Anzahl	71	21	32	18	254	70
41	darunter mit Ratenzahlung	%	18,3	23,8	12,5	22,2	7,5	8,6
42	beiden Parteien	Anzahl	8	2	3	3	44	13
43	darunter mit Ratenzahlung für mindestens eine Partei	Anzahl	2	-	2	-	8	2
44	davon: nur für den Berufungskläger	%	50,0	-	50,0	-	37,5	-
45	nur für den Berufungsbeklagten	%	-	-	-	-	-	-
46	für beide Parteien	%	50,0	-	50,0	-	62,5	100,0
Prozesskostenhilfe wurde abgelehnt								
47	nur dem Berufungskläger	Anzahl	113	18	62	33	298	85
48	nur dem Berufungsbeklagten	Anzahl	24	4	12	8	24	11
49	beiden Parteien	Anzahl	2	-	2	-	12	2
50	Bewilligte Prozesskostenhilfe	Anzahl	136	42	55	39	509	136
51	ohne Ratenzahlung	Anzahl	112	36	42	34	468	124
52	mit Ratenzahlung	Anzahl	24	6	13	5	41	12
53	Abgelehnte Prozesskostenhilfe	Anzahl	141	22	78	41	346	100

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.2 Dauer des Verfahrens, Streitwert, Prozesskostenhilfe

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
landesgericht		zusammen	Oberlandesgericht							
Hamm	Köln			Koblenz	Zweibrücken					
Dauer des Verfahrens										
4 335	3 489	2 260	1 478	782	484	1 996	979	1 368	1 003	1
950	764	502	347	155	264	591	478	456	381	2
14,0	16,7	12,0	14,1	8,1	8,9	14,7	19,2	10,8	6,7	3
40,6	45,7	39,2	43,9	30,4	35,7	45,0	43,2	37,5	28,6	4
23,2	20,9	21,9	21,9	21,9	27,5	20,5	19,3	22,2	29,5	5
11,2	8,0	15,3	9,7	25,8	14,0	9,5	9,9	17,7	17,1	6
5,7	4,2	6,2	5,1	8,1	5,4	5,0	4,1	5,0	6,8	7
5,2	4,6	5,4	5,1	5,8	8,5	5,3	4,3	6,7	11,3	8
27,3	24,8	28,5	26,4	32,5	31,2	26,1	24,8	30,3	35,7	9
30,9	27,6	33,3	30,4	39,6	33,8	29,5	27,2	34,4	38,6	10
16,2	15,2	14,1	16,2	10,2	12,6	20,5	23,9	13,2	8,7	11
22,1	33,8	18,9	24,0	9,3	9,7	38,9	37,1	26,2	20,9	12
41,2	36,8	34,5	39,5	24,9	42,1	32,8	28,8	39,5	34,2	13
17,4	11,1	22,9	17,8	32,6	29,8	5,9	8,8	16,6	29,4	14
2,3	1,7	8,8	1,8	22,0	4,3	1,4	0,9	2,8	5,7	15
0,8	1,3	0,8	0,7	0,9	1,4	0,6	0,5	1,8	1,1	16
8,7	7,8	10,7	8,3	15,2	10,8	6,4	6,3	9,4	11,1	17
11,9	10,3	13,7	11,6	18,6	13,0	8,8	7,1	11,9	13,3	18
Streitwert										
4 335	3 489	2 258	1 476	782	484	1 996	979	1 368	1 003	19
0,9	0,4	4,6	6,0	1,9	0,4	0,2	0,3	2,3	3,0	20
1,0	0,8	1,3	1,3	1,4	0,6	1,2	0,8	1,0	1,2	21
0,8	0,6	0,7	0,6	0,9	1,2	1,1	1,3	0,5	0,6	22
1,9	1,6	1,5	1,2	1,9	2,1	2,4	1,5	1,8	2,8	23
1,0	1,0	0,9	0,9	1,0	0,8	1,9	1,6	0,8	0,9	24
1,6	1,7	1,8	1,6	2,3	4,1	2,0	1,4	1,5	2,1	25
2,0	1,7	1,8	1,8	1,8	2,1	2,8	1,8	2,0	2,3	26
12,2	12,2	12,4	13,1	11,3	12,8	14,8	14,6	12,6	11,5	27
10,2	10,8	9,0	9,2	8,7	11,0	10,6	9,9	10,0	10,2	28
6,6	5,6	5,9	6,1	5,6	4,3	5,5	5,6	6,5	7,5	29
5,9	5,8	6,1	4,7	8,6	8,3	6,9	7,4	6,4	4,9	30
15,0	14,8	16,7	16,5	17,0	11,6	13,8	13,1	14,3	14,5	31
16,7	15,9	16,2	15,5	17,5	16,5	14,2	15,4	14,2	15,6	32
10,1	11,9	10,1	9,8	10,7	8,5	9,5	11,2	10,5	10,1	33
11,8	12,0	9,0	9,7	7,7	12,6	10,4	11,6	13,4	10,4	34
2,3	3,3	1,8	1,9	1,7	3,1	2,8	2,2	2,3	2,7	35
16 567	16 785	15 822	15 483	16 453	15 910	15 040	15 933	15 735	15 655	36
Prozesskostenhilfe										
397	222	144	93	51	48	198	72	93	74	37
94	33	54	26	28	9	49	18	22	26	38
7,4	-	24,1	7,7	39,3	-	14,3	-	9,1	15,4	39
122	62	32	24	8	10	60	14	24	13	40
7,4	6,5	18,8	16,7	25,0	10,0	11,7	-	8,3	15,4	41
21	10	3	2	1	2	4	1	5	1	42
4	2	1	.	1	1	-	-	2	-	43
50,0	50,0	-	-	-	-	-	-	-	-	44
-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	45
50,0	50,0	100,0	-	100,0	100,0	-	-	-	-	46
122	91	47	36	11	24	71	34	35	33	47
5	8	5	3	2	1	8	4	2	-	48
6	4	-	-	-	-	1	-	-	-	49
258	115	92	54	38	23	117	34	56	41	50
236	108	71	48	23	20	103	34	50	35	51
22	7	21	6	15	3	14	-	6	6	52
139	107	52	39	13	25	81	38	37	33	53

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.3 Angefochtene Entscheidung, Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat), Prozesserfolg

Lfd. Nr.	Angefochtene Entscheidung Parteien / Termine Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat) Prozesserfolg	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	Oberlandesgericht	
					Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	48 492	4 726	2 640	2 086
Angefochtene Entscheidung						
Von den erledigten Berufungsverfahren (lfd. Nr. 1) haben sich gerichtet gegen ein Urteil						
2	eines Richters beim Amtsgericht	%	0,5	0,4	0,4	0,3
3	eines Einzelrichters beim Landgericht	%	70,3	74,1	70,3	79,0
4	einer Kammer beim Landgericht (ohne lfd. Nr. 5)	%	21,9	20,9	26,4	14,0
5	einer Kammer für Handelssachen	%	7,3	4,6	3,0	6,7
Sitz der Partei(en)						
6	Zahl der Berufungskläger 1)	Anzahl	48 702	4 736	2 649	2 087
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im						
7	Inland	%	97,1	98,3	98,3	98,4
8	EU-Ausland	%	1,8	1,1	1,1	1,0
9	sonstigen Ausland	%	1,2	0,6	0,6	0,7
10	Zahl der Berufungsbeklagten 1)	Anzahl	48 731	4 734	2 645	2 089
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im						
11	Inland	%	97,3	98,5	98,4	98,8
12	EU-Ausland	%	1,7	0,9	1,1	0,7
13	sonstigen Ausland	%	1,0	0,5	0,5	0,6
Termine ²⁾						
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) waren						
14	ohne Termin	%	51,4	46,1	45,3	47,2
15	mit Termin ohne Beweistermin	%	41,9	42,8	43,4	41,9
16	mit Beweistermin	%	6,8	11,1	11,3	10,9
Durchschnittliche Zahl der Termine						
17	je erledigtes Verfahren mit Termin (lfd. Nrn. 15 und 16)	Anzahl	1,2	1,1	1,1	1,1
18	je erledigtes Verfahren mit Beweistermin	Anzahl	1,6	1,3	1,4	1,3
19	Gesamtzahl der Termine	Anzahl	27 409	2 781	1 607	1 174
20	ohne Beweisaufnahme	%	86,4	79,5	79,7	79,1
21	mit Beweisaufnahme	%	13,6	20,5	20,3	20,9
Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat)						
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) waren im Zeitpunkt der Erledigung anhängig gewesen						
22	bei dem Einzelrichter	Anzahl	4 508	396	392	4
23	davon: zur Vorbereitung der Entscheidung zugewiesen (§ 527 Abs. 3, 4 ZPO)	%	5,4	3,5	3,1	50,0
24	zur Entscheidung übertragen gewesen (§ 526 Abs. 1 ZPO)	%	94,6	96,5	96,9	50,0
25	bei dem Senat	Anzahl	43 984	4 330	2 248	2 082
26	davon: nach Vorbereitung durch den Einzelrichter (§ 527 Abs. 1, 2 ZPO)	%	0,7	0,1	0,1	0,0
27	nach Übernahme vom Einzelrichter (§ 526 Abs. 2 ZPO)	%	0,6	2,3	1,9	2,8
28	ohne dass das Verfahren vorher dem Einzelrichter zugewiesen gewesen ist	%	98,7	97,6	98,0	97,1
Prozesserfolg						
Von den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet						
29	mit Kostenentscheidung zusammen	Anzahl	43 186	4 081	2 404	1 677
Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen						
30	der Berufungskläger (Antragsteller) ganz	Anzahl	29 996	2 922	1 615	1 307
31	der Berufungskläger (Antragsteller) überwiegend	Anzahl	3 946	413	297	116
32	jede Partei zur Hälfte	Anzahl	2 476	277	217	60
33	der Berufungsbeklagte (Antragsgegner) überwiegend	Anzahl	2 187	189	126	63
34	der Berufungsbeklagte (Antragsgegner) ganz	Anzahl	2 785	252	139	113
35	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	Anzahl	1 796	28	10	18

1) Mehrere Kläger / Beklagte derselben Art sind je Verfahren nur einmal gezählt.

2) Ohne Verkündungstermin.

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.3 Angefochtene Entscheidung, Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat), Prozesserfolg

Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
zusammen	Oberlandesgericht									
	München	Nürnberg	Bamberg							
7 955	5 116	1 730	1 109	3 178	1 158	288	1 893	4 710	660	1
Angefochtene Entscheidung										
0,5	0,4	0,6	0,6	0,0	1,2	-	0,1	0,3	0,9	2
76,0	76,3	69,9	83,9	89,9	79,2	55,2	67,0	83,1	87,6	3
15,7	14,5	23,8	8,5	7,0	13,0	33,0	19,5	8,6	8,2	4
7,9	8,8	5,6	7,0	3,1	6,6	11,8	13,4	8,0	3,3	5
Sitz der Partei(en)										
8 009	5 139	1 760	1 110	3 198	1 158	288	1 908	4 715	660	6
95,8	95,3	96,0	97,7	97,0	99,2	97,6	95,5	97,7	99,1	7
2,9	3,1	3,1	1,7	1,8	0,5	1,7	2,4	1,0	0,5	8
1,3	1,6	0,9	0,6	1,2	0,3	0,7	2,1	1,3	0,5	9
8 051	5 148	1 789	1 114	3 197	1 158	288	1 900	4 715	660	10
95,8	95,8	94,8	97,1	97,6	98,7	95,8	95,4	98,1	100,0	11
3,0	2,8	4,6	1,5	1,1	1,0	2,4	3,0	1,1	-	12
1,3	1,5	0,6	1,3	1,3	0,3	1,7	1,6	0,7	-	13
Termine ²⁾										
59,2	64,1	51,7	48,4	57,2	50,2	43,8	51,2	44,3	57,6	14
35,8	32,2	40,5	44,8	36,0	43,7	50,7	48,7	49,2	40,5	15
5,0	3,7	7,8	6,8	6,8	6,1	5,6	0,1	6,5	2,0	16
1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1	17
1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	2,2	2,4	1,0	1,7	1,4	18
3 890	2 242	985	663	1 689	733	200	1 125	3 003	304	19
87,7	90,1	82,7	86,6	85,2	87,6	89,0	99,9	87,8	95,4	20
12,3	9,9	17,3	13,4	14,8	12,4	11,0	0,1	12,2	4,6	21
Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat)										
148	71	31	46	415	150	39	607	1 959	63	22
9,5	15,5	3,2	4,3	0,2	10,0	-	4,9	2,4	12,7	23
90,5	84,5	96,8	95,7	99,8	90,0	100,0	95,1	97,6	87,3	24
7 807	5 045	1 699	1 063	2 763	1 008	249	1 286	2 751	597	25
-	-	-	-	0,1	1,6	-	0,4	4,0	0,3	26
0,2	0,2	0,1	-	-	3,8	-	1,3	0,1	0,5	27
99,8	99,8	99,9	100,0	99,9	94,6	100,0	98,3	95,9	99,2	28
Prozesserfolg										
6 352	4 151	1 378	823	2 644	1 089	271	1 809	4 224	624	29
4 861	3 106	1 107	648	1 952	715	157	1 176	2 822	410	30
378	266	58	54	166	119	24	165	527	55	31
196	147	34	15	118	82	35	98	284	61	32
230	160	32	38	114	71	15	70	241	34	33
336	242	61	33	212	71	28	116	265	61	34
351	230	86	35	82	31	12	184	85	3	35

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.3 Angefochtene Entscheidung, Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat), Prozesserfolg

Lfd. Nr.	Angefochtene Entscheidung Parteien / Termine Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat) Prozesserfolg	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-	
			zusammen	Oberlandesgericht			zusammen	Ober Düsseldorf
				Braun- schweig	Celle	Oldenburg		
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	4 346	556	2 453	1 337	11 488	3 664
Angefochtene Entscheidung								
Von den erledigten Berufungsverfahren (lfd. Nr. 1) haben sich gerichtet gegen ein Urteil								
2	eines Richters beim Amtsgericht	%	0,7	-	0,9	0,7	0,4	-
3	eines Einzelrichters beim Landgericht	%	68,8	72,5	62,7	78,5	48,1	51,6
4	einer Kammer beim Landgericht (ohne lfd. Nr. 5)	%	23,4	23,7	27,7	15,5	43,3	38,8
5	einer Kammer für Handelssachen	%	7,0	3,8	8,7	5,3	8,2	9,7
Sitz der Partei(en)								
6	Zahl der Berufungskläger 1)	Anzahl	4 347	556	2 453	1 338	11 573	3 700
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im								
7	Inland	%	99,0	98,0	99,3	99,0	95,9	94,4
8	EU-Ausland	%	0,6	0,9	0,5	0,5	2,4	3,2
9	sonstigen Ausland	%	0,4	1,1	0,2	0,5	1,6	2,4
10	Zahl der Berufungsbeklagten 1)	Anzahl	4 347	556	2 454	1 337	11 573	3 696
davon haben bei Rechtshängigkeit ihren Sitz gehabt im								
11	Inland	%	98,8	97,7	98,8	99,3	96,2	94,5
12	EU-Ausland	%	0,9	2,0	0,9	0,4	2,3	3,4
13	sonstigen Ausland	%	0,3	0,4	0,2	0,3	1,4	2,1
Termine ²⁾								
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) waren								
14	ohne Termin	%	61,7	56,3	62,1	63,1	49,6	45,9
15	mit Termin ohne Beweistermin	%	28,6	26,8	31,0	24,8	43,5	50,8
16	mit Beweistermin	%	9,7	16,9	6,8	12,0	6,9	3,3
Durchschnittliche Zahl der Termine								
17	je erledigtes Verfahren mit Termin (lfd. Nrn. 15 und 16)	Anzahl	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2
18	je erledigtes Verfahren mit Beweistermin	Anzahl	1,3	1,2	1,4	1,2	1,5	2,3
19	Gesamtzahl der Termine	Anzahl	1 858	274	1 035	549	6 713	2 323
20	ohne Beweisaufnahme	%	74,4	61,7	81,5	67,2	87,0	93,8
21	mit Beweisaufnahme	%	25,6	38,3	18,5	32,8	13,0	6,2
Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat)								
Von den insgesamt erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) waren im Zeitpunkt der Erledigung anhängig gewesen								
22	bei dem Einzelrichter	Anzahl	124	57	65	2	108	92
23	davon: zur Vorbereitung der Entscheidung zugewiesen (§ 527 Abs. 3, 4 ZPO)	%	0,8	1,8	-	-	79,6	85,9
24	zur Entscheidung übertragen gewesen (§ 526 Abs. 1 ZPO)	%	99,2	98,2	100,0	100,0	20,4	14,1
25	bei dem Senat	Anzahl	4 222	499	2 388	1 335	11 380	3 572
26	davon: nach Vorbereitung durch den Einzelrichter (§ 527 Abs. 1, 2 ZPO)	%	-	-	-	-	1,4	4,3
27	nach Übernahme vom Einzelrichter (§ 526 Abs. 2 ZPO)	%	0,3	2,2	0,1	0,1	0,2	0,1
28	ohne dass das Verfahren vorher dem Einzelrichter zugewiesen gewesen ist	%	99,7	97,8	99,9	99,9	98,4	95,6
Prozesserfolg								
Von den erledigten Verfahren (lfd. Nr. 1) haben geendet								
29	mit Kostenentscheidung zusammen	Anzahl	4 184	539	2 362	1 283	10 847	3 479
Nach der Kostenentscheidung hat/haben die Gerichtskosten getragen								
30	der Berufungskläger (Antragsteller) ganz	Anzahl	2 965	388	1 614	963	7 049	2 341
31	der Berufungskläger (Antragsteller) überwiegend	Anzahl	408	41	271	96	1 067	281
32	jede Partei zur Hälfte	Anzahl	256	26	147	83	657	138
33	der Berufungsbeklagte (Antragsgegner) überwiegend	Anzahl	225	40	136	49	660	238
34	der Berufungsbeklagte (Antragsgegner) ganz	Anzahl	252	33	141	78	662	249
35	eine sonstige Kostenentscheidung ist ergangen	Anzahl	78	11	53	14	752	232

1) Mehrere Kläger / Beklagte derselben Art sind je Verfahren nur einmal gezählt.

2) Ohne Verkündungstermin.

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Berufungssachen nach Ländern und Oberlandesgerichten 2015

8.3 Angefochtene Entscheidung, Parteien, Termine, Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat), Prozesserfolg

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
landesgericht		zusammen	Oberlandesgericht							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
4 335	3 489	2 260	1 478	782	484	1 996	979	1 368	1 003	1
Angefochtene Entscheidung										
0,5	0,7	0,4	0,1	0,8	0,4	1,1	1,5	1,1	2,9	2
61,0	28,5	71,6	75,8	63,8	88,6	85,2	70,6	82,4	74,1	3
29,4	65,2	20,5	15,4	30,1	4,1	6,4	22,4	10,0	13,7	4
9,0	5,6	7,5	8,7	5,4	6,8	7,3	5,5	6,5	9,4	5
Sitz der Partei(en)										
4 368	3 505	2 267	1 484	783	484	2 004	979	1 371	1 005	6
96,8	96,5	97,3	96,6	98,5	97,9	97,1	99,7	98,5	97,5	7
1,7	2,5	1,5	1,8	0,8	1,9	1,4	0,1	0,9	1,8	8
1,5	1,0	1,3	1,5	0,8	0,2	1,5	0,2	0,6	0,7	9
4 364	3 513	2 272	1 487	785	485	2 001	979	1 368	1 003	10
97,6	96,4	97,7	97,4	98,3	97,1	97,2	99,3	99,5	99,5	11
1,4	2,2	1,1	1,3	0,6	1,6	1,8	0,3	0,2	0,3	12
1,0	1,3	1,2	1,3	1,0	1,2	1,0	0,4	0,3	0,2	13
Termine ²⁾										
49,7	53,5	60,1	64,7	51,3	28,7	41,9	32,1	48,7	35,7	14
37,3	43,5	36,8	31,6	46,5	64,7	51,5	60,7	41,5	56,4	15
13,1	3,1	3,1	3,7	2,2	6,6	6,6	7,3	9,8	7,9	16
1,1	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2	17
1,2	2,3	1,5	1,4	1,9	2,1	1,8	1,3	1,5	1,5	18
2 444	1 946	1 040	610	430	404	1 403	702	809	755	19
75,0	93,8	92,4	90,3	95,3	90,6	89,0	88,9	80,5	88,6	20
25,0	6,2	7,6	9,7	4,7	9,4	11,0	11,1	19,5	11,4	21
Zuständigkeit (Einzelrichter / Senat)										
1	15	16	12	4	1	214	49	77	142	22
100,0	40,0	6,3	8,3	-	-	9,3	-	5,2	1,4	23
-	60,0	93,8	91,7	100,0	100,0	90,7	100,0	94,8	98,6	24
4 334	3 474	2 244	1 466	778	483	1 782	930	1 291	861	25
0,0	-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	26
0,5	0,1	0,3	0,2	0,5	-	0,3	2,5	1,5	0,3	27
99,5	99,9	99,7	99,8	99,5	100,0	99,7	97,3	98,5	99,7	28
Prozesserfolg										
4 014	3 354	2 070	1 376	694	429	1 439	933	1 338	852	29
2 513	2 195	1 550	1 035	515	317	1 044	599	888	569	30
501	285	156	103	53	28	99	101	162	78	31
319	200	135	88	47	14	44	81	93	45	32
262	160	91	57	34	20	57	37	86	47	33
272	141	126	85	41	33	139	62	100	70	34
147	373	12	8	4	17	56	53	9	43	35

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

8.4 Verweisung vor den Güterichter, Dauer des Verfahrens

Lfd. Nr.	Verweisung vor den Güterichter Dauer des Verfahrens	Einheit	Deutschland	Baden-Württemberg		
				zusammen	OLG-Bezirk	
					Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	48 492	4 726	2 640	2 086
	darunter					
2	Erledigte Verfahren durch gerichtlichen Vergleich	Anzahl	8 420	969	455	514
	darunter					
3	nach vollständiger Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	113	1	1	-
4	ohne Konfliktbeilegung oder ohne vollständige Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	8 307	968	454	514
Verweisung vor den Güterichter						
In den erledigten Verfahren (lfd.Nr. 1) haben die Beteiligten den Konflikt vor dem Güterichter						
5	vollständig beigelegt	Anzahl	169	1	1	-
6	teilweise beigelegt	Anzahl	2	-	-	-
7	nicht beigelegt	Anzahl	121	3	2	1
8	Eine Verweisung vor den Güterichter hat nicht stattgefunden	Anzahl	48 200	4 722	2 637	2 085
Dauer des Verfahrens						
Von den erledigten Verfahren, in denen k e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nr. 8) stattgefunden hat waren anhängig						
9	bis einschl. 3 Monate	%	16,8	16,8	12,6	22,2
10	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	26,7	29,8	19,1	43,3
11	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	32,3	30,6	32,3	28,3
12	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	12,9	14,0	22,0	4,0
13	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	5,9	5,6	9,2	1,1
14	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	3,9	2,6	4,1	0,8
15	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	1,0	0,4	0,6	0,3
16	mehr als 48 Monate	%	0,5	0,1	0,2	0,0
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	9,2	8,5	10,6	5,8
Von den erledigten Verfahren, in denen e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nm. 5 bis 7) stattgefunden hat waren anhängig						
18	bis einschl. 3 Monate	%	5,8	25,0	33,3	-
19	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	15,8	50,0	33,3	100,0
20	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	36,3	25,0	33,3	-
21	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	19,2	-	-	-
22	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	8,9	-	-	-
23	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	8,2	-	-	-
24	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	2,7	-	-	-
25	mehr als 48 Monate	%	3,1	-	-	-
26	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	14,2	4,3	4,4	4,2

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

8.4 Verweisung vor den Güterichter, Dauer des Verfahrens

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk									
	München	Nürnberg	Bamberg							
Dauer des Verfahrens										
7 955	5 116	1 730	1 109	3 178	1 158	288	1 893	4 710	660	1
1 435	845	333	257	484	209	55	335	903	94	2
3	1	1	1	27	6	1	7	13	-	3
1 432	844	332	256	457	203	54	328	890	94	4
Verweisung vor den Güterichter										
8	6	1	1	66	13	1	8	13	-	5
-	-	-	-	1	-	-	-	1	-	6
6	2	4	-	20	6	-	1	3	1	7
7 941	5 108	1 725	1 108	3 091	1 139	287	1 884	4 693	659	8
Dauer des Verfahrens										
20,0	22,4	12,9	19,9	10,4	12,1	19,5	11,6	12,8	12,9	9
35,9	38,5	26,8	38,4	15,3	19,4	36,9	20,9	16,3	7,4	10
30,8	28,7	37,2	30,4	32,9	27,7	34,8	31,5	28,4	15,2	11
7,6	6,1	11,4	8,7	19,2	27,0	4,2	15,2	18,9	22,8	12
2,7	2,1	5,2	1,3	10,2	8,3	2,4	8,9	13,0	19,7	13
2,3	1,5	5,6	0,7	8,9	3,6	1,4	6,1	8,3	16,2	14
0,5	0,5	0,6	0,5	1,9	1,4	0,7	3,9	1,7	4,7	15
0,2	0,1	0,3	0,2	1,3	0,5	-	2,0	0,6	1,1	16
7,2	6,6	9,3	6,6	13,0	11,1	6,8	12,4	12,3	16,7	17
-	-	-	-	3,4	-	-	33,3	-	-	18
14,3	25,0	-	-	9,2	5,3	-	33,3	5,9	-	19
57,1	75,0	40,0	-	25,3	36,8	-	11,1	29,4	-	20
7,1	-	20,0	-	24,1	36,8	-	22,2	11,8	-	21
14,3	-	20,0	100,0	6,9	15,8	-	-	17,6	100,0	22
7,1	-	20,0	-	13,8	5,3	100,0	-	35,3	-	23
-	-	-	-	8,0	-	-	-	-	-	24
-	-	-	-	9,2	-	-	-	-	-	25
11,3	7,5	15,1	22,5	21,3	14,0	28,1	6,4	18,4	18,8	26

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

8.4 Verweisung vor den Güterichter, Dauer des Verfahrens

Lfd. Nr.	Verweisung vor den Güterichter Dauer des Verfahrens	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-	
			zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
				Braun- schweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
Dauer des Verfahrens								
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	4 346	556	2 453	1 337	11 488	3 664
	darunter							
2	Erledigte Verfahren durch gerichtlichen Vergleich	Anzahl	615	80	360	175	1 952	441
	darunter							
3	nach vollständiger Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	17	-	15	2	8	4
4	ohne Konfliktbeilegung oder ohne vollständige Konfliktbeilegung vor dem Güterichter	Anzahl	598	80	345	173	1 944	437
Verweisung vor den Güterichter								
In den erledigten Verfahren (lfd.Nr. 1) haben die Beteiligten den Konflikt vor dem Güterichter								
5	vollständig beigelegt	Anzahl	18	-	16	2	9	4
6	teilweise beigelegt	Anzahl	-	-	-	-	-	-
7	nicht beigelegt	Anzahl	23	1	22	-	24	9
8	Eine Verweisung vor den Güterichter hat nicht stattgefunden ...	Anzahl	4 305	555	2 415	1 335	11 455	3 651
Dauer des Verfahrens								
Von den erledigten Verfahren, in denen k e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nr. 8) stattgefunden hat waren anhängig								
9	bis einschl. 3 Monate	%	28,4	14,4	27,8	35,2	15,6	15,1
10	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	38,5	15,7	43,3	39,3	24,2	17,4
11	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	22,6	29,7	24,0	17,2	39,1	38,9
12	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	5,7	21,6	3,0	4,0	13,0	17,9
13	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	2,7	10,8	1,1	2,4	4,7	6,4
14	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	1,6	7,0	0,6	1,1	2,1	2,2
15	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	0,2	0,7	0,0	0,4	0,7	1,0
16	mehr als 48 Monate	%	0,2	-	0,2	0,4	0,6	1,1
17	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	6,2	11,4	5,3	5,6	8,9	10,2
Von den erledigten Verfahren, in denen e i n e Konfliktbeilegung vor dem Güterichter (lfd. Nrn. 5 bis 7) stattgefunden hat waren anhängig								
18	bis einschl. 3 Monate	%	2,4	-	2,6	-	6,1	7,7
19	mehr als 3 bis einschl. 6 Monate	%	22,0	-	21,1	50,0	15,2	7,7
20	mehr als 6 bis einschl. 12 Monate	%	41,5	-	42,1	50,0	51,5	53,8
21	mehr als 12 bis einschl. 18 Monate	%	22,0	100,0	21,1	-	18,2	15,4
22	mehr als 18 bis einschl. 24 Monate	%	7,3	-	7,9	-	6,1	15,4
23	mehr als 24 bis einschl. 36 Monate	%	4,9	-	5,3	-	-	-
24	mehr als 36 bis einschl. 48 Monate	%	-	-	-	-	3,0	-
25	mehr als 48 Monate	%	-	-	-	-	-	-
26	Durchschnittl. Dauer je Verfahren insgesamt	Monate	11,0	17,2	11,0	7,2	10,6	10,9

8 Vor dem Oberlandesgericht erledigte Zivilprozesssachen nach Ländern und OLG - Bezirken 2015

8.4 Verweisung vor den Güterichter, Dauer des Verfahrens

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						

Dauer des Verfahrens

4 335	3 489	2 260	1 478	782	484	1 996	979	1 368	1 003	1
928	583	305	192	113	43	479	126	233	183	2
3	1	-	-	-	-	-	3	27	-	3
925	582	305	192	113	43	479	123	206	183	4

Verweisung vor den Güterichter

4	1	-	-	-	-	-	4	28	-	5
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6
11	4	2	2	-	-	3	7	16	6	7
4 320	3 484	2 258	1 476	782	484	1 993	968	1 324	997	8

Dauer des Verfahrens

16,3	15,2	14,1	16,2	10,2	12,6	20,6	24,1	13,1	8,7	9
22,1	33,9	18,9	24,0	9,3	9,7	38,9	37,5	26,0	21,1	10
41,1	36,8	34,5	39,5	24,9	42,1	32,7	28,3	39,6	34,4	11
12,4	8,5	15,8	15,0	17,1	25,4	4,3	6,8	11,8	21,2	12
5,1	2,5	7,1	2,7	15,5	4,3	1,6	1,9	4,9	7,9	13
2,3	1,8	8,8	1,8	22,0	4,3	1,4	0,9	2,9	5,6	14
0,5	0,7	0,5	0,6	0,4	1,2	0,3	0,3	0,7	0,8	15
0,3	0,5	0,3	0,1	0,5	0,2	0,4	0,2	1,1	0,3	16
8,7	7,8	10,7	8,3	15,2	10,8	6,4	6,3	9,4	11,0	17
6,7	-	-	-	-	-	-	9,1	13,6	-	18
26,7	-	-	-	-	-	-	-	34,1	-	19
60,0	20,0	50,0	50,0	-	-	100,0	72,7	36,4	-	20
6,7	60,0	50,0	50,0	-	-	-	9,1	6,8	50,0	21
-	-	-	-	-	-	-	9,1	6,8	33,3	22
-	-	-	-	-	-	-	-	-	16,7	23
-	20,0	-	-	-	-	-	-	-	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	2,3	-	25
7,7	18,5	10,5	10,5	-	-	9,7	9,9	8,4	18,8	26

Zivilsachen vor dem Bundesgerichtshof

- Geschäftsentwicklung der Revisionen bis 2015
- Geschäftsentwicklung nach Senaten 2015

An dieser Stelle möchten wir auf die **Statistik der Zivilsenate des Bundesgerichtshofs** verweisen, welche mit detaillierten Informationsgehalt kostenfrei im Internet unter

http://www.bundesgerichtshof.de/DE/Service/Statistik/StatistikZivil/statistikZivil_node.html

erhältlich ist.

Amtsgerichte

10	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)
11	Verkehrsunfallsachen
12	Kaufsachen
13	Arzthaftungssachen
14	Reisevertragssachen
15	Kredit-/Leasingsachen
16	Nachbarschaftssachen
17	Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder
18	Wohnungsmietsachen
19	Sonstige Mietsachen
20	Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)
21	Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten
23	Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung
24	Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt
25	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)
26	Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)
39	Sonstiger Verfahrensgegenstand

Erläuterungen:

**Zu allen Sachgebieten: Bei abgetretenen Forderungen ist das Ursprungsrecht maßgebend
(z.B. bei Geltendmachung von Ansprüchen durch Inkassounternehmen)**

- Zu 10: Eine Bausache liegt vor, wenn das Verfahren Forderungen aus Werk- oder Werklieferungsverträgen betrifft, die auf Grund von Bauvorhaben geschlossen worden sind, insbesondere wenn der Schwerpunkt der Streitigkeit in einem Streit um bauwerkbezogene Mängel (§ 634a Absatz 1 Nummer 2 BGB) liegt.
- Zu 11: einschließlich der Ansprüche aus Versicherungsverträgen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen
- Zu 12: Hierunter sind Streitigkeiten zu erfassen, die den Kauf von körperlichen Gegenständen (Sachen), Rechten und sonstigen Gegenständen (zum Beispiel Strom, Gas, Wasser und Fernwärme, Wertpapiere, Praxen freier Berufe, Unternehmen) betreffen (§§ 433, 453 BGB).
- Zu 16: Hierunter sind Streitigkeiten zu erfassen, die ihren spezifischen Ursprung im Nachbarschaftsverhältnis der Parteien haben und dadurch bedingt sind. Hierzu zählt insbesondere die Geltendmachung von Unterlassungs-, Duldungs- und Ausgleichsansprüchen nach Maßgabe der §§ 906 fortfolgende BGB sowie nach den landesgesetzlichen Vorschriften im Sinne von Artikel 124 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.
- Zu 18: Hierunter sind Streitigkeiten über Ansprüche aus einem Mietverhältnis über Wohnraum oder über den Bestand eines solchen Mietverhältnisses (§ 23 Nummer 2 Buchstabe a) GVG) zu erfassen.
- Zu 19: z.B. Miete von Gewerberäumen, Miete von beweglichen Gegenständen
- Zu 20: z.B. auch Einforderung von Versicherungsbeiträgen durch die Versicherung
- Zu 24: z. B. Honorarforderungen von Ärzten, Architekten, Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe
- Zu 25/ 26: WEG = Wohnungseigentumsgesetz

Landgerichte - 1. Instanz -**Zivilkammer**

- 10 Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)
- 11 Verkehrsunfallsachen
- 12 Kaufsachen
- 13 Arzthaftungssachen
- 14 Reisevertragssachen
- 15 Miet-/Kredit-/Leasingsachen
- 16 Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt
- 17 Auseinandersetzungen von Gesellschaften
- 18 Gewerblicher Rechtsschutz (ohne Technische Schutzrechte SG 29)
- 19 Staatshaftungssachen (einschließlich Enteignungsentschädigung)
- 20 Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder
- 21 Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne Sachgebiet 17)
- 26 Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)
- 27 Kapitalanlagesachen
- 28 Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)
- 29 Technische Schutzrechte
- 30 Kartellsachen
- 32 Auskunftsrechtliche Anordnung nach § 101 Abs. 9 UrhG
- 39 Sonstiger Verfahrensgegenstand

Kammer für Handelssachen

- 40 Handelsvertretersachen
- 41 Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten
- 42 Bausachen
- 43 Markensachen
- 44 Wettbewerbssachen
- 45 Kartellsachen
- 46 Verfahren nach dem Spruchverfahrensgesetz (SpruchG)
- 50 Sonstiger Verfahrensgegenstand

Sonstige Kammer

- 60 Baulandsachen nach dem BauGB (Baulandkammer)
- 61 Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungskammer)
- 62 Wiedergutmachungssachen nach dem BWKAusl (Wiedergutmachungskammer)
- 70 Sonstiger Verfahrensgegenstand

Erläuterungen:**Zu allen Sachgebieten: Bei abgetretenen Forderungen ist das Ursprungsrecht maßgebend (z.B. bei Geltendmachung von Ansprüchen durch Inkassounternehmen)**

- Zu 10: Eine Bausache liegt vor, wenn das Verfahren Forderungen aus Werk- oder Werklieferungsverträgen betrifft, die auf Grund von Bauvorhaben geschlossen worden sind, insbesondere wenn der Schwerpunkt der Streitigkeit in einem Streit um bauwerkbezogene Mängel (§ 634 a Abs. 1 Nummer 2 BGB) liegt.
- Zu 11: einschließlich der Ansprüche aus Versicherungsverträgen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen
- Zu 12: Hierunter sind Streitigkeiten zu erfassen, die den Kauf von körperlichen Gegenständen (Sachen), Rechten und sonstigen Gegenständen (zum Beispiel Strom, Gas, Wasser und Fernwärme, Wertpapiere, Praxen freier Berufe, Unternehmen) betreffen (§§ 433, 453 BGB).
- Zu 16: z. B. Haftung von Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe, Honorarforderungen von Ärzten, Architekten, Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe; Vergütung- und Entschädigungsregelungen der Justiz (z. B. JVEG, VBVG, InsVV, ZwVwV) sind nicht als Honorarordnungen im Sinne des Sachgebietskatalog anzusehen.
- Zu 17: z. B. Abfindungsstreitigkeiten beim Ausscheiden Einzelner
- Zu 18: z. B. Wettbewerbssachen
- Zu 26: WEG = Wohnungseigentumsgesetz
- Zu 27: Rechtsstreitigkeiten, mit denen der Ersatz eines aufgrund falscher, irreführender oder unterlassener öffentlicher Kapitalmarktinformationen verursachten Schadens oder ein Erfüllungsanspruch aus Vertrag, der auf einem Angebot nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz beruht, geltend gemacht wird, sowie Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an einer Kapitalanlagegesellschaft, sofern für diese ein an die Allgemeinheit gerichteter Prospekt herausgegeben worden ist.
- Zu 28: Verfahren nach dem Versicherungsvertragsgesetz (VVG), z. B. auch Einforderung von Versicherungsbeiträgen durch die Versicherung.
- Zu 29: Patentrechte, Gebrauchsmusterrechte, Arbeitnehmererfindungen und Topografieschutzrechte
- Zu 30/45: Hierunter sind Verfahren nach dem Energiewirtschaftsgesetz (§ 102 EnWG) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (§ 87 GWB) zu erfassen
- Zu 46: Hierunter sind Verfahren nach dem Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (SpruchG) zu erfassen
- Zu 60: BauGB = Baugesetzbuch
- Zu 61: BEG = Gesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung
- Zu 62: BWKAusl = Bundesgesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts der Kriegsofferversorgung für Berechtigte im Ausland

Landgerichte - Berufungen -**Zivilkammer**

- 10 Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)
- 11 Verkehrsunfallsachen
- 12 Kaufsachen
- 13 Arzthaftungssachen
- 14 Reisevertragssachen
- 15 Kredit-/Leasingsachen
- 16 Nachbarschaftssachen
- 17 Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder
- 18 Wohnungsmietsachen
- 19 Sonstige Mietsachen
- 20 Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)
- 21 Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten
- 23 Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung
- 24 Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt
- 25 Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nrn. 1 bis 4 WEG (Binnenstreitigkeiten)
- 26 Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)
- 39 Sonstiger Verfahrensgegenstand

Kammer für Handelssachen

- 40 Handelsvertretersachen
- 41 Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten
- 42 Bausachen
- 43 Markensachen
- 44 Wettbewerbssachen
- 50 Sonstiger Verfahrensgegenstand

Erläuterungen:

**Zu allen Sachgebieten: Bei abgetretenen Forderungen ist das Ursprungsrecht maßgebend
(z.B. bei Geltendmachung von Ansprüchen durch Inkassounternehmen)**

- Zu 10: Eine Bausache liegt vor, wenn das Verfahren Forderungen aus Werk- oder Werklieferungsverträgen betrifft, die auf Grund von Bauvorhaben geschlossen worden sind, insbesondere wenn der Schwerpunkt der Streitigkeit in einem Streit um bauwerkbezogene Mängel (§ 634 a Abs. 1 Nummer 2 BGB) liegt.
- Zu 11: einschließlich der Ansprüche aus Versicherungsverträgen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen
- Zu 12: Hierunter sind Streitigkeiten zu erfassen, die den Kauf von körperlichen Gegenständen (Sachen), Rechten und sonstigen Gegenständen (zum Beispiel Strom, Gas, Wasser und Fernwärme, Wertpapiere, Praxen freier Berufe, Unternehmen) betreffen (§§ 433, 453 BGB).
- Zu 16: Hierunter sind Streitigkeiten zu erfassen, die ihren spezifischen Ursprung im Nachbarschaftsverhältnis der Parteien haben und dadurch bedingt sind. Hierzu zählt insbesondere die Geltendmachung von Unterlassungs-, Duldungs- und Ausgleichsansprüchen nach Maßgabe der §§ 906 ff. BGB sowie nach den landesgesetzlichen Vorschriften im Sinne von Art. 124 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.
- Zu 18: Hierunter sind Streitigkeiten über Ansprüche aus einem Mietverhältnis über Wohnraum oder über den Bestand eines solchen Mietverhältnisses (§ 23 GVG Nummer 2 Buchstabe a) zu erfassen.
- Zu 19: z.B. Miete von Gewerberäumen, Miete von beweglichen Gegenständen
- Zu 20: z.B. auch Einforderung von Versicherungsbeiträgen durch die Versicherung
- Zu 24: z. B. Honorarforderungen von Ärzten, Architekten, Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe
- Zu 25/ 26: WEG = Wohnungseigentumsgesetz

Oberlandesgerichte

- 10 Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)
- 11 Verkehrsunfallsachen
- 12 Kaufsachen
- 13 Arzthaftungssachen
- 14 Reisevertragssachen
- 15 Miet-/Kredit-/Leasingsachen
- 16 Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt
- 17 Auseinandersetzungen von Gesellschaften
- 18 Gewerblicher Rechtsschutz (ohne Technische Schutzrechte SG 29)
- 19 Staatshaftungssachen (einschließlich Enteignungsentschädigung)
- 20 Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder
- 21 Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne Sachgebiet 17)
- 23 Entschädigungssachen nach dem BEG (Entschädigungssenat)
- 26 Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG (Klagen Dritter)
- 27 Kapitalanlagesachen
- 28 Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)
- 29 Technische Schutzrechte
- 30 Kartellsachen
- 31 Vergabesachen
- 39 Sonstiger Verfahrensgegenstand

Erläuterungen:

**Zu allen Sachgebieten: Bei abgetretenen Forderungen ist das Ursprungsrecht maßgebend
(z.B. bei Geltendmachung von Ansprüchen durch Inkassounternehmen)**

- Zu 10: Eine Bausache liegt vor, wenn das Verfahren Forderungen aus Werk- oder Werklieferungsverträgen betrifft, die auf Grund von Bauvorhaben geschlossen worden sind, insbesondere wenn der Schwerpunkt der Streitigkeit in einem Streit um bauwerkbezogene Mängel (§ 634 a Abs. 1 Nummer 2 BGB) liegt.
- Zu 11: einschließlich der Ansprüche aus Versicherungsverträgen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen
- Zu 12: Hierunter sind Streitigkeiten zu erfassen, die den Kauf von körperlichen Gegenständen (Sachen), Rechten und sonstigen Gegenständen (zum Beispiel Strom, Gas, Wasser und Fernwärme, Wertpapiere, Praxen freier Berufe, Unternehmen) betreffen (§§ 433, 453 BGB).
- Zu 16: z. B. Haftung von Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe, Honorarforderungen von Ärzten, Architekten, Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe; Vergütung- und Entschädigungsregelungen der Justiz (z. B. JVEG, VBVG, InsVV, ZwVwV) sind nicht als Honorarordnungen im Sinne des Sachgebietenkatalog anzusehen.
- Zu 17: z. B. Abfindungsstreitigkeiten beim Ausscheiden Einzelner
- Zu 18: z. B. Wettbewerbssachen
- Zu 19: Berufungsverfahren in Baulandsachen sind nicht hier, sondern bei Sachgebiet 39 zu erfassen.
- Zu 23: BEG = Gesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung
- Zu 26: WEG = Wohnungseigentumsgesetz
- Zu 27: Rechtsstreitigkeiten, mit denen der Ersatz eines aufgrund falscher, irreführender oder unterlassener öffentlicher Kapitalmarktinformationen verursachten Schadens oder ein Erfüllungsanspruch aus Vertrag, der auf einem Angebot nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz beruht, geltend gemacht wird, sowie Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an einer Kapitalanlagegesellschaft, sofern für diese ein an die Allgemeinheit gerichteter Prospekt herausgegeben worden ist.
- Zu 28: Verfahren nach dem Versicherungsvertragsgesetz (VVG), z. B. auch Einforderung von Versicherungsbeiträgen durch die Versicherung.
- Zu 29: Patentrechte, Gebrauchsmusterrechte, Arbeitnehmererfindungen und Topografieschutzrechte
- Zu 30: Hierunter sind Berufungen nach dem Energiewirtschaftsgesetz (§§ 102, 106 Abs. 1 EnWG) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (§§ 87, 91 GWB) zu erfassen.
- Zu 31: Hierunter sind Streitigkeiten in Vergabesachen zu erfassen, bei denen es sich nicht um Entscheidungen zur Erteilung des Zuschlags bei Einleitung eines Nachprüfverfahrens vor den Vergabekammern (§ 115 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GWB) und über sofortige Beschwerden gegen Entscheidungen der Vergabekammern (§ 116 GWB) (Verg-Sachen) handelt.
- Zu 39: Hierunter sind auch Berufungsverfahren in Baulandsachen zu erfassen.

Auszug aus dem Wortlaut der in den Tabellen erwähnten Gesetzestexte

Zivilprozessordnung (ZPO)

§ 91a. Kosten bei Erledigung der Hauptsache.

(1) ¹ Haben die Parteien in der mündlichen Verhandlung oder durch Einreichung eines Schriftsatzes oder zu Protokoll der Geschäftsstelle den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt erklärt, so entscheidet das Gericht über die Kosten unter Berücksichtigung des bisherigen Sach- und Streitstandes nach billigem Ermessen durch Beschluss. ² Dasselbe gilt, wenn der Beklagte der Erledigungserklärung des Klägers nicht innerhalb einer Notfrist von zwei Wochen seit der Zustellung des Schriftsatzes widerspricht, wenn der Beklagte zuvor auf diese Folge hingewiesen worden ist.

(2) ¹ Gegen die Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt. ² Dies gilt nicht, wenn der Streitwert der Hauptsache den in § 511 genannten Betrag nicht übersteigt. ³ Vor der Entscheidung über die Beschwerde ist der Gegner zu hören.

§ 278 Gültliche Streitbeilegung, Güteverhandlung, Vergleich

...

(5) ¹ Das Gericht kann die Parteien für die Güteverhandlung sowie für weitere Güteversuche vor einen hierfür bestimmten und nicht entscheidungsbefugten Richter (Güterichter) verweisen. ² Der Güterichter kann alle Methoden der Konfliktbeilegung einschließlich der Mediation einsetzen.

...

§ 313a. Abs. 2 Weglassen von Tatbestand und Entscheidungsgründen.

(2) ¹ Wird das Urteil in dem Termin, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen worden ist, verkündet, so bedarf es des Tatbestands und der Entscheidungsgründe nicht, wenn beide Parteien auf Rechtsmittel gegen das Urteil verzichten. ² Ist das Urteil nur für eine Partei anfechtbar, so genügt es, wenn diese verzichtet.

§ 321a. Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör.

(1) ¹ Auf die Rüge der durch die Entscheidung beschwerten Partei ist das Verfahren fortzuführen, wenn

1. ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
2. das Gericht den Anspruch dieser Partei auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

² Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

(2) ¹ Die Rüge ist innerhalb einer Notfrist von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. ² Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr er-

hoben werden. ³ Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. ⁴ Die Rüge ist schriftlich bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. ⁵ Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.

(3) Dem Gegner ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) ¹ Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. ² Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. ³ Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. ⁴ Die Entscheidung ergeht durch anfechtbaren Beschluss. ⁵ Der Beschluss soll kurz begründet werden.

(5) ¹ Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies auf Grund der Rüge geboten ist. ² Das Verfahren wird in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor dem Schluss der mündlichen Verhandlung befand. ³ § 343 gilt entsprechend. ⁴ In schriftlichen Verfahren tritt an die Stelle des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können.

§ 348. Originärer Einzelrichter.

(1) Die Zivilkammer entscheidet durch eines ihrer Mitglieder als Einzelrichter. Dies gilt nicht, wenn

1. das Mitglied Richter auf Probe ist und noch nicht über einen Zeitraum von einem Jahr geschäftsverteilungsplanmäßig Rechtsprechungsaufgaben in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wahrzunehmen hatte oder
2. die Zuständigkeit der Kammer nach dem Geschäftsverteilungsplan des Gerichts wegen der Zuordnung des Rechtsstreits zu den nachfolgenden Sachgebieten begründet ist:
 - a) Streitigkeiten über Ansprüche aus Veröffentlichungen durch Druckerzeugnisse, Bild- und Tonträger jeder Art, insbesondere in Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen;
 - b) Streitigkeiten aus Bank- und Finanzgeschäften;
 - c) Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen;
 - d) Streitigkeiten aus der Berufstätigkeit der Rechtsanwälte, Patentanwälte, Notare, Steuerberater, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer;
 - e) Streitigkeiten über Ansprüche aus Heilbehandlungen;
 - f) Streitigkeiten aus Handelssachen im Sinne des § 95 des Gerichtsverfassungsgesetzes;
 - g) Streitigkeiten über Ansprüche aus Fracht-, Speditions- und Lagergeschäften;
 - h) Streitigkeiten aus Versicherungsvertragsverhältnissen;

- i) Streitigkeiten aus den Bereichen des Urheber- und Verlagsrechts;
- j) Streitigkeiten aus den Bereichen der Kommunikations- und Informationstechnologie;
- k) Streitigkeiten, die dem Landgericht ohne Rücksicht auf den Streitwert zugewiesen sind.

(2) Bei Zweifeln über das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 entscheidet die Kammer durch unanfechtbaren Beschluss.

(3) ¹ Der Einzelrichter legt den Rechtsstreit der Zivilkammer zur Entscheidung über eine Übernahme vor, wenn

1. die Sache besondere Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist,
2. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder
3. die Parteien dies übereinstimmend beantragen.

² Die Kammer übernimmt den Rechtsstreit, wenn die Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 1 oder 2 vorliegen. ³ Sie entscheidet hierüber durch Beschluss. ⁴ Eine Zurückübertragung auf den Einzelrichter ist ausgeschlossen.

(4) Auf eine erfolgte oder unterlassene Vorlage oder Übernahme kann ein Rechtsmittel nicht gestützt werden.

§ 348a. Obligatorischer Einzelrichter.

(1) Ist eine originäre Einzelrichterzuständigkeit nach § 348 Abs. 1 nicht begründet, überträgt die Zivilkammer die Sache durch Beschluss einem ihrer Mitglieder als Einzelrichter zur Entscheidung, wenn

1. die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist,
2. die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat und
3. nicht bereits im Haupttermin vor der Zivilkammer zur Hauptsache verhandelt worden ist, es sei denn, dass inzwischen ein Vorbehalts-, Teil- oder Zwischenurteil ergangen ist.

(2) ¹ Der Einzelrichter legt den Rechtsstreit der Zivilkammer zur Entscheidung über eine Übernahme vor, wenn

1. sich aus einer wesentlichen Änderung der Prozesslage besondere tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten der Sache oder die grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache ergeben oder
2. die Parteien dies übereinstimmend beantragen.

² Die Kammer übernimmt den Rechtsstreit, wenn die Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 1 vorliegen. ³ Sie entscheidet hierüber nach Anhörung der Parteien durch Beschluss. ⁴ Eine erneute Übertragung auf den Einzelrichter ist ausgeschlossen.

(3) Auf eine erfolgte oder unterlassene Übertragung, Vorlage oder Übernahme kann ein Rechtsmittel nicht gestützt werden.

§ 495a. Verfahren nach billigem Ermessen.

¹ Das Gericht kann sein Verfahren nach billigem Ermessen bestimmen, wenn der Streitwert sechshundert Euro nicht übersteigt. ² Auf Antrag muss mündlich verhandelt werden.

§ 522. Zulässigkeitsprüfung; Zurückweisungsbeschluss.

(1) ¹ Das Berufungsgericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Berufung an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist eingelegt und begründet ist. ² Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Berufung als unzulässig zu verwerfen. ³ Die Entscheidung kann durch Beschluss ergehen. ⁴ Gegen den Beschluss findet die Rechtsbeschwerde statt.

(2) ¹ Das Berufungsgericht soll die Berufung durch Beschluss unverzüglich zurückweisen, wenn es einstimmig davon überzeugt ist, dass

1. die Berufung offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg hat,
2. die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat
3. die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Berufungsgerichts nicht erfordert und
4. eine mündliche Verhandlung nicht geboten ist.

² Das Berufungsgericht oder der Vorsitzende hat zuvor die Parteien auf die beabsichtigte Zurückweisung der Berufung und die Gründe hierfür hinzuweisen und dem Berufungsführer binnen einer zu bestimmenden Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ³ Der Beschluss nach Satz 1 ist zu begründen, soweit die Gründe für die Zurückweisung nicht bereits in dem Hinweis nach Satz 2 enthalten sind. ⁴ Ein anfechtbarer Beschluss hat darüber hinaus eine Bezugnahme auf tatsächliche Feststellungen im angefochtenen Urteil mit Darstellung etwaiger Änderungen oder Ergänzungen zu enthalten.

(3) Gegen den Beschluss nach Absatz 2 Satz 1 steht dem Berufungsführer das Rechtsmittel zu, das bei einer Entscheidung durch Urteil zulässig wäre.

§ 544. Nichtzulassungsbeschwerde.

(1) ¹ Die Nichtzulassung der Revision durch das Berufungsgericht unterliegt der Beschwerde (Nichtzulassungsbeschwerde). ² Die Beschwerde ist innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils, spätestens aber bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Verkündung des Urteils bei dem Revisionsgericht einzulegen. ³ Mit der Beschwerdeschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des Urteils, gegen das die Revision eingelegt werden soll, vorgelegt werden.

(2) ¹ Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils, spätestens aber bis zum Ablauf von sieben Monaten nach der Verkündung des Urteils zu begründen. ² § 551 Abs. 2 Satz 5 und 6 gilt entsprechend. ³ In der Begründung müssen die Zulassungsgründe (§ 543 Abs. 2) dargelegt werden.

(3) Das Revisionsgericht gibt dem Gegner des Beschwerdeführers Gelegenheit zur Stellungnahme.

(4) ¹ Das Revisionsgericht entscheidet über die Beschwerde durch Beschluss. ² Der Beschluss soll kurz begründet werden; von einer Begründung kann abgesehen werden, wenn sie nicht geeignet wäre, zur Klärung der Voraussetzungen beizutragen, unter denen eine Revision zuzulassen ist, oder wenn der Beschwerde stattgegeben wird. ³ Die Entscheidung über die Beschwerde ist den Parteien zuzustellen.

(5) ¹ Die Einlegung der Beschwerde hemmt die Rechtskraft des Urteils. ² § 719 Abs. 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden. ³ Mit der Ablehnung der Beschwerde durch das Revisionsgericht wird das Urteil rechtskräftig.

(6) ¹ Wird der Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision stattgegeben, so wird das Beschwerdeverfahren als Revisionsverfahren fortgesetzt. ² In diesem Fall gilt die form- und fristgerechte Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde als Einlegung der Revision. ³ Mit der Zustellung der Entscheidung beginnt die Revisionsbegründungsfrist.

(7) Hat das Berufungsgericht den Anspruch des Beschwerdeführers auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt, so kann das Revisionsgericht abweichend von Absatz 6 in dem der Beschwerde stattgebenden Beschluss das angefochtene Urteil aufheben und den Rechtsstreit zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückverweisen.

§ 552a. Zurückweisungsbeschluss.

¹ Das Revisionsgericht weist die von dem Berufungsgericht zugelassene Revision durch einstimmigen Beschluss zurück, wenn es davon überzeugt ist, dass die Voraussetzungen für die Zulassung der Revision nicht vorliegen und die Revision keine Aussicht auf Erfolg hat. ² § 522 Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 758a. Richterliche Durchsuchungsanordnung; Vollstreckung zur Unzeit.

(1) ¹ Die Wohnung des Schuldners darf ohne dessen Einwilligung nur auf Grund einer Anordnung des Richters bei dem Amtsgericht durchsucht werden, in dessen Bezirk die Durchsuchung erfolgen soll. ² Dies gilt nicht, wenn die Einholung der Anordnung den Erfolg der Durchsuchung gefährden würde.

(2) Auf die Vollstreckung eines Titels auf Räumung oder Herausgabe von Räumen und auf die Vollstreckung eines Haftbefehls nach § 901 ist Absatz 1 nicht anzuwenden.

(3) ¹ Willigt der Schuldner in die Durchsuchung ein oder ist eine Anordnung gegen ihn nach Absatz 1 Satz 1 ergangen oder nach Absatz 1 Satz 2 entbehrlich, so haben Personen, die Mitgewahrsam an der Wohnung des Schuldners haben, die Durchsuchung zu dulden. ² Unbillige Härten gegenüber Mitgewahrsamsinhabern sind zu vermeiden.

(4) ¹ Der Gerichtsvollzieher nimmt eine Vollstreckungshandlung zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen nicht vor, wenn dies für den Schuldner und die Mitgewahrsamsinhaber eine unbillige Härte darstellt oder der zu erwartende Erfolg in einem Missverhältnis zu dem Eingriff steht, in Wohnungen nur auf Grund einer besonderen Anordnung des Richters bei dem Amtsgericht. ² Die Nachtzeit umfasst die Stunden von einundzwanzig bis sechs Uhr.

(5) Die Anordnung nach Absatz 1 ist bei der Zwangsvollstreckung vorzuzeigen.

(6) ¹ Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Formulare für den Antrag auf Erlass einer richterlichen Durchsuchungsanordnung nach Absatz 1 einzuführen. ² Soweit nach Satz 1 Formulare eingeführt sind, muss sich der Antragsteller ihrer bedienen. ³ Für Verfahren bei Gerichten, die die Verfahren elektronisch bearbeiten, und für Verfahren bei Gerichten, die die Verfahren nicht elektronisch bearbeiten, können unterschiedliche Formulare eingeführt werden.

§ 1062 Abs. 1. Zuständigkeit.

(1) Das Oberlandesgericht, das in der Schiedsvereinbarung bezeichnet ist oder, wenn eine solche Bezeichnung fehlt, in dessen Bezirk der Ort des schiedsrichterlichen Verfahrens liegt, ist zuständig für Entscheidungen über Anträge betreffend

1. die Bestellung eines Schiedsrichters (§§ 1034, 1035), die Ablehnung eines Schiedsrichters (§ 1037) oder die Beendigung des Schiedsrichteramtes (§ 1038);
2. die Feststellung der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit eines schiedsrichterlichen Verfahrens (§ 1032) oder die Entscheidung eines Schiedsgerichts, in der dieses seine Zuständigkeit in einem Zwischenentscheid bejaht hat (§ 1040);
3. die Vollziehung, Aufhebung oder Änderung der Anordnung vorläufiger oder sichernder Maßnahmen des Schiedsgerichts (§ 1041);
4. die Aufhebung (§ 1059) oder die Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs (§§ 1060 ff.) oder die Aufhebung der Vollstreckbarerklärung (§ 1061).

(2) Besteht in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 erste Alternative, Nr. 3 oder Nr. 4 kein deutscher Schiedsort, so ist für die Entscheidungen das Oberlandesgericht zuständig, in dessen Bezirk der Antragsgegner seinen Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat oder sich Vermögen des Antragsgegners oder der mit der Schiedsklage in Anspruch genommene oder von der Maßnahme betroffene Gegenstand befindet, hilfsweise das Kammergericht.

(3) In den Fällen des § 1025 Abs. 3 ist für die Entscheidung das Oberlandesgericht zuständig, in dessen Bezirk der Kläger oder der Beklagte seinen Sitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(4) Für die Unterstützung bei der Beweisaufnahme und sonstige richterliche Handlungen (§ 1050) ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die richterliche Handlung vorzunehmen ist.

§ 1079 Zuständigkeit

Für die Ausstellung der Bestätigungen nach

1. Artikel 9 Abs. 1, Artikel 24 Abs. 1, Artikel 25 Abs. 1 und
2. Artikel 6 Abs. 2 und 3

der Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines Europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen (ABl. EU Nr. L 143 S. 15) sind die Gerichte, Behörden oder Notare zuständig, denen die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung des Titels obliegt.

Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Kostenordnung - KostO)

§ 156. Einwendungen gegen die Kostenberechnung.

(1) ¹Gegen die Kostenberechnung (§ 154), einschließlich der Verzinsungspflicht (§ 154a), die Zahlungspflicht und gegen die Erteilung der Vollstreckungsklausel kann die Entscheidung des Landgerichts, in dessen Bezirk der Notar den Amtssitz hat, beantragt werden. ²Das Gericht soll vor der Entscheidung die Beteiligten und die vorgesetzte Dienstbehörde des Notars hören. ³Beanstandet der Zahlungspflichtige dem Notar gegenüber die Kostenberechnung, so kann der Notar die Entscheidung des Landgerichts beantragen.

(2) ¹Nach Ablauf des Kalenderjahrs, das auf das Jahr folgt, in dem die vollstreckbare Ausfertigung der Kostenberechnung zugestellt ist, können neue Anträge nach Absatz 1 nicht mehr gestellt werden. ²Soweit die Einwendungen gegen den Kostenanspruch auf Gründen beruhen, die nach der Zustellung der vollstreckbaren Ausfertigung entstanden sind, können sie auch nach Ablauf dieser Frist geltend gemacht werden.

(3) Gegen die Entscheidung des Landgerichts findet ohne Rücksicht auf den Wert des Beschwerdegegenstands die Beschwerde statt.

(4) Gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts findet die Rechtsbeschwerde statt. § 10 Abs. 4 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit findet auf den Notar keine Anwendung.

(5) ¹Der Antrag auf Entscheidung des Landgerichts, die Beschwerde und die Rechtsbeschwerde haben keine aufschiebende Wirkung. ²Der Vorsitzende des für die Entscheidung zuständigen Gerichts kann auf Antrag oder von Amts wegen die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise an-

ordnen. ³Im Übrigen sind die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit anzuwenden.

(6) ¹Das Verfahren vor dem Landgericht ist gebührenfrei. Die Kosten für die Beschwerde und die Rechtsbeschwerde bestimmen sich nach den §§ 131, 136 bis 139. ²Die gerichtlichen Auslagen einer für begründet befundenen Beschwerde können ganz oder teilweise dem Gegner des Beschwerdeführers auferlegt werden.

(7) ¹Die dem Notar vorgesetzte Dienstbehörde kann den Notar in jedem Fall anweisen, die Entscheidung des Landgerichts herbeizuführen, Beschwerde oder Rechtsbeschwerde zu erheben. ²Die hierauf ergehenden gerichtlichen Entscheidungen können auch auf eine Erhöhung der Kostenberechnung lauten. ³Gebühren und Auslagen werden in diesen Verfahren von dem Notar nicht erhoben. Außergerichtliche Kosten anderer Beteiligter, die der Notar in diesen Verfahren zu tragen hätte, sind der Landeskasse aufzuerlegen.

Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG)

§ 23. Rechtsweg bei Justizverwaltungsakten.

(1) ¹Über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses, der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Strafrechtspflege getroffen werden, entscheiden auf Antrag die ordentlichen Gerichte. ²Das gleiche gilt für Anordnungen, Verfügungen oder sonstige Maßnahmen der Vollzugsbehörden im Vollzug der Untersuchungshaft sowie derjenigen Freiheitsstrafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung, die außerhalb des Justizvollzuges vollzogen werden.

(2) Mit dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung kann auch die Verpflichtung der Justiz- oder Vollzugsbehörde zum Erlass eines abgelehnten oder unterlassenen Verwaltungsaktes begehrt werden.

(3) Soweit die ordentlichen Gerichte bereits auf Grund anderer Vorschriften angerufen werden können, behält es hierbei sein Bewenden.

Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (EGZPO)

§ 15a. Einigungsversuch vor Gütestelle.

(1) ¹Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, dass die Erhebung der Klage erst zulässig ist, nachdem von einer durch die Landesjustizverwaltung eingerichteten oder anerkannten Gütestelle versucht worden ist, die Streitigkeit einvernehmlich beizulegen

1. in vermögensrechtlichen Streitigkeiten vor dem Amtsgericht über Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Geldeswert die Summe von 750 Euro nicht übersteigt,
2. in Streitigkeiten über Ansprüche aus dem Nachbarrecht nach den §§ 910, 911, 923 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und nach § 906 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie nach den landesgesetzlichen Vorschriften im Sinne des Artikels 124 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, sofern es sich nicht um Einwirkungen von einem gewerblichen Betrieb handelt,
3. in Streitigkeiten über Ansprüche wegen Verletzung der persönlichen Ehre, die nicht in Presse oder Rundfunk beangangen worden sind,
4. in Streitigkeiten über Ansprüche nach Abschnitt 3 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.

²Der Kläger hat eine von der Gütestelle ausgestellte Bescheinigung über einen erfolglosen Einigungsversuch mit der Klage einzureichen. ³Diese Bescheinigung ist ihm auf Antrag auch auszustellen, wenn binnen einer Frist von drei Monaten das von ihm beantragte Einigungsverfahren nicht durchgeführt worden ist.

(2) ¹Absatz 1 findet keine Anwendung auf

1. Klagen nach den §§ 323, 324, 328 der Zivilprozessordnung, Widerklagen und Klagen, die binnen einer gesetzlichen oder gerichtlich angeordneten Frist zu erheben sind,
2. Streitigkeiten in Familiensachen,
3. Wiederaufnahmeverfahren,
4. Ansprüche, die im Urkunden- oder Wechselprozess geltend gemacht werden,
5. die Durchführung des streitigen Verfahrens, wenn ein Anspruch im Mahnverfahren geltend gemacht worden ist,
6. Klagen wegen vollstreckungsrechtlicher Maßnahmen, insbesondere nach dem Achten Buch der Zivilprozessordnung.

²Das Gleiche gilt, wenn die Parteien nicht in demselben Land wohnen oder ihren Sitz oder eine Niederlassung haben.

(3) ¹Das Erfordernis eines Einigungsversuchs vor einer von der Landesjustizverwaltung eingerichteten oder anerkannten Gütestelle entfällt, wenn die Parteien einvernehmlich einen Einigungsversuch vor einer sonstigen Gütestelle, die Streitbeilegungen betreibt, unternommen haben. ²Das Einvernehmen nach Satz 1 wird unwiderleglich vermutet, wenn der Verbraucher eine branchengebundene Gütestelle, eine Gütestelle der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer oder der Innung angerufen hat. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Zu den Kosten des Rechtsstreits im Sinne des § 91 Abs. 1, 2 der Zivilprozessordnung gehören die Kosten der Gütestelle, die durch das Einigungsverfahren nach Absatz 1 entstanden sind.

(5) Das Nähere regelt das Landesrecht; es kann auch den Anwendungsbereich des Absatzes 1 einschränken, die Ausschlussgründe des Absatzes 2 erweitern und bestimm-

men, dass die Gütestelle ihre Tätigkeit von der Einzahlung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig machen und gegen eine im Güetermin nicht erschienene Partei ein Ordnungsgeld festsetzen darf.

(6) ¹Gütestellen im Sinne dieser Bestimmung können auch durch Landesrecht anerkannt werden. ²Die vor diesen Gütestellen geschlossenen Vergleiche gelten als Vergleiche im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung.

§ 39

Für das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258) gelten folgende Übergangsvorschriften:

(1) Für Vollstreckungsaufträge, die vor dem 1. Januar 2013 beim Gerichtsvollzieher eingegangen sind, sind anstelle der §§ 754, 755, 758a Abs. 2, von § 788 Abs. 4, der §§ 802a bis 802l, 807, 836 Abs. 3, der §§ 851b, 882b bis 882h, 883 Abs. 2 und von § 933 Satz 1 der Zivilprozessordnung die §§ 754, 806b, 807, 813a, 813b, 836 Abs. 3, der § 845 Abs. 1 Satz 3, die §§ 851b, 883 Abs. 2 und 4, der § 888 Abs. 1 Satz 3, die §§ 899 bis 915h und § 933 Satz 1 der Zivilprozessordnung in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung weiter anzuwenden.

(2) Für Vollstreckungsaufträge, die vor dem 1. Januar 2013 beim Vollziehungsbeamten eingegangen sind, sind die §§ 6 und 7 der Justizbeitreibungsordnung und die darin genannten Bestimmungen der Zivilprozessordnung in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung weiter anzuwenden.

(3) § 16 Abs. 3 des Verwaltungs-Vollstreckungsgesetzes, § 15 Satz 1 des Ausführungsgesetzes zum deutsch-österreichischen Konkursvertrag, § 98 Abs. 3 der Insolvenzordnung, § 463b Abs. 3 der Strafprozessordnung, § 35 Abs. 3, § 89 Abs. 3, § 91 Abs. 2 und § 94 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, § 90 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, §§ 284, 326 Abs. 3, § 334 Abs. 3 der Abgabenordnung und § 25 Abs. 4 des Straßenverkehrsgesetzes sowie die darin genannten Bestimmungen der Zivilprozessordnung sind in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung weiter anzuwenden, wenn die Auskunftserteilung oder die Haft vor dem 1. Januar 2013 angeordnet worden ist.

(4) ¹Im Rahmen des § 802d Abs. 1 Satz 1 der Zivilprozessordnung und des § 284 Abs. 4 Satz 1 der Abgabenordnung steht die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung nach § 807 der Zivilprozessordnung oder nach § 284 der Abgabenordnung in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung der Abgabe einer Vermögensauskunft nach § 802c der Zivilprozessordnung oder nach § 284 der Abgabenordnung in der ab dem 1. Januar 2013 geltenden Fassung gleich. ²Kann ein Gläubiger aus diesem Grund keine Vermögensauskunft verlangen, ist er nach Maßgabe des § 299 Abs. 1 der

Zivilprozessordnung dazu befugt, das beim Vollstreckungsgericht verwahrte Vermögensverzeichnis einzusehen, das der eidesstattlichen Versicherung zu Grunde liegt, und sich aus ihm Abschriften erteilen zu lassen.³ Insoweit sind die bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Vorschriften des Gerichtskostengesetzes über die Erteilung einer Ablichtung oder eines Ausdrucks des mit eidesstattlicher Versicherung abgegebenen Vermögensverzeichnisses oder den Antrag auf Gewährung der Einsicht in dieses Vermögensverzeichnis weiter anzuwenden.

(5)¹ Das Schuldnerverzeichnis nach § 915 der Zivilprozessordnung in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung wird hinsichtlich der Eintragungen fortgeführt, die vor dem 1. Januar 2013 vorzunehmen waren oder die nach den Nummern 1 bis 3 nach dem 31. Dezember 2012 vorzunehmen sind.² Die §§ 915 bis 915h der Zivilprozessordnung in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung sind insoweit weiter anzuwenden.³ Unbeschadet des § 915a Abs. 2 der Zivilprozessordnung sowie § 26 Absatz 2 der Insolvenzordnung jeweils in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung ist eine Eintragung in dem nach Satz 1 fortgeführten Schuldnerverzeichnis vorzeitig zu löschen, wenn der Schuldner in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b der Zivilprozessordnung in der ab dem 1. Januar 2013 geltenden Fassung eingetragen wird.

(6) Soweit eine gesetzliche Bestimmung die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b der Zivilprozessordnung in der ab dem 1. Januar 2013 geltenden Fassung voraussetzt, steht dem die Eintragung in das nach Nummer 5 fortgeführte Schuldnerverzeichnis gleich.

Fassung aufgrund des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über Verkündung und Bekanntmachungen sowie der Zivilprozessordnung, des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung und der Abgabenordnung vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 3044) m.W.v. 01.01.2013.

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

§ 57 Ermittlungen, Beweiserhebung

(1) Die Kartellbehörde kann alle Ermittlungen führen und alle Beweise erheben, die erforderlich sind.

(2)¹ Für den Beweis durch Augenschein, Zeugen und Sachverständige sind § 372 Abs. 1, §§ 376, 377, 378, 380 bis 387, 390, 395 bis 397, 398 Abs. 1, §§ 401, 402, 404, 404a, 406 bis 409, 411 bis 414 der Zivilprozessordnung sinngemäß anzuwenden; Haft darf nicht verhängt werden.² Für die Entscheidung über die Beschwerde ist das Oberlandesgericht zuständig.

§ 63. Zulässigkeit, Zuständigkeit.

(1)¹ Gegen Verfügungen der Kartellbehörde ist die Beschwerde zulässig.² Sie kann auch auf neue Tatsachen und Beweismittel gestützt werden.

(2) Die Beschwerde steht den am Verfahren vor der Kartellbehörde Beteiligten (§ 54 Abs. 2 und 3) zu.

(3)¹ Die Beschwerde ist auch gegen die Unterlassung einer beantragten Verfügung der Kartellbehörde zulässig, auf deren Vornahme der Antragsteller ein Recht zu haben behauptet.² Als Unterlassung gilt es auch, wenn die Kartellbehörde den Antrag auf Vornahme der Verfügung ohne zureichenden Grund in angemessener Frist nicht beschieden hat.³ Die Unterlassung ist dann einer Ablehnung gleichzuachten.

(4)¹ Über die Beschwerde entscheidet ausschließlich das für den Sitz der Kartellbehörde zuständige Oberlandesgericht, in den Fällen der §§ 35 bis 42 ausschließlich das für den Sitz des Bundeskartellamts zuständige Oberlandesgericht, und zwar auch dann, wenn sich die Beschwerde gegen eine Verfügung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie richtet.² § 36 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.

§ 87 Ausschließliche Zuständigkeit der Landgerichte

¹ Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, die die Anwendung dieses Gesetzes, des Artikels 101 oder 102 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder des Artikels 53 oder 54 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum betreffen, sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstands die Landgerichte ausschließlich zuständig.² Satz 1 gilt auch, wenn die Entscheidung eines Rechtsstreits ganz oder teilweise von einer Entscheidung, die nach diesem Gesetz zu treffen ist, oder von der Anwendbarkeit des Artikels 101 oder 102 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder des Artikels 53 oder 54 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum abhängt.

§ 91 Kartellsenat beim OLG

¹ Bei den Oberlandesgerichten wird ein Kartellsenat gebildet.² Er entscheidet über die ihm gemäß § 57 Absatz 2 Satz 2, § 63 Absatz 4, §§ 83, 85 und 86 zugewiesenen Rechtssachen sowie über die Berufung gegen Endurteile und die Beschwerde gegen sonstige Entscheidungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 87 Absatz 1.

Insolvenzordnung (InsO)

§§ 217 Grundsatz

¹ Die Befriedigung der absonderungsberechtigten Gläubiger und der Insolvenzgläubiger, die Verwertung der Insolvenzmasse und deren Verteilung an die Beteiligten sowie die Verfahrensabwicklung und die Haftung des Schuldners nach der Beendigung des Insolvenzverfahrens können in einem Insolvenzplan abweichend von den Vorschriften dieses Gesetzes geregelt werden.² Ist der Schuldner keine

natürliche Person, so können auch die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen in den Plan einbezogen werden.

§ 218 Vorlage des Insolvenzplans

(1) ¹Zur Vorlage eines Insolvenzplans an das Insolvenzgericht sind der Insolvenzverwalter und der Schuldner berechtigt. ²Die Vorlage durch den Schuldner kann mit dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens verbunden werden. ³Ein Plan, der erst nach dem Schlußtermin beim Gericht eingeht, wird nicht berücksichtigt.

(2) Hat die Gläubigerversammlung den Verwalter beauftragt, einen Insolvenzplan auszuarbeiten, so hat der Verwalter den Plan binnen angemessener Frist dem Gericht vorzulegen.

(3) Bei der Aufstellung des Plans durch den Verwalter wirken der Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, der Betriebsrat, der Sprecherausschuß der leitenden Angestellten und der Schuldner beratend mit.

§ 219 Gliederung des Plans

¹Der Insolvenzplan besteht aus dem darstellenden Teil und dem gestaltenden Teil. ²Ihm sind die in den §§ 229 und 230 genannten Anlagen beizufügen.

§ 220 Darstellender Teil

(1) Im darstellenden Teil des Insolvenzplans wird beschrieben, welche Maßnahmen nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens getroffen worden sind oder noch getroffen werden sollen, um die Grundlagen für die geplante Gestaltung der Rechte der Beteiligten zu schaffen.

(2) Der darstellende Teil soll alle sonstigen Angaben zu den Grundlagen und den Auswirkungen des Plans enthalten, die für die Entscheidung der Beteiligten über die Zustimmung zum Plan und für dessen gerichtliche Bestätigung erheblich sind.

§ 221 Gestaltender Teil

¹Im gestaltenden Teil des Insolvenzplans wird festgelegt, wie die Rechtsstellung der Beteiligten durch den Plan geändert werden soll. ²Der Insolvenzverwalter kann durch den Plan bevollmächtigt werden, die zur Umsetzung notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und offensichtliche Fehler des Plans zu berichtigen.

§ 222 Bildung von Gruppen

(1) ¹Bei der Festlegung der Rechte der Beteiligten im Insolvenzplan sind Gruppen zu bilden, soweit Beteiligte mit unterschiedlicher Rechtsstellung betroffen sind. ²Es ist zu unterscheiden zwischen

1. den absonderungsberechtigten Gläubigern, wenn durch den Plan in deren Rechte eingegriffen wird;
2. den nicht nachrangigen Insolvenzgläubigern;

3. den einzelnen Rangklassen der nachrangigen Insolvenzgläubiger, soweit deren Forderungen nicht nach § 225 als erlassen gelten sollen;

4. den am Schuldner beteiligten Personen, wenn deren Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte in den Plan einbezogen werden.

(2) ¹Aus den Beteiligten mit gleicher Rechtsstellung können Gruppen gebildet werden, in denen Beteiligte mit gleichartigen wirtschaftlichen Interessen zusammengefaßt werden. ²Die Gruppen müssen sachgerecht voneinander abgegrenzt werden. ³Die Kriterien für die Abgrenzung sind im Plan anzugeben.

(3) ¹Die Arbeitnehmer sollen eine besondere Gruppe bilden, wenn sie als Insolvenzgläubiger mit nicht unerheblichen Forderungen beteiligt sind. ²Für Kleingläubiger und geringfügig beteiligte Anteilsinhaber mit einer Beteiligung am Haftkapital von weniger als 1 Prozent oder weniger als 1.000 Euro können besondere Gruppen gebildet werden.

§ 223 Rechte der Absonderungsberechtigten

(1) ¹Ist im Insolvenzplan nichts anderes bestimmt, so wird das Recht der absonderungsberechtigten Gläubiger zur Befriedigung aus den Gegenständen, an denen Absonderungsrechte bestehen, vom Plan nicht berührt. ²Eine abweichende Bestimmung ist hinsichtlich der Finanzsicherheiten im Sinne von § 1 Abs. 17 des Kreditwesengesetzes sowie der Sicherheiten ausgeschlossen, die

1. dem Betreiber oder dem Teilnehmer eines Systems nach § 1 Abs. 16 des Kreditwesengesetzes zur Sicherung seiner Ansprüche aus dem System oder
2. der Zentralbank eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder der Europäischen Zentralbank gestellt wurden.

(2) Soweit im Plan eine abweichende Regelung getroffen wird, ist im gestaltenden Teil für die absonderungsberechtigten Gläubiger anzugeben, um welchen Bruchteil die Rechte gekürzt, für welchen Zeitraum sie gestundet oder welchen sonstigen Regelungen sie unterworfen werden sollen.

§ 224 Rechte der Insolvenzgläubiger

Für die nicht nachrangigen Gläubiger ist im gestaltenden Teil des Insolvenzplans anzugeben, um welchen Bruchteil die Forderungen gekürzt, für welchen Zeitraum sie gestundet, wie sie gesichert oder welchen sonstigen Regelungen sie unterworfen werden sollen.

§ 225 Rechte der nachrangigen Insolvenzgläubiger

1) Die Forderungen nachrangiger Insolvenzgläubiger gelten, wenn im Insolvenzplan nichts anderes bestimmt ist, als erlassen.

(2) Soweit im Plan eine abweichende Regelung getroffen wird, sind im gestaltenden Teil für jede Gruppe der nachrangigen Gläubiger die in § 224 vorgeschriebenen Angaben zu machen.

(3) Die Haftung des Schuldners nach der Beendigung des Insolvenzverfahrens für Geldstrafen und die diesen in § 39 Abs. 1 Nr. 3 gleichgestellten Verbindlichkeiten kann durch einen Plan weder ausgeschlossen noch eingeschränkt werden.

§ 225a Rechte der Anteilshaber

(1) Die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen bleiben vom Insolvenzplan unberührt, es sei denn, dass der Plan etwas anderes bestimmt.

(2) ¹Im gestaltenden Teil des Plans kann vorgesehen werden, dass Forderungen von Gläubigern in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte am Schuldner umgewandelt werden. ²Eine Umwandlung gegen den Willen der betroffenen Gläubiger ist ausgeschlossen. ³Insbesondere kann der Plan eine Kapitalherabsetzung oder -erhöhung, die Leistung von Sacheinlagen, den Ausschluss von Bezugsrechten oder die Zahlung von Abfindungen an ausscheidende Anteilshaber vorsehen.

(3) Im Plan kann jede Regelung getroffen werden, die gesellschaftsrechtlich zulässig ist, insbesondere die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft oder die Übertragung von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten.

(4) ¹Maßnahmen nach Absatz 2 oder 3 berechtigen nicht zum Rücktritt oder zur Kündigung von Verträgen, an denen der Schuldner beteiligt ist. ²Sie führen auch nicht zu einer anderweitigen Beendigung der Verträge. ³Entgegenstehende vertragliche Vereinbarungen sind unwirksam. ⁴Von den Sätzen 1 und 2 bleiben Vereinbarungen unberührt, welche an eine Pflichtverletzung des Schuldners anknüpfen, sofern sich diese nicht darin erschöpft, dass eine Maßnahme nach Absatz 2 oder 3 in Aussicht genommen oder durchgeführt wird.

(5) ¹Stellt eine Maßnahme nach Absatz 2 oder 3 für eine am Schuldner beteiligte Person einen wichtigen Grund zum Austritt aus der juristischen Person oder Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit dar und wird von diesem Austrittsrecht Gebrauch gemacht, so ist für die Bestimmung der Höhe eines etwaigen Abfindungsanspruches die Vermögenslage maßgeblich, die sich bei einer Abwicklung des Schuldners eingestellt hätte. ²Die Auszahlung des Abfindungsanspruches kann zur Vermeidung einer unangemessenen Belastung der Finanzlage des Schuldners über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren gestundet werden. ³Nicht ausgezahlte Abfindungsguthaben sind zu verzinsen.

§ 226 Gleichbehandlung der Beteiligten

(1) Innerhalb jeder Gruppe sind allen Beteiligten gleiche Rechte anzubieten.

(2) ¹Eine unterschiedliche Behandlung der Beteiligten einer Gruppe ist nur mit Zustimmung aller betroffenen Beteiligten zulässig. ²In diesem Fall ist dem Insolvenzplan die zustim-

mende Erklärung eines jeden betroffenen Beteiligten beizufügen.

(3) Jedes Abkommen des Insolvenzverwalters, des Schuldners oder anderer Personen mit einzelnen Beteiligten, durch das diesen für ihr Verhalten bei Abstimmungen oder sonst im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren ein nicht im Plan vorgesehener Vorteil gewährt wird, ist nichtig.

§ 227 Haftung des Schuldners

(1) Ist im Insolvenzplan nichts anderes bestimmt, so wird der Schuldner mit der im gestaltenden Teil vorgesehenen Befriedigung der Insolvenzgläubiger von seinen restlichen Verbindlichkeiten gegenüber diesen Gläubigern befreit.

(2) Ist der Schuldner eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, so gilt Absatz 1 entsprechend für die persönliche Haftung der Gesellschafter.

§ 228 Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse

Sollen Rechte an Gegenständen begründet, geändert, übertragen oder aufgehoben werden, so können die erforderlichen Willenserklärungen der Beteiligten in den gestaltenden Teil des Insolvenzplans aufgenommen werden. Sind im Grundbuch eingetragene Rechte an einem Grundstück oder an eingetragenen Rechten betroffen, so sind diese Rechte unter Beachtung des § 28 der Grundbuchordnung genau zu bezeichnen. Für Rechte, die im Schiffsregister, im Schiffsbauregister oder im Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen eingetragen sind, gilt Satz 2 entsprechend.

§ 229 Vermögensübersicht. Ergebnis- und Finanzplan

¹Sollen die Gläubiger aus den Erträgen des vom Schuldner oder von einem Dritten fortgeführten Unternehmens befriedigt werden, so ist dem Insolvenzplan eine Vermögensübersicht beizufügen, in der die Vermögensgegenstände und die Verbindlichkeiten, die sich bei einem Wirksamwerden des Plans gegenüberstünden, mit ihren Werten aufgeführt werden. ²Ergänzend ist darzustellen, welche Aufwendungen und Erträge für den Zeitraum, während dessen die Gläubiger befriedigt werden sollen, zu erwarten sind und durch welche Abfolge von Einnahmen und Ausgaben die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens während dieses Zeitraums gewährleistet werden soll. ³Dabei sind auch die Gläubiger zu berücksichtigen, die zwar ihre Forderungen nicht angemeldet haben, jedoch bei der Ausarbeitung des Plans bekannt sind.

§ 230 Weitere Anlagen

(1) ¹Ist im Insolvenzplan vorgesehen, daß der Schuldner sein Unternehmen fortführt, und ist der Schuldner eine natürliche Person, so ist dem Plan die Erklärung des Schuldners beizufügen, daß er zur Fortführung des Unternehmens auf der Grundlage des Plans bereit ist. ²Ist der Schuldner eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, so ist dem Plan eine entsprechende Erklärung der Personen beizufügen, die nach dem Plan persönlich haftende Gesellschafter des

Unternehmens sein sollen. ³Die Erklärung des Schuldners nach Satz 1 ist nicht erforderlich, wenn dieser selbst den Plan vorlegt.

(2) Sollen Gläubiger Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte oder Beteiligungen an einer juristischen Person, einem nicht rechtsfähigen Verein oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit übernehmen, so ist dem Plan die zustimmende Erklärung eines jeden dieser Gläubiger beizufügen.

(3) Hat ein Dritter für den Fall der Bestätigung des Plans Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern übernommen, so ist dem Plan die Erklärung des Dritten beizufügen.

§ 231 Zurückweisung des Plans

(1) ¹Das Insolvenzgericht weist den Insolvenzplan von Amts wegen zurück,

1. wenn die Vorschriften über das Recht zur Vorlage und den Inhalt des Plans, insbesondere zur Bildung von Gruppen, nicht beachtet sind und der Vorlegende den Mangel nicht beheben kann oder innerhalb einer angemessenen, vom Gericht gesetzten Frist nicht behebt,

2. wenn ein vom Schuldner vorgelegter Plan offensichtlich keine Aussicht auf Annahme durch die Beteiligten oder auf Bestätigung durch das Gericht hat oder

3. wenn die Ansprüche, die den Beteiligten nach dem gestaltenden Teil eines vom Schuldner vorgelegten Plans zustehen, offensichtlich nicht erfüllt werden können.

²Die Entscheidung des Gerichts soll innerhalb von zwei Wochen nach Vorlage des Plans erfolgen.

(2) Hatte der Schuldner in dem Insolvenzverfahren bereits einen Plan vorgelegt, der von den Beteiligten abgelehnt, vom Gericht nicht bestätigt oder vom Schuldner nach der öffentlichen Bekanntmachung des Erörterungstermins zurückgezogen worden ist, so hat das Gericht einen neuen Plan des Schuldners zurückzuweisen, wenn der Insolvenzverwalter mit Zustimmung des Gläubigerausschusses, wenn ein solcher bestellt ist, die Zurückweisung beantragt.

(3) Gegen den Beschluß, durch den der Plan zurückgewiesen wird, steht dem Vorlegenden die sofortige Beschwerde zu.

§ 232 Stellungnahmen zum Plan

(1) Wird der Insolvenzplan nicht zurückgewiesen, so leitet das Insolvenzgericht ihn zur Stellungnahme zu:

1. dem Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, dem Betriebsrat und dem Sprecherausschuß der leitenden Angestellten;

2. dem Schuldner, wenn der Insolvenzverwalter den Plan vorgelegt hat;

3. dem Verwalter, wenn der Schuldner den Plan vorgelegt hat.

(2) Das Gericht kann auch der für den Schuldner zuständigen amtlichen Berufsvertretung der Industrie, des Handels,

des Handwerks oder der Landwirtschaft oder anderen sachkundigen Stellen Gelegenheit zur Äußerung geben.

(3) ¹Das Gericht bestimmt eine Frist für die Abgabe der Stellungnahmen. ²Die Frist soll zwei Wochen nicht überschreiten.

§ 233 Aussetzung von Verwertung und Verteilung

¹Soweit die Durchführung eines vorgelegten Insolvenzplans durch die Fortsetzung der Verwertung und Verteilung der Insolvenzmasse gefährdet würde, ordnet das Insolvenzgericht auf Antrag des Schuldners oder des Insolvenzverwalters die Aussetzung der Verwertung und Verteilung an. ²Das Gericht sieht von der Aussetzung ab oder hebt sie auf, soweit mit ihr die Gefahr erheblicher Nachteile für die Masse verbunden ist oder soweit der Verwalter mit Zustimmung des Gläubigerausschusses oder der Gläubigerversammlung die Fortsetzung der Verwertung und Verteilung beantragt.

§ 234 Niederlegung des Plans

Der Insolvenzplan ist mit seinen Anlagen und den eingegangenen Stellungnahmen in der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.

§ 235 Erörterungs- und Abstimmungstermin

(1) ¹Das Insolvenzgericht bestimmt einen Termin, in dem der Insolvenzplan und das Stimmrecht der Beteiligten erörtert werden und anschließend über den Plan abgestimmt wird (Erörterungs- und Abstimmungstermin). ²Der Termin soll nicht über einen Monat hinaus angesetzt werden. ³Er kann gleichzeitig mit der Einholung der Stellungnahmen nach § 232 anberaumt werden.

(2) ¹Der Erörterungs- und Abstimmungstermin ist öffentlich bekanntzumachen. ²Dabei ist darauf hinzuweisen, daß der Plan und die eingegangenen Stellungnahmen in der Geschäftsstelle eingesehen werden können. ³§ 74 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) ¹Die Insolvenzgläubiger, die Forderungen angemeldet haben, die absonderungsberechtigten Gläubiger, der Insolvenzverwalter, der Schuldner, der Betriebsrat und der Sprecherausschuß der leitenden Angestellten sind besonders zu laden. ²Mit der Ladung ist ein Abdruck des Plans oder eine Zusammenfassung seines wesentlichen Inhalts, die der Vorlegende auf Aufforderung einzureichen hat, zu übersenden. ³Sind die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen in den Plan einbezogen, so sind auch diese Personen gemäß den Sätzen 1 und 2 zu laden; dies gilt nicht für Aktionäre oder Kommanditaktionäre. ⁴Für börsennotierte Gesellschaften findet § 121 Absatz 4a des Aktiengesetzes entsprechende Anwendung; sie haben eine Zusammenfassung des wesentlichen Inhalts des Plans über ihre Internetseite zugänglich zu machen.

§ 236 Verbindung mit dem Prüfungstermin

Der Erörterungs- und Abstimmungstermin darf nicht vor dem Prüfungstermin stattfinden. Beide Termine können jedoch verbunden werden.

§ 237 Stimmrecht der Insolvenzgläubiger

(1) Für das Stimmrecht der Insolvenzgläubiger bei der Abstimmung über den Insolvenzplan gilt § 77 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und 3 Nr. 1 entsprechend. Absonderungsberechtigte Gläubiger sind nur insoweit zur Abstimmung als Insolvenzgläubiger berechtigt, als ihnen der Schuldner auch persönlich haftet und sie auf die abgesonderte Befriedigung verzichten oder bei ihr ausfallen; solange der Ausfall nicht feststeht, sind sie mit dem mutmaßlichen Ausfall zu berücksichtigen.

(2) Gläubiger, deren Forderungen durch den Plan nicht beeinträchtigt werden, haben kein Stimmrecht.

§ 238 Stimmrecht der absonderungsberechtigten Gläubiger

(1) ¹Soweit im Insolvenzplan auch die Rechtsstellung absonderungsberechtigter Gläubiger geregelt wird, sind im Termin die Rechte dieser Gläubiger einzeln zu erörtern. ²Ein Stimmrecht gewähren die Absonderungsrechte, die weder vom Insolvenzverwalter noch von einem absonderungsberechtigten Gläubiger noch von einem Insolvenzgläubiger bestritten werden. ³Für das Stimmrecht bei streitigen, aufschiebend bedingten oder nicht fälligen Rechten gelten die §§ 41, 77 Abs. 2, 3 Nr. 1 entsprechend.

(2) § 237 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 238a Stimmrecht der Anteilsinhaber

(1) ¹Das Stimmrecht der Anteilsinhaber des Schuldners bestimmt sich allein nach deren Beteiligung am gezeichneten Kapital oder Vermögen des Schuldners. ²Stimmrechtsbeschränkungen, Sonder- oder Mehrstimmrechte bleiben außer Betracht.

(2) § 237 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 239 Stimmliste

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle hält in einem Verzeichnis fest, welche Stimmrechte den Beteiligten nach dem Ergebnis der Erörterung im Termin zustehen.

§ 240 Änderung des Plan

Der Vorlegende ist berechtigt, einzelne Regelungen des Insolvenzplans auf Grund der Erörterung im Termin inhaltlich zu ändern. Über den geänderten Plan kann noch in demselben Termin abgestimmt werden.

§ 241 Gesonderter Abstimmungstermin

(1) ¹Das Insolvenzgericht kann einen gesonderten Termin zur Abstimmung über den Insolvenzplan bestimmen. ²In diesem Fall soll der Zeitraum zwischen dem Erörterungstermin und dem Abstimmungstermin nicht mehr als einen Monat betragen.

(2) ¹Zum Abstimmungstermin sind die stimmberechtigten Beteiligten und der Schuldner zu laden. ²Dies gilt nicht für Aktionäre oder Kommanditaktionäre. ³Für diese reicht es aus, den Termin öffentlich bekannt zu machen. ⁴Für börsennotierte Gesellschaften findet § 121 Absatz 4a des Aktiengesetzes entsprechende Anwendung. ⁵Im Fall einer Änderung des Plans ist auf die Änderung besonders hinzuweisen.

§ 242 Schriftliche Abstimmung

(1) Ist ein gesonderter Abstimmungstermin bestimmt, so kann das Stimmrecht schriftlich ausgeübt werden.

(2) ¹Das Insolvenzgericht übersendet den stimmberechtigten Beteiligten nach dem Erörterungstermin den Stimmzettel und teilt ihnen dabei ihr Stimmrecht mit. ²Die schriftliche Stimmabgabe wird nur berücksichtigt, wenn sie dem Gericht spätestens am Tag vor dem Abstimmungstermin zugegangen ist; darauf ist bei der Übersendung des Stimmzettels hinzuweisen.

§ 243 Abstimmung in Gruppen

Jede Gruppe der stimmberechtigten Beteiligten stimmt gesondert über den Insolvenzplan ab.

§ 244 Erforderliche Mehrheiten

(1) Zur Annahme des Insolvenzplans durch die Gläubiger ist erforderlich, daß in jeder Gruppe

1. die Mehrheit der abstimmenden Gläubiger dem Plan zustimmt und
2. die Summe der Ansprüche der zustimmenden Gläubiger mehr als die Hälfte der Summe der Ansprüche der abstimmenden Gläubiger beträgt.

(2) ¹Gläubiger, denen ein Recht gemeinschaftlich zusteht oder deren Rechte bis zum Eintritt des Eröffnungsgrunds ein einheitliches Recht gebildet haben, werden bei der Abstimmung als ein Gläubiger gerechnet. ²Entsprechendes gilt, wenn an einem Recht ein Pfandrecht oder ein Nießbrauch besteht.

(3) Für die am Schuldner beteiligten Personen gilt Absatz 1 Nummer 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Summe der Ansprüche die Summe der Beteiligungen tritt.

§ 245 Obstruktionsverbot

(1) Auch wenn die erforderlichen Mehrheiten nicht erreicht worden sind, gilt die Zustimmung einer Abstimmungsgruppe als erteilt, wenn

1. die Angehörigen dieser Gruppe durch den Insolvenzplan voraussichtlich nicht schlechter gestellt werden, als sie ohne einen Plan stünden,
2. die Angehörigen dieser Gruppe angemessen an dem wirtschaftlichen Wert beteiligt werden, der auf der Grundlage des Plans den Beteiligten zufließen soll, und
3. die Mehrheit der abstimmenden Gruppen dem Plan mit den erforderlichen Mehrheiten zugestimmt hat.

(2) Für eine Gruppe der Gläubiger liegt eine angemessene Beteiligung im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 vor, wenn nach dem Plan

1. kein anderer Gläubiger wirtschaftliche Werte erhält, die den vollen Betrag seines Anspruchs übersteigen,
2. weder ein Gläubiger, der ohne einen Plan mit Nachrang gegenüber den Gläubigern der Gruppe zu befriedigen wäre, noch der Schuldner oder eine an ihm beteiligte Person einen wirtschaftlichen Wert erhält und
3. kein Gläubiger, der ohne einen Plan gleichrangig mit den Gläubigern der Gruppe zu befriedigen wäre, bessergestellt wird als diese Gläubiger

(3) Für eine Gruppe der Anteilhaber liegt eine angemessene Beteiligung im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 vor, wenn nach dem Plan

1. kein Gläubiger wirtschaftliche Werte erhält, die den vollen Betrag seines Anspruchs übersteigen, und
2. kein Anteilhaber, der ohne einen Plan den Anteilhabern der Gruppe gleichgestellt wäre, bessergestellt wird als diese.

§ 246 Zustimmung nachrangiger Insolvenzgläubiger

Für die Annahme des Insolvenzplans durch die nachrangigen Insolvenzgläubiger gelten ergänzend folgende Bestimmungen:

1. Die Zustimmung der Gruppen mit einem Rang hinter § 39 Abs. 1 Nr. 3 gilt als erteilt, wenn kein Insolvenzgläubiger durch den Plan besser gestellt wird als die Gläubiger dieser Gruppen.
2. Beteiligt sich kein Gläubiger einer Gruppe an der Abstimmung, so gilt die Zustimmung der Gruppe als erteilt.

§ 246a Zustimmung der Anteilhaber

Beteiligt sich keines der Mitglieder einer Gruppe der Anteilhaber an der Abstimmung, so gilt die Zustimmung der Gruppe als erteilt.

§ 247 Zustimmung des Schuldners

(1) Die Zustimmung des Schuldners zum Plan gilt als erteilt, wenn der Schuldner dem Plan nicht spätestens im Abstimmungstermin schriftlich widerspricht.

(2) Ein Widerspruch ist im Rahmen des Absatzes 1 unbeachtlich, wenn

1. der Schuldner durch den Plan voraussichtlich nicht schlechter gestellt wird, als er ohne einen Plan stünde, und
2. kein Gläubiger einen wirtschaftlichen Wert erhält, der den vollen Betrag seines Anspruchs übersteigt.

§ 248 Gerichtliche Bestätigung

(1) Nach der Annahme des Insolvenzplans durch die Beteiligten (§§ 244 bis 246a) und der Zustimmung des Schuldners bedarf der Plan der Bestätigung durch das Insolvenzgericht.

(2) Das Gericht soll vor der Entscheidung über die Bestätigung den Insolvenzverwalter, den Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, und den Schuldner hören.

§ 248a Gerichtliche Bestätigung einer Planberichtigung

(1) Eine Berichtigung des Insolvenzplans durch den Insolvenzverwalter nach § 221 Satz 2 bedarf der Bestätigung durch das Insolvenzgericht.

(2) Das Gericht soll vor der Entscheidung über die Bestätigung den Insolvenzverwalter, den Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, die Gläubiger und die Anteilhaber, sofern ihre Rechte betroffen sind, sowie den Schuldner hören.

(3) Die Bestätigung ist auf Antrag zu versagen, wenn ein Beteiligter durch die mit der Berichtigung einhergehende Planänderung voraussichtlich schlechter gestellt wird, als er nach den mit dem Plan beabsichtigten Wirkungen stünde.

(4) ¹Gegen den Beschluss, durch den die Berichtigung bestätigt oder versagt wird, steht den in Absatz 2 genannten Gläubigern und Anteilhabern sowie dem Verwalter die sofortige Beschwerde zu. ²§ 253 Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 249 Bedingter Plan

¹Ist im Insolvenzplan vorgesehen, daß vor der Bestätigung bestimmte Leistungen erbracht oder andere Maßnahmen verwirklicht werden sollen, so darf der Plan nur bestätigt werden, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind. ²Die Bestätigung ist von Amts wegen zu versagen, wenn die Voraussetzungen auch nach Ablauf einer angemessenen, vom Insolvenzgericht gesetzten Frist nicht erfüllt sind.

§ 250 Verstoß gegen Verfahrensvorschriften

Die Bestätigung ist von Amts wegen zu versagen,

1. wenn die Vorschriften über den Inhalt und die verfahrensmäßige Behandlung des Insolvenzplans sowie über die Annahme durch die Beteiligten und die Zustimmung des Schuldners in einem wesentlichen Punkt nicht beachtet worden sind und der Mangel nicht behoben werden kann oder
2. wenn die Annahme des Plans unlauter, insbesondere durch Begünstigung eines Beteiligten, herbeigeführt worden ist.

§ 251 Minderheitenschutz

(1) Auf Antrag eines Gläubigers oder, wenn der Schuldner keine natürliche Person ist, einer am Schuldner beteiligten Person ist die Bestätigung des Insolvenzplans zu versagen, wenn

1. der Antragsteller dem Plan spätestens im Abstimmungs-termin schriftlich oder zu Protokoll widersprochen hat und
2. der Antragsteller durch den Plan voraussichtlich schlechtergestellt wird, als er ohne einen Plan stünde.

(2) Der Antrag ist nur zulässig, wenn der Antragsteller spätestens im Abstimmungstermin glaubhaft macht, dass er durch den Plan voraussichtlich schlechtergestellt wird.

(3) ¹Der Antrag ist abzuweisen, wenn im gestaltenden Teil des Plans Mittel für den Fall bereitgestellt werden, dass ein Beteiligter eine Schlechterstellung nachweist. ²Ob der Beteiligte einen Ausgleich aus diesen Mitteln erhält, ist außerhalb des Insolvenzverfahrens zu klären.

§ 252 Bekanntgabe der Entscheidung

(1) ¹Der Beschluß, durch den der Insolvenzplan bestätigt oder seine Bestätigung versagt wird, ist im Abstimmungs-termin oder in einem alsbald zu bestimmenden besonderen Termin zu verkünden. ²§ 74 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) ¹Wird der Plan bestätigt, so ist den Insolvenzgläubigern, die Forderungen angemeldet haben, und den absonderungsberechtigten Gläubigern unter Hinweis auf die Bestätigung ein Abdruck des Plans oder eine Zusammenfassung seines wesentlichen Inhalts zu übersenden. ²Sind die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen in den Plan einbezogen, so sind auch diesen die Unterlagen zu übersenden; dies gilt nicht für Aktionäre oder Kommanditaktionäre. ³Börsennotierte Gesellschaften haben eine Zusammenfassung des wesentlichen Inhalts des Plans über ihre Internetseite zugänglich zu machen.

§ 253 Rechtsmittel

(1) Gegen den Beschluss, durch den der Insolvenzplan bestätigt oder durch den die Bestätigung versagt wird, steht den Gläubigern, dem Schuldner und, wenn dieser keine natürliche Person ist, den am Schuldner beteiligten Personen die sofortige Beschwerde zu.

(2) Die sofortige Beschwerde gegen die Bestätigung ist nur zulässig, wenn der Beschwerdeführer

1. dem Plan spätestens im Abstimmungstermin schriftlich oder zu Protokoll widersprochen hat,
2. gegen den Plan gestimmt hat und
3. glaubhaft macht, dass er durch den Plan wesentlich schlechtergestellt wird, als er ohne einen Plan stünde, und dass dieser Nachteil nicht durch eine Zahlung aus den in § 251 Absatz 3 genannten Mitteln ausgeglichen werden kann.

(3) Absatz 2 Nummer 1 und 2 gilt nur, wenn in der öffentlichen Bekanntmachung des Termins (§ 235 Absatz 2) und in den Ladungen zum Termin (§ 235 Absatz 3) auf die Notwendigkeit des Widerspruchs und der Ablehnung des Plans besonders hingewiesen wurde.

(4) ¹Auf Antrag des Insolvenzverwalters weist das Landgericht die Beschwerde unverzüglich zurück, wenn das alsbaldige Wirksamwerden des Insolvenzplans vorrangig erscheint, weil die Nachteile einer Verzögerung des Planvollzugs nach freier Überzeugung des Gerichts die Nachteile für den Beschwerdeführer überwiegen; ein Abhilfeverfahren nach § 572 Absatz 1 Satz 1 der Zivilprozessordnung findet nicht statt. ²Dies gilt nicht, wenn ein besonders schwerer Rechtsverstoß vorliegt. ³Weist das Gericht die Beschwerde nach Satz 1 zurück, ist dem Beschwerdeführer aus der Masse der Schaden zu ersetzen, der ihm durch den Planvollzug entsteht; die Rückgängigmachung der Wirkungen des Insolvenzplans kann nicht als Schadensersatz verlangt werden. ⁴Für Klagen, mit denen Schadensersatzansprüche nach Satz 3 geltend gemacht werden, ist das Landgericht ausschließlich zuständig, das die sofortige Beschwerde zurückgewiesen hat.

§ 254 Allgemeine Wirkungen des Plans

(1) Mit der Rechtskraft der Bestätigung des Insolvenzplans treten die im gestaltenden Teil festgelegten Wirkungen für und gegen alle Beteiligten ein.

(2) ¹Die Rechte der Insolvenzgläubiger gegen Mitschuldner und Bürgen des Schuldners sowie die Rechte dieser Gläubiger an Gegenständen, die nicht zur Insolvenzmasse gehören, oder aus einer Vormerkung, die sich auf solche Gegenstände bezieht, werden durch den Plan nicht berührt. ²Der Schuldner wird jedoch durch den Plan gegenüber dem Mitschuldner, dem Bürgen oder anderen Rückgriffsberechtigten in gleicher Weise befreit wie gegenüber dem Gläubiger.

(3) Ist ein Gläubiger weitergehend befriedigt worden, als er nach dem Plan zu beanspruchen hat, so begründet dies keine Pflicht zur Rückgewähr des Erlangten.

(4) Werden Forderungen von Gläubigern in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte am Schuldner umgewandelt, kann der Schuldner nach der gerichtlichen Bestätigung keine Ansprüche wegen einer Überbewertung der Forderungen im Plan gegen die bisherigen Gläubiger geltend machen.

§ 254a Rechte an Gegenständen. Sonstige Wirkungen des Plans

(1) Wenn Rechte an Gegenständen begründet, geändert, übertragen oder aufgehoben oder Geschäftsanteile an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung abgetreten werden sollen, gelten die in den Insolvenzplan aufgenommenen Willenserklärungen der Beteiligten als in der vorgeschriebenen Form abgegeben.

(2) ¹Wenn die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen in den Plan einbezogen sind (§ 225a), gelten die in den Plan aufgenommenen Beschlüsse der Anteilshaber oder sonstigen Willenserklärungen der Beteiligten als in der vorgeschriebenen Form abgegeben. ²Gesellschaftsrechtlich erforderliche Ladungen, Bekanntmachungen und sonstige Maßnahmen zur Vorbereitung von Beschlüssen der Anteilshaber gelten als in der vorgeschriebenen Form bewirkt. ³Der Insolvenzverwalter ist berechtigt, die erforderlichen Anmeldungen beim jeweiligen Registergericht vorzunehmen.

(3) Entsprechendes gilt für die in den Plan aufgenommenen Verpflichtungserklärungen, die einer Maßnahme nach Absatz 1 oder 2 zugrunde liegen.

§ 254a Rechte an Gegenständen. Sonstige Wirkungen des Plans

(1) Wenn Rechte an Gegenständen begründet, geändert, übertragen oder aufgehoben oder Geschäftsanteile an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung abgetreten werden sollen, gelten die in den Insolvenzplan aufgenommenen Willenserklärungen der Beteiligten als in der vorgeschriebenen Form abgegeben.

(2) ¹Wenn die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der am Schuldner beteiligten Personen in den Plan einbezogen sind (§ 225a), gelten die in den Plan aufgenommenen Beschlüsse der Anteilshaber oder sonstigen Willenserklärungen der Beteiligten als in der vorgeschriebenen Form abgegeben. ²Gesellschaftsrechtlich erforderliche Ladungen, Bekanntmachungen und sonstige Maßnahmen zur Vorbereitung von Beschlüssen der Anteilshaber gelten als in der vorgeschriebenen Form bewirkt. ³Der Insolvenzverwalter ist berechtigt, die erforderlichen Anmeldungen beim jeweiligen Registergericht vorzunehmen.

(3) Entsprechendes gilt für die in den Plan aufgenommenen Verpflichtungserklärungen, die einer Maßnahme nach Absatz 1 oder 2 zugrunde liegen.

§ 254b Wirkung für alle Beteiligten

Die §§ 254 und 254a gelten auch für Insolvenzgläubiger, die ihre Forderungen nicht angemeldet haben, und für Beteiligte, die dem Insolvenzplan widersprochen haben.

§ 255 Wiederauflebensklausel

(1) ¹Sind auf Grund des gestaltenden Teils des Insolvenzplans Forderungen von Insolvenzgläubigern gestundet oder teilweise erlassen worden, so wird die Stundung oder der Erlaß für den Gläubiger hinfällig, gegenüber dem der Schuldner mit der Erfüllung des Plans erheblich in Rückstand gerät. ²Ein erheblicher Rückstand ist erst anzunehmen, wenn der Schuldner eine fällige Verbindlichkeit nicht bezahlt hat, obwohl der Gläubiger ihn schriftlich gemahnt

und ihm dabei eine mindestens zweiwöchige Nachfrist gesetzt hat.

(2) Wird vor vollständiger Erfüllung des Plans über das Vermögen des Schuldners ein neues Insolvenzverfahren eröffnet, so ist die Stundung oder der Erlaß für alle Insolvenzgläubiger hinfällig.

(3) Im Plan kann etwas anderes vorgesehen werden. Jedoch kann von Absatz 1 nicht zum Nachteil des Schuldners abgewichen werden.

§ 256 Streitige Forderungen. Ausfallforderungen

(1) ¹Ist eine Forderung im Prüfungstermin bestritten worden oder steht die Höhe der Ausfallforderung eines absonderungsberechtigten Gläubigers noch nicht fest, so ist ein Rückstand mit der Erfüllung des Insolvenzplans im Sinne des § 255 Abs. 1 nicht anzunehmen, wenn der Schuldner die Forderung bis zur endgültigen Feststellung ihrer Höhe in dem Ausmaß berücksichtigt, das der Entscheidung des Insolvenzgerichts über das Stimmrecht des Gläubigers bei der Abstimmung über den Plan entspricht. ²Ist keine Entscheidung über das Stimmrecht getroffen worden, so hat das Gericht auf Antrag des Schuldners oder des Gläubigers nachträglich festzustellen, in welchem Ausmaß der Schuldner vorläufig die Forderung zu berücksichtigen hat.

(2) ¹Ergibt die endgültige Feststellung, daß der Schuldner zuwenig gezahlt hat, so hat er das Fehlende nachzuzahlen. ²Ein erheblicher Rückstand mit der Erfüllung des Plans ist erst anzunehmen, wenn der Schuldner das Fehlende nicht nachzahlt, obwohl der Gläubiger ihn schriftlich gemahnt und ihm dabei eine mindestens zweiwöchige Nachfrist gesetzt hat.

(3) Ergibt die endgültige Feststellung, daß der Schuldner zuviel gezahlt hat, so kann er den Mehrbetrag nur insoweit zurückfordern, als dieser auch den nicht fälligen Teil der Forderung übersteigt, die dem Gläubiger nach dem Insolvenzplan zusteht.

§ 258 Aufhebung des Insolvenzverfahrens

(1) Sobald die Bestätigung des Insolvenzplans rechtskräftig ist und der Insolvenzplan nicht etwas anderes vorsieht, beschließt das Insolvenzgericht die Aufhebung des Insolvenzverfahrens.

(2) ¹Vor der Aufhebung hat der Verwalter die unstreitigen fälligen Masseansprüche zu berichtigen und für die streitigen oder nicht fälligen Sicherheit zu leisten. ²Für die nicht fälligen Masseansprüche kann auch ein Finanzplan vorgelegt werden, aus dem sich ergibt, dass ihre Erfüllung gewährleistet ist.

(3) ¹Der Beschluß und der Grund der Aufhebung sind öffentlich bekanntzumachen. ²Der Schuldner, der Insolvenzverwalter und die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind

vorab über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Aufhebung (§ 9 Abs. 1 Satz 3) zu unterrichten. ³§ 200 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 259 Wirkungen der Aufhebung

(1) ¹Mit der Aufhebung des Insolvenzverfahrens erlöschen die Ämter des Insolvenzverwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses. ²Der Schuldner erhält das Recht zurück, über die Insolvenzmasse frei zu verfügen.

(2) Die Vorschriften über die Überwachung der Planerfüllung bleiben unberührt.

(3) ¹Einen anhängigen Rechtsstreit, der die Insolvenzanfechtung zum Gegenstand hat, kann der Verwalter auch nach der Aufhebung des Verfahrens fortführen, wenn dies im gestaltenden Teil des Plans vorgesehen ist. ²In diesem Fall wird der Rechtsstreit für Rechnung des Schuldners geführt, wenn im Plan keine abweichende Regelung getroffen wird.

§ 259a Vollstreckungsschutz

(1) ¹Gefährden nach der Aufhebung des Verfahrens Zwangsvollstreckungen einzelner Insolvenzgläubiger, die ihre Forderungen bis zum Abstimmungsstermin nicht angemeldet haben, die Durchführung des Insolvenzplans, kann das Insolvenzgericht auf Antrag des Schuldners eine Maßnahme der Zwangsvollstreckung ganz oder teilweise aufheben oder längstens für drei Jahre untersagen. ²Der Antrag ist nur zulässig, wenn der Schuldner die tatsächlichen Behauptungen, die die Gefährdung begründen, glaubhaft macht.

(2) Ist die Gefährdung glaubhaft gemacht, kann das Gericht die Zwangsvollstreckung auch einstweilen einstellen.

(3) Das Gericht hebt seinen Beschluss auf Antrag auf oder ändert ihn ab, wenn dies mit Rücksicht auf eine Änderung der Sachlage geboten ist.

§ 259b Besondere Verjährungsfrist

(1) Die Forderung eines Insolvenzgläubigers, die nicht bis zum Abstimmungsstermin angemeldet worden ist, verjährt in einem Jahr.

(2) Die Verjährungsfrist beginnt, wenn die Forderung fällig und der Beschluss rechtskräftig ist, durch den der Insolvenzplan bestätigt wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nur anzuwenden, wenn dadurch die Verjährung einer Forderung früher vollendet wird als bei Anwendung der ansonsten geltenden Verjährungsvorschriften.

(4) ¹Die Verjährung einer Forderung eines Insolvenzgläubigers ist gehemmt, solange wegen Vollstreckungsschutzes nach § 259a nicht vollstreckt werden darf. ²Die Hemmung endet drei Monate nach Beendigung des Vollstreckungsschutzes.

§ 260 Überwachung der Planerfüllung

(1) Im gestaltenden Teil des Insolvenzplans kann vorgesehen werden, daß die Erfüllung des Plans überwacht wird.

(2) Im Falle des Absatzes 1 wird nach der Aufhebung des Insolvenzverfahrens überwacht, ob die Ansprüche erfüllt werden, die den Gläubigern nach dem gestaltenden Teil gegen den Schuldner zustehen.

(3) Wenn dies im gestaltenden Teil vorgesehen ist, erstreckt sich die Überwachung auf die Erfüllung der Ansprüche, die den Gläubigern nach dem gestaltenden Teil gegen eine juristische Person oder Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit zustehen, die nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens gegründet worden ist, um das Unternehmen oder einen Betrieb des Schuldners zu übernehmen und weiterzuführen (Übernahmegesellschaft).

§ 261 Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters

(1) ¹Die Überwachung ist Aufgabe des Insolvenzverwalters. Die Ämter des Verwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses und die Aufsicht des Insolvenzgerichts bestehen insoweit fort. ²§ 22 Abs. 3 gilt entsprechend.

(2) Während der Zeit der Überwachung hat der Verwalter dem Gläubigerausschuß, wenn ein solcher bestellt ist, und dem Gericht jährlich über den jeweiligen Stand und die weiteren Aussichten der Erfüllung des Insolvenzplans zu berichten. Unberührt bleibt das Recht des Gläubigerausschusses und des Gerichts, jederzeit einzelne Auskünfte oder einen Zwischenbericht zu verlangen.

§ 262 Anzeigepflicht des Insolvenzverwalters

¹Stellt der Insolvenzverwalter fest, daß Ansprüche, deren Erfüllung überwacht wird, nicht erfüllt werden oder nicht erfüllt werden können, so hat er dies unverzüglich dem Gläubigerausschuß und dem Insolvenzgericht anzuzeigen. ²Ist ein Gläubigerausschuß nicht bestellt, so hat der Verwalter an dessen Stelle alle Gläubiger zu unterrichten, denen nach dem gestaltenden Teil des Insolvenzplans Ansprüche gegen den Schuldner oder die Übernahmegesellschaft zustehen.

§ 263 Zustimmungspflichtige Geschäfte

¹Im gestaltenden Teil des Insolvenzplans kann vorgesehen werden, daß bestimmte Rechtsgeschäfte des Schuldners oder der Übernahmegesellschaft während der Zeit der Überwachung nur wirksam sind, wenn der Insolvenzverwalter ihnen zustimmt. ²§ 81 Abs. 1 und § 82 gelten entsprechend.

§ 264 Kreditrahmen

(1) ¹Im gestaltenden Teil des Insolvenzplans kann vorgesehen werden, daß die Insolvenzgläubiger nachrangig sind gegenüber Gläubigern mit Forderungen aus Darlehen und sonstigen Krediten, die der Schuldner oder die Übernahmegesellschaft während der Zeit der Überwachung aufnimmt oder die ein Massegläubiger in die Zeit der Überwachung hinein stehen läßt. ²In diesem Fall ist zugleich ein Gesamtbetrag für derartige Kredite festzulegen (Kreditrahmen). ³Dieser darf den Wert der Vermögensgegenstände nicht übersteigen, die in der Vermögensübersicht des Plans (§ 229 Satz 1) aufgeführt sind.

(2) Der Nachrang der Insolvenzgläubiger gemäß Absatz 1 besteht nur gegenüber Gläubigern, mit denen vereinbart wird, daß und in welcher Höhe der von ihnen gewährte Kredit nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten innerhalb des Kreditrahmens liegt, und gegenüber denen der Insolvenzverwalter diese Vereinbarung schriftlich bestätigt.

(3) § 39 Abs. 1 Nr. 5 bleibt unberührt.

§ 265 Nachrang von Neugläubigern

¹Gegenüber den Gläubigern mit Forderungen aus Krediten, die nach Maßgabe des § 264 aufgenommen oder stehen gelassen werden, sind nachrangig auch die Gläubiger mit sonstigen vertraglichen Ansprüchen, die während der Zeit der Überwachung begründet werden. ²Als solche Ansprüche gelten auch die Ansprüche aus einem vor der Überwachung vertraglich begründeten Dauerschuldverhältnis für die Zeit nach dem ersten Termin, zu dem der Gläubiger nach Beginn der Überwachung kündigen konnte.

§ 266 Berücksichtigung des Nachrangs

(1) Der Nachrang der Insolvenzgläubiger und der in § 265 bezeichneten Gläubiger wird nur in einem Insolvenzverfahren berücksichtigt, das vor der Aufhebung der Überwachung eröffnet wird.

(2) In diesem neuen Insolvenzverfahren gehen diese Gläubiger den übrigen nachrangigen Gläubigern im Range vor.

§ 267 Bekanntmachung der Überwachung

(1) Wird die Erfüllung des Insolvenzplans überwacht, so ist dies zusammen mit dem Beschluß über die Aufhebung des Insolvenzverfahrens öffentlich bekanntzumachen.

(2) Ebenso ist bekanntzumachen:

1. im Falle des § 260 Abs. 3 die Erstreckung der Überwachung auf die Übernahmegesellschaft;
2. im Falle des § 263, welche Rechtsgeschäfte an die Zustimmung des Insolvenzverwalters gebunden werden;
3. im Falle des § 264, in welcher Höhe ein Kreditrahmen vorgesehen ist.

(3) § 31 gilt entsprechend. Soweit im Falle des § 263 das Recht zur Verfügung über ein Grundstück, ein eingetragenes Schiff, Schiffsbauwerk oder Luftfahrzeug, ein Recht an einem solchen Gegenstand oder ein Recht an einem solchen Recht beschränkt wird, gelten die §§ 32 und 33 entsprechend.

§ 268 Aufhebung der Überwachung

(1) Das Insolvenzgericht beschließt die Aufhebung der Überwachung,

1. wenn die Ansprüche, deren Erfüllung überwacht wird, erfüllt sind oder die Erfüllung dieser Ansprüche gewährleistet ist oder
2. wenn seit der Aufhebung des Insolvenzverfahrens drei Jahre verstrichen sind und kein Antrag auf Eröffnung eines neuen Insolvenzverfahrens vorliegt.

(2) ¹Der Beschluß ist öffentlich bekanntzumachen. ²§ 267 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 269 Kosten der Überwachung

¹Die Kosten der Überwachung trägt der Schuldner. ²Im Falle des § 260 Abs. 3 trägt die Übernahmegesellschaft die durch ihre Überwachung entstehenden Kosten.

§ 290. Versagung der Restschuldbefreiung.

(1) In dem Beschluß ist die Restschuldbefreiung zu versagen, wenn dies im Schlusstermin von einem Insolvenzgläubiger beantragt worden ist und wenn

1. der Schuldner wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283c des Strafgesetzbuchs rechtskräftig verurteilt worden ist,
2. der Schuldner in den letzten drei Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag vorsätzlich oder grob fahrlässig schriftlich unrichtige oder unvollständige Angaben über seine wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht hat, um einen Kredit zu erhalten, Leistungen aus öffentlichen Mitteln zu beziehen oder Leistungen an öffentliche Kassen zu vermeiden,
3. in den letzten zehn Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag dem Schuldner Restschuldbefreiung erteilt oder nach § 296 oder § 297 versagt worden ist,
4. der Schuldner im letzten Jahr vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag vorsätzlich oder grob fahrlässig die Befriedigung der Insolvenzgläubiger dadurch beeinträchtigt hat, dass er unangemessene Verbindlichkeiten begründet oder Vermögen verschwendet oder ohne Aussicht auf eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage die Eröffnung des Insolvenzverfahrens verzögert hat,
5. der Schuldner während des Insolvenzverfahrens Auskunfts- oder Mitwirkungspflichtigen nach diesem Gesetz vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat oder
6. der Schuldner in den nach § 305 Abs. 1 Nr. 3 vorzulegenden Verzeichnissen seines Vermögens und seines Ein-

kommens, seiner Gläubiger und der gegen ihn gerichteten Forderungen vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht hat.

(2) Der Antrag des Gläubigers ist nur zulässig, wenn ein Versagungsgrund glaubhaft gemacht wird.

§ 303. Widerruf der Restschuldbefreiung.

(1) Auf Antrag eines Insolvenzgläubigers widerruft das Insolvenzgericht die Erteilung der Restschuldbefreiung, wenn sich nachträglich herausstellt, dass der Schuldner eine seiner Obliegenheiten vorsätzlich verletzt und dadurch die Befriedigung der Insolvenzgläubiger erheblich beeinträchtigt hat.

(2) Der Antrag des Gläubigers ist nur zulässig, wenn er innerhalb eines Jahres nach der Rechtskraft der Entscheidung über die Restschuldbefreiung gestellt wird und wenn glaubhaft gemacht wird, dass die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und dass der Gläubiger bis zur Rechtskraft der Entscheidung keine Kenntnis von ihnen hatte.

(3) ¹ Vor der Entscheidung sind der Schuldner und der Treuhänder zu hören. ² Gegen die Entscheidung steht dem Antragsteller und dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu. ³ Die Entscheidung, durch welche die Restschuldbefreiung widerrufen wird, ist öffentlich bekannt zu machen.

§ 304. Grundsatz.

(1) ¹ Ist der Schuldner eine natürliche Person, die keine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit ausübt oder ausgeübt hat, so gelten für das Verfahren die allgemeinen Vorschriften, soweit in diesem Teil nichts anderes bestimmt ist. ² Hat der Schuldner eine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt, so findet Satz 1 Anwendung, wenn seine Vermögensverhältnisse überschaubar sind und gegen ihn keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

(2) Überschaubar sind die Vermögensverhältnisse im Sinne von Absatz 1 Satz 2 nur, wenn der Schuldner zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt wird, weniger als 20 Gläubiger hat.

§ 354. Voraussetzungen des Partikularverfahrens.

(1) Ist die Zuständigkeit eines deutschen Gerichts zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das gesamte Vermögen des Schuldners nicht gegeben, hat der Schuldner jedoch im Inland eine Niederlassung oder sonstiges Vermögen, so ist auf Antrag eines Gläubigers ein besonderes Insolvenzverfahren über das inländische Vermögen des Schuldners (Partikularverfahren) zulässig.

(2) ¹ Hat der Schuldner im Inland keine Niederlassung, so ist der Antrag eines Gläubigers auf Eröffnung eines Partikularverfahrens nur zulässig, wenn dieser ein besonderes Interesse an der Eröffnung des Verfahrens hat, insbesondere, wenn er in einem ausländischen Verfahren voraussichtlich erheblich schlechter stehen wird als in einem inländischen

Verfahren. ² Das besondere Interesse ist vom Antragsteller glaubhaft zu machen.

(3) ¹ Für das Verfahren ist ausschließlich das Insolvenzgericht zuständig, in dessen Bezirk die Niederlassung oder, wenn eine Niederlassung fehlt, Vermögen des Schuldners belegen ist. ² § 3 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 355. Restschuldbefreiung. Insolvenzplan.

(1) Im Partikularverfahren sind die Vorschriften über die Restschuldbefreiung nicht anzuwenden.

(2) Ein Insolvenzplan, in dem eine Stundung, ein Erlass oder sonstige Einschränkungen der Rechte der Gläubiger vorgesehen sind, kann in diesem Verfahren nur bestätigt werden, wenn alle betroffenen Gläubiger dem Plan zugestimmt haben.

§ 356. Sekundärinsolvenzverfahren.

(1) ¹ Die Anerkennung eines ausländischen Hauptinsolvenzverfahrens schließt ein Sekundärinsolvenzverfahren über das inländische Vermögen nicht aus. ² Für das Sekundärinsolvenzverfahren gelten ergänzend die §§ 357 und 358.

(2) Zum Antrag auf Eröffnung des Sekundärinsolvenzverfahrens ist auch der ausländische Insolvenzverwalter berechtigt.

(3) Das Verfahren wird eröffnet, ohne dass ein Eröffnungsgrund festgestellt werden muss.

Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz - WEG)

§ 43. Zuständigkeit.

Das Gericht, in dessen Bezirk das Grundstück liegt, ist ausschließlich zuständig für

1. Streitigkeiten über die sich aus der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer und aus der Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums ergebenden Rechte und Pflichten der Wohnungseigentümer untereinander;
2. Streitigkeiten über die Rechte und Pflichten zwischen der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer und Wohnungseigentümern;
3. Streitigkeiten über die Rechte und Pflichten des Verwalters bei der Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums;
4. Streitigkeiten über die Gültigkeit von Beschlüssen der Wohnungseigentümer;
5. Klagen Dritter, die sich gegen die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer oder gegen Wohnungseigentümer richten und sich auf das gemeinschaftliche Eigentum, seine Verwaltung oder das Sondereigentum beziehen;

6. ¹ Mahnverfahren, wenn die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer Antragstellerin ist. ² Insoweit ist § 689 Abs. 2 der Zivilprozessordnung nicht anzuwenden.

Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen und Abkommen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen (AVAG)

§ 1 Abs. 2 Anwendungsbereich

(2) Die Regelungen der in Absatz 1 Nummer 2 genannten Verordnungen und Abkommen werden als unmittelbar geltendes Recht der Europäischen Gemeinschaft durch die Durchführungsbestimmungen dieses Gesetzes nicht berührt. Unberührt bleiben auch die Regelungen der zwischenstaatlichen Verträge; dies gilt insbesondere für die Regelungen über

1. den sachlichen Anwendungsbereich,
2. die Art der Entscheidungen und sonstigen Titel, die im Inland anerkannt oder zur Zwangsvollstreckung zugelassen werden können,
3. das Erfordernis der Rechtskraft der Entscheidungen,
4. die Art der Urkunden, die im Verfahren vorzulegen sind, und
5. die Gründe, die zur Versagung der Anerkennung oder Zulassung der Zwangsvollstreckung führen.

EnWG Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung

§ 75 Zulässigkeit, Zuständigkeit

(1) ¹ Gegen Entscheidungen der Regulierungsbehörde ist die Beschwerde zulässig. ² Sie kann auch auf neue Tatsachen und Beweismittel gestützt werden.

(2) Die Beschwerde steht den am Verfahren vor der Regulierungsbehörde Beteiligten zu.

(3) ¹ Die Beschwerde ist auch gegen die Unterlassung einer beantragten Entscheidung der Regulierungsbehörde zulässig, auf deren Erlass der Antragsteller einen Rechtsanspruch geltend macht. ² Als Unterlassung gilt es auch, wenn die Regulierungsbehörde den Antrag auf Erlass der Entscheidung ohne zureichenden Grund in angemessener Frist nicht beschieden hat. ³ Die Unterlassung ist dann einer Ablehnung gleich zu achten.

(4) ¹ Über die Beschwerde entscheidet ausschließlich das für den Sitz der Regulierungsbehörde zuständige Oberlandesgericht, in den Fällen des § 51 ausschließlich das für den Sitz der Bundesnetzagentur zuständige Oberlandesgericht, und zwar auch dann, wenn sich die Beschwerde gegen eine Verfügung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie richtet. ² § 36 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.

§ 102 Ausschließliche Zuständigkeit der Landgerichte

(1) ¹ Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesem Gesetz ergeben, sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes die Landgerichte ausschließlich zuständig. ² Satz 1 gilt auch, wenn die Entscheidung eines Rechtsstreits ganz oder teilweise von einer Entscheidung abhängt, die nach diesem Gesetz zu treffen ist.

(2) Die Rechtsstreitigkeiten sind Handelssachen im Sinne der §§ 93 bis 114 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

§ 106 Zuständiger Senat beim Oberlandesgericht

(1) Die nach § 91 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bei den Oberlandesgerichten gebildeten Kartellsenate entscheiden über die nach diesem Gesetz den Oberlandesgerichten zugewiesenen Rechtssachen sowie in den Fällen des § 102 über die Berufung gegen Endurteile und die Beschwerde gegen sonstige Entscheidungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten
(Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz - (KapMug))

§ 6 Vorlage an das Oberlandesgericht; Verordnungsmächtigung

(1) ¹ Durch Vorlagebeschluss ist eine Entscheidung des im Rechtszug übergeordneten Oberlandesgerichts über die Feststellungsziele gleichgerichteter Musterverfahrensanträge herbeizuführen, wenn innerhalb von sechs Monaten nach der ersten Bekanntmachung eines Musterverfahrens-antrags mindestens neun weitere gleichgerichtete Musterverfahrensanträge bekannt gemacht wurden. ² Der Vorlagebeschluss ist unanfechtbar und für das Oberlandesgericht bindend.

(2) Zuständig für den Vorlagebeschluss ist das Prozessgericht, bei dem der erste bekannt gemachte Musterverfahrensantrag gestellt wurde.

(3) Der Vorlagebeschluss enthält:

1. die Feststellungsziele und
2. eine knappe Darstellung des den Musterverfahrensanträgen zugrunde liegenden gleichen Lebenssachverhalts.

(4) Das Prozessgericht macht den Inhalt des Vorlagebeschlusses im Klageregister öffentlich bekannt.

(5) ¹ Sind seit Bekanntmachung des jeweiligen Musterverfahrensantrags innerhalb von sechs Monaten nicht neun weitere gleichgerichtete Anträge bekannt gemacht worden, weist das Prozessgericht den Antrag durch Beschluss zurück und setzt das Verfahren fort. ² Der Beschluss ist unanfechtbar.

(6) ¹ Sind in einem Land mehrere Oberlandesgerichte errichtet, so kann die Zuständigkeit für das Musterverfahren von der Landesregierung durch Rechtsverordnung einem der Oberlandesgerichte oder dem Obersten Landesgericht zu-

gewiesen werden. ² Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen. ³ Durch Staatsverträge zwischen Ländern kann die Zuständigkeit eines Oberlandesgerichts für einzelne Bezirke oder für das gesamte Gebiet mehrerer Länder begründet werden.

Bundesnotarordnung BNotO

§ 15

(2) ¹ Gegen die Verweigerung der Urkunds- oder sonstigen Tätigkeit des Notars findet die Beschwerde statt. Beschwerdegericht ist eine Zivilkammer des Landgerichts, in dessen Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat. ² Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Aktiengesetz

§ 246a Freigabeverfahren

(1) ¹ Wird gegen einen Hauptversammlungsbeschluss über eine Maßnahme der Kapitalbeschaffung, der Kapitalherabsetzung (§§ 182 bis 240) oder einen Unternehmensvertrag (§§ 291 bis 307) Klage erhoben, so kann das Gericht auf Antrag der Gesellschaft durch Beschluss feststellen, dass die Erhebung der Klage der Eintragung nicht entgegensteht und Mängel des Hauptversammlungsbeschlusses die Wirkung der Eintragung unberührt lassen. ² Auf das Verfahren sind § 247, die §§ 82, 83 Abs. 1 und § 84 der Zivilprozessordnung sowie die im ersten Rechtszug für das Verfahren vor den Landgerichten geltenden Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden, soweit nichts Abweichendes bestimmt ist. ³ Über den Antrag entscheidet ein Senat des Oberlandesgerichts, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat.

(2) Ein Beschluss nach Absatz 1 ergeht, wenn

1. die Klage unzulässig oder offensichtlich unbegründet ist,
2. der Kläger nicht binnen einer Woche nach Zustellung des Antrags durch Urkunden nachgewiesen hat, dass er seit Bekanntmachung der Einberufung einen anteiligen Betrag von mindestens 1 000 Euro hält oder
3. das alsbaldige Wirksamwerden des Hauptversammlungsbeschlusses vorrangig erscheint, weil die vom Antragsteller dargelegten wesentlichen Nachteile für die Gesellschaft und ihre Aktionäre nach freier Überzeugung des Gerichts die Nachteile für den Antragsgegner überwiegen, es sei denn, es liegt eine besondere Schwere des Rechtsverstoßes vor.

(3) ¹ Eine Übertragung auf den Einzelrichter ist ausgeschlossen; einer Güteverhandlung bedarf es nicht. ² In dringenden Fällen kann auf eine mündliche Verhandlung verzichtet werden. ³ Die vorgebrachten Tatsachen, auf Grund deren der Beschluss ergehen kann, sind glaubhaft zu machen. ⁴ Der

Beschluss ist unanfechtbar. ⁵ Er ist für das Registergericht bindend; die Feststellung der Bestandskraft der Eintragung wirkt für und gegen jedermann. ⁶ Der Beschluss soll spätestens drei Monate nach Antragstellung ergehen; Verzögerungen der Entscheidung sind durch unanfechtbaren Beschluss zu begründen.

(4) ¹ Erweist sich die Klage als begründet, so ist die Gesellschaft, die den Beschluss erwirkt hat, verpflichtet, dem Antragsgegner den Schaden zu ersetzen, der ihm aus einer auf dem Beschluss beruhenden Eintragung des Hauptversammlungsbeschlusses entstanden ist. ² Nach der Eintragung lassen Mängel des Beschlusses seine Durchführung unberührt; die Beseitigung dieser Wirkung der Eintragung kann auch nicht als Schadensersatz verlangt werden.

§ 319 Eingliederung

(1) ¹ Die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft kann die Eingliederung der Gesellschaft in eine andere Aktiengesellschaft mit Sitz im Inland (Hauptgesellschaft) beschließen, wenn sich alle Aktien der Gesellschaft in der Hand der zukünftigen Hauptgesellschaft befinden. ² Auf den Beschluss sind die Bestimmungen des Gesetzes und der Satzung über Satzungsänderungen nicht anzuwenden.

(2) ¹ Der Beschluss über die Eingliederung wird nur wirksam, wenn die Hauptversammlung der zukünftigen Hauptgesellschaft zustimmt. ² Der Beschluss über die Zustimmung bedarf einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst. ³ Die Satzung kann eine größere Kapitalmehrheit und weitere Erfordernisse bestimmen. ⁴ Absatz 1 Satz 2 ist anzuwenden.

(3) ¹ Von der Einberufung der Hauptversammlung der zukünftigen Hauptgesellschaft an, die über die Zustimmung zur Eingliederung beschließen soll, sind in dem Geschäftsraum dieser Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre auszuliegen

1. der Entwurf des Eingliederungsbeschlusses;
2. die Jahresabschlüsse und die Lageberichte der beteiligten Gesellschaften für die letzten drei Geschäftsjahre;
3. ein ausführlicher schriftlicher Bericht des Vorstands der zukünftigen Hauptgesellschaft, in dem die Eingliederung rechtlich und wirtschaftlich erläutert und begründet wird (Eingliederungsbericht).

² Auf Verlangen ist jedem Aktionär der zukünftigen Hauptgesellschaft unverzüglich und kostenlos eine Abschrift der in Satz 1 bezeichneten Unterlagen zu erteilen. ³ Die Verpflichtungen nach den Sätzen 1 und 2 entfallen, wenn die in Satz 1 bezeichneten Unterlagen für denselben Zeitraum über die Internetseite der zukünftigen Hauptgesellschaft zugänglich sind. ⁴ In der Hauptversammlung sind diese Unterlagen zugänglich zu machen. ⁵ Jedem Aktionär ist in der Hauptversammlung auf Verlangen Auskunft auch über alle im Zusammenhang mit der Eingliederung wesentlichen Angelegenheiten der einzugliedernden Gesellschaft zu geben.

(4) ¹ Der Vorstand der einzugliedernden Gesellschaft hat die Eingliederung und die Firma der Hauptgesellschaft zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden. ² Der Anmeldung sind die Niederschriften der Hauptversammlungsbeschlüsse und ihre Anlagen in Ausfertigung oder öffentlich beglaubigter Abschrift beizufügen.

(5) ¹ Bei der Anmeldung nach Absatz 4 hat der Vorstand zu erklären, dass eine Klage gegen die Wirksamkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses nicht oder nicht fristgemäß erhoben oder eine solche Klage rechtskräftig abgewiesen oder zurückgenommen worden ist; hierüber hat der Vorstand dem Registergericht auch nach der Anmeldung Mitteilung zu machen. ² Liegt die Erklärung nicht vor, so darf die Eingliederung nicht eingetragen werden, es sei denn, dass die klageberechtigten Aktionäre durch notariell beurkundete Verzichtserklärung auf die Klage gegen die Wirksamkeit des Hauptversammlungsbeschlusses verzichten.

(6) ¹ Der Erklärung nach Absatz 5 Satz 1 steht es gleich, wenn nach Erhebung einer Klage gegen die Wirksamkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses das Gericht auf Antrag der Gesellschaft, gegen deren Hauptversammlungsbeschluss sich die Klage richtet, durch Beschluss festgestellt hat, dass die Erhebung der Klage der Eintragung nicht entgegensteht. ² Auf das Verfahren sind § 247, die §§ 82, 83 Abs. 1 und § 84 der Zivilprozessordnung sowie die im ersten Rechtszug für das Verfahren vor den Landgerichten geltenden Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden, soweit nichts Abweichendes bestimmt ist. ³ Ein Beschluss nach Satz 1 ergeht, wenn

1. die Klage unzulässig oder offensichtlich unbegründet ist,
2. der Kläger nicht binnen einer Woche nach Zustellung des Antrags durch Urkunden nachgewiesen hat, dass er seit Bekanntmachung der Einberufung einen anteiligen Betrag von mindestens 1 000 Euro hält oder
3. das alsbaldige Wirksamwerden des Hauptversammlungsbeschlusses vorrangig erscheint, weil die vom Antragsteller dargelegten wesentlichen Nachteile für die Gesellschaft und ihre Aktionäre nach freier Überzeugung des Gerichts die Nachteile für den Antragsgegner überwiegen, es sei denn, es liegt eine besondere Schwere des Rechtsverstoßes vor.

⁴ Der Beschluss kann in dringenden Fällen ohne mündliche Verhandlung ergehen. ⁵ Der Beschluss soll spätestens drei Monate nach Antragstellung ergehen; Verzögerungen der Entscheidung sind durch unanfechtbaren Beschluss zu begründen. ⁶ Die vorgebrachten Tatsachen, aufgrund derer der Beschluss nach Satz 3 ergehen kann, sind glaubhaft zu machen. ⁷ Über den Antrag entscheidet ein Senat des Oberlandesgerichts, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat. ⁸ Eine Übertragung auf den Einzelrichter ist ausgeschlossen; einer Güteverhandlung bedarf es nicht. ⁹ Der Beschluss ist unanfechtbar. ¹⁰ Erweist sich die Klage als begründet, so ist die Gesellschaft, die den Beschluss erwirkt hat, verpflichtet, dem Antragsgegner den Schaden zu ersetzen, der ihm aus einer auf dem Beschluss beruhenden Eintragung der Eingliederung entstanden ist. ¹¹ Nach der Eintragung lassen Mängel des Beschlusses seine Durchfüh-

rung unberührt; die Beseitigung dieser Wirkung der Eintragung kann auch nicht als Schadenersatz verlangt werden.

(7) Mit der Eintragung der Eingliederung in das Handelsregister des Sitzes der Gesellschaft wird die Gesellschaft in die Hauptgesellschaft eingegliedert.

Umwandlungsgesetz

§ 16 Anmeldung der Verschmelzung

(1) ¹ Die Vertretungsorgane jedes der an der Verschmelzung beteiligten Rechtsträger haben die Verschmelzung zur Eintragung in das Register (Handelsregister, Partnerschaftsregister, Genossenschaftsregister oder Vereinsregister) des Sitzes ihres Rechtsträgers anzumelden. ² Das Vertretungsorgan des übernehmenden Rechtsträgers ist berechtigt, die Verschmelzung auch zur Eintragung in das Register des Sitzes jedes der übertragenden Rechtsträger anzumelden.

(2) ¹ Bei der Anmeldung haben die Vertretungsorgane zu erklären, dass eine Klage gegen die Wirksamkeit eines Verschmelzungsbeschlusses nicht oder nicht fristgemäß erhoben oder eine solche Klage rechtskräftig abgewiesen oder zurückgenommen worden ist; hierüber haben die Vertretungsorgane dem Registergericht auch nach der Anmeldung Mitteilung zu machen. ² Liegt die Erklärung nicht vor, so darf die Verschmelzung nicht eingetragen werden, es sei denn, dass die klageberechtigten Anteilsinhaber durch notariell beurkundete Verzichtserklärung auf die Klage gegen die Wirksamkeit des Verschmelzungsbeschlusses verzichten.

(3) ¹ Der Erklärung nach Absatz 2 Satz 1 steht es gleich, wenn nach Erhebung einer Klage gegen die Wirksamkeit eines Verschmelzungsbeschlusses das Gericht auf Antrag des Rechtsträgers, gegen dessen Verschmelzungsbeschluss sich die Klage richtet, durch Beschluss festgestellt hat, dass die Erhebung der Klage der Eintragung nicht entgegensteht. ² Auf das Verfahren sind § 247 des Aktiengesetzes, die §§ 82, 83 Abs. 1 und § 84 der Zivilprozessordnung sowie die im ersten Rechtszug für das Verfahren vor den Landgerichten geltenden Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden, soweit nichts Abweichendes bestimmt ist. ³ Ein Beschluss nach Satz 1 ergeht, wenn

1. die Klage unzulässig oder offensichtlich unbegründet ist oder
2. der Kläger nicht binnen einer Woche nach Zustellung des Antrags durch Urkunden nachgewiesen hat, dass er seit Bekanntmachung der Einberufung einen anteiligen Betrag von mindestens 1 000 Euro hält oder
3. das alsbaldige Wirksamwerden der Verschmelzung vorrangig erscheint, weil die vom Antragsteller dargelegten wesentlichen Nachteile für die an der Verschmelzung beteiligten Rechtsträger und ihre Anteilsinhaber nach freier Überzeugung des Gerichts die Nachteile für den Antragsgegner überwiegen, es sei denn, es liegt eine besondere Schwere des Rechtsverstoßes vor.

⁴ Der Beschluss kann in dringenden Fällen ohne mündliche Verhandlung ergehen. ⁵ Der Beschluss soll spätestens drei Monate nach Antragstellung ergehen; Verzögerungen der Entscheidung sind durch unanfechtbaren Beschluss zu begründen. ⁶ Die vorgebrachten Tatsachen, auf Grund derer der Beschluss nach Satz 3 ergehen kann, sind glaubhaft zu machen. ⁷ Über den Antrag entscheidet ein Senat des Oberlandesgerichts, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat. ⁸ Eine Übertragung auf den Einzelrichter ist ausgeschlossen; einer Güteverhandlung bedarf es nicht. ⁹ Der Beschluss ist unanfechtbar. ¹⁰ Erweist sich die Klage als begründet, so ist der Rechtsträger, der den Beschluss erwirkt hat, verpflichtet, dem Antragsgegner den Schaden zu ersetzen, der ihm aus einer auf dem Beschluss beruhenden Eintragung der Verschmelzung entstanden ist; als Ersatz des Schadens kann nicht die Beseitigung der Wirkungen der Eintragung der Verschmelzung im Register des Sitzes des übernehmenden Rechtsträgers verlangt werden.

Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (Therapieunterbringungsgesetz - ThUG)

§ 5 Einleitung des gerichtlichen Verfahrens *)

(1) ¹ Das gerichtliche Verfahren wird eingeleitet, wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass die Voraussetzungen für eine Therapieunterbringung nach § 1 gegeben sind. ² Den Antrag stellt die untere Verwaltungsbehörde, in deren Zuständigkeitsbereich das Bedürfnis für die Therapieunterbringung entsteht. ³ Befindet sich der Betroffene in der Sicherungsverwahrung, so ist auch der Leiter der Einrichtung antragsberechtigt, in der diese vollstreckt wird. ⁴ Der Betroffene ist über die Antragstellung zu unterrichten.

(2) ¹ Der Antrag ist bereits vor der Entlassung des Betroffenen aus der Sicherungsverwahrung zulässig. ² Er gilt als zurückgenommen, wenn nicht innerhalb von zwölf Monaten seit Antragstellung die in § 1 Absatz 1 vorausgesetzte Entscheidung rechtskräftig geworden ist.

(3) ¹ Die für die Sicherungsverwahrung des Betroffenen zuständige Vollstreckungsbehörde, der in Absatz 1 Satz 3 genannte Antragsberechtigte sowie die Führungsaufsichtsstelle des Betroffenen teilen der zuständigen unteren Verwaltungsbehörde die für die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens notwendigen Daten mit, wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass die Voraussetzungen für eine Therapieunterbringung nach § 1 gegeben sind. ² Die Übermittlung personenbezogener Daten zu dem in Satz 1 genannten Zweck ist zulässig, wenn dem keine schutzwürdigen Interessen des Betroffenen entgegenstehen. ³ Der Inhalt der Mitteilung, die Art und Weise ihrer Übermittlung und der Empfänger sind aktenkundig zu machen. ⁴ Der Betroffene ist über die Mitteilung und den Inhalt der Mitteilung zu unterrichten.

§ 12 Dauer und Verlängerung der Therapieunterbringung

(1) Die Unterbringung endet spätestens mit Ablauf von 18 Monaten, wenn sie nicht vorher verlängert wird.

(2) ¹ Für die Verlängerung der Therapieunterbringung gelten die Vorschriften über die erstmalige Anordnung entsprechend. ² Abweichend von § 9 Absatz 1 Satz 1 kann die Beweisaufnahme auf die Einholung eines Gutachtens beschränkt werden. ³ Als Sachverständiger ist nicht zu bestellen, wer den Betroffenen bisher behandelt hat oder im Rahmen eines ständigen Dienstverhältnisses in der Einrichtung tätig ist, in der der Betroffene untergebracht ist oder zuletzt untergebracht war. ⁴ Als Sachverständiger soll nicht bestellt werden, wer den Betroffenen bereits mehr als ein Mal im Rahmen eines Unterbringungsverfahrens nach diesem Gesetz begutachtet hat.

§ 16 Beschwerde; Beschwerdefrist

(1) Das Recht der Beschwerde steht dem Betroffenen, dem ihm beigeordneten Rechtsanwalt, der zuständigen unteren Verwaltungsbehörde sowie dem Leiter der Einrichtung nach § 5 Absatz 1 Satz 3 zu, sofern er einen Antrag nach dieser Vorschrift gestellt hat. *)

(2) Die Beschwerde ist binnen einer Frist von zwei Wochen einzulegen.

(3) Eine Übertragung der Entscheidung über die Beschwerde auf den Einzelrichter ist ausgeschlossen.

*) abweichendes Landesrecht Sachsen, siehe B. v. 10. Juni 2013 (BGBl. I S. 1479)

Abgabe Ordnung (AO)

§ 287 Befugnisse des Vollziehungsbeamten

...

(4) ¹ Die Wohn- und Geschäftsräume des Vollstreckungsschuldners dürfen ohne dessen Einwilligung nur auf Grund einer richterlichen Anordnung durchsucht werden. ² Dies gilt nicht, wenn die Einholung der Anordnung den Erfolg der Durchsuchung gefährden würde. ³ Für die richterliche Anordnung einer Durchsuchung ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Durchsuchung vorgenommen werden soll.

...

Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Gerichte und Notare (Gerichts- und Notarkostengesetz-GNotKG)

§ 129 Beschwerde und Rechtsbeschwerde

(1) Gegen die Entscheidung des Landgerichts findet ohne Rücksicht auf den Wert des Beschwerdegegenstands die Beschwerde statt.

(2) Gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts findet die Rechtsbeschwerde statt.

Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz – UrhG)

§ 101 Anspruch auf Auskunft

.....

(9) ¹Kann die Auskunft nur unter Verwendung von Verkehrsdaten (§ 3 Nr. 30 des Telekommunikationsgesetzes) erteilt werden, ist für ihre Erteilung eine vorherige richterliche Anordnung über die Zulässigkeit der Verwendung der Verkehrsdaten erforderlich, die von dem Verletzten zu beantragen ist. ²Für den Erlass dieser Anordnung ist das Landgericht, in dessen Bezirk der zur Auskunft Verpflichtete seinen Wohnsitz, seinen Sitz oder eine Niederlassung hat, ohne Rücksicht auf den Streitwert ausschließlich zuständig. ³Die Entscheidung trifft die Zivilkammer. ⁴Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. ⁵Die Kosten der richterlichen Anordnung trägt der Verletzte. ⁶Gegen die Entscheidung des Landgerichts ist die Beschwerde statthaft. ⁷Die Beschwerde ist binnen einer Frist von zwei Wochen einzulegen. ⁸Die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten bleiben im Übrigen unberührt.

.....

Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren GVG

§ 201

(1) ¹ Zuständig für die Klage auf Entschädigung gegen ein Land ist das Oberlandesgericht, in dessen Bezirk das streitgegenständliche Verfahren durchgeführt wurde. ² Zuständig für die Klage auf Entschädigung gegen den Bund ist der Bundesgerichtshof. ³ Diese Zuständigkeiten sind ausschließliche.

(2) ¹ Die Vorschriften der Zivilprozessordnung über das Verfahren vor den Landgerichten im ersten Rechtszug sind entsprechend anzuwenden. ² Eine Entscheidung durch den Einzelrichter ist ausgeschlossen. ³ Gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts findet die Revision nach Maßgabe des § 543 der Zivilprozessordnung statt; § 544 der Zivilprozessordnung ist entsprechend anzuwenden.

(3) ¹ Das Entschädigungsgericht kann das Verfahren aussetzen, wenn das Gerichtsverfahren, von dessen Dauer ein Anspruch nach § 198 abhängt, noch andauert. ² In Strafverfahren, einschließlich des Verfahrens auf Vorbereitung der öffentlichen Klage, hat das Entschädigungsgericht das Verfahren auszusetzen, solange das Strafverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

(4) Besteht ein Entschädigungsanspruch nicht oder nicht in der geltend gemachten Höhe, wird aber eine unangemessene Verfahrensdauer festgestellt, entscheidet das Gericht über die Kosten nach billigem Ermessen.